

**Abschlussarbeit zur Erlangung des  
akademischen Grades Bachelor of Arts (B.A.)**

**Deutsche Außenpolitik im Wandel der Zeit?**

Erstgutachter: PD Dr. Frank Gadinger

Zweitgutachter: Dr. Ricardo Lagos Andino

Vorgelegt von:

Sarah Amin

[REDACTED]

Studiengang: Politik und Recht  
6. Fachsemester  
Angestrebter Abschluss: Bachelor  
Wortzahl: 11312 (max. 12000)

Abgabedatum: 09.09.2024

## **Inhaltsverzeichnis**

<i>Abbildungsverzeichnis</i> .....	<i>I</i>
<i>Tabellenverzeichnis</i> .....	<i>I</i>
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	<i>II</i>
I. Einleitung .....	1
II. Theoretischer Hintergrund.....	3
1. Auslöser der Zeitenwende: Eine kurze Einführung in den Russland-Ukraine-Krieg.....	3
2. Begriffsdefinition Außen- und Sicherheitspolitik .....	4
3. Die Maxime der deutschen Außenpolitik: die Kultur der militärischen .....	5
Zurückhaltung .....	5
a.    Entmilitarisierung.....	5
b.    Remilitarisierung Deutschlands .....	6
c.    Etablierung der Bundeswehr und Rüstungspolitik.....	9
d.    Risse in der Kultur der militärischen Zurückhaltung .....	11
e.    Fortbestehen der militärischen Zurückhaltungskultur? .....	12
III. Forschungsdesign .....	14
1. Theorie .....	14
2. Methodisches Vorgehen .....	17
a.    Vorgehen der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller.....	17
b.    Reflexion der wissenssoziologischen Diskursanalyse .....	18
c.    Datenerhebung .....	19
d.    Datenauswertung.....	20
IV. Ergebnisse .....	31
V. Diskussion .....	38
VI. Fazit.....	43
<i>VII. Literaturverzeichnis</i> .....	<i>III</i>
<i>VIII. Quellenverzeichnis</i> .....	<i>VI</i>
<i>IX. Eidesstattliche Erklärung</i> .....	<i>XI</i>
<i>X. Einverständniserklärung Nutzung Plagiatssoftware</i> .....	<i>XII</i>

<i>XI. Anhang</i> .....	<i>i</i>
Analysegegenstand 1 .....	i
Analysegegenstand 2 .....	xiii
Analysegegenstand 3 .....	liii

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Ablaufmodell deduktiver Kategorienanwendung aus Mayring 2022: 97	25
Abbildung 2: Auswertungsregeln nach Mayring 2022: 98	25
Abbildung 3: Screenshot der Dokumentenliste aus MAXQDA	28
Abbildung 4: Screenshot der Codierungsliste aus MAXQDA	29
Abbildung 5: Screenshot der Codierungsliste aus MAXQDA	29
Abbildung 6: Screenshot der Code-Trends aus MAXQDA	31
Abbildung 7: Screenshot der Code-Abdeckung aus MAXQDA	33

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: deduktiver Kodierleitfaden 1	26
Tabelle 2: deduktiver Kodierleitfaden 2	28
Tabelle 3: induktiver Kodierleitfaden	30

## **Abkürzungsverzeichnis**

AFD	Alternative für Deutschland
Art.	Artikel
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bzw.	Beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ebd.	Ebenda
EU	Europäische Union
et. al.	Et alia
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz
ISW	Institute of the Study of War
KrWaffKontG	Kriegswaffenkontrollgesetz
KSE-Vertrag	Konventionelle Streitkräfte in Europa-Vertrag
NATO	North Atlantic Treaty Organization
Nr.	Nummer
NVA	Nationale Volksarmee
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
s.o.	siehe oben
UNPROFOR	United Nations Protection Force
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
Vgl.	Vergleich

## I. Einleitung

*„Wir erleben eine Zeitenwende. [...] Putins Krieg bedeutet eine Zäsur, auch für unsere Außenpolitik“* (Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022).

Mit der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 geschah das Unvorstellbare: Die Zerstörung des Friedens in Europa. Im Zuge des völkerrechtswidrigen Angriffs proklamierte Bundeskanzler Scholz eine neue Ära der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Noch vor 10 Jahren betonte die Bundesregierung im Rahmen der Krimannexion, geführt von dem moralischen Kompass der militärischen Zurückhaltungskultur, die Wichtigkeit der Diplomatie (vgl. Gauck 2014; Steinmeier 2014). Trotz der Verbrechen Russlands wurde das Gespräch ein Jahrzehnt lang aktiv gesucht. Geprägt von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, stellte jene Kultur der Zurückhaltung bislang die Leitlinie der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik dar (vgl. Brzoska 2007: 650ff.; Fischer 2014: 527; Ley 2022: 1f.; Liedtke 2023; Maull 2007: 73f.).

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist zentraler Untersuchungsgegenstand in den Internationalen Beziehungen die deutsche Außenpolitik. Im Rahmen dessen ist die Kultur der militärischen Zurückhaltung immer wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. So etwa zeigen Gaskarth und Oppermann (2021), dass die Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik, insbesondere der Pazifismus als Form der Zurückhaltung, trotz zahlreicher Krisen und geopolitischer Veränderungen Bestand hatte. Frühere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. Bachg/Peters 2023). Der zunehmende Militarismus führte also nicht automatisch zu einem Bruch dieser Tradition. Obwohl sich grundsätzlich ein Wandel der Außenpolitik bis zur Zeitenwende feststellen lässt, wird dieser im Rahmen der Konzepte der Zivilmacht und Hegemonie als unbedeutlich tituliert (ebd.: 89).

Worin äußert sich die angekündigte Zeitenwende der Außenpolitik? Ist mit der Zeitenwende ein Aufweichen der militärischen Zurückhaltungskultur besiegt? Oder gar eine völlige Auflösung der Leitlinie der letzten 80 Jahre? Die bisherige Literatur aus den Jahren 2022/2023/2024 untersucht im Hinblick auf die außenpolitische „Zeitenwende“ insbesondere, wie diese Neuausrichtung die Rolle Deutschlands in der NATO und EU verändert hat. Giegerich und Schreer (2023) betonen die Notwendigkeit einer stärkeren militärischen Rolle Deutschlands; ebenso Bardt (2024),

der die Investition in das Sondervermögen der Bundeswehr als wichtigen, aber noch unzureichenden Schritt bewertet. Die Literatur zur Selbstwahrnehmung Deutschlands ist für diesen Zeitraum wenig ergiebig. Es fehlt an Untersuchungen darüber, inwieweit sich die angekündigte Zeitenwende auf die bisherigen Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik auswirkt. Daran soll die vorliegende Arbeit knüpfen.

Mittels des parlamentarischen Diskurses - als Spiegelbild der Gesellschaft und Manifest außenpolitischen Handels - zielt die Untersuchung darauf ab, den Wandel der deutschen Außenpolitik zu erklären. Für die Forschung ist der Ansatz des Konstruktivismus besonders interessant, da er über die reine Analyse von Macht- und Interessenstrukturen hinausgeht und die Bedeutung von Ideen, Normen und Konstruktionen in den Vordergrund rückt. Die Kultur der militärischen Zurückhaltung ist kein feststehendes Prinzip. Sie ist das Ergebnis historischer Erfahrungen und normativer Überzeugungen. Durch die Anwendung des Konstruktivismus kann untersucht werden, wie der Russland-Ukraine-Krieg möglicherweise zu einer Verschiebung in den dominanten Diskursen geführt hat, die die deutsche Identität und die außenpolitische Entscheidung prägen und kann so „eine Erklärung dafür liefern, wie und warum Akteure – insbesondere Staaten – zu jenen Interessen kommen, die sie haben“ (Weller 2003: 114).

Die Fragestellung der Arbeit lautet: „Wie erklärt der Konstruktivismus den Wandel der deutschen militärischen Zurückhaltung im parlamentarischen Diskurs infolge des Russland-Ukraine-Kriegs?“

Im Folgenden wird zunächst in das Thema eingeführt. Sodann wird der Frage nachgegangen, was die Kultur der militärischen Zurückhaltung ist. Danach erfolgt die Vorstellung des Forschungsdesign, um im Folgenden den parlamentarischen Diskurs zu untersuchen. In der Diskussion werden die Ergebnisse interpretiert und kritisch bewertet. Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit im Fazit zusammengefasst.

## **II. Theoretischer Hintergrund**

### **1. Auslöser der Zeitenwende: Eine kurze Einführung in den Russland-Ukraine-Krieg**

Durch unterschiedliche Machteinflüsse erlangte die Ukraine in verschiedenen Teilgebieten westliche und östliche Orientierungen (Kappeler 2023: 10). Dadurch geriet sie immer mehr zwischen die Fronten von West und Ost (ebd.). Nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1917 der erste ukrainische Nationalstaat gegründet (Deutschlandfunk 2024). Dieser war jedoch zum Scheitern verurteilt: Russen, Briten, Franzosen und Deutsche versuchten, die Ukraine zu unterwerfen. Am Ende setzen sich die russischen Bolschewiki durch. 1922 wurde die Ukraine Teil der Sowjetunion (ebd.). Durch Proteste, Regierungswechsel und Grenzöffnungen brach die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg immer weiter auseinander, bis sie schließlich am 31. Dezember 1991 offiziell aufgelöst wurde. In diesem Zuge wurde die Ukraine unabhängig. Immer wieder traten Spannungen darüber auf, ob das Land sich außenpolitisch an den westlichen Staaten oder am Nachbarn Russland orientieren soll. Bereits seit dem Jahr 1994 ist die Ukraine Mitglied des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (Nato 2024). Im Jahr 2009 nährte sich die Ukraine zudem durch das Östliche Partnerschaftsabkommen politisch und wirtschaftlich der EU an (Auswärtiges Amt 2023). Im Jahr 2014 wurde das Assoziierungsabkommen verhandelt, welches umfassende Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Wirtschaft beinhaltete. Die Entscheidung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen und stattdessen die Beziehungen zu Russland zu vertiefen, führte zu Massenprotesten, welche brutal niedergeschlagen wurden (Tagesschau 2016). Daraus resultierte die Euromaidan-Revolution, bei der der pro-russische Präsident Janukowytsch gestürzt wurde. Russland nutzte die Gelegenheit, um die Kontrolle über die Krim zu übernehmen (Bundeszentrale für politische Bildung 2015). In einem umstrittenen Referendum, das unter russischer Militärpräsenz stattfand, stimmte die Mehrheit der Krimbewohner für den Anschluss an Russland (ebd.). Der ethnisch gemischte Landstrich, welcher nach der ukrainischen Verfassung als autonome Republik untrennbarer Teil der Ukraine ist, ist sowohl für Europa als auch für Russland strategisch wichtig (Schulz 2022). Damit startete nach Politologin Nunes die „militärische Spezialoperation“ Russlands, welche 2022 im Angriffskrieg mündete (Nunes 2024).

Russland begann am 24. Februar 2022 mit Luft- und Raketenangriffen den Krieg gegen die Ukraine (ZDF 2023). Zusätzlich besetzten Putins Truppen Teile des Landes (ebd.). Seit dem Einmarsch wehrt sich die Ukraine mit Rückenwind aus der EU und NATO gegen die russische Aggression. So unterstützt auch Deutschland die Ukraine durch direkte Zahlungen, Waffen und humanitäre Hilfe (Bundesregierung 2024). Im Kontext des Angriffs Putins auf die Ukraine kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an. Russland hält im Frühjahr 2024 etwa ein Fünftel der Ukraine besetzt (Kleine Zeitung 2024). Nach dem jüngsten Lagebericht des Institute of the Study of War (ISW) wird der Krieg in mehreren Regionen mit unterschiedlichem Erfolg geführt, wobei auf beiden Seiten nur geringe Fortschritte zu verzeichnen sind (ISW 2024). In der Ukraine wird derzeit in mehreren Regionen gekämpft. Im Osten, insbesondere in den Oblasten Donezk und Luhansk, setzen die russischen Streitkräfte ihre Bemühungen fort, die Kontrolle zu erlangen. Auch im Nordosten, um Charkiw und Sumy, halten die Kämpfe an, da Russland versucht, die ukrainischen Truppen zurückzudrängen. In der Südukraine, vor allem in der Oblast Zaporizhzhya, konzentrieren sich die Kämpfe auf strategisch wichtige Gebiete wie Robotyne und die Halbinsel Kinburn. Die westlichen Regionen der Ukraine sind zwar nicht direkt in groß angelegte Bodenoffensiven verwickelt, werden aber weiterhin von russischen Luft- und Drohnenwaffen angegriffen (ebd.).

## **2. Begriffsdefinition Außen- und Sicherheitspolitik**

Außenpolitik umfasst die politischen Interaktionen eines Staates mit dem Ziel, die eigenen Interessen gegenüber Staaten oder Staatenbündnissen zu beeinflussen und die eigenen Interessen durchzusetzen (Maull 2022). Außenpolitik wird somit als Interaktionsprozess verstanden. Sie umfasst die Bereiche Sicherheit und Militär, Wirtschaft und Handel, Kommunikation mit anderen Staaten, Krisenprävention, sowie die Klimaaußenpolitik und Geoökonomie (Auswärtiges Amt 2021). Im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist insbesondere die Sicherheitspolitik als Teil der Außenpolitik zu thematisieren. Unter Sicherheitspolitik sind alle Maßnahmen zu verstehen, die geeignet sind, Konflikte zwischen Bürgern und Staaten zu verhindern, sowie die Unverletzlichkeit des Staates herzustellen und zu schützen. (Klein et.al. 2020).

### **3. Die Maxime der deutschen Außenpolitik: die Kultur der militärischen Zurückhaltung**

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von einer Kultur der militärischen Zurückhaltung geprägt. Im Folgenden werden die Ursprünge dieser Kultur beleuchtet, um zu eruieren, was sie ausmacht.

#### **a. Entmilitarisierung**

Nach dem Ersten Weltkrieg führten die Alliierten eine Entmilitarisierung des Rheinlandes durch (MacMillan 2020: 220). Sie reduzierten die deutsche Armee drastisch und verboten schwere Waffen und Luftstreitkräfte. Der Versailler Vertrag von 1919 sah die vollständige Entmachtung der deutschen Streitkräfte vor (ebd.). Diese Maßnahmen sollten vor allem weitere Konflikte verhindern (ebd.: 224f.). Unter den Bedingungen der Siegermächte wuchs der Hass auf die Nachbarländer, was schließlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitrug.

Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete der Zweite Weltkrieg (Lappenküber 2008: 1). Geprägt vom Ersten Weltkrieg, sollte nun eine endgültige Wiederholung der Geschichte unterbunden werden. Deutschland hatte keine eigene Souveränität und unterstand den Alliierten (Bierling 1999: 69). Ziel war es, künftige Aggressionen zu verhindern. Im Potsdamer Abkommen verständigten sich die Siegermächte der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), der Sowjetunion und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland auf vier grundlegende Prinzipien für Deutschland: Entnazifizierung, Dezentralisierung, Demokratisierung und Demilitarisierung (ebd.: 1). Art. 3 des Potsdamer Abkommens schrieb die vollständige und endgültige Auflösung aller militärischen Organisationen sowie die Entziehung und Vernichtung aller Waffen, Munition und Kriegsgeräte vor. Darüber hinaus sollte die Rüstungsindustrie demontiert und die Waffenproduktion eingestellt werden. Die Kontrollratsdirektive Nr. 22 ordnete die Demontage und Zerstörung aller militärischen Produktionsanlagen an, in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive Nr. 38, die die Entmilitarisierung der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft, einschließlich der Rüstungsindustrie, festlegte. Während die Alliierten sich in ihrem Ziel, Deutschland zu entmilitarisieren, einig waren, herrschte Unsicherheit über den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau (Wettig 1967: 7).

Mit der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen endete die politische Zusammenarbeit. Die Sowjetunion machte deutlich, dass sie Veränderungsmaßnahmen mit kommunistischer Tendenz durchführen wolle (ebd.).

Ausschlaggebend für die heutige Außen- und Sicherheitspolitik ist die Teilung Deutschlands in ein westliches, liberales, demokratisches Lager unter der Führung der USA und ein östliches, sozialistisches Lager unter der Führung der Sowjetunion (Bierling 1999: 70f.). Das Ende der Zusammenarbeit der Siegermächte markierte den Ausstieg des sowjetischen Vertreters im Kontrollrat der Alliierten. Es folgte der sogenannte Kalte Krieg.

### **b. Remilitarisierung Deutschlands**

Bereits in den 1940er Jahren begannen im Osten unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit der sowjetischen Besatzungsmacht erste Aufrüstungsschritte und eine gesellschaftliche Militarisierung (Wenzke 2016). Auf Weisung Stalins wurden 1948 militärisch ausgebildete Polizeiverbände aufgestellt. Unter dem Deckmantel von Polizeieinheiten entstand so in begrenztem Umfang eine Rüstungsindustrie (Würz 2017).

Im wachsenden Misstrauen gegenüber der Sowjetunion beschlossen die Westmächten 1949 ihre Teile Deutschlands zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) zusammenzuschließen. Das Grundgesetz (GG), das von den Alliierten als provisorische Verfassung für die BRD genehmigt wurde, ist prägend für die heutige (Außen- und Sicherheits-) Politik (Hellmann 2024: 125). Verankert im Grundgesetz reflektieren zahlreiche Artikel die Lehren der deutschen Nachkriegserfahrung (Art. 4, 12, 24, 26, 73, 96, 115). Ausschlaggebend für die Sicherheitspolitik ist Art. 26 GG. Dieser legte klare Prinzipien und rechtliche Vorgaben für den zukünftigen Umgang mit militärischen Angelegenheiten und internationalen Beziehungen fest (vgl. Lappenküper 2008: 3; Varwick 2007: 248f.) Er verbietet die Vorbereitung von Angriffskriegen und stellt friedensgefährdende Handlungen unter Strafe. Zudem fordert er die Kontrolle der Waffenproduktion und des Waffenexports durch die Bundesregierung. Außerdem ist Art. 24 GG wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik. Dieser erlaubt der BRD, sich zum Zwecke der Friedenssicherung in internationale Sicherheitssysteme wie die Vereinten Nationen einzugliedern und dabei Hoheitsrechte zu übertragen. Ebenso zu nennen ist Art. 25 GG, welcher sicherstellt, dass allgemeine Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts sind. Das Grundgesetz fördert eine Außenpolitik, die auf Konfliktvermeidung und Kooperation setzt. Vor allem aber eine Verpflichtung zur Friedenssicherung und zu kontrollierter und verantwortungsvoll eingesetzter militärischer Macht.

Wenig später im Oktober 1949 folgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Mit Beginn des Koreakriegs 1950 wurde die Sowjetunion zunehmend vom Westen als Bedrohung wahrgenommen. Die Angst des Westens vor dem Osten führte dazu, dass eine starke Verteidigung des Westens als notwendig angesehen wurde (Wettig 1967: 7). Aufgrund von Deutschlands geostrategischer Lage als Pufferzone des Westens, bekam die BRD eine besondere Rolle für die westlichen Länder (Bierling 1999: 92). Im Zusammenhang mit der europäischen Orientierung Adenauers (ebd.: 86), seinen Bemühungen um die Wiedererlangung der Souveränität der BRD einerseits (ebd.: 82f.) und die Schaffung einer Sicherheitsgarantie für die BRD anderseits (Wittling 2006: 15), kam es zu ersten Auseinandersetzungen über die Remilitarisierung der BRD (Bierling 1999: 88f.). Ab 1952 folgten harte Verhandlungen, die in den Pariser Verträgen mündeten und die Grundlage für die Wiederbewaffnung der BRD bildeten, welche die heutige Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich zementierten. Die Pariser Verträge traten am 5. Mai 1955 in Kraft und bestehen aus insgesamt elf Verträgen und Abkommen. Grundlage für die Remilitarisierung der BRD war die Einbindung in den Westen und eine Unselbständigkeit militärischer Handlungen der BRD (Wittling 2006: 18). Zusammenfassend wurde die BRD Bestandteil des Brüsseler Pakts und damit in die Westeuropäische Union aufgenommen, welches ein System gegenseitiger Rüstungskontrolle schuf, sowie eine automatische Beistandsverpflichtung bei militärischen Angriffen auf einen Partner vorsah. Parallel gab die Bundesregierung ihren Verzicht von atomaren, biologischen und chemischen Waffen zu Protokoll (Bierling 1999: 93ff.). Im Sinne einer doppelten Eindämmung - zum Schutz vor dem Kommunismus und zur Sicherheit der westlichen Länder vor der BRD - musste diese der North Atlantic Treaty Organization (NATO) beitreten, einem transatlantischen Sicherheitsbündnis, das sowohl sowjetische Aggressionen abschrecken als auch ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus verhindern sollte (NATO 2022). Auch die Wiederaufnahme der Produktion bestimmter Rüstungsgüter unterlag im Sinne der Pariser Verträge 1954 einer strengen Kontrolle. Damit wurde die BRD Teil eines kollektiven Verteidigungssystems (Bierling 1999: 104).

Im Zuge der militärischen Integration der BRD erfolgte am 12. November 1955 die Gründung der Bundeswehr, die als Verteidigungsarmee zur Abschreckung der NATO beitragen sollte (Varwick 2007: 246). Damit fanden weitere Artikel nachträglich Einzug in das Grundgesetz, um die Eingliederung des Militärs in den demokratischen

Verfassungssaat zu gewährleisten (ebd.: 248). Darunter Art. 87a GG, welcher bestimmt, dass ein Auslandseinsatz der militärischen Streitkraft nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen darf. So auch Art. 45 GG, welcher explizit Rechte für das Parlament einräumt, indem er einen Untersuchungsausschuss für den Verteidigungsausschuss erlaubt. Der Bundestag hat zudem Kontrolle durch die jährliche Genehmigung des Verteidigungshaushaltes der Bundeswehr. Die Kontrolle und Einbindung des Bundestags sollen ein selbstständiges Handeln der Exekutive unterbinden. Die Macht der Bundeswehr ist somit klar beschränkt. Sie dient als wichtiges Instrument der Friedenssicherung und als Beitrag der BRD zur Verteidigung im Bündnis (ebd.: 249). Die erste deutsche Streitmacht bestand aus 7.700 Soldaten (Bundeswehr 2024a). Die Bundeswehr entwickelte sich im Laufe des Kalten Krieges immer weiter fort und stellte in den 1980er Jahren die zweitgrößte westeuropäische Streitkraft (ebd.). Bereits 1959 leistete die Bundeswehr bis zum Ende des Kalten Krieges als Teil des kollektiven Sicherheitssystems umfangreiche Katastrophenhilfe, etwa in Marokko und Algerien (Zimmermann 2024: 1).

Die Antwort der Sowjetunion auf den Beitritt der BRD in die Nato war 1952 die Gründung der Kasernierten Volkspolizei, welche sich im Verlauf des Kalten Kriegs zur Nationalen Volksarmee (NVA) entwickelte (Wenzke 2016). Die NVA verstand sich als bedeutendes Organ der DDR.

Vierzig Jahre später kam es durch die schlechte wirtschaftliche Lage der DDR und die immer größerer werdende Unzufriedenheit der Menschen zum Zusammenbruch der DDR (Würz 2023). Die Mehrheit der Ostdeutschen forderte eine Wiedervereinigung mit der BRD (ebd.). Ebenso sprach sich der damalige Bundeskanzler der BRD Helmut Kohl für eine schnelle Wiedervereinigung aus (ebd.). Entscheidend für die heutige Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands sind der Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag). Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde der Übergang der DDR zur BRD besiegelt. Sowohl die beiden deutschen Staaten als auch die vier Siegermächte einigten sich auf die Bedingungen der Wiedervereinigung. Deutschland sollte ein souveräner Staat werden. Allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. So musste das geeinigte Deutschland Teil der NATO werden (Petschow 2016). Darüber hinaus musste Deutschland die bestehenden Grenzen anerkennen, insbesondere die Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen. Zudem musste Deutschland seine Streitmacht auf 370.000 Mann beschränken und versprechen, einen Angriffskrieg zu unterlassen. Die NVA der DDR wurde in die Bundeswehr entsprechend integriert (ebd.). Des Weiteren musste das geeinigte

Deutschland sich verpflichten, keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen zu besitzen oder zu entwickeln. Auch die Waffenproduktion und der Rüstungsexport unterlagen strengen Auflagen und Kontrollen, um sicherzustellen, dass Deutschland keine Bedrohung für den Frieden in Europa darstellen würde (ebd.). Darauffolgend wurde für ein militärisches Gleichgewicht in Europa der KSE-Vertrag am 19. November 1990 beschlossen. Sein Ziel war es, Stabilität und Sicherheit in Europa zu schaffen und einen Überraschungsangriff zu verhindern. Dafür legte der KSE-Vertrag spezifische Obergrenzen für konventionelle Waffen (Panzer, Kampfflugzeuge, Artilleriesysteme, Angriffshubschrauber) fest. Deutschland musste im Rahmen dessen seine Truppen reduzieren und überschüssige Waffen zerstören. Die Verflechtung Deutschlands in ein internationales Netz prägte die Außenpolitik maßgeblich.

### **c. Etablierung der Bundeswehr und Rüstungspolitik**

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands strebte die BRD nach Souveränität und Anerkennung als Mitglied der internationalen Gemeinschaft (Hellmann 2024: 120). Geprägt vom Westintegrationskurs Adenauers (Hilz 2017: S.26ff.; Wettig 1967:15), wurde in den Folgejahren der Verankerung der BRD in das internationale Geflecht außenpolitische Priorität beigemessen (Hellmann 2024: 123). Insbesondere die Festigung der NATO-Beziehung sowie die Eingliederung in die EU.

Obwohl die Sicherheitsherausforderungen, mit der sich die NATO konfrontiert sah, sich veränderten (NATO 1991), spielte sie für die Wiederherstellung der deutschen Souveränität eine entscheidende Rolle (Morgen 2019; Hellmann 2017: 123). Auch nach dem Kalten Krieg blieb es das Ziel der NATO, die liberalen Grund- und Bürgerrechte, aus denen sich Rechtsstaatlichkeit, demokratische Partizipation und Marktwirtschaft ableiten, zu schützen und zu sichern (NATO 1991). Nach der bipolaren Blockkonfrontation wurde das klassisch eindimensionale Verteidigungsbündnis auf die Aufgabenfelder der Krisenprävention und des Krisenmanagements ausgeweitet (Morgen 2019). Mit der Aufnahme osteuropäischer Länder wie Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn, hat sich die transatlantische Wertegemeinschaft von einem System der kollektiven Verteidigung zu einem System der kollektiven Sicherheit entwickelt (NATO 1991).

Im Rahmen der integrierten Militärstruktur ist einer der Kernaufgabe der Bundeswehr die Bündnisverteidigung (Bundeswehr 2022). Die Bundeswehr positionierte sich klar als Teil der internationalen Sicherheitspolitik (Bundeswehr 2024b). Im Oktober 1991 folgte der erste Einsatz des geeinten Deutschlands in Kambodscha (Bundeswehr

2024). Ziel des Einsatzes war nicht militärischer Natur, sondern das Land sollte in seinem friedlichen demokratischen Weg unterstützt werden (Bundeswehr 2024). In Anbetracht der umfassenden humanitären Hilfe Westdeutschlands im Kalten Krieg wurden die internationale An- und Aufforderung, sich aktiv bei der Bewältigung von Krisen und Konflikten in internationalen Friedenseinsätzen („out-of-area“-Missionen) des geeinten Deutschlands zu beteiligen, immer größer (Bundeswehr 2024; Hellmann 2017: S.125; Zimmermann 2024: 1). Deutschland stand unter dem Druck, den internationalen Erwartungen gerecht zu werden. Gleichzeitig sah es sich gebunden an die im Grundgesetz verankerte Kultur der militärischen Zurückhaltung (Hellmann 2017: S.125). Es folgte der in Deutschlands stark umstrittene, bewaffnete Einsatz 1993 in Somalia (Bundeswehr 2024). Dies war Grundlage für die damalige Oppositionsfraktion, bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Freien Demokratischen Partei, Verfassungsbeschwerde einzureichen mit Verdacht auf einen nicht verfassungskonformen Einsatz der Bundeswehr ohne Grundgesetzänderung (Bundeswehr 2024b; Zimmermann 2024: 2). Das Bundesverfassungsgericht erklärte 1994 Auslandseinsätze für zulässig, solange sie im Rahmen des kollektiven Sicherheitssystems mit vorheriger Zustimmung einer einfachen Mehrheit des Bundestags erfolgen (Bundesverfassungsgericht 1994).

Zum aktiven Einsatz der Bundeswehr muss die Rüstungspolitik mitgedacht werden, welcher zur Sicherheitspolitik zählt und damit als wesentlicher Bestandteil zur Gewährleistung der nationalen und internationalen Sicherheit angesehen wird (Gabriel 2014: 352). Unter Rüstungsgütern sind Waren zu verstehen, die dazu bestimmt sind, von Streitkräften in organisierten militärischen Auseinandersetzungen eingesetzt zu werden (Brzoska 2017: 756). Deutschland hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges zum Ziel gesetzt, durch die Beschränkung des internationalen Waffenhandels zu einer präventiven und kooperativen Sicherheitspolitik beizutragen (Gabriel 2014: 355).

Vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Krieges kommt der Rüstungsexportpolitik eine besondere Bedeutung zu. Hauptverantwortlich ist die Bundesregierung, explizit der geheim tagende Bundessicherheitsrat. Den rechtlichen Rahmen für Rüstungsexporte bilden neben Art. 26 II GG, der im Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) näher ausgeführt wird, die Außenwirtschaftsverordnung (AWV), sowie die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Rüstungsexport. Anforderungen des Exports von Kriegswaffen an Drittländer (Länder, die nicht zum Bündnis dazugehören) werden in den politischen Grundsätzen festgehalten. So erfolgt eine Lieferung von Kriegswaffen

im Sinne des KrWaffKontrG und AWV nur, wenn besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der BRD vorliegen (Bundesministerium für Wirtschaft und Verteidigung 2024: 6). Abs. III Nr. 5 der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern legt zudem fest, dass genehmigungspflichtige sonstige Rüstungsgüter im Sinne des AWG nur exportiert werden, wenn keine Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen vorliegen (ebd.: 6). Außerdem werden Kriegswaffen nach Abs. III Nr. 7 nicht genehmigt, wenn die Rüstungsgüter zu einem Auslösen, Aufrechterhalten oder Verschärfen des Konflikts führen (ebd.: 7). Eine Ausnahme von dieser Regel bildet Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen, welcher beim individuellen und kollektiven Selbstverteidigungsrecht greift, bis der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erforderliche Maßnahmen ergreift. Darüber hinaus erfolgt kein Export bei internen Auseinandersetzungen oder dem Verdacht des Missbrauchs der Güter zu inneren Repressionen (ebd.: 7). Bei der Entscheidung, ob Kriegswaffen geliefert werden, wird zudem das bisherige Verhalten des Empfängerlandes berücksichtigt (ebd.: 7).

#### **d. Risse in der Kultur der militärischen Zurückhaltung**

Während der „out-of-area“-Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg 1991 noch zögerlich verlief und stark von einer Kultur der militärischen Zurückhaltung geprägt war (Bundesarchiv 2023; Bundeswehr 2024c), zeigten sich in den folgenden „out-of-area“-Einsätzen der Bundeswehr erste Risse in der Kultur der militärischen Zurückhaltung. Bereits seit 1990 hatte sich der Konflikt auf dem Balkan zunehmend zu einem Brennpunkt entwickelt (Bundeswehr 2024c). Nachdem die United Nations Protection Force (UNPROFOR) den Konflikt nicht entschärfen konnte, erklärte sich die Bundesregierung bereit, UNPROFOR logistisch zu unterstützen (Bundeswehr 2024). Im Rahmen der Operation Allied Force der NATO 1999 beteiligte sich die Bundeswehr erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg mit militärischem Einsatz durch Tornado-Kampfflugzeuge (Bundeswehr 2024a). Befürworter rechtfertigten die Abweichung von der praktizierten militärischen Zurückhaltungskultur mit den schweren Menschenrechtsverletzungen im Kosovo und betonten die Notwendigkeit einer humanitären Intervention (Deutscher Bundestag 1999). Kritiker tadelten jedoch das fehlende UN-Mandat und stellten dadurch die völkerrechtliche Grundlage in Frage (Bundeswehr 2024a). Der aktive Kampfeinsatz der ursprünglich reinen Verteidigungsarmee markiert einen Wendepunkt in der Politik der militärischen

Zurückhaltung und der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er symbolisierte den Übergang und die Bereitschaft von einer strikt defensiven Militärpolitik zu einer Politik, die auch offensive Maßnahmen in Betracht zieht, wenn sie als notwendig zur Wahrung internationaler Stabilität und zur Verhinderung humanitärer Katastrophen angesehen werden. Damit legte der Kosovo-Einsatz sowohl in der deutschen Öffentlichkeit als auch im Politischen die Grundlage für zukünftige Debatten über die Rolle der Bundeswehr in internationalen Konflikten und die Grenzen militärischer Interventionen Deutschlands (vgl. Wagner 2009).

Auch die selbsterlegten Grundsätze der Rüstungsexportpolitik werden nicht konsequent durch die Bundesregierung eingehalten. So wurden von Deutschland Rüstungsexporte in Spannungsgebiete genehmigt, wie z.B. an Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind. (Klug 2022).

#### **e. Fortbestehen der militärischen Zurückhaltungskultur?**

Es folgten weitere bewaffnete Einsätze im Rahmen der NATO ähnlicher Natur im Horn von Afrika, Mali, Afghanistan, Libanon, Südsudan und im Mittelmeer (Bundesministerium der Verteidigung 2022).

Obwohl ein Bröckeln der militärischen Zurückhaltungskultur deutlich wird, wurde ihr Fortbestehen in der politischen Arena immer wieder betont (vgl. Hartenstein 2015: 22ff.; Hellmann 2014: S.207ff.; Link 2014: 292ff.; Müller 2016; Stengel 2023: 4ff.). Es galt das Motto: Es solle sich zwar mehr international beteiligt werden, aber man dürfe dabei nie die eigene Historie vergessen. So appellierte der damalige Bundeskanzler Schröder im Irak für einen friedlichen Lösungsweg und lehnte eine militärische Intervention entschieden ab (Bundestag 2003). Ebenso betonte der damalige Außenminister Fischer in seiner Amtszeit die Bedeutung der Diplomatie und Verhinderung von Krieg (Bundesregierung 2001). Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel setze sich diese Haltung fort (Hellmann 2017: 207). Merkel betonte wiederholt, dass Deutschland seine Rolle in der Weltpolitik zwar wahrnehmen, dabei aber seine historische Verantwortung und Prinzipien der Zurückhaltung nicht vergessen solle. Im Jahr 2012 äußerte Außenminister Westerwelle: „Die Kultur der militärischen Zurückhaltung ist zeitgemäßer denn je.“ (Auswärtiges Amt 2012).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kultur der militärischen Zurückhaltung Deutschlands ein historisch gewachsenes Phänomen ist, das maßgeblich von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde, um ein

erneutes Machtstreben Deutschlands zu verhindern. Diese Zurückhaltung ist tief in den politischen Strukturen Deutschlands verankert, insbesondere durch das Grundgesetz, sowie die Mitgliedschaft in Institutionen wie der NATO und der EU. Die militärische Zurückhaltung ist dabei mehr als nur eine politische Strategie. Sie ist ein normatives Selbstverständnis, das Deutschland als eine Nation positioniert, die militärische Gewalt nur als letztes Mittel und stets im Rahmen internationaler Bündnisse einsetzt. Diese Zurückhaltung spiegelt sich in der strikten Ablehnung von Alleingängen wider und betont die Bedeutung von multilateraler Zusammenarbeit. Die Verpflichtung zu einem gemeinsamen und abgestimmten Handeln in internationalen Krisen, besonders innerhalb der NATO, ist ein zentrales Element dieser Kultur. Deutschland versteht sich daher als Akteur, der militärisches Engagement nur in enger Abstimmung mit seinen Partnern und innerhalb eines klar definierten rechtlichen und politischen Rahmens betreibt.

### **III. Forschungsdesign**

Dieser Abschnitt erläutert das Forschungsdesign der vorliegenden Arbeit. Zunächst wird der theoretische Rahmen des Sozialkonstruktivismus beschrieben, der die Grundlage für die Analyse bildet. Im Anschluss daran wird die gewählte Methodik der Diskursanalyse detailliert vorgestellt, die es ermöglicht, die Entwicklungen und Dynamiken des parlamentarischen Diskurses im Kontext der deutschen Außenpolitik zu untersuchen.

#### **1. Theorie**

Konstruktivismus ist ein Sammelbegriff, der verschiedene erkenntnistheoretische Konzepte umfasst. Trotz der Vielfalt an Ansätzen lassen sich drei grundlegende Annahmen als gemeinsamen Nenner identifizieren (vgl. Engelkamp 2014: 8ff.; Martinsen 2014: 6f.; Weller, 2003:109). Erstens wird in konstruktivistischen Theorien die Auffassung vertreten, dass die Welt sowohl in materieller als auch in sozialer Hinsicht konstruiert ist. Die Vorstellungen sowie die Wahrnehmung der Welt können variieren, selbst wenn sie sich auf dieselbe Realität beziehen (Barnett 2020: 195; Weller 2003: 110). Die Realität ist folglich beobachtungsabhängig (vgl. Barnett 2020; Jetschke 2017; Engelkamp 2014; Martinsen 2014; Weller 2003/2004; Wendt 1992). Des Weiteren ist die Art und Weise, wie die Welt gedeutet wird, abhängig vom jeweiligen kulturellen Kontext. Normen und Ideen dienen als Leitlinie für das Verhalten der Akteure und beeinflussen deren Interessen und Identitäten (vgl. Jetschke 2017: 240). Drittens besteht eine Wechselwirkung zwischen Akteuren und Strukturen. Akteure formen durch ihr Handeln Strukturen, welche wiederum die Handlungen und Identitäten der Akteure beeinflussen (Auth 2014: 191; Jetschke 2017: 240ff.).

Von besonderer Relevanz ist in den Internationalen Beziehungen der Sozialkonstruktivismus (vgl. Jetschke 2017: 227f.). Dieser widmet sich den sozialen Prozessen und Mechanismen, die zur Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit beitragen. Der Sozialkonstruktivismus zielt sowohl auf die Erklärung der internen Umwelt eines Staates über seine Repräsentanten und Ziele als auch auf die Rolle des Staates in der transnationalen Umwelt ab (Weller 2003: 113). Damit bietet er eine wertvolle Perspektive zur Analyse der komplexen Wechselwirkungen und der fortlaufenden Konstruktion sozialer Realitäten. Somit lassen sich politische Strukturen und Institutionen besser verstehen und Veränderungen in diesem Bereich nachvollziehen (Barnett 2020: 193). In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass staatliches Verhalten von Wissensstrukturen beeinflusst wird, die

sowohl flexibel als auch formbar sind. Diese Wissensstrukturen determinieren folglich die Konstruktion und Interpretation der individuellen Welt (vgl. Barnett 2020: 196; Jetschke 2017: 237f.). Diese Strukturen werden als sozial bezeichnet, weil sie aus den kollektiven Erfahrungen, Überzeugungen und Interaktionen der Menschen in einer Gesellschaft hervorgehen (ebd.: 283). Sie sind das Resultat kontinuierlicher sozialer Prozesse, in deren Verlauf Bedeutungen und Interpretationen gemeinsam ausgehandelt werden. Die sozialen Strukturen, in die staatliches Handeln eingebettet ist, basieren auf fünf zentralen, wissensbasierten Konzepten: Normen, Ideen, Kultur, Identität und soziale Praktiken (vgl. Barnett 2020: 196; Jetschke 2017: 238). Diese Konzepte prägen das Verhalten der Akteure und beeinflussen die Gestaltung der politischen Realität.

### *Normen*

Normen entwickeln sich aus einer gesellschaftlichen Wertvorstellung und definieren soziale Verhaltensstandards (Klein et al. 2020). Dies impliziert, dass Normen in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation definiert werden und vorgeben, wie sich ein Akteur in einer spezifischen Situation zu verhalten hat (vgl. Jetschke 2017: 240). Normen werden durch Regeln geformt (Barnett 2020: 197). Die Regeln legen fest, welche Handlungen als angemessen oder legitim angesehen werden und bilden somit die Grundlage für das Verhalten von Akteuren in einem bestimmten Kontext (ebd.) In der internationalen Politik beeinflussen Normen das Verhalten von Staaten, indem sie Erwartungen hinsichtlich des angemessenen Verhaltens von Staaten in der internationalen Gemeinschaft setzen (vgl. Finnemore 1996: 2 ff.).

### *Ideen*

„Ideen sind geistige Abstraktionen konkret erfahrbarer Phänomene oder auch Weltbilder, die allgemeiner oder spezifischer Art sind“ (Jetschke 2017: 240). Sie stellen ein wesentliches Element der Identität eines Staates dar. Sie beeinflussen maßgeblich die Definition der Position eines Staates in der Welt, die Wahrnehmung seiner Interessen sowie die Gestaltung seiner Handlungen in der internationalen Arena (ebd.).

## *Kultur*

„Kultur ist die Gesamtheit der Ideen und Normen innerhalb einer Gruppe“ (ebd.: 238). In der Kultur sind Idee und Normen institutionalisiert und manifestieren sich in Form von Wissen über die Selbstwahrnehmung, sowie die Wahrnehmung fremder Gruppen durch Akteure (ebd.: 239). Der Konstruktivismus, wie ihn Barnett versteht, betont, dass eine Kultur entscheidenden Einfluss auf das Verhalten und die Handlungen von Menschen ausübt (Barnett 2020: 198). Die Art und Weise, wie Individuen die Welt wahrnehmen und in ihr handeln, wird maßgeblich durch die gemeinsamen Normen, Werte und Überzeugungen einer Kultur geprägt. Folglich lässt sich menschliches Handeln nicht allein als eine materielle Gegebenheit charakterisieren, sondern ist vielmehr durch den jeweiligen kulturellen Kontext sowie die damit verbundenen Wissensstrukturen definiert (Jetschke 2017: 237 f.).

## *Identität*

Nach Wendt haben Staaten eine kollektive Identität, welche sich aus gemeinsamen Werten, Normen und Praktiken zusammensetzt (Wendt 1999: 228f.). Diese wird durch soziale Interaktionen und Kommunikationen konstruiert. Sie ist nach Wendt eine Erwartung über das Selbst (ebd.: 397). Diese kollektive Identität beeinflusst das Verhalten von Staaten und ihre Handlungen in der internationalen Arena (vgl. Jetschke 2017: 239). „Wie Akteure eine Realität wahrnehmen, und welche Interessen sie herausbilden, hängt in erster Linie damit zusammen, welche Identität sie haben“ (ebd.: 239).

## *Soziale Praktiken*

Soziale Praktiken sind wiederkehrende Verhaltensweisen, die auf praxeologischem Wissen basieren (ebd.: 240). Sie bilden die Grundlage für das Verständnis von sozialen Normen, Werten und Verhaltensweisen innerhalb einer bestimmten Gruppe. Somit sind sie integrale Bestandteile des sozialen Lebens und prägen maßgeblich die Struktur sozialer Gemeinschaften. Infolge der Übernahme und Adaption sozialer Praktiken manifestieren sich Institutionen (ebd.: 240). Der Prozess der Institutionenbildung demonstriert, wie soziale Praktiken und das damit verbundene Wissen die Struktur und Funktionsweise von Gemeinschaften prägen können.

## 2. Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde die wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller in Verbindung mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring genutzt. Im Folgenden soll das methodische Vorgehen aufgezeigt werden.

### a. Vorgehen der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller

Keller schlägt folgende Schritte einer wissenssoziologischen Diskursanalyse vor. Im *ersten Schritt* wird der zu untersuchende Diskurs definiert (Keller 2011: 149). Eine einheitliche Definition des Diskursbegriffes existiert nicht. Im Folgenden werde ich den Diskursbegriff nach Jim George nutzen. Inspiriert von Foucaults Arbeiten definiert George (1994) Diskurs als den Gebrauch von Sprache, der Kommunikation über Wertvorstellungen und Sinngebung vermittelt und Interaktionen in sozialen Situationen und spezifischen Kontexten erfordert (George 1994: 30). Zu beachten ist dabei, dass Diskurse „einen gewissen Abstraktionsgrad von alltäglich-privaten-Kommunikations- und Interaktionsprozessen haben. Sie sind in besonderen Settings institutionalisiert und beruhen auf einer interessensbezogenen, bewusst betriebenen Interpretationsarbeit“ (Keller 2011: 143). Der zu untersuchende Diskurs kann dabei thematisch, bühnenspezifisch und akteurbezogen eingegrenzt werden (ebd.: 149). Darauffolgend soll eine konkrete Fragestellung an den Diskurs formuliert werden. Im *zweiten Schritt* werden das Erhebungsverfahren und das entsprechende Auswertungsverfahren festgelegt (ebd.: 149f.). Hier erfolgt die Zusammenstellung der Textsamples, die in der Analyse analysiert werden soll (ebd.: 150). Darauf aufbauend muss im *dritten Schritt* die Auswahl der zu analysierenden Dokumente diskursiv begründet werden (ebd.). Dabei sind der Untersuchungszeitraum und der Untersuchungsgegenstand in Bezug auf den zu untersuchenden Diskurs zu begründen (Grenzziehungsproblematik) (ebd.: 151). Zudem muss begründet werden, inwiefern aus dem ausgewählten Textkorpus auf eine Generalisierung des Diskurses geschlossen werden kann (Geltungsproblematik) (ebd.). Im Sinne des methodologischen Selbstverständnisses ist die Diskursanalyse keine spezifische Methode, sondern nach Keller eine Forschungsperspektive (Keller 2003: 208). Deshalb muss in einem *vierten Schritt* für die Feinanalyse des Textsamples die Auswertungsmethode gewählt werden (Keller 2011: 152). Dabei richtet sich die einzusetzende Auswertungsmethode immer nach dem zu untersuchenden Aspekt, der im Diskurs untersucht werden soll (ebd.: 151). Die Feinanalyse hat das Ziel, Deutungsmuster und Sinnzuschreibungen kenntlich zu machen. Deutungsmuster sind wiederkehrende Argumentationsweisen

über die Natur des Problems. Sie bilden die Bausteine von Diskursen (ebd.: 128). Nachdem die Deutungsmuster identifiziert wurden, erfolgt nun die Zusammenfassung in Diskurse, welche anschließend mit Hilfe der Theorie auf die Fragestellung untersucht werden.

### **b. Reflexion der wissenssoziologischen Diskursanalyse**

Vorteil der wissenssoziologischen Diskursanalyse ist die mögliche Anwendung auf Mikro- und Makroebenen (vgl. ebd.: 149). Dadurch ist sie in der Lage, die verschiedenen Ebenen, auf denen Diskurse operieren, zu berücksichtigen. Dabei kann vor allem die Diskursanalyse untersuchen, welche Veränderungen Diskurse im Laufe der Zeit erfahren (ebd.: 148). Zudem zeigen sich vergleichsweise schnell datenbezogenen Sättigungseffekte. Das heißt, dass für bestimmte Forschungsfragen oft nur wenige Interviews oder Texte analysiert werden müssen, um das Untersuchungsfeld ausreichend zu erfassen (Keller 2003: 220).

Allerdings müssen Forschende bei der Anwendung der wissenssoziologischen Diskursanalyse zwei Problematiken stets beachten: die Geltungsproblematik und die Grenzziehungsproblematik (Keller 2011: 150ff.). Die Geltungsproblematik beschreibt das Problem, dass Forschende begründen müssen, wieso und inwiefern aus dem ausgewählten Textkorpus allgemeine Aussagen über den Diskurs getroffen werden können (ebd.: 151). Einhergehend müssen dabei gewählter Untersuchungszeitraum, Untersuchungsgegenstand, die vorgenommene Reduktion, Kontextualisierung des auszuwertenden Materials und die Zuordnung der Dokumente in dem zu untersuchenden Diskurs begründet werden (Grenzziehungsproblematik) (ebd.: 150). Darüber hinaus muss der Forschende stets über den Forschungsprozess reflektieren und Auswertungsstrategien wählen, „die methodisch kontrollierbaren Vorurteile ausschließen, sowie systematisch die Erzeugung und Selektion von Textinterpretationen erlauben“ (ebd.: 152). Ziel ist es, die Datenmenge so zu verdichten, dass sie überschaubar ist, aber gleichzeitig noch die relevanten Informationen herausfiltert, um diese in der Feinanalyse zu untersuchen (Keller 2003: 217f.). Die Datenreduktion muss dabei kontrolliert erfolgen, um sicherzustellen, dass keine wichtigen Informationen verloren gehen und die Analyse aussagekräftig bleibt (ebd.: 218).

### c. Datenerhebung

Im Folgenden soll die Datenerhebung dargestellt werden. Diese basiert auf dem methodischen Vorgehen Kellers, welches vorangehend vorgestellt wurde.

Zentraler Textkorpus der vorliegenden Arbeit bilden die Reden der Politiker\*innen<sup>1</sup> innerhalb der parlamentarischen Debatten im Deutschen Bundestag im Kontext des Russland-Ukraine-Kriegs. Diese lassen sich in Form des Textes aus den Stenografischen Berichten des Deutschen Bundestags entnehmen. Die Verwendung von Primärquellen - also Zeugnissen aus erster Hand - ermöglicht eine hohe Validität der Untersuchung. In den Stenografischen Berichten des Bundestags werden exakte schriftliche Wiedergaben der Plenardebatten und Reden in Textform festgehalten. Grund für die bevorzugte Form ist, dass der Fokus auf den Inhalt der Reden und argumentativen Strukturen liegt, unabhängig von narrativen oder emotionalen Elementen. Diese Konzentration auf das Argumentative unterstützt eine objektive Bewertung und erleichtert die Identifikation von Diskursen. Entscheidender Vorteil für die Nutzung bereits vorhandener Daten ist, dass mögliche Fehlerquellen bei der Datenerhebung minimiert werden (Hoffmann 2018). Dies erhöht die Reliabilität der Ergebnisse.

Keller schlägt zum Auswahlverfahren der Korpusbildung eine erste Orientierung durch wichtige Orte oder Akteure in einer Diskursarena vor (Keller 2013: 52). Eine erste Auswahl erfolgte zeitlich und thematisch. So bildete der vorläufige Textkorpus alle Debatten ab dem Jahr 2022 bis Juni 2024, die sich im Kontext des Russland-Ukraine-Krieges verorten ließen. Um einen bearbeitbaren Textumfang zu erhalten, muss nun dieser Datenkorpus theoriegeleitet reduziert werden (Keller 2011: 79ff.).

In einem nächsten Schritt wurden zur Reduktion folgende Maßstäbe gebildet, um die Datenmenge sinnvoll zu reduzieren. Zunächst wurde die Auswahl der Debatten reduziert. Dabei wurden Debatten nur berücksichtigt, welche sich konkret mit dem außenpolitischen Handeln Deutschlands im Rahmen des Krieges beschäftigen. Anders gesagt, alle Debatten, die sich mit den innenpolitischen Maßnahmen bzw. der inneren Sicherheit beschäftigen, wurden ausgeschlossen. Darunter zählen beispielsweise die Aufrüstung der Bundeswehr oder Gesetzesänderungen. Grund für die Fokussierung ist einerseits, dass nach Sichtung dieser diese Themen oftmals bereits die Umsetzung

---

<sup>1</sup> Im Rahmen der vorliegenden Bachelorarbeit soll im Sinne einer geschlechterneutralen Schreibweise das Gender-Sternchen\* verwendet werden. Diese Schreibweise inkludiert, anders als das generische Maskulin, neben Frauen auch alle Menschen, die sich nicht in einer der binären Geschlechterkategorien verorten können oder wollen.

politischer Entscheidungen behandeln und daher wenig Aufschluss über die grundlegenden Argumente dafür oder dagegen bieten. Durch diese Reduzierung wird sichergestellt, dass die analysierten Dokumente direkt zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen. Anderseits wird so die Kohärenz der Dokumente sichergestellt. Durch eine einheitliche Grundlage wird die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erleichtert, wodurch es möglich wird konsistente Schlüsse zu ziehen. Außerdem fällt nach der Sichtung der Debatten über innere Anpassungsmaßnahmen auf, dass diese oftmals wiederkehrende Thematiken behandeln, welche bereits in vorangegangenen Debatten aufgegriffen wurden. Diese Redundanz kann vermieden werden, indem der Fokus auf Debatten gelegt wird, die spezifische Aspekte der Außenpolitik beleuchten.

Nach dieser ersten Eingrenzung erfolgte eine weitere zeitliche Eingrenzung. Aus jedem Kriegsjahr wurde eine Debatte genommen, um eine möglichst gute Verteilung zu haben, um Rückschlüsse auf das Fortbestehen und die Entwicklung zu haben. Aus diesen Reduzierungen ergaben sich die folgenden drei parlamentarischen Plenardebatten:

- Debatte zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aus dem Jahr 2022
- Debatte um die Forderung nach einer „Friedensinitiative“ für Ukraine und Russland aus dem Jahr 2023
- Plenardebatte über den russischen Krieg gegen die Ukraine aus dem Jahr 2024

Daraus ergeben sich 11 Reden aus dem ersten Antrag, 32 Reden aus dem zweiten Antrag und 19 Reden aus dem dritten Antrag. Insgesamt dienen somit 62 parlamentarische Reden als Textsample.

#### **d. Datenauswertung**

Die Datenauswertung dieser Arbeit basiert auf der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. Obwohl es keine einheitliche Definition dieser Methode gibt (Mayring 2022: 11), herrscht Einigkeit darüber, dass ihr Hauptziel die Analyse von Kommunikationsmaterial ist (ebd.). Das bedeutet, dass sich die Inhaltsanalyse auf die Übertragung von Symbolen konzentriert (ebd.: 12). Diese Kommunikation muss in der Inhaltsanalyse in irgendeiner Form dokumentiert sein, etwa in Texten (ebd.: 12). Um subjektive Interpretationen zu vermeiden und den Anforderungen sozialwissenschaftlicher Methoden gerecht zu werden, erfolgt die Inhaltsanalyse

systematisch nach klar definierten Regeln (ebd.: 13). Dieses systematische Vorgehen zeigt sich insbesondere in der theoriegeleiteten Analyse (ebd.: 13). Dabei werden Erfahrungen und Erkenntnisse anderer Forschungen zum untersuchten Thema berücksichtigt (ebd.: 13). Durch das regelgeleitete Vorgehen wird das Ausgangsmaterials in Analyseeinheiten zerlegt und schrittweise bearbeitet (ebd.: 49f.). Im Folgenden wird das Modell der qualitativen Inhaltsanalyse (ebd.: 53ff.) erläutert.

## ***I) Bestimmung des Ausgangsmaterials***

### *Schritt 1: Festlegung des Materials*

„Zunächst muss genau definiert werden, welches Material der Analyse zugrunde liegen soll“ (ebd.: 53). Für die Beantwortung der Forschungsfrage wurden spezifische parlamentarische Reden herangezogen (s.o.). Wie bereits im vorangegangenen Kapitel gezeigt, wurden die Reden nach der Relevanz des Themas und des Zeitraums ausgewählt. Nicht entscheidend war dabei, zwischen bestimmten Akteuren in der politischen Arena zu differenzieren. Der parlamentarische Diskurs soll in seiner Gänze erfasst werden. Deshalb sind sowohl Regierungsvertreter\*innen als auch Oppositionspolitiker\*innen von Bedeutung. Indem sowohl die Beiträge von Regierungs- als auch Oppositionspolitikern einbezogen werden, lässt sich ein umfassendes Bild des politischen Diskurses gewinnen, das Aufschluss darüber gibt, wodurch sich die außenpolitische Ausrichtung gewandelt hat.

### *Schritt 2: Analyse der Entstehungssituation*

Die Reden der Abgeordneten erfolgten im Rahmen einer parlamentarischen Debatte, welche im Kontext des Russland-Ukraine-Kriegs für die Außenpolitik Deutschlands eine Rolle spielten. Erster Analysegegenstand bildet die Bundestags-Debatte aus dem Jahr 2022, welche auf Antrag der Unionsfraktion unter dem Titel „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Ukraine jetzt entschlossen mit schweren Waffen unterstützen (Drucksache 20/3490)“ zustande kam (Bundestag 2022). Kernanliegen der Debatte ist die Frage ob, wie, in welchem Umfang und womit Deutschland die Ukraine unterstützen soll (Bundestag 2022).

Der zweite Analysegegenstand ist eine Debatte aus dem Jahr 2023, die auf den Antrag der AfD „Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland“ (Drucksache 20/5551) zurückgeht (Bundestag 2023). Diese Debatte wurde in drei

Lesungen durchgeführt. Die AfD forderte in ihrem Antrag verstärkte diplomatische Bemühungen der Bundesregierung und eine Reduzierung der deutschen Waffenlieferungen.

Den letzten Analysegegenstand bildet die Debatte auf Antrag der Koalitionsfraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter dem Namen „Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen Verteidigen (Drucksache 20/10375)“ vom 22. Februar 2024. Ziel des Antrags war es, die Unterstützung des Parlaments für eine fortgesetzte militärische Hilfe zu sichern (Bundestag 2024).

#### *Schritt 3: Formale Charakterisierung des Materials*

Die Reden der Abgeordneten sind als Videomaterial auf der Website des Deutschen Bundestags veröffentlicht. Für die vorliegende Analyse wurde jedoch auf die stenografischen Berichte zurückgegriffen, die ebenfalls auf der Website des Bundestags als PDF-Dokument verfügbar sind. Die Entscheidung, den stenografischen Bericht zu verwenden, basiert darauf, dass die Analyse sich nicht auf die Erzählweise, Emotionen oder nonverbale Kommunikation konzentriert, sondern ausschließlich auf den Inhalt der Reden. Der Bericht bietet eine präzise und vollständige, schriftliche Wiedergabe der Debatten, wodurch eine aufwendige eigenständige Transkription der Videomaterialien überflüssig wird. Die relevante Debatte wurde aus dem gesamten stenografischen Bericht extrahiert und in eine eigenständige PDF-Datei überführt. Diese Datei wurde anschließend für die weitere Verarbeitung in das Programm MAXQDA importiert.

#### **II) Fragestellung der Analyse**

Um die Inhaltsanalyse durchzuführen, muss nun herausgearbeitet werden, was man aus dem Material gewinnen möchte. Dafür muss eine spezifische Fragestellung an das Material entwickelt werden und die Richtung der Analyse bestimmt werden (Mayring 2022: 57).

#### *Schritt 4: Richtung der Analyse*

Der parlamentarische Diskurs soll als zentraler Ausgangspunkt politischen Handelns klären, warum die deutsche Außenpolitik eine Neuausrichtung erfahren hat, anstatt ihrem bisherigen Kurs treu zu bleiben. Aus dem Datenmaterial sollen Deutungsmuster und Sinnzuschreibungen herausgearbeitet werden, die die zugrunde liegenden

Argumentationsweisen sichtbar machen. Ziel der Untersuchung ist es, erste Erkenntnisse über die Gründe für diesen Wandel zu gewinnen. Der Text wird als solcher analysiert. Der soziokulturelle Hintergrund wird als relevanter Kontext berücksichtigt (ebd.: 57).

#### *Schritt 5: Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung*

Der Ausgangspunkt der Analyse ist die Ankündigung einer neuen Ära in der deutschen Außenpolitik, die Bundeskanzler Scholz im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges verkündet hat. Im theoretischen Teil dieser Arbeit wurde erarbeitet, dass ein prägendes Merkmal der deutschen Außenpolitik die Kultur der militärischen Zurückhaltung ist. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Fragestellung „Welche Faktoren haben zum Bruch der Tradition der militärischen Zurückhaltungskultur geführt?“. Gleichzeitig soll untersucht werden, inwieweit die Prinzipien dieser Zurückhaltung innerhalb des parlamentarischen Diskurses weiterhin vertreten werden, um so die Forschungsfrage zu beantworten.

#### *Schritt 6: Bestimmung/Definition der Analyseeinheiten*

Für eine systematische und konsistente Auswertung werden im Folgenden die Analyseeinheiten bestimmt (ebd.: 60). Dazu gehört die Bestimmung der Codiereinheit, der Kontexteinheit und der Auswertungseinheit (ebd.: 60). Als Codiereinheit bezeichnet Mayring das kleinstmögliche Textsegment, das einer Kategorie zugeordnet werden kann (ebd.: 60). In der vorliegenden Analyse kann bereits ein einzelnes Wort als Codiereinheit gelten, da auch einzelne Begriffe von zentraler Bedeutung sein können. Als Kontexteinheit definiert Mayring den größten Textteil, der einer Kategorie zugeordnet werden kann (ebd.: 60). In der vorliegenden Analyse dienen die einzelnen Reden der Politiker\*innen als Kontexteinheit. Nicht erfasst sind damit Zwischenrufe der parlamentarischen Kolleg\*innen oder Anmerkungen der Leitung der parlamentarischen Debatte. „Die Analyseeinheit legt fest, welche Textteile jeweils nacheinander ausgewertet werden“ (ebd.: 60). Da die Kategorienbildung sowohl deduktiv als induktiv erfolgte (siehe Schritt 8), wird zunächst das Material chronisch im Ablauf der Debatten gesichtet. Das endgültige Kategoriensystem basiert jedoch auf allen Reden.

*Schritt 7: Festlegung des Ablaufmodells in Form der Bestimmung der Analyseeinheit*

Mayring unterscheidet zwischen der Analysetechnik der Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (ebd.: 66). Für die vorliegende Arbeit eignet sich die strukturierte Analysetechnik besonders gut. Denn Ziel der strukturierten Inhaltsanalyse ist es, bestimmte Aspekte des Materials herauszufiltern, so dass verschiedenen Deutungsmuster und Sinnzuschreibungen gezielt erfasst werden können (ebd.: 66).

*Schritt 8: Entwicklung eines Kategoriensystems*

Ziel der strukturierenden Inhaltsanalyse ist es, bestimmte Strukturen aus dem Material herauszufiltern. „Diese Struktur wird in Form eines Kategoriensystems an das Material herangetragen. Alle Textbestandteile, die durch die Kategorien angesprochen werden, werden dann aus dem Material systematisch extrahiert“ (ebd.: 96). Dieses Kategoriensystem wird theoriegeleitet erstellt, wobei die Forschungsfrage als Ausgangspunkt dient (ebd.: 96). Im Folgenden wird das Kategoriensystem einen Nominalcharakter haben, das heißt es besteht aus einer Liste gleichrangiger Aspekte (ebd.: 96). Die Kategorienbildung erfolgte in einem zweistufigen Prozess: Zunächst deduktiv, indem Kategorien theoriegeleitet aus der Forschungsfrage und dem theoretischen Hintergrund abgeleitet wurden; anschließend induktiv, indem diese Kategorien im Laufe der Auswertung anhand des Materials ergänzt und verfeinert wurden. Diese vorab festgelegten Kategorien dienen als Orientierungshilfe und ermöglichen eine theoretisch fundierte Analyse. Während der Analyse werden diese Kategorien jedoch flexibel angepasst und durch induktive Kategorien ergänzt, um neue, im Material auftauchende Deutungsmuster und Sinnzuschreibungen zu identifizieren. Auf diese Weise verbindet die Analyse eine theoriegeleitete Strukturierung mit der Offenheit für unerwartete Erkenntnisse im Material. Der Codierleitfaden fasst das gesamte Vorgehen zusammen und stellt das zentrale Instrument der Auswertung dar. Er dient dazu, die Kategorisierung konsistent und nachvollziehbar zu gestalten, indem er festlegt, wie und warum bestimmte Textstellen bestimmten Kategorien zugeordnet werden. Damit wird sichergestellt, dass die Analyse systematisch erfolgt und die gewonnenen Erkenntnisse auf einer fundierten methodischen Basis beruhen (ebd.: 97). Abbildung 1 zeigt das Ablaufmodell der deduktiven Kategorienanwendung nach Mayring; Abbildung 2 zeigt die daraus resultierenden Auswertungsregeln nach Mayring.

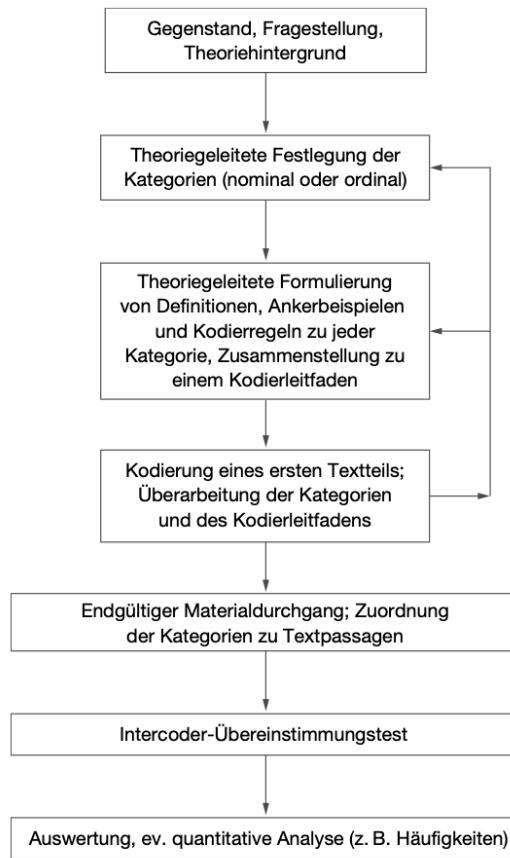


Abbildung 1: Ablaufmodell deduktiver Kategorienanwendung aus Mayring 2022: 97

Daraus ergeben sich folgende Auswertungsregeln:

**D1: Fragestellung**

- D1.1 Formuliere eine klare Fragestellung, nicht nur ein Thema!
- D1.2 Verknüpfe mit dem Stand der Forschung und formuliere die eigene theoretische Position!
- D1.3 Lege das Textmaterial begründet fest!

**D2: Kategoriensystemerstellung**

- D2.1 Leite aus der Fragestellung die Auswertungsaspekte ab und formuliere sie in Kategorien!
- D2.2 Das Kategoriensystem kann Haupt- und Unterkategorien enthalten.
- D2.3 Das Kategoriensystem kann nominal (einfache Kategorienliste) oder ordinal (Ordinalskala, z. B. positiv – neutral – negativ) konzipiert sein.

**D3: Kodierleitfaden**

- D3.1 Formuliere vorab theoriegeleitet klare Definitionen zu allen Kategorien!
- D3.2 Sammle während der Textarbeit exemplarische Textstellen als Ankerbeispiele für die Kategorien!
- D3.3 Bei unklaren Textstellen formuliere theoriegeleitet Entscheidungsregeln für die Kategorisierung (Kodierregeln)!
- D3.4 Stelle Definitionen, Ankerbeispiele und Kodierregeln zu einem Kodierleitfaden zusammen!

**D4: Überarbeitungsschleife**

- D4.1 Wenn sich das Kategorienzuordnung stabilisiert (wenig Abgrenzungsprobleme), unterziehe die Kategorien und den Kodierleitfaden einer Revision!

**D5: Auswertung**

- D5.1 Die Zuordnung der deduktiv gebildeten Kategorien zum Textmaterial kann bereits das Ergebnis darstellen. Häufigkeiten der Kategorienzuordnung können aber auch quantitativ analysiert werden.

Abbildung 2: Auswertungsregeln nach Mayring 2022: 98

Ein Grund für einen Bruch mit der militärischen Zurückhaltungskultur könnte die gestiegene Erwartung an Deutschland darstellen, mehr Verantwortung im internationalen Kontext zu übernehmen. Außerdem könnte ein Grund darin liegen, dass die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland seit 2014 weitgehend wirkungslos geblieben sind, wie die wiederholten Verschärfungen dieser Maßnahmen nahelegen.

Daraus ergeben sich folgende Kategorien deduktiv:

<b>Kategorien</b>	<b>Definition</b>	<b>Ankerbeispiel</b>	<b>Interpretativer Rahmen</b>
Verantwortung	Deutung, dass Deutschland eine Verantwortung hat, sich aktiv zu beteiligen	„Verantwortlichen für Kriegsverbrechen wie in Butscha oder Irpin zur Rechenschaft zieht. Das ist unsere historische und europäische Verantwortung.“ (Adis Ahmetovic 2023)	Deutungsmuster
Sanktionseskalation	Frühere Sanktionen werden als unzureichend angesehen	„Putin hat mehr als deutlich gemacht, dass er nicht auf Dialog setzt, sondern auf Gewalt. [...] Deshalb ist es richtig und notwendig, dass wir die Ukraine finanziell wie militärisch unterstützen“ (Thomas Silberhorn 2024)	Sinnzuschreibung

Tabelle 1: deduktiver Codierleitfaden 1

Auf Grundlage des theoretischen Hintergrunds ergeben sich folgende deduktive Kategorien zur Erfassung der militärischen Zurückhaltungskultur:

<b>Kategorien</b>	<b>Definition</b>	<b>Ankerbeispiel</b>	<b>Interpretativer Rahmen</b>
Diplomatie	Aussagen, die Diplomatie als den wichtigsten und bevorzugten Ansatz in der deutschen Außenpolitik hervorheben	„Ich möchte, dass endlich Friedensverhandlung -en stattfinden, dass diese Regierung mal was für den Frieden tut. Mit Panzern hat noch nie jemand Frieden in einem Land geschaffen“ (Robert Farle 2023)	Deutungsmuster
Abstimmung mit (Bündnis-)Partnern	Aussagen, die die Bedeutung der Zusammenarbeit und der Abstimmung mit internationalen Partnern betonen	„Wir machen alles abgestimmt mit unseren Partnern, Freunden und Verbündeten“ (Gabriela Heinrich 2022)	Deutungsmuster
Zurückhaltung	Aussagen, die die (militärische) Zurückhaltung als moralische Pflicht Deutschlands Kennzeichnen	„Wir liefern keine Waffen in Spannungsgebiete.“ (Alexander Gauland 2022)	Deutungsmuster
Militärisches Handeln nur im Bündniskontext	Aussagen, die betonen, dass jegliches militärische Handeln nur in Absprache mit der	„Deutschland liefert im Verbund mit unseren westlichen Partnern“ (Gabriela Heinrich 2022)	Deutungsmuster

	NATO/EU stattfindet		
--	------------------------	--	--

Tabelle 2: deduktiver Codierleitfaden 2

### Schritt 9: Kodierung des Materials

Die Auswertung des Materials erfolgte mittels computergestützter Datenanalyse. Der Einsatz von Software in der qualitativen Forschung ermöglicht eine effiziente und nachvollziehbare Sichtung, Strukturierung und Analyse des Datenmaterials. Für diese Arbeit wurde die Software MAXQDA Analytics Pro (Version 24.4.1) verwendet, um das Material zu codieren und anschließend auszuwerten. Das Textkorpus besteht aus drei Dokumenten (siehe Abbildung 3).

Nach der deduktiven Kategorienbildung wurden die importierten Dokumente zeilenweise codiert. Konnte ein Passus nicht in das bestehende Kategoriensystem eingeordnet werden, wurde mittels induktiver Kategorienbildung eine neue Kategorie definiert. Insgesamt wurden 206 Codes aus dem Material extrahiert. Abbildung 3 zeigt die Verteilung aller Codierungen des Datenmaterials. Abbildung 4 veranschaulicht die aus dem Diskurs gewonnenen Deutungs- und Sinnzuschreibungen hinsichtlich der Motive für den Wandel der deutschen Außenpolitik. Abbildung 5 zeigt im Vergleich dazu, inwieweit im parlamentarischen Diskurs Argumente im Einklang mit der Kultur der militärischen Zurückhaltung geäußert wurden.

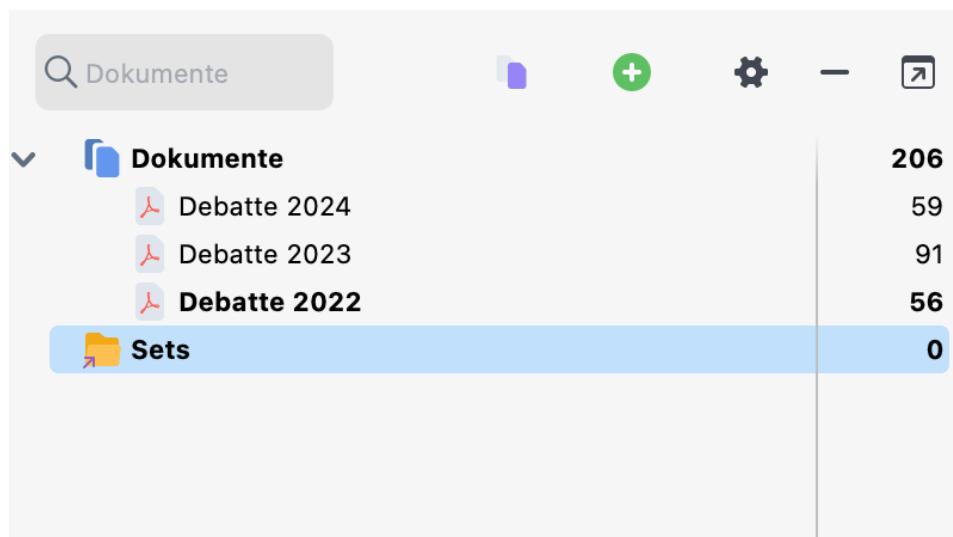


Abbildung 3: Screenshot der Dokumentenliste aus MAXQDA

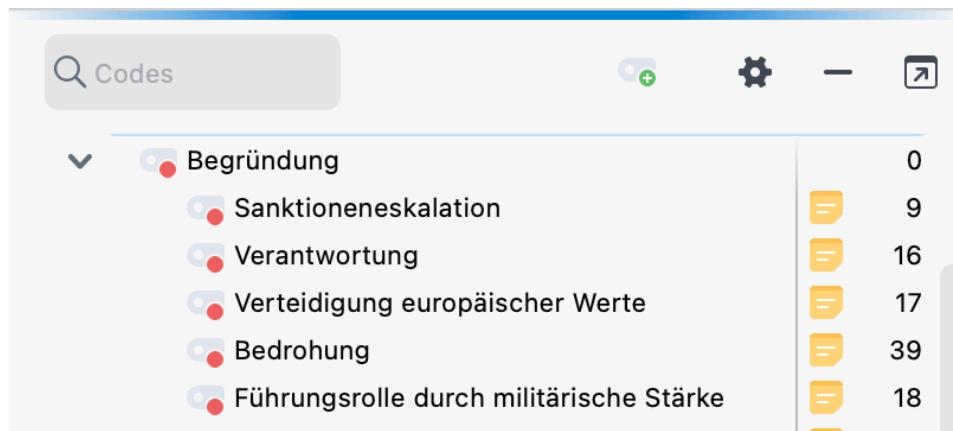


Abbildung 4: Screenshot der Codierungsliste aus MAXQDA

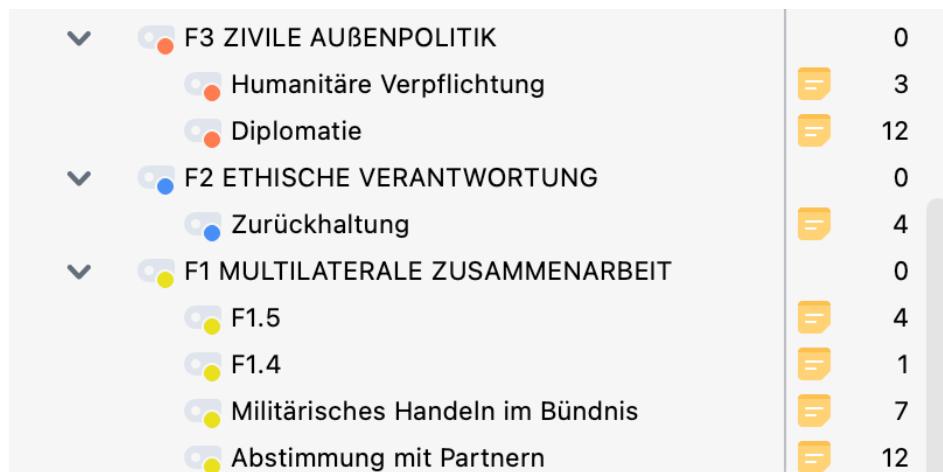


Abbildung 5: Screenshot der Codierungsliste aus MAXQDA

Aus der induktiven Kategorienbildung kann der Codierleitfaden für die zentrale Forschungsfrage um folgende Kategorien ergänzt werden:

Kategorien	Definition	Ankerbeispiel	Interpretativer Rahmen
Verteidigung europäischer Werte	Aussagen, die sich auf den Schutz und die Bewahrung zentraler Prinzipien und Werte der Europäischen Union beziehen, wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und Frieden	„Aus diesem Grund ist es so wichtig und richtig, dass wir die Ukraine unterstützen. Denn jede neue Grenzverschiebung führt zu etwas, das wir alle nicht wollen: zu mehr Instabilität, zu mehr Krieg. Wir	Sinnzuschreibung

		wollen aber Demokratie, Freiheit, Frieden“ (Adis Ahmetovic 2024)	
Bedrohung	Wahrnehmungen von Gefahren	„Die berühmte rote Linie ist die Line, um die es geht: Freiheit, Demokratie, in Menschenwürde leben. Diese Linie ist überschritten worden, und deswegen [...] stehen wir in der Tat auf der Seite der Ukraine. Wir müssen alles Mögliche tun, um die ukrainische Armee zu unterstützen, damit sie gewinnt und Vladimir Putin keine Chance hat“ (Strack-Zimmermann 2022)	Sinnzuschreibung
Führungsrolle durch militärische Stärke	Aussagen, die militärisches Handeln mit einer Führungsrolle gleichsetzen	„Es heißt auch, Führung zu übernehmen und nicht zu warten, bis die Partner uns unbequeme Entscheidungen abnehmen“ (Strack-Zimmermann 2022)	Deutungsmuster

Tabelle 3: induktiver Codierleitfaden

## IV. Ergebnisse

An das Material wurden zwei Fragestellungen formuliert. Zunächst steht die untergeordnete Frage: „Finden sich im parlamentarischen Diskurs Argumente für die militärische Zurückhaltungskultur?“ im Fokus.

Abbildung 6 veranschaulicht die Code-Trends in MAXQDA und zeigt deutlich, dass bereits im Jahr 2022 die Forderungen nach einer Beibehaltung der militärischen Zurückhaltungskultur im Vergleich zu den Stimmen für eine verstärkte militärische Beteiligung eher selten waren.



Abbildung 6: Screenshot der Code-Trends aus MAXQDA

Obwohl die politische Zugehörigkeit der Parlamentsmitglieder\*innen nicht explizit analysiert wurde, lässt sich dennoch beobachten, dass der Bruch mit der militärischen Zurückhaltungskultur hauptsächlich von den politischen Spektren am linken und rechten Rand thematisiert wurde.

*„Selten sind die geheiligten Prinzipien unseres Selbstverständnisses nach 1945 so gnadenlos auf dem Altar einer falschen Realpolitik geopfert worden: Wir liefern keine Waffen in Spannungsgebiete. Wir verteidigen allein uns und unsere NATO-Partner. [...] Wir rutschen auf einer schiefen Ebene in die Teilnahme an einem Konflikt, der nicht der unsere ist.“ (Gauland 2022: 5873)*

*„Seit Beginn des Ukrainekrieges vergeht kaum eine Woche, in der nicht jemand aus der Bundesregierung oder auch der Union um die Ecke kommt und*

*fordert, dass man mehr und am besten auch immer schwerere Waffen an die Ukraine liefern solle. Und so jagt in den letzten Monaten ein Tabubruch den nächsten.“ (Al-Dailami 2022: 5875)*

Zudem ist auffällig, dass es Parlamentarier\*innen schwer fiel, sich zu konkreten Waffenlieferungen zu positionieren: Insbesondere fällt dies in der Debatte aus dem Jahr 2024 auf. So wurde mehrfach von der Opposition gefragt:

*„Ich frage Sie: Umfasst die Formulierung im Antrag ‚Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition‘ nach Ihrer Ansicht auch die Lieferung von Taurus, ja oder nein?“ (Erndl 2024: 19626)*

Die Antworten auf diese Fragen blieben oft vage oder ausweichend:

*„Nicht zwingend.“ (Heinrich 2024: 19632)*

*„Integrierte Sicherheit heißt nicht, Lösungen auf ein Waffensystem zu reduzieren.“ (Türk-Nachbaur 2024: 19638)*

Diese Haltung spiegelt eine Unsicherheit darüber wider, welche militärischen Maßnahmen ethisch vertretbar sind.

*„In der Tat diskutieren wir seit dem 24. Februar darüber, welches der richtige Weg ist.“ (Strack-Zimmermann 2022: 5876)*

In diesen Zusammenhang ist es zudem interessant, dass zu Beginn der Debatte über den Umgang mit Russlands Angriff multilaterales Handeln betont wurde. Diese Betonung verschwand jedoch in den späteren Debatten nahezu vollständig, wie aus der Code-Abdeckung in Abbildung 7 ersichtlich wird.

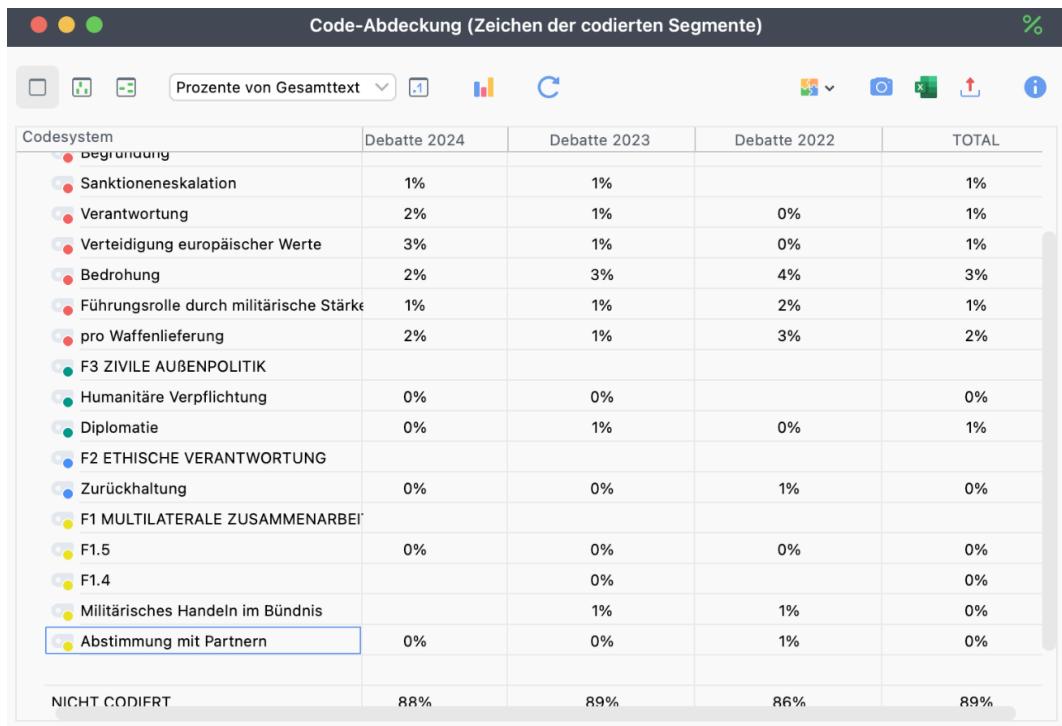


Abbildung 7: Screenshot der Code-Abdeckung aus MAXQDA

Aufbauend soll nun im Folgenden die zentrale Forschungsfrage: „Warum hat sich die Außenpolitik Deutschlands gewandelt?“ mithilfe des Konstruktivismus beantwortet werden.

In der deutschen außenpolitischen Debatte spielt die Wahrnehmung einer Bedrohung durch Russland eine zentrale Rolle. Abbildung 7 zeigt, dass diese zu Beginn der Debatte die dominante Rechtfertigung des außenpolitischen Handelns darstellt. Nach dem sozialkonstruktivistischen Verständnis ist eine Bedrohung nicht objektive Tatsache, sondern diese wird durch Interpretation und Sinnzuschreibung erschaffen.

Politiker\*innen sehen durch den Angriffs Russland auf die Ukraine eine doppelte Gefährdung. Einerseits die Gefährdung des Territoriums der EU. Anderseits eine Gefährdung der geltenden Werte der EU. Damit wird der Angriff auf die Ukraine als eigener gewertet. Der Schutz der Ukraine wurde als Schutz Europas dargestellt, was den Einsatz militärischer Mittel legitimierte.

„Die Ansage Putins, dass es jetzt eine Teilmobilmachung gibt, bringt einiges an Veränderungen mit sich: Erstens ist das eine schlechte Nachricht für den Frieden in Europa.“ (Nouripour 2022: 5873)

„Diese Sache ist mittlerweile erst genug, Sie alle wissen, worum es geht, Denn das hat mittlerweile eine erhebliche europapolitische Komponente.“ (Wadephul 2022: 5871)

*„Erst kürzlich hat er [Putin] zum Jahresanfang erklärt, dass Russland alle NATO-Staaten als Feinde betrachtet. Damit muss doch für uns klar sein, dass diese russische Aggression gestoppt werden muss, und zwar so schnell wie möglich; denn sonst ist die Sicherheit in ganz Europa bedroht.“ (Silberhorn 2023: 18672).*

*„Wenn wir aufhören, die Ukraine zu unterstützen, dann gefährden wir auch unsere eigene Sicherheit und Freiheit und geben die regelbasierte Sicherheitsordnung der Gewalt des Brutaleren preis.“ (Brugger 2024: 19626)*

*„Wir werden auch weiterhin die Ukraine unterstützen, denn der Frieden für Europa und die Sicherheit von Europa entscheiden sich gerade jetzt an der ukrainisch-russischen Grenze.“ (Alt 2024: 18676)*

*„Es ging nicht nur um den Frieden in der Ukraine, sondern der Frieden in ganz Europa und damit auch der Frieden unseres Landes war gefährdet.“ (Baerbock 2024: 18678)*

*„Dieser Konflikt, der nun schon seit über einem Jahrzehnt währt, ist mehr als nur eine Auseinandersetzung um Territorium; es ist ein Kampf für die Seele Europas, für Demokratie und für Menschenrechte.“ (Türk-Nachbaur 2024: 19638)*

Darüber hinaus wurde im politischen Diskurs Deutschlands die Ukraine immer mehr als integraler Bestandteil Europas betrachtet. Deutschland sieht in der Ukraine einen Staat, der sich durch seine Bemühungen und Annäherungen an die EU und die NATO klar zur europäischen Wertegemeinschaft bekennt. Dadurch wurde es für Deutschland immer schwieriger, sich in der Rolle der militärischen Zurückhaltung zu behaupten.

*„Wenn man es erst meint, dass man sagt: „Wir stehen vollständig hinter der Ukraine“ [...] dann muss man hier jetzt einen entscheidenden Schritt weitergehen“ (Wadephul 2022: 5871)*

*„Wir sind uns alle einig, dass wir an der Seite der Ukraine stehen, wirtschaftlich, humanitär und auch militärisch.“ (Strack-Zimmermann 2022: 5876)*

*„Unser Einsatz für die Ukraine endet nicht bei Munitions- und Waffenlieferungen“ (Otte 2024: 18665)*

In diesem Zusammenhang wurden vorangegangene Sanktionen im Rahmen der Annexion der Krim als unzureichend bewertet. Bis zum Krieg wurde eine Politik des Dreiklangs im Sinne der militärischen Zurückhaltungskultur verfolgt. Obwohl Russland auf das schärfste verurteilt wurde, so war für Deutschland klar: Diplomatie ist der Weg (vgl. Gauck 2014; Steinmeier 2014). Die Eskalation des Konflikts und die offensichtliche Wirkungslosigkeit der bisherigen Sanktionen führten zu einer Neubewertung der deutschen Außenpolitik. Die dramatische Zuspitzung der Lage und die mangelnde Wirksamkeit diplomatischer Bemühungen führten zu einem wachsenden Gefühl der Ohnmacht. Dieses Gefühl verstärkte die gesellschaftliche Konstruktion einer Bedrohung, die im politischen Diskurs immer stärker betont wurde. Die Notwendigkeit, der Bedrohung entschlossen zu begegnen, wurde zunehmend als Begründung für die militärische Unterstützung der Ukraine angeführt.

*„Die Grundfeste unserer internationalen Ordnung wurden schon vor zehn Jahren durch die Annexion der Krim massiv erschüttert. Die Dimension, die dieser Rechtsbruch mit sich bringen würde, wurde damals verkannt. Ja, das war ein Fehler.“ (Türk-Nachbaur 2024: 19638)*

*„Wir wollen die Hand zum Frieden reichen, ja. Aber wenn diese Hand ständig ausgeschlagen wird, wenn unsere Bündnispartner und wir selbst bedroht werden, dann müssen wir gewappnet sein.“ (Hellmilch 2024: 19645)*

*„Wenn wir den Krieg mit allen diplomatischen Bemühungen schon nicht verhindern konnten, dann müssen wir wenigstens dafür sorgen, [...] [dass sich der Angriffskrieg] für Putin [...] schlicht und ergreifend nicht lohnt.“ (Lechte 2023: 10113)*

Mit dem sozialen Konstrukt der Bedrohung ging ein normativer Wandel einher. Ursprünglich war normative Grundlage der deutschen Außenpolitik die militärische Zurückhaltung. Eine Norm, die, geprägt durch die verheerenden Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der nachfolgenden Teilung Deutschlands, in der politischen Kultur verankert war. Diese Zurückhaltung spiegelte sich in einer Politik wider, die militärische Interventionen auf ein Minimum beschränkte und stattdessen auf Diplomatie, wirtschaftliche Sanktionen und multilaterale Zusammenarbeit setzte. Die Bedrohung konstruierte eine neue Norm: Die Verteidigung Europas, seiner Werte und seiner territorialen Integrität durch eine stärkere militärische Präsenz und Maßnahmen. Unter den europäischen Werten lassen sich die Begriffe Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte subsumieren. Diese Werte, die zu Beginn der Diskussion kaum Erwähnung fanden, wurden 2024 zum dominierenden Faktor in der parlamentarischen Debatte, wie Abbildung 7 zeigt. Damit einhergehend kann in Abbildung 7 zudem beobachtet werden, dass eine Forderung nach Handeln im Sinne der militärischen Zurückhaltungskultur schwindet. Damit wurde der Schutz dieser Werte zunehmend als Priorität gesehen, die militärische Maßnahmen rechtfertigte.

*„Denn die Ukraine verteidigt ihr Land auch für unsere Werte, unsere demokratischen Werte, unsere rechtsstaatlichen Werte“ (Otte 2024: 18665)*

Gleichzeitig haben internationale Partner durch ihre zwischenstaatlichen Interaktionen zunehmend höhere Erwartungen an Deutschland formuliert. Diese Erwartungen haben nicht nur den politischen Diskurs beeinflusst, sondern auch einen Wandel in der deutschen Identität vorangetrieben. Während Deutschland als Zivilmacht traditionell vor allem mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln Einfluss genommen hat, ist in den letzten Jahren eine neue Dimension hinzugekommen: Die Bereitschaft, eine Führungsrolle zunehmend auch mit militärischer Macht zu stützen. Deutschland signalisiert damit seine Bereitschaft, in einer zunehmend unsicheren Weltlage Verantwortung zu übernehmen und Sicherheit nicht nur durch Diplomatie, sondern auch durch entschlossenes Handeln zu gewährleisten. In diesem Sinne betrachtet es Deutschland als seine Pflicht, die Ukraine zu schützen und den Weg in die EU zu ebnen.

*„Wir sind der größte [Waffen-]Lieferant innerhalb der EU. Das ist doch die europäische Führungsrolle.“ (Heinrich 2022: 5872)*

*„Diese deutsche Politik verursacht mittlerweile eine tiefe Spaltung Europas. Deutschland ist aufgefordert, Europa zusammenzuführen [...] Nie wieder! Deutschland muss dafür sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht‘, dann muss man hier jetzt einen entscheidenden Schritt weitergehen.“ (Wadephul 2022: 5871)*

*„Wenn wir als Bundestag glaubwürdig sein wollen, dann sollten wir nicht symbolisch über tolle Dinge reden und darüber, wie gut wir unterstützen, sondern alles tun.“ (Kiesewetter 2024: 19643)*

*„Gerade weil wir sehen, was im Kreml passiert ist, ist es erst recht notwendig, dass wir einen langen Atem haben bei der Unterstützung der Ukraine. Und das werden wir haben; das ist unsere Verpflichtung.“ (Nouripour 2022: 5874)*

## V. Diskussion

In diesem Abschnitt werden zunächst die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt und interpretiert. Anschließend folgt eine Evaluation des theoretischen Rahmens und der methodischen Herangehensweise. Sodann sollen die Grenzen der Forschung herausgearbeitet werden. Abschließend werden Empfehlungen für die weitere Forschung entwickelt.

Ausgehend von der Forschungsfrage „Wie erklärt der Konstruktivismus den Wandel der deutschen militärischen Zurückhaltungskultur durch den Russland-Ukraine-Krieg?“ konnten mit der Methode der Diskursanalyse relevante Erkenntnisse im parlamentarischen Diskurs gewonnen werden. Insbesondere die wahrgenommene Bedrohung durch Russland wurde zunehmend als Legitimation für eine militärische Unterstützung der Ukraine gewertet. Der Schutz der Ukraine wird im Diskurs zunehmend als Schutz Europas und seiner Werte interpretiert. Dabei wird die Ukraine durch ihre westliche Orientierung der letzten Jahre immer mehr als Partner verstanden. Gleichzeitig wird die von außen an Deutschland herangetragene Verantwortung auch im deutschen Parlament stärker wahrgenommen, wobei militärische Stärke zunehmend mit einer Führungsrolle in Verbindung gebracht wird. Zu Beginn der Debatte gab es deutlich sichtbare Bemühungen die Aufrechterhaltung der traditionellen Leitlinie zu betonen. So wurden noch im Jahr 2022 Waffenlieferungen via multilaterale Absprachen beteuert. Im weiteren Verlauf der Debatten wurde jedoch deutlich, dass die Bestrebungen in Hinblick auf die Aufrechterhaltung zunehmend an Bedeutung verloren.

Fraglich ist jedoch, ob die fehlende Betonung von Prinzipien, die sich der militärischen Zurückhaltungskultur zuordnen lassen, auch wirklich einen Bruch mit der Praxis darstellen. So ist nicht aus dem parlamentarischen Diskurs ersichtlich, ob die Maxime des multilateralen Handelns nicht weiterhin gelebt wird. Für einen Verlust der Bedeutung spricht jedoch, dass Politiker\*innen zu Beginn der Debatten das Bedürfnis hatten, diese Zusammenarbeit explizit zu betonen, wie in Abbildung 5 gezeigt wurde. Ebenso die Äußerung des CDU-Abgeordneten Hahn, der auf die Warnung, zusätzliche Waffenlieferungen könnten einen Alleingang Deutschland darstellen, antwortete:

*„Zu dem Argument ‚keine Alleingänge‘, das Sie, Frau Heinrich, auch gebracht haben, kann ich nur sagen: Es gibt diese offiziellen Absprachen nicht.“ (Hahn 2022: 5878)*

Gleichzeitig zeigt diese Äußerung aber auch, dass es einen tiefen Dissens darüber gibt, wie weit die Beteiligung gehen soll. Und damit einher geht die Frage, wie die Führungsposition Deutschlands zu füllen ist. Das wird auch deutlich in der Frage, welche schweren Waffen Deutschland liefern soll. So schrecken viele Politiker\*innen vor einer konkreten Forderung an die Bundesregierung, welche Waffen geliefert werden sollen, zurück. Es deutet zudem auf die Sorge hin, wie die Öffentlichkeit auf eine umstrittene Waffenlieferung reagieren könnte; insbesondere in Deutschland, wo die Bevölkerung seit 1945 eine starke Präferenz für friedliche und diplomatische Lösungen hat.

Dieses Unbehagen wirft ein Schlaglicht auf die komplexen Herausforderungen, vor denen Deutschland bei der Neuausrichtung seiner Außenpolitik steht. Trotz der Anerkennung der Notwendigkeit, mehr in militärische Maßnahmen zu investieren, zeigt die ambivalente Rhetorik der Abgeordneten, dass die Kultur der militärischen Zurückhaltung den Diskurs prägt. Bereits im Februar 2022 beschloss das Parlament, Waffenlieferungen an die Ukraine zu genehmigen. Seitdem gibt es aber immer wieder Debatten darüber, welche konkreten Maßnahmen angemessen sind. Diese anhaltenden Diskussionen über das richtige Vorgehen bei Waffenlieferungen verdeutlichen das Spannungsfeld, in dem sich die deutsche Außenpolitik bewegt: zwischen der Loslösung von traditioneller Zurückhaltung und dem Ringen um die richtige Balance in einer sich verändernden internationalen Landschaft. Das Pflichtbewusstsein Deutschlands gegenüber der Ukraine zeigt deutlich, dass das Land bereit ist, eine größere internationale Verantwortung zu übernehmen. Deutschland sieht es als seine Aufgabe, der Ukraine den Weg in die Europäische Union zu ebnen und erkennt gleichzeitig an, dass die damalige Reaktion auf die Krimannexion 2014 unzureichend war. Der russische Angriffskrieg kann daher als „Weckruf“ für die Bundesrepublik verstanden werden. Dieser Krieg hat Deutschland dazu veranlasst, seine Außenpolitik zu überdenken und die Bereitschaft zu entwickeln, eine Führungsrolle auch durch militärische Stärke wahrzunehmen. Die enge Verbundenheit mit der Ukraine und die daraus entstehende Verantwortung wirkten als Katalysator für diesen Wandel. Die Veränderung der deutschen Außenpolitik verdeutlicht, wie die Konstruktion von Partnerschaften und gemeinsamen Werten die strategische Ausrichtung eines Landes nachhaltig beeinflussen kann.

Der Konstruktivismus erwies sich als fundierte theoretische Grundlage zur Beantwortung der Forschungsfrage, da er aufzeigt, wie soziale Realitäten - wie Bedrohungen und nationale Identitäten - konstruiert werden und diese Konstruktionen

wiederum politische Entscheidungen prägen. Im Rahmen der Untersuchung wurde das methodische Instrument der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller in Kombination mit der computergestützten qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring eingesetzt. Dieser methodische Ansatz ermöglichte es, die Rolle des parlamentarischen Diskurses im Prozess des Wandels der deutschen Außenpolitik detailliert zu erfassen und zu analysieren. Schwerpunkt der Forschung war dabei die Frage, welche Faktoren den Wandel der deutschen Außenpolitik vorangetrieben haben. Die Diskursanalyse ermöglichte es, Veränderungen in den Argumentationsmustern und Prioritäten der politischen Akteure im Zeitverlauf sichtbar zu machen. So konnten Deutungsmuster und Sinnzuschreibungen identifiziert werden, die wesentlich zum Wandel der deutschen Außenpolitik beigetragen haben. Ein potenzieller Schwachpunkt der Diskursanalyse ist jedoch die Subjektivität der Interpretation, da die Ergebnisse stark von der Perspektive des Forschenden abhängen. Um dieser Herausforderung zu begegnen, wurde ein Codierleitfaden entwickelt, der die Objektivität der Analyse erhöhen soll. Trotz dieser Einschränkungen kann insgesamt festgestellt werden, dass die Diskursanalyse ein gut geeignetes methodisches Instrument zur Beantwortung der Forschungsfrage war. Ihre Stärke liegt insbesondere darin, die Dynamik des politischen Wandels und die Konstruktion von Identitäten und Bedrohungen sichtbar zu machen. Besonders hervorzuheben ist die Verbindung der theoretischen Basis des Sozialkonstruktivismus mit der wissenssoziologischen Diskursanalyse, die es ermöglichte, den Zusammenhang zwischen diskursiven Konstruktionen und politischem Wandel zu verstehen und darzustellen. Diese Kombination erwies sich als besonders gewinnbringend, um die komplexen Prozesse zu erfassen, die den Wandel der deutschen Außenpolitik im Kontext des Russland-Ukraine-Krieges vorangetrieben haben.

Obwohl durch die Analyse des parlamentarischen Diskurses im Zeitrahmen 2022 bis 2024 erste Schlüsse gezogen werden konnten, ist die Aussagekraft fraglich. Ein wesentlicher Schwachpunkt liegt im Fehlen eines Vergleichs der Entwicklung der deutschen Außenpolitik im Rahmen der Krimannexion ab 2014. Dies ist dem beschränkten Umfang der Arbeit geschuldet. Ein Vergleich könnte Erkenntnisse darüber liefern, wie sich die deutsche Haltung und die Bereitschaft zur militärischen Intervention über die Jahre entwickelt hat. Ohne diese historische Perspektive bleibt es unerklärt, ob tatsächlich erst mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ein Wandel in der deutschen Außenpolitik eingetreten ist. Ein weiterer limitierender Faktor ist die Frage, ob die gestiegene Bereitschaft Deutschlands,

militärisch zu intervenieren, auch für andere Länder gilt. Insbesondere für Länder, die nicht als Bündnispartner wahrgenommen werden. Es bleibt abzuwarten, ob Deutschland ähnliche Maßnahmen ergreifen würde, wenn es zu einem Konflikt in einer Region käme, die nicht in direktem Zusammenhang mit europäischen Interessen steht. Darüber hinaus konnte im parlamentarischen Diskurs nicht hinreichend untersucht werden, inwieweit andere Akteure auf nationaler und internationaler Ebene das außenpolitische Verhalten Deutschlands gestalteten. So ist fraglich, inwieweit die Unterstützung der Ukraine durch andere NATO-Mitglieder das Verhalten Deutschlands beeinflusst hat. Zudem bleibt unklar, inwiefern externe Faktoren, wie die direkte Bitte um Unterstützung durch Präsident Selenskyj auf das außenpolitische Handeln Deutschlands wirkten. Die emotionale und moralische Dimension dessen sind zumindest im parlamentarischen Diskurs nicht thematisiert. Auch muss berücksichtigt werden, dass die konkrete Entscheidung, welche Waffen geliefert werden, von der Bundesregierung getroffen wird. Der Bundestag liefert zwar ein wichtiges Stimmungsbild, jedoch kann nicht erfasst werden, welche Faktoren letztendlich wirklich in außenpolitische Entscheidungen einfließen. Zudem ist zu beachten, dass die Aussagen im parlamentarischen Diskurs nicht auf ihre Richtigkeit überprüft wurden, da der Fokus auf der Argumentation lag. Diese methodische Entscheidung hat zur Folge, dass innerhalb des parlamentarischen Diskurses eine mögliche Verzerrung vorzufinden sein könnte.

Für die weitere Forschung ergeben sich mehrere bedeutende Ansatzpunkte. Von besonderem Interesse ist die Frage, ob die Anpassung der deutschen Außenpolitik einen Strukturwandel darstellt oder lediglich eine temporäre Reaktion auf die aktuelle Krise. Des Weiteren ist die Bewertung der Außenpolitik Deutschlands im Rahmen der NATO von Interesse. Zum einen stellt sich die Frage, ob Deutschland Eigeninitiative zeigte und damit seine Führungsrolle übernahm oder als Mitläufer im Bündnis agierte. Zum anderen, welche Auswirkungen diese neue Außenpolitik auf die transatlantischen Beziehungen und das internationale Gefüge hat. Es stellt sich die Frage, ob die deutsche Ukraine-Politik die Beziehungen zu anderen Ländern, wie etwa die Handelsbeziehung zu China, beeinflusst. Insbesondere sollte untersucht werden, ob Deutschland bereit ist, auch in anderen globalen Kontexten eine militärische Führungsrolle zu übernehmen. In diesem Kontext ist ein naheliegender Untersuchungsgegenstand, ob Deutschland seit den umfassenden Waffenlieferungen an die Ukraine auch bereit ist, grundsätzlich häufiger und umfassender Waffen zu

liefern. Schließlich sollte die Auswirkung des Diskurses innerhalb Deutschlands auf Dispositive und die Gesellschaft betrachtet werden.

## **VI. Fazit**

Die vorliegende Arbeit widmete sich der zentralen Fragestellung: „Wie erklärt der Konstruktivismus den Wandel der deutschen militärischen Zurückhaltung im parlamentarischen Diskurs infolge des Russland-Ukraine-Kriegs?“

Zur Beantwortung dieser Frage wurde eine wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller in Kombination mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring durchgeführt. Um eine systematische und präzise Analyse des Diskurses zu ermöglichen, wurde dieses methodische Vorgehen durch den Einsatz der Software MAXQDA Analytics Pro 24 (Release 24.4.1) unterstützt. Das Hauptziel der Arbeit bestand darin, die relevanten Diskurse im Bundestag, die den Wandel der deutschen Außenpolitik vorangetrieben haben, zu identifizieren und zu analysieren. Dabei ging es insbesondere darum, die Argumentationsmuster und Deutungen herauszuarbeiten, die zur Abkehr von der traditionellen militärischen Zurückhaltung führten. Durch die Anwendung der gewählten Methode sollte ein Verständnis dafür geschaffen werden, wie der Wandel der deutschen Außenpolitik diskursiv hervorging und legitimiert wurde.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass Deutschland Russland als Bedrohung wahrnimmt, während die Ukraine zunehmend als integraler Bestandteil der europäischen Gemeinschaft identifiziert wird. Schweren Waffenlieferungen wird dabei eine doppelte Funktion zugeschrieben: Sie sollen nicht nur das Territorium der EU schützen, sondern auch die Grundwerte verteidigen, für die die Union steht. Deutschland legitimiert die Abkehr von seiner traditionellen militärischen Zurückhaltung, indem es die russische Aggression gegen die Ukraine als eine Bedrohung betrachtet, die über die Ukraine hinausgeht und letztlich auch Deutschland und seine europäischen Partner betrifft. Dabei versteht sich die deutsche Außenpolitik als defensiv. Vor dem Hintergrund der gestiegenen internationalen Erwartungen an Deutschland, sich stärker in die globale Sicherheitsarchitektur einzubringen, wird im politischen Diskurs zunehmend die Auffassung vertreten, dass Führungsmacht untrennbar mit militärischer Stärke verbunden ist. Diese Entwicklung spiegelt einen signifikanten Wandel in der deutschen Außenpolitik wider. Militärische Interventionen wurden im Rahmen des Russland-Ukraine-Krieg als notwendig angesehen, um sowohl nationale als auch europäische Sicherheitsinteressen zu wahren und Deutschlands Rolle als Führungsnation in der EU zu stärken. Es war auch zu beobachten, dass im Laufe der Debatte das argumentative Festhalten an der traditionellen Linie nachließ.

In der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen lässt sich dennoch feststellen, dass der Wandel der deutschen Außenpolitik im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges keinen vollständigen Bruch mit der militärischen Zurückhaltungskultur darstellt, sondern vielmehr einen fortschreitenden Transformationsprozess. Der Russland-Ukraine-Krieg wirkt dabei als entscheidender Beschleunigungsfaktor, der bestehende Entwicklungen verstärkt und neue Impulse gesetzt hat. Dieser Wandel zeigt sich insbesondere in der Verknüpfung der zunehmenden internationalen Erwartungen an Deutschland mit einer aktiveren Führungsverantwortung, die nun verstärkt auch militärische Stärke umfasst. Diese Verbindung markiert eine signifikante Verschiebung in der deutschen außenpolitischen Praxis, ohne jedoch die grundlegende Zurückhaltungskultur vollständig zu überwinden. Vielmehr deutet dies auf eine anhaltende und dynamische Anpassung an die veränderten sicherheitspolitischen Realitäten hin, bei der traditionelle Prinzipien weiter bestehen, aber flexibel interpretiert und auf neue Herausforderungen zugeschnitten werden.

Für die Forschung lässt sich folgendes festhalten. Erstens zeigen die Forschungsergebnisse, dass die deutsche Außenpolitik im Kontext des Russland-Ukraine-Krieges sich wandelte und vor allem wieso sie sich wandelte. Sie beleuchtet die Transformation in der deutschen politischen Kultur von einer traditionell zurückhaltenden zu einer aktiveren, militarisierten Außenpolitik. Zweitens zeigt die Arbeit das Spannungsfeld, in dem sich die deutsche Außenpolitik zwischen der traditionellen Leitlinie und einer aktiveren Führungsrolle befindet. Drittens zeigt die Arbeit, wie Krisenereignisse wie der Russland-Ukraine-Krieg als Katalysatoren für den Wandel politischer Diskurse wirken. Diese Krisenmomente beschleunigen den Wandel der politischen Kultur und der außenpolitischen Orientierung Deutschlands, was Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen zur Rolle Deutschlands in globalen Krisen bietet. Viertens unterstreicht der Konstruktivismus als theoretischer Ansatz die Bedeutung sozialer Konstruktionen, wie etwa der Wahrnehmung von Bedrohungen, für politische Entscheidungen und nationale Identitätskonzepte. Die Arbeit zeigt, dass der Konstruktivismus nicht nur eine abstrakte theoretische Perspektive ist, sondern ein effektives analytisches Werkzeug, um konkrete politische Veränderungen zu verstehen und zu erklären. Damit wird die Anwendbarkeit des Konstruktivismus auf die Analyse realer politischer Prozesse belegt.

## VII. Literaturverzeichnis

**Auth, G. (2014):** *Theorien der Internationalen Beziehungen Kompakt: Die wichtigsten Theorien auf einen Blick.* 2. Auflage. Oldenburg: Walter de Gruyter, S. 109-206.

**Bachg, L.; Peters, I. (2023):** *Kontinuität durch Wandel: Literaturbericht zur Deutschen Außenpolitik zwischen Krim-Krise und Zeitenwende 2014-2022.* In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 16. Jg., H. 2, S. 66–92.

**Bardt, H. (2024):** *Keine Zeitenwende im Verteidigungshaushalt.* In: Knut Bergmann und Matthias Diermeier (Hrsg.): *Transformationspolitik: Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition.* Bielefeld: transcript Verlag, S. 367-374.

**Barnett, M. (2020):** *The Globalization of World Politics: Social Constructivism.* In: Baylis, John; Smith, Steve; Owens, Patricia (Hrsg.): *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations.* 8. Auflage. Oxford: Oxford University Press, S. 192-206.

**Bierling, S. (1999):** *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Normen, Akteure, Entscheidungen.* München/Wien: Oldenbourg.

**Brzoska, M. (2007):** *Rüstungsexportpolitik.* In: Schmidt, S., Hellmann, G., Wolf, R. (eds) *Handbuch zur deutschen Außenpolitik.* VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 650-659.

**Brzoska, M. (2014):** *Rüstungsexportpolitik.* In: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2014.* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 351-371.

**Brzoska, M. (2017):** *Rüstungsexporte und Sicherheitspolitik.* In: Siegmar Schmidt, Gunther Hellmann und Reinhard Wolf (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik.* 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 755-770.

**Deutscher Bundestag (2022):** *Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Ukraine jetzt entschlossen mit schweren Waffen unterstützen.* Drucksache 20/3490.

**Deutscher Bundestag (2023):** *Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland.* Drucksache 20/5551.

**Deutscher Bundestag (2024):** *Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen.* Drucksache 20/10375.

**Diaz-Bone, R. (2006):** *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung. Die interpretative Analytik als methodologische Position.* 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 68-103.

**Engelkamp, S. (2014):** *Konstruktivismus*. In: Siegfried Schieder und Manuela Spindler (Hrsg.): *Einführung in die Internationalen Beziehungen. Ein Lehrbuch*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-61.

**Finnemore, M. (1996):** *National Interests in International Society*. Ithaca: Cornell University Press, S. 1-33.

**Foucault, M. (1997):** *Archäologie des Wissens*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

**Gabriel, S. (2014):** *Wohin treibt die Bundeswehr? Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wandel*. In: Christian Hacke et al. (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 345-360.

**Gaskarth, J.; Oppermann, K. (2021):** *Clashing Traditions: German Foreign Policy in a New Era*. In: *International Studies Perspectives* 22: 1. S. 84-105.

**George, J. (1994):** *Discourses of Global Politics: A Critical (Re)Introduction to International Relations*. Boulder, Co: Lynne Rienner Publishers.

**Giegerich, B.; Schreer, B. (2023):** *Zeitenwende One Year On*. *Survival*, 65(2), S.37-42.

**Hellmann, G. (2014):** *Die Bedeutung von politischer Kultur und nationaler Identität für die deutsche Außenpolitik*. In: Hellmann, G.; Wagner, W.; Baumann, R. (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 193-212.

**Hellmann, G. (2024):** *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 150-136.

**Hilz, W. (2017):** *Deutsche Außenpolitik*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

**Hoffmann, N. (2018):** *Dokumentenanalyse in der Bildungs- und Sozialforschung: Überblick und Einführung*. 1. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.

**Hopf, T. (2002):** *Social Construction of International Politics: Identities & Foreign Policies, Moscow, 1955 and 1999*. Ithaca und London: Cornell University Press, S. 1-211.

**Jetschke, A. (2017):** *Konstruktivismus*. In: Dies.: *Internationale Beziehungen. Eine Einführung*. Tübingen: Narr Francke Attempto, S. 225-255.

**Kappeler, A. (2023):** *Kleine Geschichte der Ukraine*. 8. Auflage. Wien.

**Keller, R. (2003):** *Handbuch sozialwissenschaftlicher Diskursanalysen. Der Müll der Gesellschaft: Eine wissenssoziologische Diskursanalyse*. Band 2. Opladen: Leske + Budrich, S. 197-232.

**Keller, R. (2011):** *Handbuch sozialwissenschaftlicher Diskursanalysen*. Band 1. 3. erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Keller, R. (2011a):** *Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Keller, R.; Truschkat, I. (Hrsg.) (2013):** *Methodologie und Praxis der wissenschaftssoziologischen Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Klein, M.; Schubert, K. (2020):** *Das Politiklexikon*. 7. aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Dietz. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

**Lappenküper, U. (2008):** *Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*. In: Gall, L. (Hrsg.), *Enzyklopädie Deutscher Geschichte Band 83*. Oldenbourg. Wissenschaftsverlag, S. 1-151.

**Link, W. (2014):** *Gemeinsame Führung und Kultur der Zurückhaltung in der deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden, S. 290-312.

**MacMillan, M.; Schmidt, K. (2015):** *Die Friedensmacher*. Berlin: Propyläen, Print.

**Martinsen, R. (Hrsg.) (2014):** *Spurensuche: Konstruktivistische Theorien der Politik*. Duisburg: Springer VS, S. 1-39.

**Maull, H. (2007):** *Handbuch zur deutschen Außenpolitik: Deutschland als Zivilmacht*. S. 73-84.

**Mayring, P. (2016):** *Einführung in die qualitative Sozialforschung*. 6. Auflage. Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.

**Niehr, T. (2014):** *Einführung in die linguistische Diskursanalyse*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

**Stengel, F. (2023):** *Bundeswehr und deutsche Gesellschaft: Die Berliner Republik zwischen Militarisierung und Normalisierung*. In M. Riemann, & G. Löfflmann (Hrsg.), *Deutschlands Verteidigungspolitik: Nationale Sicherheit nach der Zeitenwende*. Stuttgart: Kohlhammer. S. 139-153.

**Varwick, J. (Hrsg.) (2007):** *Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Bundeswehr*. S. 246-258.

**Wettig, G. (1967):** *Von der Entmilitarisierung zur Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands 1945-1952*. In: Thoß, Bruno (Hrsg.): *Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit: Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte*. S. 3-36.

**Wendt, A. (1992):** *Anarchy is What States Make of it: The Social Construction of Power Politics*. In: *International Organization* 46(2): S.391-425.

**Wendt, A. (1999):** *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

**Wittling, V. (2006):** *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. In: Wilfried von Bredow (Hrsg.): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 1-35.

## **VIII. Quellenverzeichnis**

**Auswärtiges Amt (2012):** *Die Kultur der militärischen Zurückhaltung ist zeitgemäßer denn je.* Interview. URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/120330-bm-waz/249436> [Zugriff: 28.08.2024]

**Auswärtiges Amt (2023):** *Östliche Partnerschaft.* URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/erweiterung-nachbarschaft/nachbarschaftspolitik/oestliche-partnerschaft-node> [Zugriff: 28.08.2024]

**Auswärtiges Amt (2024):** *Organisationsplan des Auswärtigen Amts.* URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/215270/003c1e2b6e5fe401a26b661bdb44cecc/organisationsplan-data.pdf> [Zugriff: 28.08.2024].

**Bundesarchiv (2023):** *Auslandseinsätze der Bundeswehr (Teil 1)- NATO-Operation ACE GUARD.* URL: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/ace-guard.html> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK):** *Politische Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.* URL: [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaezefuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsgutern.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/politische-grundsaezefuer-den-export-von-kriegswaffen-und-sonstigen-ruestungsgutern.pdf?__blob=publicationFile) [Zugriff am: 28.08.2024.]

**Bundesministerium der Verteidigung (2022):** *Parlamentsarmee: So wird über bewaffnete Einsätze der Bundeswehr entschieden.* URL: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/so-wird-ueber-bewaffnete-einsaetze-der-bundeswehr-entschieden-5442464> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundesregierung (2001):** *Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer.* URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-joschka-fischer--785686> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundesregierung (2022):** *Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022.* URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundesregierung (2024):** *Krieg in der Ukraine. So unterstützt Deutschland die Ukraine.* URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundesverfassungsgericht (1994):** *Urteil vom 12. Juli 1994.* URL: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/1994/bvg94-029.html> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundestag (2014a):** *Kanzlerin Merkel droht Russland mit Sanktionen.* URL: [https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/49865952\\_kw11\\_de\\_regierungserklaerung\\_ukraine-216288](https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/49865952_kw11_de_regierungserklaerung_ukraine-216288) [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundestag (2014b):** *Regierungserklärung zum EU-Treffen und G7-Gipfel.*

URL: [https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/49865952\\_kw11\\_de\\_regierungserklaerung\\_ukraine-216288](https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/49865952_kw11_de_regierungserklaerung_ukraine-216288) [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundestag (2024):** *Vor 25 Jahren: Zustimmung zum Bundeswehr-Einsatz im Kosovo.* URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw24-kalenderblatt-kfor-1005846> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeswehr (2022):** *Weltweit gefordert: die Bundeswehr im Einsatz.*

URL: <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeswehr (2022a):** *KOSOVO – KFOR.*

URL: <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-im-kosovo> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeswehr (2024):** *1990 bis 2001: Vom Fall der Mauer bis zum Afghanistan-Einsatz.* URL: <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/schwerpunkte/65-jahre-bundeswehr/1990-200-gruendung-bundeswehr> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeswehr (2024a):** *Die Bundeswehr als Armee im Einsatz.*

URL: <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/armee-einsatz> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeswehr (2024b):** *Die Bundeswehr im kalten Krieg.*

URL: <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/kalter-rieg#:~:text=Der%20Aufbau%20der%20Bundeswehr%20im,1956%20nur%20rund%207.700%20Soldaten> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeswehr (2024c):** *25 Jahre KFOR-Einsatz im Kosovo.* URL:

<https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/25-jahre-kfor-einsatz-kosovo> [Zugriff am: 28.08.2024]

**Bundeszentrale für politische Bildung (2015a):** *Geschichte der Ukraine im Überblick.* URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Bundeszentrale für politische Bildung (2015b):** *Die Majdan-Revolution und das bewaffnete Eingreifen Russlands.*

URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Deutschlandfunk (2024):** *Wie eng Russland und die Ukraine miteinander verbunden sind.* URL: <https://www.deutschlandfunk.de/geschichte-ukraine-russland-100.html> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Feustel, R. (2020/21):** *Dokumentenanalyse.* In: *Universität Leipzig Methodenportal.* URL: <https://home.uni-leipzig.de/methodenportal/dokumentenanalyse/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Fischer, A. (2014): Waffenlieferungen in Krisengebiete.** URL: <https://elibrary.utb.de/doi/pdf/10.3224/gwp.v63i4.17267> [Zugriff am 28.08.2024].

**Gauck, J. (2014): Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Rede zur Eröffnung der 50. Münchener Sicherheitskonferenz, 31.01.2014.** München.  
URL: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Hartenstein, H. (2015): Deutsche Außenpolitik gegenüber Amerika nach 9/11.** Forschungsstand. Wiesbaden. URL: [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09556-7\\_2](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-09556-7_2) [Zugriff am: 28.08.2024].

**Kleine Zeitung (2024): Mehr als zwei Jahre Krieg: der Frontverlauf im Zeitraffer.** Stand 29. April 2024. URL: <https://dossiers.kleinezeitung.at/ukraine-krieg-in-karten/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Kluge, T. (2022): Faktencheck: Deutsche Waffen in Krisengebiete.** URL: <https://www.dw.com/de/faktencheck-deutschland-liefert-doch-waffen-in-krisengebiete/a-60667432> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Ley, I. (2022): Hinterfragung eines Grundsatzes deutscher Rüstungsexportpolitik.** URL: [https://pure.mpg.de/rest/items/item\\_3574509/component/file\\_3574510/content](https://pure.mpg.de/rest/items/item_3574509/component/file_3574510/content) [Zugriff am: 28.08.2024]

**Liedtke, F. (2023): Zeitenwende 2022 – was macht das mit unserer Gesellschaft?** URL: [https://www.boell-nrw.de/de/2023/01/19/zeitenwende-2022-was-macht-das-mit-unserer-gesellschaft#\\_ftn1](https://www.boell-nrw.de/de/2023/01/19/zeitenwende-2022-was-macht-das-mit-unserer-gesellschaft#_ftn1) [Zugriff am: 28.08.2024]

**Maull, H. (2022): Außenpolitik.** In: *Staatslexikon online*. URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Au%C3%9Fenpolitik> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Morgen, S. (2019): Die NATO. Deutschland im Bündnis.** URL: <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/293297/die-nato/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Müller, H. (2016): Diplomatie als Instrument deutscher Außenpolitik.** URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/230577/diplomatie-als-instrument-deutscher-aussenpolitik/#footnote-target-1> [Zugriff am: 28.08.2024].

**NATO (1991): Das neue strategische Konzept der Allianz.** URL: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23847.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm) [Zugriff am: 28.08.2024].

**NATO (2022): A short history of NATO.** URL: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified\\_139339.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_139339.htm) [Zugriff am: 28.08.2024].

**NATO (2024): Relations with Ukraine.**

URL: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics\\_37750.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_37750.htm) [Zugriff am: 28.08.2024].

**Nunes, D. (2024): Krieg gegen das Böse.**

URL: <https://www.eurotopics.net/de/315319/ukraine-und-europa-zwei-jahre-nach-grossangriff> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Petschow, A. (2016): Zwei-plus-Vier-Vertrag.** In: *Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.*

URL: <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit/weg-zur-einheit/zwei-plus-vier-vertrag.html> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Schulz, A. (2022): Geschichte der Ukraine.** URL: <https://www.lpb-bw.de/ukraine-geschichte> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Steinmeier, F. (2014): Rede anlässlich der 50. Münchener Sicherheitskonferenz, 01.02.2014, München.** URL: unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/140201-bm-msk/259850> [Zugriff am: 28.08.2024]

**Tagesschau (2016): Das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine.**

URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/assozierungsabkommen-ts-102.html> [Zugriff: 28.08.2024].

**Varwick, J. (2015): Zwischen Verteidigungsallianz und Weltpolitik: die NATO.**

URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/209690/zwischen-verteidigungsallianz-und-weltpolizei-die-nato/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Wagner, A. (2009): Bundeswehr.**

URL: <https://www.bpb.de/system/files/pdf/V55W9G.pdf> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Wenzke, R. (2016): Die Nationale Volksarmee der DDR. Streitkräfte im Dienste der SED.** URL: <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/223787/die-nationale-volksarmee-der-ddr/> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Weller, C. (2003): Internationale Politik und Konstruktivismus. Ein Beipackzettel.**

URL: <https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/53165/file/53165.pdf> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Würz, M. (2017): Nationale Volksarmee.** In: *Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.* URL: <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/nationale-volksarmee.html> / [Zugriff am: 28.08.2024].

**Würz, M. (2023): Deutsche Einheit.** In: *Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.*

URL: <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/deutsche-einheit> [Zugriff am: 28.08.2024].

**ZDF (2023): Ukraine-Krieg: Ein Jahr in der Zeitraffer.** URL: <https://zdfheute-stories-scroll.zdf.de/ukraine-krieg-zeitraffer/index.html> [Zugriff am: 28.08.2024].

**Zimmermann, J. (2024): 25 Jahre Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu „Out of area“-Einsätzen der Bundeswehr.**  
URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/650532/640a7a0e1ed85fa46fe9e7813b3311a7/25-Jahre-rechtsprechung-bverfg-data.pdf> [Zugriff am: 28.08.2024].

## IX. Eidesstattliche Erklärung



Universität  
Münster

Prüfungsamt der  
Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

### Eidesstattliche Erklärung

*Declaration in lieu of an oath*

**Name, Vorname:** Amin, Sarah Henriette

*Surname, Name:*

**Abschluss:**  Bachelor  Master

*Degree:*

**Studiengang:** Politik und Recht

*Degree programme:*

**Titel der  
Abschlussarbeit:** Deutsche Außenpolitik im Wandel der Zeit?

*Title of the thesis:*

Ich versichere an Eides Statt durch meine eigene Unterschrift, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe und alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Schriften entnommen wurden, als solche kenntlich gemacht und mich auch keiner anderen als der angegebenen Literatur bedient habe. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen, Programmiercodes und dergleichen. Die Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form im Rahmen einer anderen Prüfung noch nicht vorgelegt worden. Ich versichere, dass die eingereichte elektronische Fassung der gegebenenfalls eingereichten Druckfassung vollständig entspricht.

*I declare in lieu of an oath by my own signature that I have prepared this thesis independently and without outside help and that all passages taken literally or approximately literally from published and unpublished writings have been marked as such and that I have not made use of any literature other than that indicated. This also applies to drawings, sketches, pictorial representations and the like. The work has not yet been submitted in the same or similar form as part of another examination. I assure that the submitted electronic version corresponds completely to the submitted print version, if applicable.*

Ich bin mir dessen bewusst, dass die Aufdeckung von nicht gekennzeichneten Passagen, die nicht von mir stammen, vom bewertenden Dozierenden als Plagiatsversuch interpretiert werden kann. Dies hat zur Folge, dass die Arbeit mit „ungenügend (5,0)“ bewertet wird und eine Meldung mit dem Vermerk „Täuschung“ an das Prüfungsamt  
ergeht.

*I am aware that the detection of unmarked passages that do not originate from me will be interpreted by the grading supervisor as an attempt at plagiarism. As a result, the paper will be graded "unsatisfactory (5,0)" and a report with the remark "Täuschung" ("deception") will be sent to the examination office. In addition, the Chancellor of Münster University can impose a monetary fine (of up to € 50,000) in accordance with § 63 (5) HGB.*

Münster

Ort  
Place

Datum  
Date

Unterschrift  
Signature

## X. Einverständniserklärung Nutzung Plagiatssoftware



Prüfungsamt der  
Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

### Einverständniserklärung

#### **zur Prüfung meiner Arbeit mit einer Software zur Erkennung von Plagiaten**

**Name, Vorname:** Amin, Sarah Henriette

**Abschluss:**  Bachelor  Master

**Studiengang:** Politik und Recht

**Titel der Arbeit:** Deutsche Außenpolitik im Wandel der Zeit?

#### **Was ist ein Plagiat?**

Als ein Plagiat wird eine Übernahme fremden Gedankengutes in die eigene Arbeit angesehen, bei der die Quelle, aus der die Übernahme erfolgt, nicht kenntlich gemacht wird. Es ist dabei unerheblich, ob z.B. fremde Texte wörtlich übernommen werden, nur Strukturen (z.B. argumentative Figuren oder Gliederungen) aus fremden Quellen entlehnt oder Texte aus einer Fremdsprache übersetzt werden.

#### **Softwarebasierte Überprüfung**

Alle Bachelor- und Masterarbeiten werden vom Prüfungsamt mit Hilfe einer entsprechenden Software auf Plagiats geprüft. Die Arbeit wird zum Zweck der Plagiatsüberprüfung an einen Software-Dienstleister übermittelt und dort auf Übereinstimmung mit anderen Quellen geprüft. Zum Zweck eines zukünftigen Abgleichs mit anderen Arbeiten wird die Arbeit dauerhaft in einer Datenbank gespeichert. Ein Abruf der Arbeit ist ausschließlich durch die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster möglich. Der Studierende erklärt sich damit einverstanden, dass allein zum beschriebenen Zweck der Plagiatsprüfung die Arbeit dauerhaft gespeichert und vervielfältigt werden darf. Das Ergebnis der elektronischen Plagiatsprüfung wird dem Erstgutachter mitgeteilt.

#### **Sanktionen**

Liegt ein Plagiat vor, ist dies ein Täuschungsversuch i.S. der Prüfungsordnung, durch den die Prüfungsleistung als „nicht bestanden“ gewertet wird. Es erfolgt eine Mitteilung an das Prüfungsamt und die dortige Dokumentation. In schwerwiegenden Täuschungsfällen kann der Prüfling von der Prüfung insgesamt ausgeschlossen werden. Dies kann unter Umständen die Exmatrikulation bedeuten. Plagiats können auch nach Abschluss des Prüfungsverfahrens und Verleihung des Hochschulgrades zum Entzug des erworbenen Grades führen.

Darüber hinaus kann der Kanzler der Universität Münster gem. § 63 Abs. 5 ein Bußgeld (von bis zu 50.000 €) verhängen.

Hiermit erkläre ich, dass ich die obigen Ausführungen gelesen habe und mit dem Verfahren zur Aufdeckung und Sanktionierung von Plagiaten einverstanden bin.

Münster

Ort  
Place

Datum  
Date

Unterschrift  
Signature

## XI. Anhang

### Analysegegenstand 1

5870

Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 54. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 22. September 2022

**Timon Gremmels**

- (A) Diese Abregelung wurde damals vorgeschrieben, weil man angeblich die Netze schützen müsste. Das ist aber – das wissen wir mittlerweile – Humbug. Es gibt also viel Potenzial, das wir sofort nutzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Pascal Meiser [DIE LINKE])

Die erneuerbaren Energien bieten jetzt in der Krise große Chancen – und wir nutzen sie. Ich finde es wichtig, dass wir hier darüber diskutieren und nicht, wie es die rechte Seite des Hauses tun zu können meint, versuchen, mit alten Rezepten die Krise von heute und morgen zu lösen. Atomkraft und Kohlekraft sind nicht die Lösung, sie sind Teil des Problems. Wir müssen die Kohlekraft übergangsweise noch weiter nutzen. Aber die Perspektive liegt bei den Erneuerbaren,

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Lenz [CDU/CSU])

sie sind auf lange Sicht die günstigste Form der Energieerzeugung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE])

Deswegen haben wir hier einen Gesetzentwurf vorgelegt, über den wir in den nächsten Tagen noch intensiv diskutieren werden. Wir behalten uns vor als Koalitionsfraktion, da auch noch Änderungen vorzunehmen.

- Richtung AfD: Ich weiß nicht, was Sie für ein Parlamentarismusverständnis haben. Sie meinen, hier werden die Gesetze eingebracht und wir nicken die ab?

(Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Nein, wir verändern sie, wir machen sie noch besser, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Katrin Uhlig [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Karsten Hilse [AfD]: Der war schön!)

Wir werden in diesem Gesetzespaket weitere Dinge machen, zum Beispiel die eben genannte Spitzenlastkapung bei PV verändern. Wir werden auch das Thema Balkon-PV adressieren. Ja, jede Mieterin und jeder Mieter kann seinen, ihren Stromverbrauch zum Teil durch eine Balkonsolaranlage decken. Dafür wollen wir die Hürden absenken, und wir werden die Hürden absenken. Wir werden ein zusätzliches Ausschreibungsmodell für Photovoltaik haben.

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Und wir werden auch bei Biogas die Potenziale nutzbar machen.

(Dr. Andreas Lenz [CDU/CSU]: Echt gespannt sind wir da!)

Das ist der erste Schritt. Ich sage Ihnen: Das nächste EnSiG liegt schon in der Pipeline. Wir haben noch viel vor, und zwar mit erneuerbaren Energien; denn das ist die Zukunft und die Antwort auf Putins Gasstrategie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (C)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/3497 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das sehe ich nicht. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU

**Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Ukraine jetzt entschlossen mit schweren Waffen unterstützen**

**Drucksache 20/3490**

Für die Aussprache ist eine Dauer von 39 Minuten beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache, und wenn der Sitzplatzwechsel relativ zügig oder leise geht – beides wäre schön –, dann kann Herr Dr. Johann Wadephul für die CDU/CSU-Fraktion beginnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU):**

Vielen Dank für die Erteilung des Wortes. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der schreckliche Aggressionkrieg Russlands gegen die Ukraine hat eine neue Phase erreicht, indem Präsident Putin es für notwendig gehalten hat, eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte zu verkünden, und vor allen Dingen Referenden angekündigt hat für die von Russland rechtswidrig okkupierten Territorien. Ich bin Bundeskanzler Olaf Scholz dankbar für seine Rede vor den Vereinten Nationen und für die klaren Worte, die er und auch Außenministerin Annalena Baerbock in New York gefunden haben, mit denen das klar verurteilt wurde.

Die deutsche Position, die Position der Bundesregierung, wird von der CDU/CSU-Fraktion vollinhaltlich unterstützt. Das ist russischer Imperialismus. Das darf sich nicht durchsetzen. Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer, und die gesamte internationale Ordnung ist aufgefordert, diese erneute russische Aggression zurückzuweisen und die Rechtsordnung zu verteidigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Mir ist diese Gemeinsamkeit wichtig; denn wir werden jetzt über eine Differenz miteinander diskutieren aufgrund eines erneuten Antrages der CDU/CSU-Fraktion, der bemerkenswerterweise notwendig geworden ist, obwohl der Deutsche Bundestag schon am 28. April dieses Jahres einen eindeutigen Beschluss gefasst hat. Der lautet nämlich, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Dazu gehören alle gepanzerten Fahrzeuge, die auch in Deutschland verfügbar sind. Und es ist bemerkenswert genug

**Dr. Johann David Wadephul**

(A) (Zuruf des Abg. Kevin Kühnert [SPD])

– dieser Beschluss, Herr Kühnert, enthält keine Klausel, dass davon Schützenpanzer oder Kampfpanzer ausgenommen werden –, dass die Bundesregierung einen Beschluss des Deutschen Bundestages nicht umsetzt und wir hier zum zweiten Mal beantragen müssen, darüber zu diskutieren. Das ist ein Ding an sich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu möchte ich folgende Bemerkungen machen. Der erste Punkt ist: Es fehlt seitens der Bundesregierung, des Bundeskanzlers insbesondere, nicht nur für uns, sondern ganz offenkundig ja auch für Sie – das erläutern Sie ja auch öffentlich häufig genug – jede Begründung dafür, warum die Bundesregierung die Lieferung bzw. die Ermöglichung der Lieferung von Panzern und Schützenpanzern an die Ukraine verweigert. Und das allein ist in einer derartig schwierigen Situation ein schwerer Fehler des Bundeskanzlers. Wenn er Unterschiede macht, dann muss er sie auch erläutern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist darüber hinaus an den Haaren herbeigezogen, zwischen dem Schützenpanzer Marder und dem Gepard, der erfreulicherweise geliefert wurde bzw. dessen Lieferung ermöglicht wurde, einen derartigen Unterschied zu machen. Es könnte – das hat der frühere Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und ehemalige Wehrbeauftragte Dr. Hans-Peter Bartels, aus Ihrer Fraktion, diese Woche noch einmal deutlich gemacht – eine dreistellige

(B) Zahl von Schützenpanzern Marder ohne Schwächung der Bundeswehr sofort geliefert werden.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Und es ist Ihre Verantwortung, dass das nicht geschieht. Das sind Panzer, die der Ukraine fehlen. Deutschland könnte deren Lieferung ermöglichen, ohne die Bundeswehr zu schwächen. Das nicht zu tun, ist ein schwerer Fehler, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der zweite Punkt ist, dass insbesondere die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP nicht müde werden, Woche für Woche zu betonen, dass sie ja dafür seien. In dem Punkt, Herr Kühnert, haben Sie ja recht: In Talkshows werden derartige Entscheidungen nicht getroffen, sondern hier im Deutschen Bundestag.

(Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Von der Opposition!)

Deswegen sage ich in aller Ernsthaftigkeit: Alle diejenigen, die auch diese Woche wieder in Interviews, in Tweets und Veröffentlichungen, die Sie überall gemacht haben, immer wieder dafür eingetreten sind, dass Panzer und Schützenpanzer geliefert werden sollen, sind aufgefordert, hier und heute dafürzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hier werden die politischen Entscheidungen getroffen, nicht in Talkshows. Hier wird die politische Entscheidung getroffen, ob Deutschland so etwas macht oder nicht macht. Dafür gibt es die Freiheit des Gewissens.

Die Sache ist mittlerweile ernst genug. Sie alle wissen, (C) worum es geht. Denn das hat mittlerweile eine erhebliche europapolitische Komponente. Wenn Sie mit Kolleginnen und Kollegen aller Couleur aus mittel- und osteuropäischen Staaten, aber auch – das sage ich als Norddeutscher – aus skandinavischen Staaten sprechen, werden Sie feststellen: Diese deutsche Politik verursacht mittlerweile eine tiefe Spaltung Europas. Deutschland ist aufgefordert, Europa zusammenzuführen und es nicht zu spalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dafür sind Sie verantwortlich.

Letztlich ist es natürlich die Lage in der Ukraine selber – und das nicht nur jetzt durch die russische Teilmobilisierung, sondern auch schon bisher. Jeder Schutz durch Panzer, der den Soldaten der Ukraine fehlt, sorgt für Opfer, sorgt für Verletzungen, sorgt für Todesfälle. Wenn man es ernst meint damit, dass man sagt: „Wir wollen, dass es keinen Diktatfrieden gibt“, und wenn man es ernst meint damit, dass man sagt: „Wir stehen vollständig hinter der Ukraine“, und wenn man es ernst meint damit, dass man sagt: „Wir bewundern den Mut und die Tapferkeit der Soldaten der Ukraine“, und wenn man es ernst meint damit, dass man erschrocken ist über das, was die Russen alles machen – es gibt Massengräber nicht nur in Butscha, sondern mittlerweile auch in Isjum –, und wir alle sagen: „Nie wieder! Deutschland muss dafür sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht“, dann muss man hier jetzt einen entscheidenden Schritt weitergehen.

Und dann frage ich: Wann, wenn nicht jetzt, nachdem (D) wir diese Taten festgestellt haben? Wo, wenn nicht hier im Deutschen Bundestag? Und: Wer, wenn nicht wir? Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages fordern die Bundesregierung auf, jetzt diese Lieferungen zu ermöglichen, damit die Ukraine sich und auch unsere Freiheit verteidigen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Das Wort erhält für die SPD-Fraktion die Kollegin Gabriela Heinrich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Gabriela Heinrich (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 30 Flakpanzer Gepard, 10 Panzerhaubitzen 2000, 3 Mehrfachraketenwerfer Mars II, 2 700 Fliegerfäuste Strela, 21,8 Millionen Schuss Handwaffenmunition und 100 000 Handgranaten wurden aus Deutschland geliefert. Diese Aufzählung ließe sich mit insgesamt 61 Einträgen fortsetzen; das mache ich aber nicht. Damit arbeitet die ukrainische Armee, und damit konnte sie jüngst große Gebiete zurückerobern. Dabei war sie offensichtlich so erfolgreich, dass Putin sich zur Teilmobilisierung und zu überhasteten Referenden gezwungen sieht. Die Lieferung von 4 weiteren Panzerhaubitzen 2000, 50 Dingo-Fahrzeugen und 16 Brückenlege-

**Gabriela Heinrich**

- (A) panzern wird neben vielem mehr gerade vorbereitet und durchgeführt.

Von der CDU/CSU-Fraktion, Herr Wadephul, werden diese Lieferungen als „Almosen“ bezeichnet.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch absurd!)

Und das hat mit der Wirklichkeit nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Zurückzuweisen ist das vor allen Dingen deshalb, weil wir modernstes Gerät liefern und liefern werden, und das wissen Sie auch. Die Ukraine selbst bestätigt, dass deutsche Waffen für die Erfolge maßgeblich waren. Vielleicht sollten Sie sich in der eigenen Fraktion auch einmal fragen, weshalb Sie diesen wichtigen deutschen Beitrag entgegen der Einschätzung der Ukraine ständig klein- und schlechttreden wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland liefert. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich sind wir der größte Waffenlieferant der Ukraine,

(Falko Drosmann [SPD]: Hört! Hört!)

und wir sind der größte Lieferant innerhalb der EU.

- (B) (Zuruf von der CDU/CSU: Nein!)

Das ist doch die europäische Führungsrolle, die Sie einfordern. Was dabei besonders wichtig ist – deshalb habe ich die USA, Großbritannien und die EU hier genannt –: Deutschland liefert im Verbund mit unseren westlichen Partnern. Wenn die Union so laut nach Kampfpanzern ruft, dann ruft sie in Wirklichkeit nach einem deutschen Alleingang und eben nicht nach einer Initiative; denn weder die Amerikaner noch die Franzosen haben bisher erkennen lassen, dass sie Kampfpanzer westlicher Bauart liefern wollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Spanien!)

Olaf Scholz hat seit Beginn dieses Krieges deutlich gemacht, dass er stets im Verbund mit den westlichen Partnern handeln wird. Wir stehen gemeinsam fest an der Seite der Ukraine. Wir wollen, dass sich die Ukraine gegen den Verbrecher Putin verteidigen kann und bestehen wird. Der Kurs der Bundesregierung ist genau das, was Sie in der Union vermissen lassen: sonnen, klar und weitsichtig.

(Beifall bei der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sehen das FDP und Grüne auch so?)

Die Regierung ist sich hier einig. Christian Lindner hat dazu gesagt: Wir machen alles abgestimmt mit unseren Partnern, Freunden und Verbündeten, vor allem auch den USA. Auch die Außenministerin

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Nee! Die hat Kampfpanzer verlangt!)

hat vor Alleingängen bei der Lieferung von Kampfpanzern gewarnt. Sie hat gesagt, dass wir diesen Schritt nur gemeinsam mit unseren internationalen Partnern gehen können. Übrigens unterstützen auch die Bürgerinnen und Bürger diesen Kurs. Laut einer neuen forsa-Umfrage stimmt die Mehrheit der Deutschen der Linie der Bundesregierung zu, auch und gerade im Hinblick auf Kampfpanzer.

(Beifall bei der SPD – Thomas Ehrhorn [AfD]: Woher haben Sie denn das? Märchenerzählung!)

Ich halte fest: Wir werden weiter liefern. Und ich möchte drei Prinzipien nennen, nach denen wir liefern werden und auch schon geliefert haben. Erstens: immer mit der Besonnenheit, nicht selbst in den Krieg einzutreten. Zweitens: immer mit der Maßgabe, dass die Fähigkeit der Bundeswehr zur Bündnis- und Landesverteidigung gegeben sein muss. Drittens. Diese Waffenlieferungen erfolgen ebenso wie die Sanktionen in enger Abstimmung mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern.

Herr Wadephul, Sie haben den Antrag erwähnt, den wir Ende April gemeinsam verabschiedet haben. Kommt Ihnen der dritte Punkt da nicht bekannt vor? Wir haben ihn in diesem Haus verabschiedet, gemeinsam. Wir hatten uns auf die umfassende Unterstützung der Ukraine geeinigt. Sie haben das seitens CDU und CSU so mitgetragen

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: (D) Genau!)

und auch betont, dass wir uns dabei mit unseren Partnern abstimmen. Und genau das machen wir. Die Ansprechpartner von Olaf Scholz sitzen in Paris, in Brüssel und in Washington, im Weißen Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Haben Sie mal gelesen, was die US-Botschaft geschrieben hat?)

– Ich sage: Weißes Haus.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eines darf hier nicht fehlen: Bei all dem Leid, bei all der Zerstörung erreichen uns gute Nachrichten – soweit man dies als gut bezeichnen kann in einem Krieg – aus der Ukraine. Mit bewundernswertem Kampfgeist, mit viel Mut, mit militärischem Geschick und eben auch mit deutschen Waffen ist es der ukrainischen Armee gelungen, große Gebiete im Osten des Landes zu befreien. Den Ukrainerinnen und Ukrainern gebührt unser höchster Respekt für diese Leistung. Wir werden sie dabei weiter tatkräftig unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Heinrich. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Alexander Gauland, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Alexander Gauland** (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selten sind die geheiligten Prinzipien unseres Selbstverständnisses nach 1945 so gnadenlos auf dem Altar einer falschen Realpolitik geopfert worden: Wir liefern keine Waffen in Spannungsgebiete. Wir verteidigen allein uns und unsere NATO-Partner. Und zuletzt noch: Sanktionen dürfen uns nicht mehr schaden als den zu Sanktionierenden. – Alles verweht, alles Schnee von gestern.

Wir sind in einer Auseinandersetzung, die uns nicht betrifft, längst Partei geworden, und wir werden es jeden Tag mehr. Wir rutschen auf einer schiefen Ebene in die Teilnahme an einem Konflikt, der nicht der unsere ist. Es ist einfach nicht wahr, dass in der Ukraine auch unsere Freiheit verteidigt wird,

(Beifall bei der AfD – Dietmar Nietan [SPD]: Natürlich!)

dass Herr Putin, so der ukrainische Präsident, die Berliner Mauer wieder errichten will.

Ja, die Ukraine verteidigt sich in einem postzaristischen und postsowjetischen Konflikt.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Eine Wagenknecht-Rede, die Sie hier halten!)

(B) Ja, der Krieg ist völkerrechtswidrig und Putins Ziel einer Wiederherstellung der alten Größe Russlands aus der Zeit gefallen. Aber es ist nicht unser Konflikt. Er berührt keine deutschen Interessen,

(Beifall bei der AfD – Bengt Bergt [SPD]: So ist es nicht!)

die Folgen allerdings sehr wohl. Wir spüren unsere Sanktionen gegen Russland am meisten. Wenn Öl und Gas unbezahlbar werden, dann, weil wir, wie Frau Wagenknecht zu Recht von dieser Stelle aus festgestellt hat,

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Sehen Sie! Hufeisen!)

einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führen und uns weigern, Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben uns, meine Damen und Herren, auf eine Seite gestellt und müssen nun leider mit den Folgen leben.

Die Union will nun noch einen Schritt weiter gehen und uns mit der Lieferung schwerer Waffen zur Kriegspartei machen. Das ist schon deshalb verantwortungslos, weil es unsere Aufgabe wäre, auf allen diplomatischen Kanälen den Krieg einzuziehen, um ihn zu beenden,

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos] – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, eine weitere Kaffeefahrt in die Ostukraine! Haben Sie da nicht Leute hingeschickt!?)

gerade nach den neuesten Entwicklungen, der Teilmobilisierung. (C)

Der Bundeskanzler hat von hier aus gesagt, Putin dürfe diesen Krieg nicht gewinnen.

(Marianne Schieder [SPD]: Recht hat er!)

Ich füge hinzu: Er darf ihn auch nicht verlieren;

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! Muss er! – Bengt Bergt [SPD]: Er wird ihn verlieren!)

denn eine Atomimacht hat leider Mittel, diese Niederlage abzuwenden. Die Sorge von Präsident Biden ist daher berechtigt, und wir sollten sie ernst nehmen. Deshalb dürfen wir die Flammen nicht anfachen, sondern müssen sie austreten helfen.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Die Lieferung schwerer Waffen tut das Gegenteil, meine Damen und Herren.

Von Otto von Bismarck stammt die Beobachtung – Zitat –:

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Jetzt muss der arme Otto ran!)

Es ist leicht für einen Staatsmann ..., mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen ..., aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zu Kriegen umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. (D)

Herr Wadephul, der Ihre ist es leider nicht.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Gauland. – Nächster Redner ist der Kollege Omid Nouripour, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ansage Putins, dass es jetzt eine Teilmobilisierung gibt, bringt einiges an Veränderungen mit sich: Erstens ist das eine schlechte Nachricht für Frieden in Europa. Zweitens – von all den falschen Dingen, die Sie gerade gesagt haben, Herr Gauland, hat mich das am meisten wahnsinnig gemacht – ist das eine Absage an Verhandlungen; denn was da passiert, ist eine Vorbereitung für den Frühling, eine Vorbereitung für einen langen Krieg. Das ist nicht die Vorbereitung von Verhandlungen. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

**Omid Nouripour**

- (A) Drittens zeigt das, wie groß der Druck auf Putin und den Kreml ist nach all den Verlusten, die sie jetzt erlitten haben. Der zentrale Grund für diese Verluste ist der Heldenmut der Ukrainerinnen und Ukrainer. Den darf man nicht unterschätzen, den muss man unterstützen. Deshalb ist es zynisch, dass seit acht Monaten Leute Briefe schreiben und Appelle formulieren, in denen die Ukraine aufgefordert wird, einfach die Waffen fallen zu lassen. Das ist der reinste Zynismus. Die Argumente dieser Leute werden jetzt, in diesem Augenblick, widerlegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Gerade weil wir sehen, was im Kreml passiert, ist es erst recht notwendig, dass wir einen langen Atem haben bei der Unterstützung der Ukraine – und den werden wir haben; das ist unsere Verpflichtung. Auch der Schutz des Völkerrechts ist unsere Verpflichtung. Das tun wir auch in der Ukraine. Man sieht: Die Waffensysteme helfen, die Waffensysteme helfen, Leben zu schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist deshalb richtig, das weiterhin zu machen.

Ich muss aber sagen: Es ist ein bisschen ermüdend, immer wieder über neue und einzelne Waffensysteme zu sprechen. Wir müssen über Fähigkeiten sprechen und über den Bedarf der Ukraine und dann innerhalb des Bündnisses miteinander entscheiden. Ganz ehrlich: Ob das Panzerhaubitzen sind, Schützenpanzer oder

- (B) Kampfpanzer, am Ende muss die Balance stimmen zwischen einer Abwägung innerhalb des Bündnisses und dem Bedarf der Ukraine. Das ist eine Abwägung jeden einzelnen Tag. Das machen wir in der Bundesregierung, so wie es andere Partnerstaaten auch machen.

Herr Wadephul, ich war letzte Woche in den USA. Ich kann Ihnen sagen, da werden exakt dieselben Debatten geführt. Die Abwägungen dort sind genau dieselben, ebenso wie auch in Frankreich. Richtig ist: Wir müssen schneller werden, wir müssen substanzialer werden, alle miteinander. Aber das werden wir zusammen im Bündnis tun müssen; das ist überhaupt keine Frage. Anders geht das nicht.

Herr Wadephul, Sie haben vorhin einen Satz gesagt, der mich ein bisschen hat aufhorchen lassen. Sie haben gesagt: Es ist klar, dass wir vollständig auf der Seite der Ukraine stehen müssen. – Ja, das stimmt; wir teilen das. Aber es gibt ein paar Fragen, die sich daraus ergeben: Wann stellt sich jemand von Ihnen hierhin und sagt mal was zum „Correctiv“-Bericht über Mitglieder Ihrer Partei, die privatwirtschaftlich an Nord Stream verdient haben, was uns in diese Lage gebracht hat?

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Hä? – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Ist die Lage so ernsthaft, dass Sie vom Thema abweichen müssen? Keine Argumente mehr zur Sache!)

– Okay, kommen wir zum Thema zurück. „Vollständig auf der Seite der Ukraine stehen“, das war doch Ihr Thema. Heute gab es im Haushaltsausschuss eine Abstimmung über einen Fonds. Bei diesem Fonds ging es um

Kredite für Unternehmen auch im Westen der Ukraine. Es ging um 25 Millionen Euro. Es ging darum, dass Unternehmen Kredite bekommen zur Ernährungssicherheit, die so neuralgisch ist in diesen Tagen. Erklären Sie doch mal, wie Sie vollständig auf der Seite der Ukraine stehen wollen, wenn Ihre Leute mit dem Argument, das Geld werde in Deutschland gebraucht, diese Kredite heute im Haushaltsausschuss abgelehnt haben! Das ist doch einfach nicht redlich, was Sie gerade veranstalten. Das ist schlicht nicht redlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Bengt Bergt [SPD]: Da sollte man sich schämen!)

Das ist heute im Haushaltsausschuss des Hohen Hauses genau so passiert.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Das ist ein wirklich billiges Ablenkungsmanöver! Das ist ein Ablenkungsmanöver dafür, dass ihr euch heute hier drückt!)

– Nein, das ist keine Ablenkung. Das war das konkrete Abstimmungsverhalten der Union heute im Haushaltsausschuss.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Sag mal was zu schweren Waffen!)

Richtig ist, dass wir in der Koalition miteinander daran arbeiten, dass wir so viel wie möglich im Rahmen des Bündnisses helfen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Es ist aber mehr möglich!)

(D)

Richtig ist, dass wir das, wo es geht, mit den demokratischen Parteien zusammen machen und machen müssen. Richtig ist, dass wir präzise argumentieren müssen bei der Frage, was geht und was nicht geht. Das haben die Menschen in der Ukraine verdient.

Es gibt auch Argumente, denen ich nicht folgen kann. Das Argument, unsere Waffen führen zur Eskalation, setzt ja voraus, dass die russische Seite Ausreden braucht für die Eskalation. Das ist grotesk.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Richtig, also dem Antrag zustimmen! Dann sind wir uns doch einig!)

Natürlich braucht sie keine Ausreden. Die Aggression ist da. Und die Waffensysteme schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Richtig ist, dass man gerade da, wo der Ringtausch nicht funktioniert, schauen muss, welche Bestände der Bundeswehr und der Industrie helfen. Es ist ja offensichtlich, dass uns im NATO-Hauptquartier klar und deutlich gemacht wurde, dass es hilfreich wäre, dort zu helfen. Und richtig ist, dass das alles bekannt ist und dass die Bundesregierung in Gesprächen mit unseren Partnerstaaten alles tut, was notwendig ist, damit das auch geschieht.

Unsere Solidarität mit der Ukraine bleibt ungebrochen.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Eingeschränkt!)

**Omid Nouripour**

- (A) – Herr Wadephul, jetzt mal ganz ehrlich: Wir hatten heute die Debatten zur Energiesicherheit.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Nämlich ganze zwei! Billig!)

Nach all dem, was die Union dazu beigetragen hat, dass wir im Bereich Energiesicherheit da sind, wo wir sind, gerade von Ihnen Belehrungen zu bekommen im Hinblick auf die Solidarität mit der Ukraine, die wir ja brauchen, macht uns, ehrlich gesagt, sprachlos.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Seid ihr für die Lieferung schwerer Waffen oder nicht? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wir brauchen Ihre Anträge nicht. Wir Grüne standen von der ersten Sekunde an, nicht nur bei Nord Stream 2, sondern auch auf dem Maidan, an der Seite der Menschen in der Ukraine.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Die SPD auch?)

Das werden wir auch weiterhin tun, unabhängig davon, was Sie hier beantragen oder nicht beantragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Kein Wort zum Antrag, kein einziges Wort! – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Thema weitgehend verfehlt!)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

- (B) Vielen Dank, Herr Kollege Nouripour. – Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Ali Al-Dailami, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: So, jetzt kommt der Kollege von Frau Wagenknecht!)

**Ali Al-Dailami (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Beginn des Ukrainekrieges vergeht kaum eine Woche, in der nicht jemand aus der Bundesregierung oder auch der Union um die Ecke kommt und fordert, dass man mehr und am besten auch immer schwerere Waffen an die Ukraine liefern solle. Und so jagte in den letzten Monaten ein Tabubruch den nächsten. Erst lieferte man 5 000 Gefechtshelme. Es folgten Kleinfewriterwaffen und Stinger-Raketen. Schließlich wurden Haubitzen und Mehrfachraketenwerfer geliefert. Und nun diskutiert man über die Lieferung von Kampfpanzern. Was für ein Wahnsinn, möchte man meinen!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie fordern in Ihrem Antrag auch Waffen aus den Beständen der Bundeswehr. Doch der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes hat unlängst vor weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine aus ebendiesen Beständen gewarnt und die damit einhergehende Schwächung der Bundeswehr sogar als „Kannibalisierung unserer Truppe“ bezeichnet. Das mag aus der Perspektive der Bundeswehr auch zutreffen. Doch ich sage Ihnen: Es geht auch darum, die real existierende Kannibalisierung

in der Ukraine zu stoppen, und das erreicht man nicht (C) durch mehr und immer schwerere Waffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Träum weiter! – Peter Beyer [CDU/CSU]: Wie wollen Sie denn für Frieden sorgen?)

Letztes Wochenende wurde bekannt, dass die Bundesregierung die nächste Lieferung schwerer Waffen durchgewunken hat. 18 Panzerhaubitzen soll es geben. Die Waffenschmiede Krauss-Maffei Wegmann sagt Danke und freut sich über ganze 216 Millionen Euro. Doch interessanter ist ein anderes Detail, nämlich dass die Auslieferung frühestens in zweieinhalb Jahren beginnt. Das sind mittlerweile die Dimensionen, mit denen hier handelt wird. Und genau das ist das Ergebnis der katastrophalen Politik der Waffenlieferungen, nämlich eine Verlängerung dieses abscheulichen Krieges um viele, viele Jahre.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat doch gerade angekündigt, dass er selber verlängert!)

Auch die Union setzt mit ihrem Antrag nun alles daran, dass dies so eintritt. Das nenne ich verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thomas Ehrhorn [AfD] – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie kann man so ignorant sein?)

Auch fordern Sie die Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen schweren Waffen. Zu diesem Thema müssen Sie ja nicht auf uns, aber doch zumindest auf die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hören. Diese kommen nämlich zu dem Schluss, dass man mit der Ausbildung an diesen schweren Waffen den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen würde, was also bedeutet, dass Deutschland droht, sich mit weiteren Waffenlieferungen und der dazugehörigen Ausbildung zunehmend zur Kriegspartei zu machen. Auch das ist absolut verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren von der Bundesregierung und der Union, wenn Sie ernsthaft an einer Beendigung dieses Krieges interessiert sind, erfordert dies endlich eine verbale, aber auch eine materielle Abrüstung. Deshalb: Hören Sie endlich auf, mit Ihrer Politik diesen Krieg immer weiter in die Länge zu ziehen,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

und setzen Sie sich statt für Panzeroffensiven doch endlich für Diplomatieoffensiven ein!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thomas Ehrhorn [AfD])

(A) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Als die CDU/CSU angekündigt hat, hier im Hause einen Antrag zum Thema „Waffenlieferungen an die Ukraine“ zu stellen, blieb die Welt des politischen Berlins schlagartig stehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Alle hielten den Atem an. Was würde uns erwarten? Wie würde die Ampel jetzt abstimmen? Eine Zeitung hat dann gewissermaßen – um im Bild zu bleiben – die Bombe platzen lassen und geschrieben:

Der Antrag legt die fehlende Einigkeit innerhalb der Ampel offen. Denn vor allem Liberale und Grüne fordern schon lange mehr deutsches Engagement.

Ich kann nur sagen: Messerscharf beobachtet und recherchiert! In der Tat diskutieren wir seit dem 24. Februar darüber, welches der richtige Weg ist, und zwar, wie es sich in einer Regierung gehört, in Verantwortung und übrigens nicht locker vom Hocker.

## (B) (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind uns alle einig, dass wir an der Seite der Ukraine stehen, wirtschaftlich, humanitär und auch militärisch; denn an jedem Tag töten russische Soldaten unschuldige Menschen, jeden Tag zerstören, vergewaltigen, verschleppen sie und werden Menschenrechte mit Stiefeln getreten.

Ja, meine Damen und Herren, wir als Freie Demokraten sind der Meinung, dass wir in der jetzigen militärischen Lage, in der die ukrainische Armee Stück für Stück ihr Territorium zurückholt, mindestens den Transportpanzer Fuchs und den Schützenpanzer Marder liefern müssen

(Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]:  
Sehr gut!)

und, wenn es die Lage erfordert, gegebenenfalls auch den Kampfpanzer Leopard, gerne übrigens auch im Verbund mit anderen europäischen Partnern, wie von Michael Roth vorgeschlagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es spricht auch nichts dagegen, auch nicht bei den Verbündeten, weder in der EU noch in der NATO.

Und ja, wir sind der Überzeugung, dass wir in Deutschland unsere internationale Rolle neu definieren müssen. „Zeitenwende“ heißt nicht nur, mehr für die Bundeswehr

zu tun. Es heißt auch, Führung zu übernehmen und nicht zu warten, bis die Partner uns unbequeme Entscheidungen abnehmen. So wahr, so gut. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Wadeplul, glauben Sie im Ernst, dass, wenn es eine andere Koalition in diesem Hause gäbe, darüber nicht diskutiert würde? Sie haben doch 16 Jahre lang die Kanzlerin gestellt.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Ja, dumm gelaufen. – Sie haben 16 Jahre lang das Verteidigungsministerium geführt. Was ist übrig geblieben außer Ihrer Hybris? Dass Sie die eigentliche Soldatenpartei sind!

Bewaffnete Drohnen, Nachfolge von Tornado und schwerem Transporthubschrauber – alles nicht gekommen.

(Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]: Das ist doch immer noch kein Argument, warum Sie nicht zustimmen! Folgen Sie doch Ihrer eigenen Meinung!)

Leere Waffendepots, kaputte Infrastruktur, und jede Bundeswehrreform wurde zu Tode diskutiert.

(Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]:  
Darum geht es jetzt nicht!)

Was ist übrig geblieben? Der Traum eines deutschen Flugzeugträgers, eine satte Berateraffäre und eine völlig aus dem Ruder gelaufene „Gorch Fock“. (D)

(Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]: Das hat doch alles nichts mit dem Antrag zu tun!)

Sie haben ein Desaster hinterlassen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Lieber Herr Hahn, Ihre CSU-Verkehrsminister haben Straßen und Brücken so vergammeln lassen,

(Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]: Machen Sie doch Gesundheitspolitik, Frau Strack-Zimmermann!)

dass die NATO, wenn sie hier in Deutschland übt, das kaum machen kann, weil die Brücken in die Knie gehen, wenn die Panzer drüberfahren.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]: Das ist doch schizophren, was Sie hier machen!)

Und wenn wir uns jetzt den Kopf darüber zerbrechen, woher wir die Waffen nehmen sollen, dann ist das Ihre Schuld. Sie haben zu verantworten, dass der Bestand der Bundeswehr so miserabel ist, dass lange nicht so viel vorhanden ist, wie wir heute bräuchten.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann**

- (A) CSU]: Was hat das mit dem Thema zu tun? Es geht darum, dass man Ausfuhrgenehmigungen macht! Das wissen Sie doch ganz genau!)
- Meine Damen und Herren, wir haben am 28. April gemeinsam einen Antrag auf den Weg gebracht und unsere Regierung unter anderem aufgefordert, auch schwere Waffen bereitzustellen. Da haben Sie Verantwortung mitgetragen. Und ich sage Ihnen: Die Bundesbürger erwarten, dass Sie in dieser historischen Situation nicht kleinkariert opponieren, sondern dass wir hier zusammen – außer rechts und links – dieses Problem lösen.
- (Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Nein! Die Bürger erwarten, dass Sie zustimmen! Nicht nur Interviews geben!)
- Und wenn heute Sie sagen, wir hätten nichts geliefert – Sie haben gerade die Kollegin Heinrich gehört –, dann erwidere ich: Sie wissen genau, was wir alles geliefert haben. Sie wissen auch, dass die Ukrainer weiter ausgebildet werden und dass die 100 Milliarden Euro auch dafür da sind, die Ressourcen weiter aufzufüllen.
- Meine Damen und Herren, was 1 800 Kilometer von hier geschieht, ist unfassbar. Die berühmte rote Linie ist die Linie, um die es geht: Freiheit, Demokratie, in Menschenwürde leben. Diese Linie ist überschritten worden, und deswegen, meine Damen und Herren, stehen wir in der Tat auf der Seite der Ukraine. Wir müssen alles Mögliche tun, um die ukrainische Armee zu unterstützen, damit sie gewinnt und Wladimir Putin keine Chance hat.
- (B) Wir werden, wie Sie es 16 Jahre lang getan haben, wenn wir Anträge gestellt haben, Ihren Antrag in unseren Ausschuss überweisen, und dann werden wir im Detail darüber diskutieren. Dann können Sie – mit Verlaub – Ihre soldatische Hose herunterlassen und sagen, was Sie für Ideen haben, statt diese kleinkarierten Anträge einzubringen.
- (Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kerstin Vieregge [CDU/CSU]: Dann ist wieder ein Monat vergangen! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Peinlicher Auftritt! – Peter Beyer [CDU/CSU]: Bis dahin sind wieder Tausende Menschen gestorben!)
- Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**  
Vielen Dank, Frau Kollegin Strack-Zimmermann. – Ich habe gerade Kopfkino.
- Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Florian Hahn, CDU/CSU-Fraktion.
- (Beifall bei der CDU/CSU)
- Florian Hahn** (CDU/CSU):  
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Strack-Zimmermann, ich weiß nicht, wen Sie mit der soldatischen Hose gemeint haben; aber das Thema ist ehrlicherweise viel zu ernst.
- (Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Gerade weil es so ernst ist, Herr Hahn!)
- Eines muss uns doch klar sein: Wenn sich Putin durchsetzt, ist kein friedliches, kein freiheitliches Leben in Wohlstand in Europa möglich. (C)
- (Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Da sind wir völlig bei Ihnen! – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gibt es keinen Dissens hier!)
- Das muss uns klar sein, und das sollte auch Ihnen klar sein. Deswegen ringen wir darum, in welchem Umfang wir der Ukraine helfen.
- (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Das sollten wir wirklich zusammen tun!)
- Bei der Unterstützung der Ukraine geht es – das muss klar sein – nicht nur um die Menschen und das Land Ukraine, sondern auch um unsere Werte und unsere Interessen. Deshalb sind wir gerade nach der angekündigten Teilmobilmachung davon überzeugt, dass wir eine Generalmobilmachung der Unterstützung für die Ukraine brauchen, und zwar genau jetzt. Deswegen stellen wir diesen Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen.
- (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)
- Der Kanzler hat mit Blick auf die Erfolge, die die Ukraine in der Vergangenheit errungen hat, selber gesagt: Gerade die Waffen, die geliefert wurden, haben einen Unterschied gemacht. – Na also. Um diese Erfolge zu manifestieren, sollten wir jetzt weiter liefern und endlich auch Waffensysteme liefern, die die Ukraine bereits direkt nach Kriegsbeginn angefordert hat. Das sind beispielsweise die Schützenpanzer Marder und die Kampfpanzer Leopard 1. (D)
- Frau Kollegin Heinrich, Sie haben aufgezählt, wie viel schon geliefert wurde. Wir bestreiten nicht, dass das, was Sie aufgezählt haben, auch geliefert wurde. Wir bestreiten auch nicht, dass das schon eine ganze Menge ist. Aber ich bestreite eines – und ich kann Ihnen nur raten, sich mal mit der Statistik zu beschäftigen! – Gemessen am BIP ist Deutschland die Nummer 18 der Welt bei der Unterstützung der Ukraine und nicht die Nummer 3, wie Sie es beschreiben. Es gibt Länder, die sich, wenn Sie so wollen, komplett blankmachen, obwohl sie eine direkte Grenze zur Russischen Föderation haben, wie Estland, weil auch sie davon überzeugt sind, dass jetzt der Zeitpunkt ist, die Ukraine verstärkt zu unterstützen, damit Putin keinen Erfolg hat.
- (Beifall bei der CDU/CSU)
- Sie haben hier in einer leicht selbstgefälligen Art, wenn ich das so sagen darf, die Unterstützungsleistungen aufgezählt. Zur Komplettierung möchte ich sagen: Das war immer möglich, wenn ein entsprechender Druck entstanden ist, Druck vonseiten der Bündnispartner und Druck durch das Parlament.
- (Beifall bei der CDU/CSU – Marianne Schieder [SPD]: Ach Gott! Ach Gott!)
- Ich erinnere daran: Vor der ersten Sitzung in Ramstein haben Sie gesagt: Wir liefern gar keine schweren Waffen. – Dann haben Sie auf einmal den Gepard-Panzer

**Florian Hahn**

- (A) ausgepackt, weil Sie, Frau Bundesministerin, definiert haben, das sei kein Panzer. Genauso war es bei den Dingos. Der Bundeskanzler hat gesagt: Dingos können wir auf keinen Fall liefern, das ist nicht möglich. – Auf einmal standen bei der zweiten Sitzung in Ramstein 50 Dingos zur Verfügung.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]:  
Das ist doch gut!)

Fakt ist: Die Ukraine braucht mehr, und wir können mehr liefern. Deswegen müssen wir das auch tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu dem Argument „keine Alleingänge“, das Sie, Frau Heinrich, auch gebracht haben, kann ich nur sagen: Es gibt diese offiziellen Absprachen nicht.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Gibt's nicht! Freie Erfindung!)

Falls es diese Absprachen gibt, dann frage ich: Mit wem denn? – Sie haben drei Hauptstädte aufgeführt und gesagt, Sie würden nur mit Vertretern dieser Länder sprechen.

(Gabriela Heinrich [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich kann nur sagen: Das Bündnis besteht aus mehr Partnern. Das Baltikum gehört auch dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind alles Ausflüchte und Ausreden.

- (B) Lieber Kollege Nouripour, Ihnen ist nichts anderes eingefallen, als die Ablehnung dieses Antrags damit zu begründen, dass wir heute in der Energiedebatte und bei einer Debatte im Haushaltssausschuss zu einem völlig anderen Thema nicht einer Meinung waren.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Völlig anderes Thema?)

Sie, Frau Strack-Zimmermann haben gesagt, weil wir 16 Jahre regiert haben, könnten Sie diesem Antrag, der mit den letzten 16 Jahren nichts zu tun hat, nicht zustimmen. Das ist wirklich armselig. Das sind Ausreden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Das ist die Realität!)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss.

**Florian Hahn** (CDU/CSU):

Deswegen: Geben Sie sich einen Ruck! Bringen Sie Ihren Bundeskanzler und diese Bundesregierung endlich dazu, die Ukraine vollständig mit Waffen zu beliefern, so wie wir es können!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Nächster Redner ist der fraktionslose Kollege Robert Farle.

**Robert Farle** (fraktionslos):

(C) Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute geht es der CDU/CSU darum, an die von den USA geführten ukrainischen Streitkräfte schwere deutsche Waffen zu liefern,

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist schon mal falsch!)

mit dem Ziel, die russische Armee entscheidend zu schwächen, um die NATO-Osterweiterung in der Ukraine später bis an die russische Grenze vorantreiben zu können.

Nach dem von den USA gesteuerten und finanzierten Euro-Maidan-Putsch 2014

(Marianne Schieder [SPD]: Uijuijui!)

haben die USA – das ist die Aussage von Frau Nuland – die Ukraine unter Poroschenko systematisch aufgerüstet und seit neun Jahren auf NATO-Standard gebracht.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Haben Sie sich schon teilmobilisiert?)

Ukrainische Offiziere mussten Englisch lernen und stehen letztlich unter amerikanischem Kommando.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]:  
Was hören Sie denn für Nachrichten?)

Sogar Orden wurden vom Oberbefehlshaber der US Army in Europa vor Kurzem an ukrainische Soldaten verliehen.

(Marianne Schieder [SPD]: Was man heutzutage an Schwachsinn sagen darf in diesem Hause!)

(D) Das Ziel war ganz offensichtlich, das Minsk-II-Abkommen rückzuwickeln und die Donbassgebiete der Separatisten militärisch zurückzuerobern. Olexij Danilow, der Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrates, sagte in einem Interview im Dezember 2019, dass Kiew das Minsk-II-Abkommen offen ablehnt und sich stattdessen auf einen Krieg mit Russland vorbereitet. Der NATO-Beitritt wurde 2019 in der ukrainischen Verfassung festgeschrieben. Am 24. März 2021 unterzeichnete Präsident Selenskyj das sogenannte – ich zitiere wörtlich – „Dekret zur Rückeroberung der Krim“. Das war nichts anderes als eine verdeckte Kriegserklärung der Ukraine an Russland.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Er ist bei der AfD rausgeflogen, und das zu Recht!)

Und in diesem Krieg sollen nach dem Willen der Union, der Grünen und von Frau Strack-Zimmermann wieder deutsche Panzer rollen. – Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt, wenn es um Krieg und Frieden geht.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege Farle, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Robert Farle** (fraktionslos):

Sie sollen den Ausschlag für den Sieg der Ukraine über Russland geben.

(A) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Sie haben noch einen Satz. Dann entziehe ich Ihnen das Wort.

**Robert Farle** (fraktionslos):

Der eine Satz ist: Wir brauchen Verhandlungen, statt Waffen zu liefern. Wir wollen uns durch niemanden, auch nicht durch Sie, in einen dritten Weltkrieg hineinziehen lassen.

Respekt, wenn --

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege Farle, ich habe Ihnen gerade das Wort entzogen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Jetzt habe ich mein Wort wieder. Ich hatte mir gerade selbst auch das Wort entzogen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dietmar Nietan, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Dietmar Nietan** (SPD):

(B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Präsident, verraten Sie niemandem, wo der Knopf ist, mit dem man den Präsidenten ausschalten kann; das könnte gefährlich werden.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 17. September konnte man in der „New York Times“ Folgendes lesen: Präsident Biden widersetzt sich bisher einer Lieferung des Army Tactical Missile Systems in die Ukraine, weil er – Zitat – „davon überzeugt ist, dass er Putin in den letzten sieben Monaten erfolgreich signalisiert hat, dass er keinen breiteren Krieg mit den Russen will – er will nur, dass sie aus der Ukraine verschwinden.“ Weiter heißt es:

„Wir versuchen, den dritten Weltkrieg zu vermeiden“, erinnert Präsident Biden immer wieder seinen Stab und wiederholt damit eine Aussage, die er auch öffentlich gemacht hat.

Ich will es mal so sagen: Nach der Lesart des CDU/CSU-Antrages müssten wir jetzt hier diskutieren, ob Herr Biden ein Zauderer ist.

(Beifall bei der SPD – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Bitte nur ernst gemeinte Zuschriften!)

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen wir natürlich, dass die USA die größte Armee haben. Wir haben aber eine Armee, die in den letzten 16 Jahren so ausgestattet worden ist, wie sie sich uns heute präsentiert.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Mit SPD-Verantwortung! – Florian Hahn [CDU/

CSU]: Da waren Sie dabei! Sie waren schuld mit Ihrer Fraktion! Das wissen Sie ganz genau!)

Wenn mir Bundeswehrgeneräle sagen, dass eine deutliche Ausweitung der Waffenlieferungen, beispielsweise mit modernen Panzern, die Bundeswehr sehr schnell in eine Situation bringen würde, in der sie ihre Pflichten zur Landesverteidigung und zur Bündnisunterstützung nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen könnte; wenn mir die Bundeswehrgeneräle sagen, dass viele Waffensysteme, die jetzt noch bei der Industrie eingelagert, gar nicht in dem Zustand sind, dass sie schnell in der Ukraine eingesetzt werden können, weil die Industrie aufgrund der unzureichenden Beschaffungspolitik des BMVg in den letzten Jahren gar nicht in der Lage ist, ihre Kapazitäten schnell auszuweiten, dann will ich mal deutlich sagen: Hier und heute rufen diejenigen „Halten den Dieb!“, die die Misere hinsichtlich unserer Verteidigungsfähigkeit und Waffenlieferfähigkeit in erster Linie mit zu verantworten haben, und das sind Sie mit Ihren Verteidigungsministern der Union.

(Beifall bei der SPD – Florian Hahn [CDU/CSU]: Sie sind der Chefrufer!)

Velleicht gehen Sie besser mal in sich und analysieren Ihre Fehler aus 16 Jahren Unionsverantwortung im BMVg.

Aber damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich gehört es zu den Aufgaben der Opposition, auch in angespannten, krisenhaften Zeiten wie diesen die Regierung zu kontrollieren und zu kritisieren. Aber in diesen Zeiten, in denen es auch für unser Land um so viel geht, sollte die Kritik der Opposition konstruktiv sein.

(Zurufe der Abg. Florian Hahn [CDU/CSU] und Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

– Können Sie mal aufhören? Hat Ihnen Ihre Mutter nicht Benehmen beigebracht? Ich weiß es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Florian Hahn [CDU/CSU]: Nichts gegen meine Mutter!)

Gerade weil der Kampf um die Freiheit in der Ukraine ein langer Marathonlauf ist, muss es doch um ganz andere Fragen gehen, beispielsweise um die Frage, wie wir Waffenlieferungen, Ausbildung und Ausrüstung optimal in moderne Kooperations- und Koordinierungsstrukturen im Kreis der Freunde der Ukraine etablieren können, oder um die Frage, was zu tun ist, um mit unseren Partnern in NATO und EU langfristig die Absicherung des Nachschubs mit Waffen, Ersatzteilen und Munition sicherzustellen. Es geht um eine nachhaltige Strategie, wie wir sicherstellen, dass uns während dieses anstrengenden Marathonlaufs nicht, bildlich gesprochen, die Puste ausgeht.

Das wären spannende Punkte für einen kritischen Antrag der Opposition gewesen. Stattdessen erleben wir hier parteipolitische, taktisch motivierte Spielchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]:

(C)

**Dietmar Nietan**

- (A) Meine Herren! Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Kollege!)

Wenn es stimmt, dass die Verteidigung der Freiheit der Ukraine und letztlich auch unserer Freiheit uns einiges abverlangen wird; wenn es stimmt, dass dieser Kampf lange dauern wird, also ein Marathonlauf ist, dann ist doch die alles entscheidende Frage, wie es gelingt, die Breite der Bevölkerung bei diesem Marathonlauf auch immer wieder mitzunehmen,

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]:  
Das erzählen Sie mal den Ukrainern!)

den Menschen in unserem Land zu zeigen, dass ihre Sorgen und Nöte der Maßstab unserer Politik sind, ihnen die Gewissheit zu geben, dass wir jetzt alle einen Preis für unsere Freiheit zahlen müssen, dass wir aber als Staat und Politik denjenigen, die als Bürgerinnen und Bürger, aber auch als kleine mittelständische Unternehmen diesen Preis alleine nicht zahlen können, ganz konkret helfen werden.

„You'll never walk alone“ gilt für unsere Freunde in der Ukraine. „You'll never walk alone“ muss aber auch für die Menschen in Deutschland gelten. Darauf müssen sie sich verlassen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da sollte man sich schon fragen, ob kleinkariertes politisches, taktisches Geplänkel jetzt angebracht ist oder das Zusammenrücken der Demokratinnen und Demokraten im Kampf für unsere Freiheit.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Wir setzen die Beschlüsse des Bundestages aus dem April um!)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Nietan. – Ich will nur darauf hinweisen: Sie können nie einen sitzungsleitenden Präsidenten ausschalten. Sie können allenfalls dazu beitragen, dass er nicht hörbar ist.

Damit schließe ich die Aussprache.

Mir ist mitgeteilt worden, dass das Wort zur Geschäftsordnung gewünscht wird. Ist das nach wie vor der Fall? – Herr Kollege Frei, dann haben Sie das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thorsten Frei (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt gerade eine inhaltliche Debatte erlebt, und uns geht es um die Frage, wie man mit diesem Thema umgeht. Wir hätten uns unseren Antrag und diese Debatte auch sparen können, wenn die Bundesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten das gemacht hätte, wozu sie der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit am 28. April dieses Jahres aufgefordert hatte.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Widerlich!)

Dann hätten wir uns diese Diskussion ersparen können. (C) Durch dieses Verweisungsmanöver, das wir jetzt hier seitens der Koalitionsfraktionen erleben, geht die Verzweigung des Parlaments aber weiter.

(Widerspruch bei der SPD)

Jetzt muss man sich mal fragen: Worum geht es eigentlich an dieser Stelle? Es geht darum, dass wir den Antrag gestellt haben, dass die Bundesregierung das macht, wozu der Deutsche Bundestag sie am 28. April aufgefordert hat. Das ist eine Entscheidung, die man heute treffen muss. Und was machen Sie? Sie ducken sich weg vor dieser Entscheidung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Falko Drosmann [SPD]: Nein, das stimmt nicht!)

Sie schlagen sich in die Büsche, und Sie verstecken sich hinter Verfahrensfragen; nichts anderes ist das.

(Dr. Kristian Klinck [SPD]: Sie können keine inhaltlichen Fragen in die Geschäftsordnungsdiskussion einführen! Das geht einfach nicht!)

– Das ist eine Geschäftsordnungsdebatte.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege, einen ganz kleinen Moment. Sie haben genug Zeit. – Darf ich darauf hinweisen, dass die Frage, ob zur Geschäftsordnung geredet wird oder nicht, vom sitzungsleitenden Präsidenten entschieden wird und nicht von Ihnen?

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Herr Kollege Frei bewegt sich noch innerhalb des Geschäftsordnungsantrages, den er gleich stellen wird.

**Thorsten Frei (CDU/CSU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Wir haben es ja in dieser Debatte gesehen. Sie, jedenfalls zwei Koalitionsfraktionen, haben uns ja im Wesentlichen inhaltlich zugestimmt. Sie kommen da nur zu anderen Ergebnissen und anderen Schlüssen.

Ich möchte Ihnen jetzt einfach die Frage stellen: Wenn Sie diesen Antrag in den Ausschuss verweisen wollen, was, bitte schön, wollen Sie da machen? Wollen Sie diese Themen, die sich in den letzten Stunden in der Ukraine konkretisiert und weiterentwickelt haben, noch mal ausgiebig diskutieren? Wollen Sie eine Expertenanhörung machen zu dem, was Sie selber im April schon einmal entschieden haben?

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Wenn Sie das brauchen!)

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie sehen doch, dass die Dynamik der Situation in der Ostukraine erfordert, dass wir jetzt handeln.

Sie haben im Übrigen teilweise in Ihren Reden deutlich gemacht, dass das, was wir tun, was wir bisher getan haben, dass Waffen, die wir geliefert haben, auch tatsächlich wirken.

**Thorsten Frei**

(A) (Falko Droßmann [SPD]: Peinliches Schauspiel!)

Deswegen ist es notwendig, dass wir jetzt entscheiden, dass wir jetzt unseren Worten Taten folgen lassen. Daher möchte ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen und ihn eben nicht in den Ausschuss zu verweisen.

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Frei. – Eine weitere Wortmeldung liegt mir von Nils Schmid, SPD-Fraktion, vor.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Dr. Nils Schmid (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben ein seltsames Spektakel: Die größte Oppositionsfaktion im Deutschen Bundestag skandalisiert einen völlig normalen Vorgang.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Krieg ist nicht normal!)

Ich muss sagen: Das wird dem Ernst des Gegenstandes der Beratung nicht gerecht. Es ist schäbig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(B) Die Bundesregierung hat durch den Parlamentsbeschluss vom 28. April eine ausreichende Grundlage, all das, was zur Unterstützung der Ukraine politisch, militärisch und auch ökonomisch notwendig ist, zu leisten.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Sie ist dazu aufgefordert!)

Diese Grundlage leitet die Regierungsfaktionen und vor allem auch die Regierung in ihrem täglichen Handeln. Deshalb werden Tag für Tag, Woche für Woche auch Waffen an die Ukraine geliefert. Dazu brauchen wir keinen Sofortbeschluss hier und heute im Deutschen Bundestag, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dass es Ihnen nicht allzu dringlich sein kann, zeigt ja auch die Tatsache, dass Sie diese Debatte am Nachmittag versteckt haben, dass Ihr Fraktionsvorsitzender weder in der Debatte redet noch zugegen ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie der von der SPD!)

Damit zeigt sich auch, wie ernsthaft Sie dieses Thema betreiben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist jetzt billig!)

Ihnen geht es nicht um die Sache, nicht um die Unterstützung der Ukraine. Ihnen geht es um billiges Schauspiel zulasten der parlamentarischen Würde

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Umgekehrt wird ein Schuh draus!) (C)

und zulasten der Geschlossenheit der Demokraten in der Hilfe für die Ukraine.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Irgendetwas muss er ja sagen!)

Ich schlage vor, dass wir an dem bewährten Verfahren festhalten, an die Fachausschüsse zu überweisen, die sich damit beschäftigen.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Egal ob Krieg ist oder Menschen sterben, wir überweisen und entscheiden nicht!)

Es ist zum Beispiel in den Händen des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses hervorragend aufgehoben. Also, warum überweisen wir es nicht einfach an den Auswärtigen Ausschuss, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Die Fraktion der CDU/CSU beantragt, über ihren Antrag auf Drucksache 20/3490 in der Sache abzustimmen. (D) Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wünschen Überweisung, und zwar federführend an den Auswärtigen Ausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss sowie den Verteidigungsausschuss.

Wir stimmen nach ständiger Übung zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Ich frage deshalb: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linke. Wer stimmt dagegen? – CDU/CSU und AfD. Enthaltungen? – Keine. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Damit stimmen wir heute über den Antrag auf Drucksache 20/3490 nicht in der Sache ab.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 sowie Zusatzpunkt 5 auf:

16 – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Achten Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen**

**Drucksache 20/2247**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**Drucksache 20/3590**

– **Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**Drucksache 20/3591**

## Analysegegenstand 2

10104

Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 85. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 9. Februar 2023

Erik von Malottki

- (A) engagements.de der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. – Ich bin mir sicher, dass das, was uns mit diesem Gesetzesvorhaben gelungen ist, uns auch bei der Bundes-Engagementstrategie gelingen wird. Wir werden Bürgerinnen und Bürger hören.

Ich möchte die Debatte schließen, wie mein Kollege und Vereinskollege beim FC Bundestag, Herr Hartewig, die seine begonnen hat: Heute ist ein guter Tag für Vereine.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den vom Bundesrat eingebrochenen Gesetzentwurf zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht. Der Rechtsausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/5585, den Gesetzentwurf des Bundesrates auf Drucksache 20/2532 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das sind die Koalition, Die Linke, CDU/CSU. Wer stimmt dagegen? – Die AfD. Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Gesetzentwurf damit in zweiter Beratung angenommen.

### Dritte Beratung

- (B) und Schlussabstimmung. Wer möchte dem Gesetzentwurf auch in dritter Beratung zustimmen? – Das sind alle Fraktionen bis auf die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Wieder keine. Dann ist der Gesetzentwurf endgültig angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht. Der Rechtsausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/5585, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/4318 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 9:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Alexander Gauland, Tino Chrupalla, Matthias Moosdorf, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland**

Drucksache 20/5551

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

(C)

Ich bitte um zügigen Sitzplatzwechsel.

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 68 Minuten vereinbart. Sind alle so weit? – Dann eröffne ich die Aussprache. Es beginnt Dr. Alexander Gauland für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

**Dr. Alexander Gauland** (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bilde mir nicht ein, Sie mit unserem Antrag von der Notwendigkeit einer Friedensinitiative überzeugen zu können.

(Ulrich Lechte [FDP]: Papperlapapp!)

Dazu stecken Sie schon viel zu sehr in rein militärischem Denken fest. Doch Sie werden vor den Menschen begründen müssen, warum immer mehr und immer stärkere Waffen den Weg zum Frieden ebnen sollen. Statt Diplomatie soll es der Leopard richten. Heute sind es Kampfpanzer, morgen Kampfflugzeuge; es wird bereits darüber diskutiert. Und übermorgen vielleicht NATO-Soldaten auf ukrainischem Boden?

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

„Es darf keine roten Linien geben“, tönt es aus Kiew. Natürlich hat die Ukraine ein Interesse daran, uns in diesen Krieg hineinzuziehen. Unsere Chefdiplomatin beschäftigt sich damit, eine Partei vor einem Sondertribunal anklagen zu lassen, statt Tag und Nacht nach Auswegen aus der Krise und Möglichkeiten für Waffenstillstand und Frieden zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Aber „ohne ein politisch-strategisches Gesamtkonzept sind Waffenlieferungen Militarismus pur“. Diese Einschätzung stammt vom militärischen Berater der früheren Bundeskanzlerin, Vad. Der amerikanische Generalstabchef Milley geht davon aus, dass ein Sieg der Ukraine nicht zu erwarten sei und dass Verhandlungen der einzige mögliche Weg seien.

Doch einem Handeln entsprechend dieser Einsicht steht die westliche Annahme entgegen, dass Putin die Ukraine auslöschen wolle, also kein Kompromiss möglich sei.

(Ulrich Lechte [FDP]: Hat er gesagt!)

In ernsten Verhandlungen, meine Damen und Herren, ist diese Annahme nie geprüft worden.

(Anikó Glogowski-Merten [FDP]: Hat er selber gesagt!)

Auch die Sicherheitsinteressen Russlands gegenüber der NATO gelten im Westen nur als vorgeschoben, ohne sie einem Test durch Verhandlungen zu unterziehen. Meine Damen und Herren, es ist Zeit, dass wir das endlich tun, statt auf einer schiefen Ebene immer stärker in Richtung

**Dr. Ralf Stegner**

(A) schafter am Jahrestag der deutschen Kapitulation in Stalingrad einen Kranz nieder. Sie demonstrieren Solidarität mit einem Kriegsverbrecher – 80 Jahre, nachdem der Naziterror dafür verantwortlich war, dass in Stalingrad Hunderttausende und im Zweiten Weltkrieg insgesamt Millionen von Opfern zu beklagen waren. Das nennen Sie „Vogelschiss“. Zynischer geht es überhaupt nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Nationalismus war die Quelle schrecklicher Kriege im letzten Jahrhundert, und das gilt auch heute noch. Ihr abgestandener Nationalismus ist doch das Gegenteil von friedlicher Außenpolitik.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Besprechen Sie bitte mal den Antrag!)

Die einzigen Begriffe, die ich in Ihrem rechten metapolitischen Wörterbuch unter „A“ lese, sind „Abschottung“ und „Ausländerhetze“.

(Enrico Komning [AfD]: Der Einzige, der hetzt, sind Sie hier, Herr Stegner!)

Sie feiern sich in diesen Tagen für Ihr zehnjähriges Bestehen. Was feiern Sie eigentlich? Ihr unterirdisches Benehmen in diesem Parlament, Ihre Fake-News-Reden,

(Dirk Brandes [AfD]: Das sagt der Richtige!)

Ihre permanente Hetze gegen Migrantinnen und Migranten

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der AfD)

oder Ihre Versuche, die Demokratie hier zu diffamieren?

(Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD])

Was bedeuten zehn Jahre AfD wirklich? Sie bedeuten, Sie haben für alles einen Sündenbock und für nichts eine Lösung; das ist AfD.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie werden vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft; Verwaltungsgerichte bestätigen das.

(Abg. Stefan Keuter [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Sie sitzen hier, obwohl Sie Ihre Plakat- und Werbekampagnen mit illegalen Parteispenden finanzieren lassen.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sitzen hier, und Ihre ehemalige Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann sitzt auch, und zwar in Untersuchungshaft, weil sie gemeinsam mit Mitgliedern der Reichsbürgerszene einen Anschlag auf den Deutschen Bundestag geplant hat.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Herr Dr. Stegner, erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion?

**Dr. Ralf Stegner (SPD):**

Nee, von Rechtsradikalen lasse ich nie zwischenfragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eines will ich sagen: Auch die Putschisten vor 100 Jahren in München waren skurrile Gestalten. Das kann nicht der Punkt sein. Wir müssen aufpassen, dass unsere Demokratie nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Frank Rinck [AfD]: Sie müssen aufpassen! – Weiterer Zuruf von der AfD: Hetzer!)

Mein Kollege Sebastian Hartmann hat es auf den Punkt gebracht: Sie sind die Feinde der Demokratie. Fast genau 90 Jahre nach der mutigen Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz sage ich Ihnen: Wir Demokraten, ganz besonders wir Sozialdemokraten, erkennen die Feinde der Demokratie, wenn wir sie sehen – und da drüber sitzen sie.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Da mag Ihr thüringischer Parteiführer Höcke noch so treuherzig twittern: „Frieden schaffen ohne Waffen“ – ein Slogan übrigens, den er von der verhassten linken Friedensbewegung geklaut hat. Derselbe Höcke tritt gemeinsam mit einer rechtsextremen Gruppe von vorbestraften Kriminellen in Gera auf. Da kommt zusammen, was zusammengehört, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Höcke gehört nicht in ein Parlament und erst recht nicht vor eine Klasse von Geschichtsschülern.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Natürlich ist es kein Zufall, dass Sie Wladimir Putin verteidigen. Ihnen geht es nicht um die ukrainische oder um die russische Bevölkerung. Ihre Sympathie gilt den Autokraten, den Diktatoren; das ist Ihre Sympathie.

(Stefan Keuter [AfD]: Völliger Unfug, Herr Stegner!)

Die AfD-Jugend verbündet sich mit der russischen Putin-Jugend, der Jungen Garde. Ihre Parteifreunde vom Front National freuen sich über die Rubel, mit denen dort die Rechtsextremisten in Europa unterstützt werden. Das sind Gesinnungsgenossen von Ihnen. Deswegen reden Sie hier so und nicht, weil es um Frieden ginge.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Widerspruch bei der AfD – Zurufe der Abg. Karsten Hilse [AfD] und Norbert Kleinwächter [AfD])

Nein, eine rechtsradikale Partei braucht uns nichts über Frieden zu erzählen. Übrigens: Frieden ohne Demokratie und ohne Freiheit endet auf Soldatenfriedhöfen. Das ist die Lehre des 20. Jahrhunderts.

(Zuruf von der AfD: Da kommen wir wieder hin!)

(C)

**Dr. Ralf Stegner**

- (A) Die Ehefrau Ihres Kumpanen Kubitschek hat wie folgt Ihre Partei charakterisiert: „Die Schlange: sie häutet sich, häutet sich wieder“. Bis alle ihre braune Farbe sehen. So die Frau von Herrn Kubitschek. Das ist genau das, was man bei Ihnen sieht, wenn man hinguckt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluss eines sagen. Es gibt drei Dinge, die sich nicht vereinen lassen: Intelligenz, Anstand und eine Mitgliedschaft in der AfD. Man kann intelligent und AfD-Mitglied sein; dann fehlt einem der Anstand. Man kann vielleicht sogar anständig und AfD-Mitglied sein; dann ist man offenkundig nicht besonders intelligent. Man kann, wie die meisten hier, anständig und intelligent sein; dann ist man definitiv nicht Mitglied der AfD.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Lachen des Abg. Enrico Komning [AfD])

Sie sind keine Alternative für Deutschland, Sie sind eine Schande für Deutschland.

(Enrico Komning [AfD]: Also, ich finde, das ist unparlamentarisch! – Weitere Zurufe von der AfD)

Und nach zehn Jahren gilt mehr denn je: Wir werden nicht ruhen, bis die Bürgerinnen und Bürger wie in meinem Heimatland Schleswig-Holstein dafür gesorgt haben, dass Sie nicht mehr im Parlament sitzen.

- (B) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der AfD: Eine unterirdische Rede!)

Ihren plumpen Anti-Ukraine-Antrag überweisen wir zwar an den Ausschuss. Aber ich kann Ihnen sagen, was am Ende sein Schicksal sein wird: Solchen Unfug lehnen wir Demokraten hier im Deutschen Bundestag ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Norbert Kleinwächter [AfD]: Solche Äußerungen bei einem Friedensantrag! – Enrico Komning [AfD]: Hass und Hetze! – Weitere Zurufe von der AfD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für die Unionsfraktion hat nun das Wort der Kollege Knut Abraham.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Knut Abraham (CDU/CSU):**

Vielen Dank. – Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin heute wirklich außergewöhnlich dankbar, hier sprechen zu können; denn ich möchte mich beim ukrainischen Volk entschuldigen für die Anmaßung dieses AfD-Antrages, er habe etwas mit Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(C)

Ihr sogenannter Friedensplan ist ein völlig durchsichtiges innenpolitisches Theater. Liebe Ukrainer, das ist nicht Deutschland, das ist nur die AfD.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Kein Wort des Mitgefühls in Ihrem Text, kein Wort des Mitgefühls mit den Opfern des russischen Eroberungskrieges!

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Wenn man sich jetzt nicht mal mehr für Frieden einsetzen darf ...!)

Selbst die Völkerrechtswidrigkeit der Aggression wird zwar genannt, aber vernebelt und relativiert. Die EU sei zu schwach gewesen, den Krieg nicht verhindert zu haben, schreiben Sie – die EU, unglaublich!

(Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit schieben Sie subkutan die Kriegsschuld von Russland auf die EU. Dann geht es weiter – hochinteressant –: Sie kritisieren, dass „die finanzielle und ideologische Unterstützung“

(Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

– hören Sie doch zu; es ist Ihr Text – „oppositioneller Gruppen ...“

(D)

(Widerspruch bei der AfD)

zu wachsender Instabilität und Spaltung in einigen dieser Staaten geführt“ habe. Ja, die Demokratiebewegung in Belarus hat, was Sie beklagen, zu wachsender Instabilität des Lukaschenka-Regimes geführt, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der AfD, merken Sie nicht, dass Sie mit diesen Vokabeln die alte Terminologie der SED bedienen? Die haben immer gesagt: Finanzierung aus dem Westen, Ideologie aus dem Westen. – Sie benutzen SED-Vokabeln.

Apropos Belarus. Wo ist eigentlich der Abgeordnete Bystron? Ist der wieder in Belarus zu besonderen Operationen? Ich bin mal gespannt. Es ist ja eigenartig: Wir haben gestern erfahren, dass er sich offenbar vom 16. bis 19. November bei Herrn Lukaschenka aufgehalten hat. Was hat er da eigentlich getan? Warum berichten Sie uns nichts darüber?

Aber zurück zu den Unsäglichkeiten Ihres Textes. Es ist eben kein russisch-ukrainischer Konflikt im Tonfall einer Familienauseinandersetzung. Es ist ein Angriff Russlands auf sein friedliches Nachbarland.

(Zuruf des Abg. Thomas Ehrhorn [AfD])

Das wissen Sie auch.

**Knut Abraham**

(A) Ich habe Ihnen was mitgebracht; passen Sie mal auf. Noch im November hat ein Positionspapier Ihres Arbeitskreises Außen klar formuliert, das sei „ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen“. Das sagt Ihr AK.

(Enrico Komning [AfD]: Das leugnet auch niemand!)

Weiter heißt es dort: „Wir trauern mit den Familien der gefallenen Soldaten“. Dann folgt zwar lauter Unfug, aber immerhin. Nichts davon findet sich jedoch in Ihrem Antrag,

(Zuruf von der AfD: Doch!)

keine Wahrheit, kein Mitgefühl.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Beziehen Sie sich doch auf den Inhalt des Antrags!)

Stattdessen veranstalteten Sie gestern Abend offenbar ein Friedenskonzert. Also, es hat mich ja schon geschockt, als ich die Einladung sah. Noch geschockter war ich, dass Sie gästierten, Herr Chrupalla. Ich weiß nicht, was das gewesen ist, wahrscheinlich nur eine Show.

(Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD])

Ginge es Ihnen wirklich um das Propagieren von Frieden, dann hätten Sie, Herr Kotré, sich im russischen Fernsehen vor einer Woche in der Hasssendung des Wladimir Solowjow dazu äußern können.

(Tino Chrupalla [AfD]: Sie gehen zu Böhmermann! Das ist das Gleiche!)

(B) Sie haben es aber nicht getan. Sie haben nicht von Frieden, einem Friedensplan oder was auch immer gesprochen. Auch Sie, Herr Schmidt – gleiche Reihe; fünfte Kolonne, sitzt immer 17. Reihe –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

hätten vorgestern bei Ihrem Propagandaauftritt bei Rossija 1 Gelegenheit gehabt, für Frieden und den erforderlichen militärischen Rückzug zu werben, haben Sie aber nicht.

Sie meinen Ihren eigenen Text gar nicht ernst. Sie sprechen von Frieden, aber in Russland sind Sie fester Bestandteil von Putins Propaganda und damit auch von der Kriegsmaschinerie.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ist Ihnen, Herr Gauland, eigentlich gar nicht bewusst, wie sehr Sie unserem Land schaden und was für eine tragische Rolle Sie dabei spielen?

(Thomas Seitz [AfD]: Gibt es auch Argumente, oder nur Hetze? – Weitere Zurufe von der AfD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen – hören Sie doch zu! –, es gibt einen Friedensplan, und zwar seit 1990 die Charta von Paris und seit 1994 das Budapester Memorandum.

(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Verträge gelten.

(Abg. Robert Farle [fraktionslos] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Dazu braucht es den vollständigen Rückzug der russischen Truppen.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Lieber Kollege Abraham, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Farle?

**Knut Abraham (CDU/CSU):**

Nein. Nee, wirklich nicht. Erbarmen! Bitte nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dazu braucht es den vollständigen Rückzug der russischen Truppen aus allen besetzten Gebieten der Ukraine. Das ist keine Forderung, das ist die Rechtslage.

Noch einmal an die Ukrainer und an die Wenigen, die Mutigen, die sich in Russland im Widerstand befinden: Dieses Papier ist nicht Deutschland. Aus diesem Papier sprechen Putins Moskau und dessen Berliner Hilfstruppen. Deshalb lehnen wir diese Zumutung ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Widerwärtig!)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Dann gebe ich dem Abgeordneten Farle die Möglichkeit zu einer Kurzintervention.

**Robert Farle (fraktionslos):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich will es sehr kurz machen. – Die letzten zwei Reden, besonders die letzte, während der ich mich gemeldet habe, führen mich zu der Frage: Wenn Sie hier eine Fraktion komplett ausgrenzen und mit solchen Unterstellungen arbeiten,

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Du bist doch fraktionslos!)

worin unterscheiden Sie sich eigentlich von früherer Goebbels'scher Propaganda gegen Minderheiten?

(Zurufe von der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP: Oh!)

Sie sind doch die Hetzer in diesem Parlament. Wir wollen Frieden schaffen, und zwar auch ohne Waffen. Das ist meine Antwort.

(Ulrich Lechte [FDP]: Jahrzehnte von den Kommunisten bezahlt worden!)

Herr Gauland hat hier genau die richtige Rede gehalten. Er hat das gesagt, was auch ich zum Ausdruck bringe. Aber ich lasse mich doch nicht einreihen in solche Kliches, die Sie hier verbreiten. Wir meinen unsere Politik ernst, ich auf jeden Fall. Ich lasse mir so was nicht unterstellen.

(C)

(D)

**Robert Farle**

(A) (Ulrich Lechte [FDP]: Sie waren ja sogar der AfD-Fraktion zu peinlich!)

Mir tun die russischen Soldaten leid,

(Serap Güler [CDU/CSU]: Oh, oh, oh!)

mir tun die ukrainischen Soldaten leid, mir tun die Zivilisten leid. Ich möchte, dass endlich Friedensverhandlungen stattfinden, dass diese Regierung mal was für den Frieden tut. Mit Panzern hat noch nie jemand Frieden in einem Land geschaffen. Dann passiert genau das Gegenteil: Dann sterben immer mehr und immer länger Menschen. Die USA haben das langsam begriffen. Aber Sie werden es erst begreifen, wenn noch viel mehr Menschen gestorben sind.

Vielen Dank für die Möglichkeit, dazu was zu sagen.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Herr Farle – Sie müssen bitte stehen bleiben –, wir wollen auch im Parlament jegliche Vergleiche mit der NS-Zeit vermeiden. Darum erteile ich Ihnen – –

(Enrico Komning [AfD]: Ah! Das ist gut! Das ist gut! – Tino Chrupalla [AfD]: Dann passen Sie heute noch gut auf! Es kommen noch ein paar! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Entschuldigen Sie! Lassen Sie mich bitte zu Ende sprechen.

(B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Unglaublich!)

Wenn Sie ein Problem mit meiner Sitzungsleitung haben,

(Sebastian Münzenmaier [AfD]: Aber selbstverständlich!)

dann können Sie das gern in der nächsten Woche im Ältestenrat ansprechen. Das ist nämlich das Gremium dafür, nicht diese Sitzung hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Christine Aschenberg-Dugnus [FDP])

Herr Farle, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihren Vergleich mit der Goebbels-Zeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Herr Farle, Sie müssen trotzdem stehen bleiben, weil der Kollege Abraham jetzt die Möglichkeit zur Antwort hat.

**Knut Abraham (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Kollege Farle, Sie haben mir offensichtlich gar nicht zugehört.

(Zuruf von der AfD: Leider doch!)

Ich habe diesen Antrag sehr genau studiert und mich (C) bemüht, ihn Zeile für Zeile zu analysieren. So bin ich zu dieser Rede gekommen. Was dem Antrag – das will ich noch einmal sagen – gänzlich fehlt, ist Mitgefühl, was bei Ihnen wenigstens teilweise aufgescheinen ist.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der nächste Redner in der Debatte ist für Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Jürgen Trittin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist manchmal schon schwer erträglich, dass jemand, der sich jahrelang als DKP-Funktionär von Ostberlin hat bezahlen lassen

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Ja!)

und dann zur AfD gegangen ist, sich hier in dieser Art und Weise aufführen kann.

(Tino Chrupalla [AfD]: Das ist Demokratie! Ist nun mal so!)

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, was die Propagandarolle von Ihnen im Interesse Putins angeht, dann war das der Auftritt von Herrn Farle. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Dr. Christian Wirth [AfD]: Das sagt jemand von der KPD! – Karsten Hilse [AfD]: Ein alter Kommunist spricht über einen anderen alten Kommunisten! Das kann ja nicht wahr sein!)

Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich gedacht: Das kann irgendwie nicht wahr sein. Seit wann setzt sich die AfD für Frieden ein?

(Zurufe von der AfD)

Setzen Sie sich für Frieden ein, wenn Sie wie üblich und erst jüngst wieder vor Flüchtlingswohnheimen randalieren? Setzen Sie sich für Frieden ein, wenn Ihre Ex-Kollegin Malsack-Winkemann mit ihren Reichsbürgerkameraden Waffen sammelt, um einen Bürgerkrieg in dieses Land zu tragen?

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Karsten Hilse [AfD]: Das ist ja lächerlich!)

Oder haben Sie sich für Frieden eingesetzt, Herr Kotré, als Sie bei Wladimir Solowjow im russischen Fernsehen aufgetreten sind?

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Der Antrag muss sehr gut sein! Sie fahren ja nur persönliche Angriffe!)

**Jürgen Trittin**

- (A) Herr Solowjow hatte einen Tag zuvor das Gleiche gemacht wie der Kollege Farle eben. Er hat sämtliche deutschen Journalistinnen und Journalisten als „Nachfahren von Goebbels“ und „entkommene Nazischweine“ tituliert.

(Zuruf des Abg. Sebastian Münzenmaier [AfD])

Und am Tag darauf sind Sie in seiner Sendung, bei dem gleichen Hetzer. Aber anstatt diesen Entgleisungen zu widersprechen, haben Sie, Herr Kotré, das auch noch bestätigt. Sie haben gesagt:

Es muss gesagt werden, dass Journalisten und Medien alles tun, um die deutsche Gesellschaft gegen Russland, gegen die russische Regierung aufzubringen.

Und Sie sagten, Sie seien „entsetzt, dass wieder deutsche Panzer geliefert werden, um Russen zu töten“.

(Karsten Hilse [AfD]: Darüber kann man auch entsetzt sein! – Matthias Moosdorf [AfD]: Das sagt General Vad auch!)

Jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Gauland. Es ist schon eine Form von Geschichtsvergessenheit,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

den Charakter der Aggression, mit der wir konfrontiert sind, zu negieren. Es waren deutsche Panzer, die Russen, Tschetschenen, Georgier, Esten, Letten und Ukrainer im Zweiten Weltkrieg überfallen haben.

- (B) (Zurufe von der AfD: Und jetzt machen wir es noch mal, oder was? – Und jetzt schicken wir wieder Panzer!)

Sie tun jetzt so, als wenn sich Deutschland in diese Tradition einreihen würde. Nein, es ist genau umgekehrt. Wo hat denn der Angriffskrieg stattgefunden? Wann hat zum ersten Mal seit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges auf dem europäischen Kontinent eine Macht andere Grenzen mit Militärgewalt überschritten,

(Zurufe von der AfD: Kosovo!)

um etwas zu erobern und sich dieses Land untertan zu machen? Das war Putin, das war Russland mit dem Angriff auf die Ukraine.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der AfD)

Wenn Sie wissen wollen, wie dieser Krieg geführt wird, dann schauen Sie sich die Berichte zu Butscha und anderen Städten an. Da kommen einem historische Assoziationen zum Vorgehen der deutschen Wehrmacht, der SS und der Polizeikorps in der Ukraine, in Russland und anderswo. Dazu hätte ich von Ihnen ein Wort verlangt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Roger Beckamp [AfD]: Sie haben ja Schaum vorm Mund, Herr Trittin!)

Nein, ich glaube, Sie sind nicht für Frieden. Sie betätigen sich lieber als Propagandazwerge

(Heiterkeit des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU]) (C) für die Kriegspropaganda von Putin.

(Karsten Hilse [AfD]: Oh Gott! Das ist ja erbärmlich! Das ist sogar unter Ihrem Niveau!)

Was dahintersteht bzw. womit Sie sich kostümieren, ist die Behauptung, man könne über Verhandlungen diesen Konflikt jetzt, zu diesem Zeitpunkt, lösen.

(Abg. Thomas Ehrhorn [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich bin der festen Überzeugung: Am Ende wird es Verhandlungen geben. Herr Gauland, wenn Sie mal nicht heimlich in „Mein Kampf“ schmökerten,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Stefan Keuter [AfD]: Jetzt reicht es aber hier! – Weitere Zurufe von der AfD)

sondern Wilhelm Busch lassen, dann würden Sie da das Gleichnis vom Igel und vom Fuchs finden.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Herr Trittin, erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der AfD?

(Frank Rinck [AfD]: Das gibt ja wohl einen Ordnungsruf!)

**Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D) Nein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Ich hoffe, Sie kennen dieses Gleichnis, Herr Gauland. Da geht es darum, dass der Fuchs den Igel auffordert, sein Fell zu übergeben, weil der Fuchs längst verkündet sei, und dabei listig seine Zähne leckt. Das ist die Situation, in der wir uns heute befinden.

Wir müssen Frieden als Ziel unseres Handelns haben, aber wir müssen klarmachen, dass dieser Frieden nicht in Form eines einseitigen Diktats existieren kann. Er beruht nicht auf Wehrlosigkeit. Ein gerechter Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Das Konzept des gerechten Friedens, wie es die Evangelische Kirche definiert hat, setzt als politisches Leitbild auch ein Stück Wehrhaftigkeit voraus. Deshalb ist es bitter und schwer, aber notwendig, die Ukraine so auszustatten, dass sie nicht von einem imperialistischen Aggressor in der Tradition von Eroberungskriegen überrannt wird. Und dafür stehen wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU])

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Herr Kollege Trittin, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen des Vergleichs zu „Mein Kampf“.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas**

- (A) Jetzt hat der Kollege Ehrhorn die Möglichkeit zu einer Kurzintervention.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Thomas Ehrhorn (AfD):**

Vielen Dank für die Möglichkeit der Kurzintervention. – Sehr geehrter Herr Kollege Trittin, wir haben hier in den letzten Minuten teilweise Hass und Hetze erleben können – Sie reden ja immer sehr viel und gerne davon –,

(Zuruf von der AfD)

insbesondere vom Kollegen Stegner. Selbst für ihn war diese Darbietung unterirdisch.

Es zeigt aber eins in ganz besonderer Weise: wie tief Sie darüber getroffen sind, dass es inzwischen in diesem Deutschen Bundestag nur eine einzige Partei gibt, die sich tatsächlich dafür verwendet, Friedensgespräche zu initiieren, während alle anderen Parteien, unter anderem auch Ihre Partei, die Partei der Friedenstauben, hier für mehr und mehr Waffenlieferungen, für eine militärische Lösung des Konfliktes eintreten

(Zuruf der Abg. Zoe Mayer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und für sonst gar nichts.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn es hier im Deutschen Bundestag so weit gekommen ist, dass die einzige Partei, die sich für

- (B) (Dr. Ralf Stegner [SPD]: ... Diktatur einsetzt!) friedliche Lösungen und für Diplomatie einsetzt,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Für Diktatur!)

von allen anderen Parteien in diesem Hohen Hause angegriffen wird, dann, muss ich Ihnen sagen, ist es fünf Minuten vor zwölf. Dann ist es wirklich fast zu spät für die Demokratie in Deutschland. Es ist unterirdisch, dass man selbst angefeindet wird,

(Ulrich Lechte [FDP]: Frau Präsidentin, können wir das AfD-Mikro abschalten?)

wenn man sich für Frieden einsetzt,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Für Diktatur setzen Sie sich ein, nicht für Frieden!)

und nichts anderes tun wir.

(Beifall bei der AfD)

Davon ist völlig unberührt, dass es selbstverständlich für alle Soldaten beider Parteien großes Mitgefühl gibt wie natürlich auch für die zivilen Bevölkerungen, die zu leiden haben. Es geht uns darum, dieses Leid so schnell wie möglich zu beenden, und das sollten auch Sie verstehen.

(Beifall bei der AfD)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Sie haben die Möglichkeit, zu antworten.

- Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** (C)  
Sehr geehrter Herr Kollege, wenn Sie für Frieden sind:

Warum hat Ihr Herr Kotré

(Tino Chrupalla [AfD]: Jetzt fangen Sie doch schon wieder an!)

bei dem Auftritt, den er im Fernsehen hatte,

(Zurufe von der AfD)

sich nicht dafür eingesetzt? Warum hat er nicht gesagt: „Beendet euren völkerrechtswidrigen Krieg!“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Das ist der erste und wichtigste Schritt: Stellt die Kampfhandlungen ein!

Sie behaupten, Sie seien die einzige Kraft, die sich für Frieden einsetzt. Aber wenn Sie die Gelegenheit haben, sich im Angesicht des Aggressors für Frieden einzusetzen, dann ziehen Sie den Schwanz ein, dann schweigen Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD])

Dann legen Sie uns hier – Herr Abraham hat das vorgelesen – einen Antrag vor, der die Frage der Kriegsschuld komplett umdreht.

(Tino Chrupalla [AfD]: Darum geht es doch gar nicht! – Weitere Zurufe von der AfD)

(D)

Dann ist es nicht mehr Russland, das diesen Angriffskrieg geführt hat, sondern es ist das Angebot der Europäischen Union gewesen, mit der Ukraine eine gemeinsame Wirtschaftsbeziehung einzugehen. Also, etwas Friedlicheres kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, und das benennen Sie in Ihrem Antrag als Ursache für den Krieg in der Ukraine.

Nein, Sie sind nicht für Frieden! Sie sind für Putins Krieg! Das ist das Problem!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der AfD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Bei der einen oder anderen Formulierung, die ich jetzt nicht wiederholen möchte, denken wir das nächste Mal bitte darüber nach, ob wir sie wirklich verwenden. Das gebe ich mal ein Stück weit an alle mit.

Wir führen jetzt die Debatte mit dem nächsten Redner fort. Für die Fraktion Die Linke hat Ali Al-Dailami jetzt das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Ali Al-Dailami (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie auch mir, eingangs etwas zur Antragstellerin, der AfD, zu sagen.

**Ali Al-Dailami**

(A) Dass ausgerechnet Sie einen Antrag stellen, der Frieden postuliert und von der historischen „Verantwortung Deutschlands“ spricht, ist geradezu grotesk; denn eine Partei, die Faschisten in ihren Reihen nicht nur duldet, sondern auch hofiert, die über die Schießbefehle an der deutschen Grenze schwadroniert und so wie Sie, Herr Gauland, den deutschen Faschismus mit seinen singulären Verbrechen als „Vogelschiss der Geschichte“ bezeichnet, eine solche Partei sollte die Worte „Frieden“ und „historische Verantwortung“ nicht mal in den Mund nehmen.

(Zuruf von der AfD: Haben Sie Argumente? – Weitere Zurufe von der AfD)

Sie ist absolut unglaublich.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Doch erlauben Sie mir nun, zur Bundesregierung zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christian Wirth [AfD])

Je länger dieser Krieg andauert, umso mehr setzen sich leider in den Reihen der Bundesregierung jene durch, denen keine Waffe zu schwer und kein Risiko zu hoch zu sein scheint. So jagte in den letzten Monaten ein Tabubruch den nächsten. Was mit der Lieferung von 5 000 Gefechtshelmen begann, hat seinen vorläufigen Höhepunkt in der Zusage, Leopard-Kampfpanzer liefern zu wollen, erreicht.

(B) Dabei haben die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages unlängst festgestellt, dass bereits mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an den zu liefernden Waffen der „gesicherte Bereich der Nichtkriegsführung verlassen“ wird, was im Umkehrschluss also bedeutet, dass Deutschland sich zunehmend selbst zur Kriegspartei zu machen droht. Das nenne ich verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN – Enrico Komning [AfD]: Das sagt der Richtige!)

Der bisherige Fokus der Bundesregierung auf die rein militärische Logik droht Deutschland nun auf die Füße zu fallen. Anstatt selbst mal diplomatisch initiativ zu werden, überlassen Sie lieber einem Despoten wie Erdogan das Feld als Vermittler in diesem Konflikt – Stichwort: Getreideabkommen – oder der Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabien – dort wurde im letzten Jahr ein Gefangenenaustausch ausgehandelt – oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, deren diplomatische Offensive zur Wiederaufnahme der Ausfuhr russischen Ammoniaks führte.

Sowohl Saudi-Arabien als auch die Vereinigten Arabischen Emirate führen nun seit über acht Jahren einen verbrecherischen Krieg gegen den Jemen. Es ist laut UN die größte humanitäre Krise unserer Zeit mit fast einer halben Million Toten. Es sind deutsche Waffen, die an diesen Menschenrechtsverbrechen beteiligt sind. Ich denke, deutlicher kann die Doppelmoral, aber auch das Versagen dieser Bundesregierung nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Doch zum Glück baut sich international zunehmend eine Opposition zu dieser Kriegslogik auf. Die überwältigende Mehrheit der Menschen, aber auch der Regierungen des Globalen Südens sind nicht bereit, sich an diesem Krieg zu beteiligen, und erst recht nicht, die negativen wirtschaftlichen Folgen für die falschen Entscheidungen in Europa und den USA zu tragen. Deshalb beteiligen sie sich weder an den Sanktionen noch an den Waffenlieferungen. So führt der Wirtschaftskrieg gegen Russland eben nicht zu den von der Bundesregierung erhofften Auswirkungen, sondern das Gegenteil ist der Fall. So werden Ihre Waffenlieferungen diesen Krieg letztlich immer weiter in die Länge ziehen. Auch das ist absolut verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Tino Chrupalla [AfD]: So ist es! – Serap Güler [CDU/CSU]: Das sagt alles! Die AfD klatscht; das sagt alles!)

Um jeden Preis wollen Sie und versuchen Sie, die Länder des Globalen Südens ins westliche Boot zu zerren. Doch daran besteht – nehmen Sie das bitte mal zur Kenntnis – in Brasilia, Neu-Delhi, Pretoria oder Jakarta nun mal kein Interesse.

Die Abfuhr, die sich Kanzler Scholz in Brasilien zum Thema Munitionslieferung abgeholt hat, war richtig und wichtig. Brasilien ist ein „Land des Friedens“, konterte Präsident Lula die Forderung des Kanzlers. Und so entscheidet sich dadurch aller Voraussicht nach das Schicksal Europas weit entfernt von dessen Grenzen. Dafür tragen all jene die Verantwortung, die immer noch meinen, Panzeroffensiven seien besser als Diplomatieoffensiven.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unterstützen Sie Putin, oder was?)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Kollegin Ulrich Lechte.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Ulrich Lechte (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass ich eines Tages an diesem Pult stehen und sagen würde, dass ich Ralf Stegner und Jürgen Trittin zu hundert Prozent recht gebe und ihre Reden unterschreiben würde,

(Enrico Komning [AfD]: Darüber sollten Sie nachdenken!)

hätte ich in meinem Leben nicht für möglich gehalten.

(Zurufe von der AfD)

Heute ist dieser historische Tag;

Ulrich Lechte

- (A) (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

denn seit bald einem Jahr führen Wladimir Putin und seine Russen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Wie wir Tag um Tag sehen, sind die russischen Streitkräfte nicht willens, sich an die zivilisatorischen Mindeststandards zu halten, die auf der ganzen Welt Konsens sind. Die Russische Föderation beschließt die Kraftwerke, bombardiert die Krankenhäuser und zerstört die Wohnungen jener Menschen, die von Moskau immer als „historisches Brudervolk“ bezeichnet wurden. Wenn Russland so mit seinen Freunden umgeht, dann können Sie sich vorstellen, wie es mit seinen vermeintlichen Gegnern verfahren wird, falls Putin diesen Krieg gewinnt.

Putins Krieg ist ein Angriff auf das ukrainische Volk. Er ist aber auch eine Attacke auf die regelbasierte internationale Ordnung. Deshalb stehen wir gemeinsam mit unseren Partnern zusammen an der Seite der Ukraine, um Putin Grenzen zu setzen.

- (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir den Krieg mit allen diplomatischen Bemühungen schon nicht verhindern konnten, dann müssen wir wenigstens dafür sorgen, dass er nicht Schule macht. Der Angriffskrieg darf sich für Putin und seine Freunde hier in Deutschland, wie Gauland, Chrupalla und Co, schlicht und ergreifend nicht lohnen.

- (B) (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Laufe der letzten Jahre hat der Kreml seinen Krieg gegen die Ukraine Stück für Stück eskaliert. Er hat diplomatische Vereinbarungen vorsätzlich gebrochen und internationale Vermittlungsversuche sabotiert. Wer heute Sicherheitsgarantien für Putin fordert, ignoriert damit die unangenehme Wahrheit: Russland hat kein Interesse an einem Frieden auf Augenhöhe, sondern möchte seine Bedingungen diktieren.

- (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist Ihr Antrag blander Hohn gegenüber den Millionen Menschen, die vor dem russischen Terror fliehen mussten – der Hauptteil, über 90 Prozent, interessanterweise Richtung Westen – oder jeden Tag Angst um Leib und Leben haben.

(Beifall bei der FDP)

Die Ukrainer haben sich nach dem Ende des Kalten Kriegs auf die Sicherheitsgarantien der Russischen Föderation verlassen und das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt aufgegeben. Kiew braucht Verbündete. Dafür ist ein EU-Beitritt auch ein geeigneter Schritt; denn wie sich gezeigt hat, macht Putins neoimperiale Außenpolitik nur vor einem glaubhaften Abschreckungspotenzial wie dem Schutzschild der NATO halt.

Den Bedeutungsverlust Russlands hat Wladimir Putin (C) laut eigener Aussage nie verwunden,

- (Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sehe Parallelen!)

und den russischen Minderwertigkeitskomplex gegenüber der EU kompensiert der Präsident militärisch. Für die Russische Föderation stellen demokratische Nachbarn mit guten Beziehungen zum Westen eine Bedrohung des eigenen Modells dar. So wird jeder Versuch unabhängiger Staaten, aus der vermeintlichen russischen Einflussosphäre auszubrechen, von Moskau drakonisch bestraft. Das ist der Fakt.

- (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das wichtigste außenpolitische Instrument Russlands war, ist und bleibt die Erpressung im Energiesektor. Deshalb ist die von der AfD geforderte Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen ein Fehler. Das ist ein Hohn, das ist einfach nicht zu glauben. Wer mit so einem Partner weiterhin über Pipelines verhandeln möchte, hat den Ernst der Lage offensichtlich nicht begriffen.

- (Tino Chrupalla [AfD]: Sie reden lieber mit Partnern, die Pipelines in die Luft jagen!)

Die gemeinsamen Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die Waffenlieferungen sind die wichtigsten Instrumente der internationalen Allianz gegen Putins Angriffskrieg. Unsere Hilfen sind der Grund, warum wir heute überhaupt über Friedensverhandlungen diskutieren können.

(D)

Der Antrag der AfD offenbart ihre offensichtliche Bereitschaft, jede Aggression Russlands in Europa hinzunehmen. Das ist offene Anbiederung an ein Regime, das versucht, über Drohungen die Nachbarländer und Kritiker einzuschüchtern, statt sich durch Diplomatie und Dialog auf der Weltbühne konstruktiv einzubringen.

- (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Und warum? Weil Putins Russland in der Realität weder eine gesellschaftliche Vision noch überzeugende Ideen anzubieten hat.

- (Karsten Hilse [AfD]: Aber der Westen!)

Die Moskauer Eliten schwelgen immer noch in der Erinnerung an eine glorreiche Vergangenheit als Großmacht, weil die Gegenwart und die Zukunft des Landes derzeit sehr trist sind. Die AfD gehört für Putin hierbei zu den treuesten Vasallen, die es in Deutschland zu finden gibt.

Abschließend möchte ich hinzufügen, dass wir stets bereit sind, eine diplomatische Lösung für diesen Krieg zu finden

- (Zuruf von der AfD: Wie sieht die denn aus?)

und das Sterben zu beenden, wenn Putin seine Armee zurückzieht, wenn das tägliche Bombardement aufhört, falls er Einsicht zeigt und die Ukraine als souveräne

**Ulrich Lechte**

- (A) Demokratie akzeptiert. Das ist eine Verhandlungsbasis auf Augenhöhe, und Sie haben davon wirklich keine Ahnung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Matthias Moosdorf.

(Beifall bei der AfD)

**Matthias Moosdorf (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Keinem vernünftigen Menschen würde es einfallen, Tintenflecken mit Tinte oder Öl wegwaschen zu wollen.

(Ulrich Lechte [FDP]: Dafür hat man Tintenkiller erfunden!)

Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden. Bertha von Suttner starb 1914,

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bertha von Suttner! Unglaublich!)

in dem Jahr, in dem Europa in die Ursünde eines Jahrhunderts der Hölle schlitterte. Niemand wollte das, niemand hielt das für möglich.

- (B) (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Denn allen gemeinsam waren Dummheit, Ignoranz, die Lust an der Provokation, angebliche Bündnisverpflichtungen

(Ulrich Lechte [FDP]: Lauter Eigenschaften der AfD!)

und die mediale Begeisterung.

Obwohl der Wissenschaftliche Dienst unseres Hauses festgestellt hat, dass man damit „den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung“ verlasse, bilden wir ukrainische Soldaten aus.

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Gut so!)

Schwere Waffen, operative Gefechtsdaten zur Vorbereitung von Kämpfen liefern wir schon lange. Mit Kurzsichtigkeit, Realitätsverweigerung und einem völlig verückten Werteimperialismus steuern wir nun, wie UN-Generalsekretär Guterres warnt, „sehenden Auges“ in einen großen Krieg.

(Beifall bei der AfD)

Soros sieht in der Ukraine – Zitat – „einen Rammbock“ gegen Russland. US-General Hodges sagt, es liege in unserem Interesse, wenn es zum Zusammenbruch oder zur „Balkanisierung Russlands“ kommt. Die Russische Föderation solle in ihrer jetzigen Form nicht weiterbestehen. US-General Milley möchte die Ostsee zum – Zitat – „Teich der NATO“ machen. Selenskyj-Berater Podoljak sagt, der Krieg solle auf Moskau und Sankt Petersburg

übergreifen. Polens Premier Morawiecki fordert die Zerschlagung der Russischen Föderation. Das, meine Damen und Herren, ist Kriegstreiberei! Das ist geschichtsvergessen, grundgesetzwidrig, irre und verantwortungslos! (C)

(Beifall bei der AfD – Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Ganz schlechter Schauspieler!)

Und, um mit Tallyrand zu sprechen, es ist darüber hinaus ein Fehler. Frieden für die Ukraine und Russland und Frieden in Europa sind untrennbar miteinander verbunden.

(Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wird ihn nicht geben, ohne die Fehler zu korrigieren, die mit der Erweiterung der NATO unter Ausschluss Russlands gemacht wurden. Eine europäische Sicherheitsarchitektur muss mit Friedensgesprächen zwischen dem Westen und Russland beginnen.

Unsere Geschichte und die aufgeklärte Sicht auf die schmerzvollen Erfahrungen der letzten Jahrhunderte haben aus Sicht der AfD eine zentrale Bestimmung:

(Erhard Gründl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Problem mit Menschenrechten!)

Kriege zu beenden, Frieden zu stiften, Ausgleich und Verständigung zu ermöglichen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Darüber sollten Sie nicht reden!)

Frau Merkel würde sagen: Pipeline sprengen unter Freunden, das geht gar nicht.

(Beifall bei der AfD) (D)

Emmanuel Macron sagte, er hoffe, dass alle Beteiligten so früh wie möglich an einen Verhandlungstisch zurückkehren. Die Frage der territorialen Integrität – oder was auch immer –

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Oder was auch immer“? – Michael Kruse [FDP]: Angela Merkel zitieren! Ich glaube Ihnen kein Wort!)

muss von den Menschen geklärt werden, die dort leben. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Friedenskonferenz unter Beteiligung aller involvierten Staaten einzuberufen, der UNO und der OSZE. Versuchen Sie es mit Frieden wie Naftali Bennett, dessen Mühen Sie offenbar sabotiert haben!

Ein Satz zum Schluss von Bertolt Brecht:

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP: Nein! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Blasphemie!)

Lasst uns die Warnungen erneuern ... Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie verstehen nichts! Sie sollten sich nicht an den Toten vergreifen!)

**Matthias Moosdorf**

- (A) Frieden ist die Basis von allem; denn ohne Frieden ist alles nichts.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und ohne Verstand und Moral!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn die Jünger von Ernst Jünger Brecht zitieren, ist das eine Schande!)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Ich bitte, beim Zitieren in Zukunft wieder nach der Erlaubnis der Präsidentin zu fragen. Das war nämlich in der gesamten Rede kein einziges Mal der Fall. Ich bitte, das in Zukunft wieder einzuhalten.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Aber gern!)

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Kollege Adis Ahmetovic.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Adis Ahmetovic (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines habe ich in der Schule gelernt: Falsche Aussagen bleiben falsch, egal ob sie geschrieben, gesprochen oder geschriften werden, Herr Moosdorf. Ihre Aussagen sind falsch und bleiben damit auch falsch.

- (B) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vor genau einem Jahr durfte ich hier an diesem Rednerpult meine erste Rede halten – quasi zum selben Thema –, nur wenige Tage vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und dem Versuch – ich betone: dem Versuch –, das europäische Sicherheits- und Friedenserüst ins Wanken zu bringen. Ich habe vor einem Jahr formuliert – ich zitiere –:

Sollte es durch Russland eine neue militärische Aggression gegen die Ukraine geben ... muss Russland mit harten Sanktionen und Reaktionen rechnen, die wir gemeinsam und geschlossen mit unseren Verbündeten ... umgehend verabschieden werden.

Russlands perfider Plan, in weniger als einer Woche Grenzen innerhalb Europas zu verschieben und die territoriale Integrität einer souveränen Ukraine anzugreifen, wird – so zeigt es sich nach einem Jahr – nicht aufgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat jedoch eine historische Zäsur erwirkt, auf die unser Bundeskanzler Olaf Scholz sehr richtig und wegweisend mit einer Zeitenwende reagiert hat. Wir unterstützen als geeintes Deutschland in einem vereinten Europa gemeinsam mit unseren internationalen Partnern ein souveränes demokratisches Land, die Ukraine, und seine Bevölkerung, die Ukrainerinnen und Ukrail-

ner. Wir helfen einer Demokratie, die Teil der europäischen Familie und des transatlantischen Bündnisses werden möchte. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir, weil genau das unsere historische und europäische Verantwortung ist, nichts anderes. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Unterstützung für die Ukraine fußt auf vier Prinzipien:

Erstens. Wir unterstützen die Ukraine humanitär. Wir haben in einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung seit dem russischen Überfall über 1 Million Geflüchtete in Deutschland aufgenommen, Tausende Tonnen Lebensmittel, Hygieneartikel und Bekleidung in die Ukraine geliefert und helfen aktiv dabei, die von Russland gezielt zerstörte Infrastruktur – Wärme, Wasser und Strom – wiederherzustellen.

Zweitens. Wir unterstützen die Ukraine finanziell. Deutschland ist der größte Geldgeber der Ukraine innerhalb der EU und hat den Staat seit Kriegsbeginn mit bilateralen Leistungen von über 12 Milliarden Euro unterstützt. Dazu erarbeiten wir schon jetzt mit unseren internationalen Partnern eine Art Marshallplan, um der Ukraine auch beim langfristigen Wiederaufbau zu helfen.

Drittens. Ja, wir unterstützen die Ukraine auch militärisch. Die Lieferung deutscher Flugabwehrsysteme an die Ukraine stellt einen essenziellen Beitrag zum Schutz der Zivilbevölkerung vor gezielten russischen Raketenangriffen dar. Ohne den ukrainischen Kampfeswillen und die westlichen Rüstungslieferungen, zu denen inzwischen explizit auch Schützen- und Kampfpanzer zählen, wäre Putin seinem Ziel sehr wahrscheinlich bereits ein Stück näher. (D)

Ich sage ganz deutlich: Niemand hat sich die Entscheidung zur Lieferung von Rüstungsgütern in die Ukraine leicht gemacht – ich nicht und meine Kolleginnen und Kollegen auch nicht. Und das ist auch völlig menschlich. Viele von uns bekommen Briefe aus den Wahlkreisen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern. Diese Sorgen nehmen wir ernst. Immer mehr und immer schwerere Waffen sind eben kein Automatismus und keine Selbstverständlichkeit im Alltag eines Menschen.

Dennoch und gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir eine Bundesregierung haben, die besonnen handelt. Frau Außenministerin Baerbock, schön, dass Sie auch dabei sind, weil es auch Ihr Mitverdienst ist, dass wir gemeinsam besonnen handeln,

(Zuruf von der AfD: Sehr besonnen!)

uns mit unseren Verbündeten abstimmen, keine Alleingänge zulassen

(Widerspruch bei der AfD)

und Deutschland nicht zur Kriegspartei werden lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Adis Ahmetovic**

- (A) In diesem Rahmen sind Waffenlieferungen richtig und notwendig. Sie dienen zur Selbstverteidigung für die Ukraine und erhöhen den Druck auf Russland. Zudem steigert es die Erfolgschancen der Diplomatie; das ist unser viertes Prinzip.

Entgegen mancher Vorwürfe hier im Raum bemühen wir uns als Bundesregierung seit Tag eins um Diplomatie und Friedensgespräche. Zur Wahrheit gehört aber auch: Jegliche internationale Bemühungen um Diplomatie und Friedenspolitik werden von Putin – nicht von Europa! – weiterhin sabotiert. Putin ist erst für Gespräche bereit, wenn das ukrainische Existenzrecht aberkannt wird. Diese völkerrechtswidrige Position stellt für uns keine Verhandlungsbasis dar.

Daher ist unsere außen- und sicherheitspolitische Strategie genau richtig:

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

auf der einen Seite humanitär und finanziell helfen und auf der anderen Seite militärische Stärke und Diplomatie zusammen denken.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Putin-treue AfD wiederum heute einen Antrag zur Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa vorlegt, der einmal mehr das fragwürdige Geschichtsverständnis und -wissen der Partei sowie auch

- (B) ihre Pro-Putin'sche Position offenlegt, müssen wir als Demokratinnen und Demokraten darauf ganz klare Antworten finden.

Ein Diktatfrieden, ein fauler Kompromiss oder ein brüchiger Waffenstillstand, so wie es dieser Antrag vorschlägt, können für uns keine Lösungen sein. Alle demokratischen Fraktionen stellen sich dem entschlossen entgegen. Es braucht vielmehr einen echten nachhaltigen Frieden: einen Frieden, der nicht über die Ukraine hinwegverhandelt wird, einen Frieden, der die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine gewährleistet, einen Frieden, der die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen wie in Butscha oder Irpin zur Rechenschaft zieht. Das ist unsere historische und europäische Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Am Ende wird es darum gehen – da bin ich deutlich –, dass Russland und Putin diesen Krieg verlieren. Gerne zitiere ich unseren neuen Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius: „Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen!“ Ich füge hinzu: für sich, für Deutschland und auch für Europa.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

(C)

Für die Unionsfraktion hat das Wort die Kollegin Dr. Katja Leikert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Katja Leikert (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wirklich eine unglaubliche Debatte heute hier im Hohen Haus, und das bei so einem ernsten Thema. Da verkauft sich die AfD jetzt also als „die Friedensfraktion“,

(Zuruf von der AfD: Ihr wollt ja Panzer!)

wie Herr Chrupalla es so schön nennt, als „die einzige Partei“ – so wurde es eben in der Kurzintervention gesagt –, die für Frieden in Deutschland und Europa stehe. Das muss man sich wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen.

(Zuruf von der AfD: Wo sind denn Ihre Initiativen? – Weitere Zurufe von der AfD)

Den einzigen Frieden, den es gäbe, wenn wir Ihren Forderungen der letzten Monate gefolgt wären, wäre in der Tat – Kollege Ahmetovic hat es gerade gesagt – ein Diktatfrieden Russlands.

(Tino Chrupalla [AfD]: Frieden ist Frieden!)

Das wäre ein bitterer Frieden, der klarmachen würde, dass das Recht des Stärkeren wieder in Europa gilt, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir lesen sogar Ihre Anträge, Kollegen von der AfD.

(Ulrich Lechte [FDP]: Tut immer weh!)

Sie schreiben in Ihrem Antrag vom russischen Rückzug hinter die Grenzen vom 23. Februar, von fairen, freien Referenden im Donbass und von bilateralen Verhandlungen über die Krim. All dem soll Putin angeblich im Austausch für das Versprechen, dass die Ukraine nicht in die NATO und nicht in die Europäische Union aufgenommen wird, zustimmen. Da fragt man sich wirklich, in was für einer Welt Sie leben;

(Jan Ralf Nolte [AfD]: In der Realität!)

als ob Sie ernsthaft glauben, dass Russland sich darauf einlassen würde.

(Enrico Komning [AfD]: Das glauben wir, ja! – Matthias Moosdorf [AfD]: Dann lesen Sie mal Herrn Bennett! Schauen Sie sich Herrn Bennett an!)

Sie sind doch Putins beste Freunde. Wie glaubhaft ist das denn?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sitze ja ziemlich nah bei Ihnen. Sie rufen dauernd rein und fordern Fakten darüber, was passiert. Es ist doch ganz offensichtlich, was Putin vorhat. Seine imperialen

**Dr. Katja Leikert**

- (A) Fantasien liegen ja vor. Anfang des Monats drohte sein Außenminister Lawrow damit, dass Moldau bald das gleiche Schicksal ereilen werde wie die Ukraine. Auch die baltischen Staaten – vielleicht fahren Sie da auch regelmäßig hin – werden regelmäßig bedroht,

(Ulrich Lechte [FDP]: Die lassen die nicht rein!)

ebenso Schweden und Finnland, ganz zu schweigen von Georgien. Keine Ahnung, was Sie dazu sagen. In dem Land sind schon 2008 russische Truppen einmarschiert und bis heute geblieben.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Einfach mal den Bericht der EU-Kommission lesen!)

Putin greift seit Jahren – das ist ein Fakt – seine Nachbarn an und wird dies auch weiterhin tun.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Das ist eine Lüge! Eine Lüge!)

– Das sind keine Lügen, das sind Fakten. Sie brauchen auch nicht die Augen zu verdrehen.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Schauen Sie sich den EU-Bericht an zum Thema Georgien!)

Putin hat in den letzten Monaten – das können Sie nicht abstreiten – über 300 000 Soldaten rekrutiert. Wenn wir die Warnungen aus Kiew ernst nehmen, dann stehen dort insgesamt fast eine halbe Million russischer Truppen hinter der Front für weitere Angriffe bereit. Die nächste Großoffensive – davon gehen wir aus – ist nur eine Frage der Zeit. Und auf den angeblichen Friedenswillen dieses Mannes wollen Sie vertrauen? Das kann wirklich nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Selbstverständlich: Wer würde sich hier in diesem Hohen Hause und auch auf den Zuschauertribünen nicht wünschen, dass die Waffen schweigen? Und ich weiß auch, wie Außenministerin Baerbock verhandelt hat. Wir haben in diesem Bereich wirklich alles probiert, was man probieren konnte. Wo wir uns aber in der Analyse vollkommen unterscheiden, ist, dass wir realistisch sind in der Frage, wie wir zu diesem Frieden – es muss ein gerechter Frieden sein – kommen.

(Matthias Moosdorf [AfD]: So wie in Afghanistan!)

Insofern – Herr Lechte, mir geht es heute genauso wie Ihnen – stimme ich Herrn Trittin an dieser Stelle zu. Es ist aber auch wirklich eine ernsthafte Geschichte und kein parteipolitisches Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben begriffen, dass Putin erst dann ernsthaft friedensbereit ist – so schlimm wie das ist –, wenn er merkt, dass er militärisch nicht gewinnen kann, und dass der Weg zum nachhaltigen Frieden deshalb nicht über den Entzug von Unterstützung der Ukraine führen

kann, sondern natürlich im Gegenteil über die Stärkung (C) der Ukraine. Deshalb ist es auch richtig, Kampfpanzer zu liefern.

(Zuruf von der AfD: Friedenspanzer!)

Diese Entscheidung macht sich ja wirklich keiner leicht, insbesondere natürlich nicht in Ihren Reihen und bei uns übrigens auch niemand. Und es ist richtig, dass wir jetzt die Leopard-2- und Leopard-1-Panzer liefern. Das ist das, was die Ukraine im Kampf um die Freiheit braucht.

Deshalb – ich sehe, meine Zeit ist abgelaufen –:

(Zuruf von der AfD: ... auch politisch!)

Ja, wir brauchen Frieden; wir brauchen aber keine Anträge der AfD, die so tun, als sei sie hier die Friedenspartei.

(Zuruf von der AfD: Wir tun nicht so! Wir sind es!)

In diesem Sinne: Lassen Sie uns weiter gemeinsam für die Unterstützung der Ukraine einstehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort die Kollegin Jamila Schäfer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

**Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Antrag fordert die AfD: Wir sollen die Ukraine nur unterstützen, wenn sie sich für Frieden einsetzt. Und der Antrag warnt vor einem „hingezogenen Abnutzungskampf“ der Ukraine – ja, der Ukraine! – gegen Russland. Der Antrag dreht es also einfach um: Für die AfD ist die Ukraine der Aggressor, der sich gegen den Frieden stemmt.

(Widerspruch bei Abgeordneten der AfD)

Das ist schlicht und ergreifend grotesk. Die Forderungen zeigen: Die russische Führung hat diese Partei in der Tasche. Anders ist dieser Realitätsverlust nicht zu erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Überraschend kommt diese Haltung natürlich nicht. Schon 2017 haben „Spiegel“, BBC und ZDF berichtet, dass in einem russischen Regierungsdokument der AfD-Abgeordnete Markus Frohmlaier als ein – Zitat – „unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter“ eingestuft wurde. Und auch nach dem 24. Februar 2022 zeigt sich die AfD verlässlich kremltreu. Vorgestern hat – das wurde eben schon angesprochen – einer ihrer Abgeordneten zur besten Sendezeit im russischen Staatsfernsehen gesagt, Russland stelle in keiner Art und Weise eine Bedrohung für die Welt dar. Kein kritisches Wort zum rus-

**Jamila Schäfer**

(A) sischen Angriffskrieg. Viele Redebeiträge der AfD in den letzten Wochen und Monaten strotzten auch nach Beginn des Angriffskriegs nur so vor Anbiederung an den Kreml. Und sie relativieren die vielen Verbrechen des Putin-Regimes und seiner Verbündeten in Syrien und auch im Iran. Das sind keine Einzelfälle, das ist Parteilinie. Ich schäme mich dafür, dass dieses gefährliche Gedankengut hier in diesem Hohen Haus regelmäßig eine Bühne bekommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich bin allerdings froh, dass alle demokratischen Parteien in diesem Haus Russland als Aggressor einstufen und Putin regelmäßig dazu auffordern, seinen Angriffskrieg sofort zu beenden und die Waffen schweigen zu lassen. Dann könnte die Ukraine nämlich aufhören, um ihre Existenz zu kämpfen. Dann würden nicht jeden Tag Dutzende ukrainische und russische Soldaten an der Front in einem sinnlosen Krieg sterben. Es ist doch ganz einfach: Wenn die Ukraine aufhört, sich zu verteidigen, ist die Ukraine weg. Wenn Russland aufhört zu kämpfen, dann ist der Krieg vorbei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B) Die Bundesregierung und wahrscheinlich die allermeisten von uns hier in diesem Haus wünschen sich nichts sehnlicher, als dass Putin sich endlich an den Verhandlungstisch setzt. Bisher – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – ist er dazu nicht bereit, weil er denkt, dass er mit der Methode „Gewalt“ seine imperialistischen Interessen voranbringen kann. Es ist gut, dass die Menschen in der Ukraine ihn eines Besseren belehren. Der ukrainische Präsident bekräftigt immer wieder seinen Willen nach einem Ende des Krieges. Die ukrainischen Menschen – ich habe selbst mit vielen von ihnen gesprochen – sehnen nichts sehnlicher herbei als Frieden und das Überleben ihres Landes. Sie wollen diesen sinnlosen Krieg nicht. Aber zu Verhandlungen gehören eben immer zwei Seiten.

Putin hat gerade erst das Ziel bekräftigt, die Ukraine zu unterwerfen. Dafür stellte er im Dezember erst seinen Generälen in Aussicht, dass es für den Krieg keine finanziellen Beschränkungen mehr geben dürfe, dass er die Wirtschaft voll auf diesen Krieg einstellen würde und dass er Hunderttausende weitere Soldaten an die Front schicken würde – und damit viele junge Menschen aus Russland in den Tod.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, jeden Tag!)

Er hat seiner Armee einen Blankoscheck ausgestellt und Attacken auf zivile Ziele ausgeweitet. Genau deshalb müssen wir die Ukraine bei ihrem Existenzkampf gegen diese Aggression unterstützen.

Durch die internationale Hilfe bei der Selbstverteidigung können wir die Ukraine in die Lage versetzen, Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen. Wir werden die Ukraine nicht alleinlassen, solange sie angegriffen wird. Solange Putin diesen Krieg nicht stoppt, werden wir die Ukraine weiterhin substanzell, finanziell, humanitär und

auch militärisch unterstützen. Denn die Bedingungen für Frieden dürfen nicht von einem Aggressor diktiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Schluss komme ich noch zu der historischen Verantwortung Deutschlands. Natürlich haben wir eine historische Verantwortung. Das nationalsozialistische Deutschland hat beispiellose Verbrechen über Europa und auch über Russland gebracht. Das ist übrigens etwas, was die Mitglieder Ihrer Partei regelmäßig relativieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Wir dürfen dabei aber nicht vergessen: Einer der Hauptkriegsschauplätze lag in der Ukraine. 8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, darunter mehr als 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden, verloren da ihr Leben. Und ehrlich gesagt, Herr Moosdorf, finde ich es schon interessant, dass Sie bei der Aufzählung der Schurken auch George Soros miteinbezogen haben; das knüpft an eine antisemitische Verschwörungsiedologie an, die Ihnen jegliche Glaubwürdigkeit auch bei der Verantwortung gegenüber Jüdinnen und Juden nimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Abg. Stefan Keuter [AfD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Deutschland – ich komme zum Schluss – hat eine historische Verantwortung dafür, dass Imperialismus, Verfolgung, Mord und Vertreibung nicht ohne Gegenwehr bleiben und dass der Versuch der Vernichtung eines Landes in Europa keinen Erfolg hat. (D)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der SPD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Wir waren am Ende der Redezeit, darum habe ich die Frage jetzt nicht mehr zugelassen. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort die Kollegin Anikó Glogowski-Merten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Anikó Glogowski-Merten (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele meiner Vorednerinnen und -redner haben bereits vorgebracht, warum dieser Antrag der AfD-Fraktion ein außenpolitisches Feigenblatt ist. Da wir diese Debatte aber nun einmal im Plenum haben, setzen wir uns hier einmal mehr mit den Absurditäten der AfD auseinander, in denen die Narrative Russlands bewusst verbreitet werden.

Mir ist es an dieser Stelle besonders wichtig, klar und deutlich aufzuzeigen, wie hier über Begriffe wie Frieden und Sicherheit in Bezug auf Russland gesprochen wird. Frieden und Sicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen,

**Anikó Glogowski-Merten**

(A) sind doch nicht nur die Abwesenheit von Gewalt. Und nicht einmal diese Abwesenheit von Gewalt können wir aktuell von Russland in seinen Nachbarländern erwarten.

Russland kann diesen Krieg auf eine einfache Art und Weise beenden: Indem es jegliche Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet zurückzieht, und zwar nicht nur auf den von der AfD geforderten Stand vom 24. Februar 2022, sondern auf den Stand vom 19. Februar 2014.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Entgegen Putins Worten ist es nämlich keine Selbstverteidigung, wenn man immer wieder unter fadenscheinigen Vorwänden in andere Länder einfällt, um eigene Großmachtfantasien auszuleben. Putin hat mehrfach öffentlich davon gesprochen, eine absolutistische Herrschaft und eine Russifizierung Osteuropas anzustreben. Nach dem russischen Einfall in die Ukraine wiederholen sich Brutalitäten gegen die Menschlichkeit, die an die dunklen Zeiten der Sowjetunion erinnern. Die Verschleppung ukrainischer Kinder oder der Mangel an lebensnotwendigen Ressourcen wie Lebensmittel sind nur zwei Beispiele dafür.

In ihrem Antrag schreibt die AfD von einem – ich zitiere, Frau Präsidentin – „hingezogenen Abnutzungskampf gegen die Russische Föderation, der die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Länder Europas zu Russland, China und gegebenenfalls weiteren Staaten auf unabsehbare Zeit blockieren könnte“. Putins

(B) Russland könnte seine – in Ihrem Antrag so betrauerte – kulturellen Beziehungen mit anderen Ländern Europas verbessern, wenn es den Beschuss von Holocaustmahnmalen in Kiew oder Theatern wie jenes in Mariupol unterlassen würde – ein Beschuss, den Russland in dem Wissen vornahm, dass viele Menschen in Kultureinrichtungen Schutz vor den russischen Bomben suchen. Weitere Verbesserungen der kulturellen Beziehungen würden sich zudem höchstwahrscheinlich einstellen, wenn Putins Regime die Verfolgung von unabhängigen Journalisten einstellte und aufhörte, im staatstreuen russischen Fernsehen von der vollkommenen Vernichtung der ukrainischen Kultur zu fabulieren.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn das ist es, wonach Putin und seine Anhänger, die anscheinend auch hier im Parlament sitzen, streben: eine einheitliche und endgültige Russifizierung und Vernichtung der diversen ukrainischen Kultur – wie auch sämtlicher Kulturen, die Russland einst innerhalb der Sowjetunion unterdrücken konnte. Die Menschen der von Ihnen angesprochenen weiteren Staaten würden sich sicherer fühlen, müssten sie nicht wie die Menschen in Kasachstan fürchten, dass russische Friedenstruppen für alles andere, aber sicher nicht für Sicherheit und Frieden in ihrem Land sorgen. Dass Putins Russland schon lange nicht mehr am Erhalt von Frieden interessiert ist, sieht man insbesondere an der Vernachlässigung seiner Sicherheitsgarantien, die es gegenüber Armenien ausgesprochen

hatte; denn seit Jahren kann sich das Land nicht mehr darauf verlassen, dass Russland es vor den Angriffen Aserbaidschans schützt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass von Putins Russland keine Sicherheit ausgeht, haben wir mehrfach in unserer neueren Geschichte gesehen: 2008 in Georgien, 2014 bei der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, 2015 bei den Luftangriffen auf die syrische Bevölkerung – und nun seit fast einem Jahr einmal mehr in der Ukraine. Die Ukraine gilt es daher weiterhin so gut es nur geht zu unterstützen – mit humanitärer und militärischer Hilfe.

In diesem Sinne: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und Slawa Ukrajini!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Die nächste Rednerin in der Debatte ist die Kollegin Serap Güler von der Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Serap Güler (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den ursprünglichen Antrag vor mir hatte, in dem noch von historischer Verantwortung die Rede war, dachte ich ehrlicherweise, es muss sich um Satire handeln. Denn wer kann über historische Verantwortung sprechen und zeitgleich Mitglied der AfD sein? (D)

(Enrico Komning [AfD]: Wir alle!)

Ich glaube, die Frage muss man sich an dieser Stelle stellen. Aber auch was den Titel des aktuellen Antrags, wo das Historische rausgenommen wurde, betrifft, muss man sagen: Wer Verantwortung und Frieden in Europa möchte, darf nicht gleichzeitig Mitglied der AfD sein.

(Tino Chrupalla [AfD]: Das haben Sie doch nicht zu bewerten! Das ist doch lächerlich!)

Das ist ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD und der Abg. Jamila Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens. Es ist im besten Fall Satire, wenn der Antrag von Sicherheitsgarantien für beide Seiten spricht.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Das sagt Emmanuel Macron!)

– Das hat Emmanuel Macron am 5. Dezember gesagt. Danach hat er selbst diese Sprachregelung geändert. Er sagt heute: Russland muss diesen Krieg verlieren; die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. – Darauf gehen Sie in Ihrem Antrag überhaupt nicht ein, weil es nicht zu Ihrem Narrativ passt. Dieser Antrag zeigt nämlich nur eines: Er macht deutlich, dass Sie hier wieder einmal nur die russische Propaganda in den Deutschen Bundestag hineintragen möchten. Das ist sehr, sehr durchsichtig.

**Serap Güler**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte ich gerne den ersten Satz des Antrags zitieren:

Die europäischen Nationalstaaten müssen in einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung souverän und unabhängig über ihre Sicherheit entscheiden.

Wenn man es bei diesem Satz belassen hätte, wäre der Antrag sogar inhaltlich richtig gewesen. Aber das haben Sie nicht, und in allen weiteren Sätzen Ihres Antrages wird die russische Propaganda noch mal unterstrichen.

(Tino Chrupalla [AfD]: Welche denn?)

Am allerdeutlichsten zeigt sich das vonseiten der Fraktion der Putin-Versteher – wenn man das an dieser Stelle so sagen darf – auf der letzten Seite ihres Antrags mit der Forderung, die Sanktionen gegen die Russische Föderation aufzuheben. Man könnte denken, dass Ihnen dieser Antrag bei Ihrem letzten Kreml-Besuch zugeschoben worden ist; denn anders kann man sich das nicht erklären.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer Frieden in Europa schaffen will, wer diesen schrecklichen Vernichtungskrieg, den Putin begonnen hat, gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, gegen die Infrastruktur, gegen die Kultur der Ukraine, gegen all das, was die Ukraine heute ausmacht, beenden will, der muss sich heute hier gegen Putin stellen und darf sich nicht als Putin-Versteher zu verstehen geben.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Kollegin Güler, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Moosdorf aus der AfD?

**Serap Güler (CDU/CSU):**

Ich möchte nicht mit Rechtsradikalen sprechen. In dem Sinne: Nein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wer diesen Krieg beenden möchte, der muss sich ganz klar gegen Putin stellen. Das gelingt Ihnen an dieser Stelle und auch in Ihrem Antrag nicht. Denn Putin ist der Einzige, der diesen Krieg beenden kann, indem er sich nicht nur schriftweise, so wie Sie es in Ihrem Antrag schreiben, aus der Ukraine zurückzieht, sondern indem er sich sofort aus der Ukraine zurückzieht.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen tapfer ihr Land, ihre Freiheit, ihr Leben. Sie verteidigen dabei auch die Freiheit Europas. Wir liefern der Ukraine – das ist bei den Reden der Kollegen hier schon deutlich geworden – Kampfpanzer und Waffen, nicht, weil wir den Krieg verlängern wollen, wie Sie es unermüdlich immer wieder falsch behaupten. Wir liefern, damit das Leid der Menschen vor Ort ein Ende hat und die Ukraine mit Russland auf Augenhöhe verhandeln kann. In diese Situation müssen wir die Ukraine versetzen. Und das schaffen wir nicht

nur mit Diplomatie. Es ist überhaupt nicht möglich, wenn sich nur einer an den Verhandlungstisch setzt; dazu gehören immer zwei. Dass Putin nicht dazu bereit ist, das wissen Sie.

Die Lehre der letzten zwölf Monate zeigt uns –

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Serap Güler (CDU/CSU):**

– ich komme zum Ende –: Wer keinen Krieg will, setzt nicht ausschließlich auf Diplomatie, sondern auch auf Abschreckung durch militärische Stärke. Dies würde der historischen und menschlichen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine entsprechen und nicht das, was Sie hier von sich gegeben haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort Herrn Moosdorf.

**Matthias Moosdorf (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Also, nach dieser Rede entsteht der Eindruck: Es gibt Irrtümer, es gibt Lügen, und dann gibt es Reden von Frau Güler. Es geht damit los, dass hier Kollegen bar jeden Beweises einfach als rechtsradikal tituliert werden.

(Daniel Baldy [SPD]: Sie sind ja genauso wirr wie Ihre Frisur!)

Ich sage Ihnen das jetzt ganz persönlich, als Betroffener: Das steht Ihnen einfach nicht zu, und ich bitte, das in Zukunft zu unterlassen, ja? Das gehört nicht zum kollegialen Umgang, den wir hier im Hause pflegen.

(Zuruf von der SPD: „Kollegial“? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist inhaltlicher Natur. Ich hätte es gern in eine Frage gekleidet. Sie gehen bei der Darstellung der Ukraine von einem Idealbild aus. Wir haben es mit einem Land zu tun, das seit dem März letzten Jahres elf Oppositionsparteien verboten hat, das seit dem Juni letzten Jahres für die russischsprachige Bevölkerung alle Lehrbücher in russischer Sprache verboten hat,

(Zuruf von der FDP: Jetzt fällt die Maske!)

die gesamte Literatur von Dostojewski, von Puschkin verboten hat, die Musik von Tschaikowsky, von Rachmaninow verboten hat, das russischen Künstlern Auftrittsverbote erteilt hat. Ist das die Diversität, die Sie anstreben? Ist das dieser Pluralismus, den Sie vor sich hertragen,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Matthias Moosdorf**

(A) der aber immer einer Einforderung bedarf? Ist es das, was Sie uns nahebringen wollen? Also, ich bleibe bei dem Eingangsstatement: Es gibt Irrtümer, es gibt Lügen, und es gibt Reden von Serap Güler.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein bisschen Verstand wäre gar nicht schlecht!)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Die Kollegin Güler hat nun die Möglichkeit, zu antworten.

**Serap Güler (CDU/CSU):**

Herr Moosdorf, wir beide sind Mitglieder des Bundestages, aber ich sage es hier in aller Deutlichkeit: Das macht uns nicht zu Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP und des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE] – Tino Chrupalla [AfD]: Wo kommen Sie denn her? Das ist ja unglaublich! Unfassbar!)

Insofern sind Sie hier die letzte Fraktion, von der ich mir den Mund verbieten lasse, wie ich mit Ihnen umzugehen habe.

Und das Zweite: Das Inhaltliche, das Sie hier von sich gegeben haben, war so absurd, dass sich das wieder nur unter russischer Propaganda zusammenfassen lässt und man inhaltlich auch nicht weiter darauf eingehen muss.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE] – Zuruf des Abg. Matthias Moosdorf [AfD])

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Wir fahren in der Debatte fort und beruhigen uns ein bisschen auf den Sitzplätzen; denn auch der nächsten Rednerin wollen wir unser Gehör geben. Das ist die Kollegin der SPD-Fraktion Derya Türk-Nachbaur.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Derya Türk-Nachbaur (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und andere!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zeig mir deine Freunde, und ich sage dir, wer du bist! In Ihrem Fall hier wissen wir, wer Sie sind, auch ohne dass Sie uns Ihren Freund im Kreml zeigen müssen. Für mich sind Sie der verlängerte Arm des Kremls im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie sind diejenigen, die versuchen, diesen brutalen Angriffskrieg mit absurdem Sätzen und absurdem Forderungen, mit Täter-Opfer-Umkehr zu relativieren, zu legitimieren; ich weiß nicht, was Sie da versuchen. Kein Wort davon, dass dieser Angriffskrieg der Ukraine das Existenzrecht abspricht, dass Russland der Aggressor ist. Kein Wort davon, dass russische Soldaten Tausende Frauen vergewaltigt, Tausende Kinder kaltblütig ermordet oder verschleppt haben. Kein Wort davon, dass in der Ukraine russische Truppen unschuldige Männer quälen, Menschen zwangsensiedeln, Millionen Häuser plündern, Kirchen, Krankenhäuser, Theater, Schulen und Kindergärten bombardieren – kein einziges Wort! Sie sprechen von den beiden Konfliktparteien, als ginge es hier um einen Nachbarschaftsstreit um einen Maschendrahtzaun.

Putin will die Ukraine vernichten. Putin will die ukrainische Identität auslöschen.

(Enrico Komning [AfD]: Das ist doch Blödsinn!)

Putin schert sich nicht um Menschenrechte, und Putin schert sich auch nicht um geltendes Völkerrecht. Und Sie hier rechts außen scheinen ihn dafür zu feiern. Schämen sollten Sie sich dafür!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ihr populistischer Zynismus ist wirklich ganz schwer auszuhalten. Auch wenn Sie sich hier im Kostüm der angeblich Frieden suchenden, besorgten Bürger darzustellen versuchen: Meilenweit gegen den Wind riecht man, wessen Interessen Sie hier eigentlich vertreten wollen.

Bevor nach der Debatte die orchestrierte, künstliche Empörung für Ihre Youtube- und Telegram-Kanäle losgeht, möchte ich Sie mit einigen Fakten und Zitaten aus Ihren eigenen Reihen konfrontieren. Mehrere Abgeordnete – Kollege Stegner hat es bereits gesagt – sind 2018 auf Einladung der russischen Regierung zur Präsidentschaftswahl nach Moskau geflogen, um dann festzustellen, dass es keinerlei Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gegeben hat. Hahaha! Glückwunsch zu solcher Auffassungsgabe, sage ich da nur. Finanziert wurde diese Reise übrigens von der Russischen Zivilkammer. Sie werden instrumentalisiert und merken es noch nicht einmal. Ich weiß nicht, was Sie überhaupt noch merken.

Ihr Kollege Gunnar Lindemann, der bei der vorhin erwähnten Reise auch als Gast Moskaus dabei war, hat es mit seinen Besuchen in den besetzten Gebieten der Ostukraine als Propagandist des Kremls auf die Webseiten der Russischen Föderation geschafft. Auch dazu herzlichen Glückwunsch! Zumindest dort hat er es geschafft, mal positiv in irgendeiner Weise erwähnt zu werden.

Zwei Tage vor dem Überfall auf die Ukraine hat Ihr Landtagsabgeordneter aus Thüringen, Rudy, behauptet – ich zitiere –: „Die Bevölkerung“ in der Ukraine leide „extrem unter den Neonazis.“ Nach dem Überfall sagte er – ich zitiere –, die „Handlungen beider Seiten“ seien „aus ihrer Perspektive nachvollziehbar“.

**Derya Türk-Nachbaur**

- (A) Im April antwortete Herr Chrupalla auf die Frage, wie sich Kiew denn ohne Waffen verteidigen solle, das sei nicht sein Problem, das sei die Aufgabe der Ukrainer; er vertrete deutsche Interessen.

(Zurufe von der AfD)

Den triefenden Nationalismus lasse ich mal komplett beiseite. Aber ich glaube überhaupt nicht, dass Sie deutsche Interessen vertreten, Herr Chrupalla. Wenn dem so wäre, würden Sie unsere Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz nicht so dermaßen auf Trab halten und für solch eine Arbeitsbelastung sorgen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Auch jetzt wieder müssen sich unsere Sicherheitsbehörden mit Ihren Verbindungen zu Moskau herumschlagen.

(Tino Chrupalla [AfD]: Das ist doch absurd!)

Ich spreche von dem auch aus Ihren Reihen gegründeten prorussischen Verein VADAR und dessen fragwürdiger Finanzierung.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Kommt jetzt noch Substanz, oder war es das?)

Einer der Gründer, der auch hier in Ihren Reihen sitzt, beschwert sich in der Telegram-Gruppe des Vereins, dass man das russische Zeichen „Z“ als Symbol

(Matthias Moosdorf [AfD]: Das ist Zwickau! Das ist mein Wahlkreis!)

- (B) der Russen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine in Deutschland nicht nutzen darf. Und genau dieser Mann beschwert sich dann im russischen Radiosender darüber, dass es in Deutschland keine Demokratie gäbe und es körperliche Übergriffe auf Andersdenkende gebe. Er streitet auch ab, dass Deutschland ein Rechtsstaat sei.

Da sitzt also ein Abgeordneter im Herzen unserer Demokratie, nachdem er von unserem demokratischen Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, darf seine Meinung kundtun und auch noch Unwahrheiten verbreiten – auch wenn es schwer erträglich ist –, und dann beschwert er sich, dass er in einer Nichtdemokratie leben müsse. Ich frage mich, ob dieses Auseinander ebenso unproblematisch wäre, wenn es gegen die Regierung in Moskau ginge. Sagen Sie mal, merken Sie überhaupt noch was?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich wiederhole es noch mal, weil ich es entsetzlich finde: Was in aller Welt hat denn Ihren Kollegen geritten, vor wenigen Tagen im russischen Propagandafernsehen aufzutreten? In genau dem Fernsehen, in dem offen die Vernichtung Deutschlands sowie ein atomarer Präventivschlag gegen den Westen befürwortet oder sogar angedroht wird, in dem zum Mord gegen unsere Außenministerin aufgerufen wird, in dem Sender, wo gestern noch gesagt wurde, dass die Welt ohne Scholz, Baerbock und Pistorius eine bessere wäre, wo unsere Minister und der Kanzler gestern als – ich zitiere – „Nazi-Bastarde“ bezeichnet worden sind. Was reitet Sie, dort aufzutreten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (C)

Sie wollen verhandeln? Gut, dann nutzen Sie bitte Ihre guten Kontakte in den Kreml und richten aus, dass der Aggressor seine Truppen schnellstmöglich abziehen soll! Wenn Putins Waffen schweigen, endet der Krieg. Wenn die Waffen der Ukraine jetzt schweigen, endet die Existenz der Ukraine. Das werden wir als internationale Gemeinschaft nicht zulassen. Und auch unsere östlichen Partner werden das nicht zulassen. Die Ukraine gehört zu Europa, in unsere Mitte, und dafür stehen wir ein. Wir lassen die Ukraine nicht im Stich.

Slawa Ukrajini!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der letzte Redner in der Debatte ist für die Unionsfraktion der Kollege Thomas Erndl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thomas Erndl (CDU/CSU):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist eigentlich schnell abgehandelt. Ich empfehle, im Lexikon die Definition von Frieden nachzuschlagen und nicht bei dem Begriff „Kapitulation“ zu enden. Es ist auch eine seltsame Logik, dass Sie meinen, sozusagen mit dem Angebot einer Nicht-EU-Mitgliedschaft und Nicht-NATO-Mitgliedschaft würde man den Weg zum Frieden bereiten. 2014 und auch 2022 war die Ukraine nicht Mitglied der NATO und auch nicht Mitglied der EU. Da müssen Sie noch ein bisschen in sich gehen, ob diese Logik tatsächlich trägt, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir blicken zurück auf ein Jahr voller Elend, Leid und Tod, bis auf die Grundmauern zerstörte Dörfer und Städte, Zehntausende von getöteten Soldaten und Zivilisten, ein brutales Schlachtfeld. Verantwortlich dafür: Russland und die Kriegsverbrecher im Kreml. Und da debattieren wir heute, ob man nicht eine Verhandlungslösung finden könnte.

Abgesehen von der Tatsache, dass Putin null Interesse zeigt, haben besetzte Gebiete wirklich nichts mit einem friedlichen Alltag zu tun, wie das manche hier meinen, meine Damen und Herren. Butscha, Irpin, Charkiw, Cherson und viele, viele andere befreite Städte und Dörfer haben gezeigt, was dort passiert. Unvorstellbare Gräuelarten, Folter, Vergewaltigungen, gefesselte ukrainische Männer und Frauen, wehrlos und hinterrücks in den Kopf geschossen. Putin hat tausendfach bewiesen, dass für ihn nur die Macht des Stärkeren zählt, nicht die der Menschlichkeit, nicht die der Vernunft, der Verhandlung oder von Verträgen. Russland hat alle Vereinbarungen mit der Ukraine gebrochen, hat unsere europäische Friedensordnung zerstört. Territoriale Integrität und Souveränität

**Thomas Erndl**

- (A) seiner Nachbarn wurden von Putin nie akzeptiert. Deshalb hätte jegliche Absprache ohnehin keinen Wert. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für uns alle ist das alles schwer zu fassen. Wir sind eine Gesellschaft, die auf Konsens ausgelegt ist. Dieses Haus ist oft eine Kompromissmaschine. Nur im Fall unserer eigenen Sicherheit, von europäischer Sicherheit, von ukrainischer Freiheit gibt es keine Kompromisse. Da kann es auch keinen Diktatfrieden geben, nur dass endlich Ruhe ist. Das wäre natürlich Ihnen am liebsten. Aber die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen für ihre Freiheit, kämpfen auch für ein friedliches Europa. Und wir müssen sie mit allem, was uns möglich ist, unterstützen.

Die Entscheidung, die Kampfpanzer zu liefern und vor allem auch anderen Ländern zu gestatten, dasselbe zu tun, erfolgte sehr, sehr spät. Aber es zeigt endlich, dass wir nicht länger bereit sind, die Ukrainer weiter ins offene Messer laufen zu lassen. Es ist jetzt endlich das Signal, dass wir als Staatengemeinschaft nicht bereit sind, einem Aggressor zu erlauben, seine imperialen Träume umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Dabei müssen wir als internationale Gemeinschaft auch Durchhaltefähigkeit zeigen: Durchhaltefähigkeit in der Versorgung mit Munition, weiteren Waffensystemen, Ersatzteilen, Logistik. Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass unsere Unterstützung irgendwann ein Ende hat. Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass wir die Ukrainer so lange unterstützen, wie es notwendig ist. Nur wenn klar ist, dass Russland keine Aussicht auf einen militärischen Fortschritt hat, dann hat der Weg zu einer Lösung begonnen.

Der erste Schritt ist, dass russische Soldaten das ukrainische Territorium verlassen. Dann werden sich neue Realitäten einstellen. Europäische Sicherheit muss ohne, muss gegen Russland organisiert werden. Es wird keine neutrale Ukraine geben. Als Mitglied der Europäischen Union wird die Ukraine in eine westliche Sicherheitsarchitektur eingebunden sein. Die Ukraine braucht eine bestens ausgestattete Verteidigungsfähigkeit, eine bestens ausgestattete Armee. Das, meine Damen und Herren, erfordert bereits heute weitreichendere Entscheidungen, als wir sie bisher getroffen haben. Die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien,

(Karsten Hilse [AfD]: Ihr seid einfach nur wahnsinnig!)

und die gibt es meiner Ansicht nach nur am besten eingebettet in ein starkes Bündnis.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Nichts davon!)

Es ist an uns, meine Damen und Herren, Putin Einhalt bei seinen größeren wahnsinnigen Träumen zu bieten. Es ist an uns, meine Damen und Herren, gemeinsam für Frieden und Demokratie zu stehen. Es ist an uns, die Ukrainer so

lange zu unterstützen, bis dieser Krieg ein Ende hat, bis der Weg zu einem friedlichen Europa beschritten ist. Slawa Ukraini!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 20/5551 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es Ihrerseits noch weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie gerade vorgeschlagen.

Ich rufe nun auf die Tagesordnungspunkte 28 a und 28 b sowie die Zusatzpunkte 2 a bis 2 d:

- 28 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Bernd Schattner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Maschinen- und Betriebshilfsringen in der Landwirtschaft die Förderung von Maschinen und Geräten ermöglichen****Drucksache 20/5554**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)  
Haushaltsausschuss

(D)

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jörn König, Marc Bernhard, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Steuerverwaltung mit Distributed-Ledger-Technologien – Zukunftsfähig durch Innovation im öffentlichen Sektor****Drucksache 20/5553**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Digitales (f)  
Ausschuss für Inneres und Heimat  
Finanzausschuss  
Haushaltsausschuss

- ZP 2 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Abteilungen für Kurzzeitpflege in Krankenhäusern bundesweit einrichten – Krankenhausstandorte erhalten und stärken****Drucksache 20/5556**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Gesundheit (f)  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Haushaltsausschuss

**Dr. Volker Ullrich**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der AfD: Sie haben Davos vergessen!)

Es geht natürlich auch um Stärke nach innen. Sowohl in Frankreich mit den dortigen Links- und Rechtspopulisten als auch leider hier bei uns gibt es Kräfte, die die Geschichte ein Stück weit rückabwickeln wollen. Wir dürfen es nicht erlauben, dass diese Geister der Vergangenheit auch nur eine Stimme bekommen. Deswegen müssen wir auch nach innen die Stärke beweisen, populistische Kräfte zurückzudrängen. All diejenigen, die hier einen Abgesang auf die deutsch-französische Freundschaft anstimmen wollen, die müssen wir in die Schranken verweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Drittens. Es geht auch ganz konkret darum – dafür bin ich dankbar –, dass wir Projekte für die Menschen spürbar machen.

(Markus Frohnmaier [AfD]: Schmerhaft spürbar! – Gegenruf des Abg. Christian Petry [SPD])

Es geht um Bahnverbindungen, es geht um ganz konkrete Begegnungen von Menschen, um einen Freundschaftspass. Es geht um die Abstimmung in den Grenzregionen. Europa entsteht durch die Begegnung von Menschen und die gemeinsame deutsch-französische Abstimmung im Kleinen, aber auch durch die Verantwortung im Großen. Lassen Sie uns daran in den nächsten fünf Jahren in der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung arbeiten. Es geht aber auch um die Bitte an die Bundesregierung, diese Themen stärker zu betonen, um Verantwortung gemeinsam zu gestalten.

(B) Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich grüße Sie alle an diesem Donnerstagmittag. – Ich schließe die Aussprache.

Wir gehen weiter in der Tagesordnung, und ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 10 sowie Zusatzpunkt 7:

- 10 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander Gauland, Tino Chrupalla, Matthias Moosdorf, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland**

**Drucksachen 20/5551, 20/5894**

- ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Marc Bernhard, René Bochmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Verhältnismäßige Nothilfe für die Ukraine – (C) Keine Wiederaufbaufinanzierung durch die deutsche Entwicklungshilfe**

**Drucksache 20/10061**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)  
Auswärtiger Ausschuss

Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen.

Für die Aussprache ist eine Dauer von 68 Minuten vereinbart. – Ich sehe, Sie sind alle bereit.

Ich eröffne die Aussprache, und das Wort erhält für Bündnis 90/Die Grünen Robin Wagener.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Robin Wagener** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Die beiden Anträge der AfD, mit denen wir heute unsere wertvolle Plenarzeit vergeuden,

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Schöne Haltung zur Demokratie!)

sollten uns Ansporn sein, die Sanktionen gegen Russland noch weiter zu verschärfen; denn offensichtlich funktioniert die Propagandamaschinerie des Kremls noch relativ gut. Mich wundert, ehrlich gesagt, wenn ich mir die Anträge anschau, dass Sie diese intellektuelle Kapitulationserklärung rechtsradikaler Außenpolitik nicht gleich auf Russisch eingebracht haben. Das hätte es jedenfalls dem Propagandaapparat im Kreml einfacher gemacht, sie direkt zu verwerten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber es ist konsequent, dass Herr Markus Frohnmaier, eine der schillerndsten Moskauer Marionetten, federführend das Einstellen deutscher Unterstützung für die Ukraine fordert.

(Markus Frohnmaier [AfD]: Ui!)

Begründung: Russland müsse das Land erst vollständig in Schutt und Asche legen – eine wirklich bestechende Logik.

(Zuruf von der AfD: Richtig lesen können Sie nicht!)

Es ist der Markus Frohnmaier, dessen ehemaliger Mitarbeiter vermutlich Terroranschläge gegen die Ukraine finanzierte;

(Enrico Komning [AfD]: Ihr mit euren Vermutungen! Tatsachen, nicht Vermutungen!)

der Markus Frohnmaier, der illegal auf die russisch besetzte Krim reiste, und eben der Markus Frohnmaier, der sich bei den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2018 in Russland als vermeintlicher Wahlbeobachter inszenieren ließ.

(Johannes Schraps [SPD]: Genau der!)

**Robin Wagener**

- (A) Ich gratuliere Ihnen, Herr Frohnmaier – Sie sind sogar da –: Mit Ihrem Papierchen erhalten Sie sicher ein Fleißbienchen vom russischen Botschafter.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Die Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus werden Sie damit jedenfalls nicht überzeugen. Wir stehen fest und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde und Partner. Wir werden unsere Unterstützung verstetigen und die Ukraine weiter bei der Verteidigung, beim Wiederaufbau und auf dem Weg in die EU und in die NATO unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dann kommen wir zum zweiten Antrag, dem Gauland-Putin-Pakt vom vergangenen Jahr – ein weiterer sicherheitspolitischer Blindgänger mit Drucksachennummer. Sie wollen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dadurch beenden, dass Sie die Ukraine erpressen. Sie wollen das Land erpressen, das sein Recht auf Selbstverteidigung ausübt und unsere europäische Friedensordnung verteidigt. In Ihrem Papier heißt es – ich zitiere, so weh das tut –, es wäre „ein erster Schritt, die politische, militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine an die Verhandlungsbereitschaft Kiews zu ernsthaften Friedensgesprächen zu knüpfen“. Das ist die klassische Täter-Opfer-Umkehr, wie sie in diesen Kreisen wohl üblich ist.

- (B) (Beifall des Abg. Roderich Kiesewetter [CDU/CSU])

Die Verantwortung für den Frieden suchen Sie nicht beim Aggressor, sondern beim Opfer von Gewalt, beim Opfer von Terror, von Folter und Verschleppung. Ich will da nicht mehr von „Entlarven“ sprechen, weil das ja bedeuten würde, dass es gegenüber allem bisher Bekannten etwas völlig Überraschendes wäre; aber es passt schon sehr deutlich in Denkmuster, die auch an anderen Stellen innenpolitisch zutage getreten sind.

(Johannes Schraps [SPD]: Völlig richtig!)

Sie verschweigen sehr bewusst, dass Russland, dass Putin einen genozidalen Angriffskrieg führt; vielmehr verharmlosen Sie den größten europäischen Landkrieg seit Ende des Zweiten Weltkriegs als einen „russisch-ukrainischen Konflikt“, wie Sie schreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Harald Weyel [AfD])

Nicht nur verharmlosen Sie die russischen Kriegsverbrechen, Sie fordern das Opfer der Gewalt auf, sich zu ergeben, sich zu fügen. Verklausuliert fordern Sie sogar, die Annexion der besetzten Gebiete zu akzeptieren. Das ist Unrecht, und das werden wir niemals akzeptieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Und dann kommen wir zur nächsten Lüge: Der Westen, wir Deutschen, seien schuld an der „Instabilität und Spannung“ in beiden Ländern, so schreiben Sie. Auch hier herzlichen Glückwunsch für zehn von zehn Punkten

auf der Putin'schen Propagandaskala. Bei Russia Today (C) werden jetzt sicherlich gerade Tränen des Stolzes verdrückt, wenn man das liest.

(Dr. Harald Weyel [AfD]: Sie kennen sich damit so gut aus! Das ist ja verdächtig!)

Nicht die vermeintlich „ideologische Unterstützung oppositioneller Gruppen“, wie Sie schreiben, durch die östliche Partnerschaft hat Spannungen verursacht, sondern die fortwährende russische Unterdrückung, die Willkür, Vetternwirtschaft, der russisch-imperiale Komplex eines Präsidenten, der seinem Land keinerlei Fortschritt brachte. Eben gegen jene russische Willkür und gegen die Gewalt dieses staatlichen Repressionsapparates sind Menschen damals auf die Straßen gegangen, auf den Euromaidan, und haben sich erfolgreich mit der Revolution der Würde durchgesetzt.

In rechtsradikalen Großmächtetvorstellungen haben Menschen, mündige Bürgerinnen und Bürger, eine offene, freie und fordernde Zivilgesellschaft wahrscheinlich keinen Platz. Und trotzdem war es die freie und demokratische Grundsatzentscheidung der ukrainischen Gesellschaft, ihren Weg Richtung Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit und Freiheit zu gehen – ein Weg, den Sie von der AfD versperren wollen; ein Weg, den Putin mit aller Gewalt bekämpfen will, weil dies den Macht-erhalt seines kleptokratischen Regimes gefährdet, weil er fürchtet, dass sich die Russen, wie bereits die Menschen in Belarus, ein Beispiel an der Ukraine nehmen und ihr Recht auf Würde einfordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Mitte des Parlaments, das ist alles schon zu viel Redezit für offenkundige Störmanöver. Den Schluss meiner Rede bekommt die sogenannte AfD nicht. Uns in der demokratischen Mitte eint der Widerstand gegen solche putin-treuen Fantasien. Wir alle stehen fest an der Seite der Ukraine, an der Seite ihres Freiheitskampfes, an der Seite der Verteidigung ihres Landes, aber auch unserer Freiheit und Demokratie und der europäischen Friedensordnung. (D)

Wir haben gemeinsam hier im Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, dass die Ukraine starke Unterstützung bekommt, inklusive der Lieferung schwerer Waffen und komplexer Systeme. Wir alle in diesem Haus wissen: Es ist nicht die Entscheidung des Deutschen Bundestages, sondern die Entscheidung der Bundesregierung, was konkret geliefert wird. Es liegt nach unserer Rechtsordnung nicht in der Kompetenz des Bundestages, sondern des Sicherheitskabinetts, über Fragen von Rüstungsexporten zu entscheiden. Deshalb sollten wir auch nicht so tun, als ob wir die Lieferung bestimmter Waffen-systeme einfach im Parlament beschließen könnten.

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage von dem fraktionslosen Abgeordneten Farle?

**Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein. – Aber unsere gemeinsamen Anträge trugen am Ende sicherlich dazu bei, dass die Ukraine die dringend benötigten Kampf- und Schützenpanzer bekommen hat. Ich weiß, es hätte schneller gehen müssen. Zu langes

**Robin Wagener**

- (A) Zögern ist ein Grund für die militärische Entwicklung der vergangenen Monate; das haben wir hier auch schon thematisiert. Und doch: Deutschland hat geliefert.

Und so – das sage ich auch ganz selbstkritisch – geht meine eindringliche Bitte an Sie alle, an uns alle, an die Ampelfraktionen, an die Union und an die Bundesregierung: Lassen Sie uns weiter gemeinsam und entschlossen für die notwendige starke Unterstützung der Ukraine arbeiten, jetzt ganz akut für Taurus und für Munition, und auf lange Sicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn entschieden wird der Sieg des Rechts und der Friedensordnung nicht auf Twitter, nicht in politischen Punkten in innerdeutschen Debatten, sondern durch das, was am Ende ankommt. Dafür sind wir gemeinsam verantwortlich.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Knut Abraham [CDU/CSU])

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Der nächste Redner ist Roderich Kiesewetter für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns diese Debatte und diesen so seltsamen Antrag auch zum Anlass nehmen, um über Desinformation und Täter-Opfer-Umkehr zu sprechen.

(Johannes Schraps [SPD]: Genau! Sehr richtig!)

Sie unterstellen mit Ihrem Antrag der Ukraine keine ernsthafte Verhandlungsbereitschaft, und das angesichts der furchtbaren Angriffe seit Jahresbeginn, als der russische Bombenterror Frauen, Kinder, Alte und Schwache, Gebrechliche mit Explosionen überzogen hat, zu Flucht und Vertreibung geführt hat, als Elektrizitäts- und Wassерwerke zerstört wurden, während die Existenzgrundlage der Bürgerinnen und Bürger der Ukraine immer mehr gefährdet wird. Und dann fordern Sie ganz schnöde in diesem Antrag Sicherheitsgarantien für Russland, Sicherheitsgarantien, dass es dieses furchtbare Vorgehen fortsetzen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in der Auseinandersetzung deutlich machen – da hilft auch keine Verbotsdebatte –, dass die AfD all das bekämpft, was auch Russland, die Russische Föderation, bekämpft: die internationale freiheitliche regelbasierte Ordnung, Demokratie im Sinne von Partizipation und Mitbestimmung und Mehrheiten. Sie bekämpft die EU, sie bekämpft die NATO, sie bekämpft den transatlantischen Zusammenhalt. Sie will der Ukraine nicht nur das freie

Selbstbestimmungsrecht über ihr Territorium, sondern (C) auch die freie Wahl der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen nehmen.

(Johannes Schraps [SPD]: Leider richtig!)

Das müssen wir deutlich herausarbeiten. Deshalb sind nicht nur diese Anträge abzulehnen, sondern wir alle müssen uns wappnen in der öffentlichen Debatte; denn wir können nur mit Argumenten bestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Europawahlen, wir haben die Landtagswahlen. Ich fordere uns alle auf, mehr in die Inhalte zu gehen. Denn wir haben auf der einen Seite keine Auftritte der Abgeordneten dieser Partei im ukrainischen Fernsehen; aber sie treten auf der anderen Seite als Sprachrohre hier und im russischen Fernsehen auf und erläutern, wie schlecht es in Deutschland sei, und bedienen Putins Narrativ einer nationalistischen Großmacht, die Europa als eigene Interessenszone sieht. Diese Partei steht für ein nationalistisches Deutschland auf Augenhöhe mit einer faschistischen Großmacht Russland. Das müssen wir begreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der AfD: So ein Schwachsinn!)

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich konstruktiv ansprechen, was wir erreichen müssen.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Konstruktiv das Zerstörungswerk fortsetzen!)

(D)

Wenn man einen Friedensplan will – –

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**  
Frau Präsidentin?

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**  
Herr Farle hat sich jetzt noch mal gemeldet.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Nein, danke. – Wenn man einen Friedensplan will, dann fehlt einem auch in diesem Papier, dass von der Ukraine Initiativen ausgegangen sind. Ich erinnere an den Zehn-Punkte-Plan von Selenskyj. Ich erinnere aber auch daran, dass noch bis zu den furchtbaren Kriegsverbrechen in Butscha und Irpin Selenskyj auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen bereit war, die Krim unter eine internationale Kontrolle zu stellen und auf die NATO-Mitgliedschaft zu verzichten, wenn er Sicherheitsgarantien und einen klaren Weg in die EU bekommt. Deshalb sind sechs Punkte gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch angesichts des Aufrufes von Robin Wagener denke ich, dass wir darüber nachdenken müssen, weil diese Forderungen nicht einfach sind.

Erstens. Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine in den Grenzen von 1991.

**Roderich Kiesewetter**

(A) Zweitens. Das ist eine ganz wesentliche Forderung: Wenn man schon Garantien will, müssen wir von Russland eine Garantie einfordern, und die ist ganz einfach: das Existenzrecht der Nachbarn Russlands unwiderruflich anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, andere haben das mal so genannt: Russland muss verlieren lernen. – Dieses Verlierenlernen ist nicht gegen das russische System gerichtet – das müssen die russischen Bürgerinnen und Bürger selber lösen –, aber es ist darauf gerichtet, dass Russland das Existenzrecht der Nachbarn unwiderruflich anerkennt.

(Dr. Harald Weyel [AfD]: Born to lose!)

Drittens. Wir schauen zu, wie die Amerikaner zwei Drittel der militärischen und zivilen Unterstützung leisten. Ich erwarte von uns allen – im Parlament können wir es fordern, aber die Bundesregierung muss es leisten – eine fairere transatlantische Lastenteilung und die Chance – das haben heute auch die Kollegen Armin Laschet und Jürgen Hardt angesprochen –, dass das Weimarer Dreieck ab nächsten Montag wiederbelebt wird, dass der Bundeskanzler mit Polen, mit Frankreich, mit Großbritannien, den baltischen Staaten und Skandinavien eine Initiative startet als Zeichen an die USA: Wir haben verstanden, wir leisten unseren Beitrag auf Augenhöhe, und wir verhindern damit auch den Trump'schen Isolationismus. Wir zeigen den Demokratinnen und Demokraten in den USA – damit meine ich auch die bei den Republikanern –, dass die Europäer verstanden haben und wir gemeinsam verhindern, dass das russische Vorgehen zur Blaupause für China oder für den Iran gegenüber Irak wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es steht was auf dem Spiel. Deswegen muss diese transatlantische Initiative von Deutschland ausgehen, weil wir die Scharnierfunktion in Europa haben und weil auch der eine oder andere mit Anspruch in der Regierung sagt, wir seien eine europäische Führungsmacht. Dann füllt es auch aus!

(Dr. Harald Weyel [AfD]: Eine Verführungs-  
macht!)

Viertens. Der nächste Aspekt ist, dass wir an die Industrie denken müssen. Wir haben auch diese Woche wieder erfahren, wie aufwendig unsere Beschaffungsvorhaben sind. Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt. Wir gehören zu den Nationen, die die Ukraine unterstützen. Diese bringen ein Bruttoinlandsprodukt von 27 Billionen Euro und eine 35-Stunden-Woche auf die Waage, und Russland hat eine Kriegswirtschaft und 2 Billionen Euro Bruttoinlandsprodukt. Es muss auch mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union, auch mit Blick auf die Europawahlen doch klar sein, dass wir dieses Versprechen der Lieferung von Artilleriegranaten erfüllen müssen, weil wir sonst an Glaubwürdigkeit verlieren.

Fünftens. Wir müssen dafür werben, dass Russland das Existenzrecht der Nachbarn anerkennt und dass – das ist der sechste und letzte Punkt – die Kriegsverbrechen aufbereitet werden, dass Traumatisierungsbehandlungen,

Versöhnung stattfinden und dass am Ende, in ferner Zukunft das Russland von Thomas Mann und Hannah Arendt sich über den Gräbern mit der Ukraine die Hand reichen kann. (C)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Die Versöhnung, die Deutschland und Frankreich auszeichnet hat, muss in 20 oder 30 Jahren dort möglich sein. Dafür brauchen wir eine starke Ukraine, die eine Perspektive in der EU und in der NATO hat. Da hat Russland kein Mitspracherecht. Es darf nicht zur Blaupause werden, was Russland macht. Deshalb müssen wir zusammenstehen und die Ukraine –

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

– von Herzen und mit Vernunft unterstützen, sonst ist unsere Freiheit in Gefahr.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Der nächste Redner ist Adis Ahmetovic für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Adis Ahmetovic (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Knapp 700 Tage, fast zwei Jahre sind seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vergangen. Seit knapp 700 Tagen versucht der russische Präsident, Grenzen in Europa neu zu ziehen, mit einem Angriffskrieg, wie ihn der europäische Kontinent seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Der brutale Krieg trifft Zivilisten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind an der Tagesordnung und gehören zur Kriegsstrategie Putins.

In Anträgen vor allem der AfD wird immer wieder unterstellt, Deutschland setze sich nicht ausreichend für ein Ende des Krieges ein und verschärfe sogar die Situation, beispielsweise durch Waffenlieferungen. Umso wichtiger ist es, dass wir jede Situation, jede Chance nutzen, so häufig wie möglich und nötig über diesen Krieg zu reden, um genau solche Annahmen und falsche Informationen zu widerlegen, die vor allem von rechts außen verbreitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Adis Ahmetovic**

- (A) Erste Feststellung: Russland hat am 24. Februar 2022 die Ukraine angegriffen, zum zweiten Mal im Abstand von wenigen Jahren. Putin hat diesen Angriff gestartet mit dem Ziel, nicht nur die ukrainische Regierung zu stürzen, sondern die Ukraine bis nach Kiew zu erobern. Dafür riskiert Putin tagtäglich zivile Opfer in der Ukraine und nutzt junge russische Soldatinnen und Soldaten als Kanonenfutter.

Zweite Feststellung: Es hätte zu diesem Krieg nicht kommen müssen. Allein und ganz allein Russland, das autokratische Regime rund um Putin, hat sich dazu entschlossen, den Weg der militärischen Invasion einzuschlagen. Um vor allem bei der AfD einige Erinnerungen zu wecken: Welche diplomatischen Bemühungen gab es bis zum Schluss, damit es nicht zu diesem Krieg kommt? Bilaterale Gespräche EU–Russland, NATO–Russland, Europarat, Vereinte Nationen, Normandie-Quartett und sogar auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Es gab unterschiedliche Sicherheitsgarantien, was die EU-Mitgliedschaft und die NATO-Mitgliedschaft angeht. Dennoch konnten diese diplomatischen Bemühungen diesen Krieg nicht verhindern, weil eine, ausschließlich eine, Kraft nicht bereit war für eine Lösung und vor allem nicht für einen diplomatischen Kompromiss, und das war Putin, Russland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

- (B) Dritte Feststellung: Manche glauben, das Einstellen von Waffenlieferungen würde zu einem schnelleren und nachhaltigen Frieden führen. Ja, es würde dazu führen, dass der Krieg zu Ende geht, aber zulasten der Ukraine. Wer glaubt und meint, dass Putin dann vor der westlichen Grenze der Ukraine stoppen und hält machen und nicht weiter versuchen würde, seinen russischen Imperialismus auszubreiten, will es nicht verstehen oder möchte es nicht verstehen. Beides ist ein Unsicherheitsfaktor für unser Land. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir seit Tag eins an der Seite der Ukraine stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sogar Initiativen aus Brasilien und China – vor allem China ist ein enger Verbündeter Putins; kann man so sagen – haben nicht dazu geführt, dass dieser Krieg schneller beendet wird oder dass es mehr diplomatische Versuche gibt, diesen Krieg zu beenden. Stattdessen setzt Putin weiterhin auf seine Invasion, auf seinen Imperialismus.

Das sind nicht Reden, die wir hier halten – zumindest die Mehrheit von uns nicht –; das sind Reden, die Putin hält und vor allem seine Regierungsmitglieder: Wenn er davon spricht, dass er sich ein Russland wünscht wie unter dem Zaren, dann bitte ich jeden, sein Smartphone rauszuholen und zu googeln. Googelt mal die geografische Dimension des Zarenreiches Russland! Russland wirkt schon jetzt, 2024, ziemlich groß, und damals unter dem Zaren war es noch viel größer. Wir alle wissen, was

es bedeutet, wenn man versucht, ein Land zu vergrößern, Grenzen zu verschieben. Das funktioniert nicht friedlich, sondern es geht nur durch Gewalt.

Aus diesem Grund ist es so wichtig und richtig, dass wir die Ukraine unterstützen. Denn jede neue Grenzverschiebung führt zu etwas, das wir alle nicht wollen: zu mehr Instabilität, zu mehr Krieg. Wir wollen aber Demokratie, Freiheit, Frieden. Und wir wollen ein Ende von Imperialismus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Aus diesem Grund verstehe ich viele Menschen in unserem Land, die verunsichert sind, weil sie vor allem rechte Propaganda auf Instagram, Tiktok, Telegram und auch auf YouTube sehen. Menschen, die der AfD sehr, sehr nahe stehen, sagen: Nach außen hin liefern wir viele Waffen und zahlen Milliarden an die Ukraine, und intern sparen wir.

(Zuruf von der AfD)

Ich verstehe, dass es ein komisches Gefühl gibt, wenn man das wahrnimmt. Aber es ist wichtig, zu sagen, dass wir das tun, damit wir langfristig in Wohlstand leben.

(Zuruf des Abg. Dr. Harald Weyel [AfD])

Wir unterstützen die Ukraine und unsere osteuropäischen Nachbarn, damit wir auch langfristig in Deutschland und in Europa in Wohlstand leben können. Es ist deshalb unmoralisch und falsch und eine Schwäche und ein Angriff auf unsere Demokratie, wenn man das gegeneinander ausspielt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb: Lasst uns das entlarven und lasst uns alles daransetzen, dass wir als Deutschland und Europa gemeinsam handeln, entschlossen und geschlossen als demokratische Kräfte. Wir stellen diese Unterstützung nicht infrage.

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**  
Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Adis Ahmetovic (SPD):**

Wir stehen an der Seite der Ukraine und der europäischen Nachbarn. Gemeinsam sorgen wir für mehr Frieden.

Meine Damen und Herren, danke für diese gemeinsame demokratische Debatte hier; vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**  
Nächster Redner ist Matthias Moosdorf für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

(A) **Matthias Moosdorf (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits am 29. März 2022 waren ukrainische und russische Unterhändler in Istanbul einem Frieden sehr nahegekommen.

(Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP]: Waren Sie dabei?)

Der damalige israelische Ministerpräsident Bennett – ich zitiere ihn mit Erlaubnis der Präsidentin – sagte: Ich hatte den Eindruck, dass beide Seiten großes Interesse an einem Waffenstillstand hatten und zu erheblichen Zugeständnissen bereit waren. – Doch vor allem Großbritannien und die USA haben diesen Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt.

(Ulrich Lechte [FDP]: Das hat er widerrufen!)

In der Präambel damals war man sich einig, dass der Kriegsgrund die geplante NATO-Erweiterung war, und konzentrierte sich daher auf die Neutralität der Ukraine und den Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft. Im Gegenzug würde sie ihre territoriale Integrität mit Ausnahme der Krim behalten. Die westliche Blockierung hat nun allen geschadet – Russland und Europa, aber vor allem den Menschen in der Ukraine, die mit ihrem Blut für die Ambitionen der Großmächte bezahlt.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein Unsinn!)

Meine Damen und Herren, genau vor einem Jahr hat die AfD eine Friedensinitiative hier in diesen Bundestag eingebracht. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für die Entsendung einer internationalen Friedensdelegation unter Mithilfe der OSZE und einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen.

Danach könnten die Kriegsparteien Konfliktlösungen für einen dauerhaften Frieden erarbeiten: die Schaffung von Mandatsgebieten, vielleicht unter Aufsicht der UN oder OSZE, der schrittweise Rückzug Russlands auf den Stand von vor Februar 2022 bei gleichzeitiger Reduzierung der militärischen Unterstützung der Ukraine, die schrittweise Aufhebung der Sanktionen, die Umsetzung des Macron-Vorschlags vom Dezember 2022, die Durchführung von Referenden unter Kontrolle der OSZE und nach einer vorherigen Rückkehr der Kriegsflüchtlinge, eine privilegierte EU-Partnerschaft für die Ukraine unter der Bedingung, dass sie kein NATO- und kein EU-Mitglied wird. Die Krim-Frage könnte wie vorgesehen innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland gelöst werden.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Es spricht der Pressesprecher der russischen Botschaft!)

Alle begangenen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sollen aufgeklärt werden.

Diese Vorstellungen – das wissen wir heute – decken sich fast eins zu eins mit dem fast fertig paraphierten Vertrag von Istanbul. Sie sind auch in dem Geist den beiden Verträgen von Minsk sehr ähnlich. Dessen Umsetzung haben wir Europäer laut Angela Merkel aber wohl nie im Sinn gehabt. Und das ist ein fataler Fehler.

(Beifall bei der AfD)

Hier im Bundestag geht es immer nur um mehr: mehr Waffen, mehr Geld, mehr Sanktionen usw. Und das Ergebnis? 450 000 Ukrainer sind gefallen. Der US-Kongress hat die Hilfen weitgehend eingestellt. (C)

(Ulrich Lechte [FDP]: Das ist falsch!)

Deutschlands BIP schrumpft um 0,3 Prozent, das russische wächst um 5,8 Prozent. Selenskyj muss 500 000 Soldaten, meist alte Männer und Jugendliche, mobilisieren. EU-Staaten sollen Kriegsdienstverweigerer ausliefern. Alle westlichen Zusagen haben nicht darüber hinweggeholfen, dass die Gegenoffensive gescheitert ist. Die Nummer zwei der Ukraine, Saluschny, warnt in Richtung Selenskyj, man könne sein Volk nicht fortwährend belügen.

Durch den Verfassungsbruch der Ampel fehlen mindestens 19 Milliarden Euro pro Jahr im Haushalt – ziemlich genau die Summe, die diese Regierung in der Ukraine in Rauch hat aufgehen lassen. Und durch diesen Sparzwang wird nun sogar unser Parlament betrogen: Die Bundeswehr muss zukünftig das an die Ukraine gelieferte Material aus dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen einsetzen. Ist das deutsches Interesse?

Die Zustimmung zu Ihrer Politik ist mit 17 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 1949 gefallen, das Vertrauen in die Demokratie ebenfalls. Meine Damen und Herren, heute wollen wir namentlich abstimmen, wer diesen Weg des Irrsens weitergehen will und wer sich unserem Bemühen um Frieden anschließt. Die Bürger im Land sollen erkennen und werden wählen können, wer zukünftig verantwortlich mit ihren Interessen umgeht.

(D)

Selenskyj hat per Dekret Verhandlungen mit Putin verboten.

(Ulrich Lechte [FDP]: Nach Butscha und Maripol!)

Deswegen trafen sich in Davos 83 Länder zu einem Fake-Friedensgipfel ohne Russland und ohne ein Ergebnis. Frieden kann man aber nur mit seinem Gegner schließen. Machen wir dafür den Weg frei!

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Hoffentlich kommt die Rede langsam zu einem Ende!)

Und kehren wir zu einem Europa der Vernunft zurück!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion Ulrich Lechte.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ulrich Lechte (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Putins wichtigste Lautsprecher in Deutschland, die verehrten Abgeordneten der AfD im Bundestag, beglücken uns auch im neuen Jahr mit ihren außenpolitischen Dummheiten.

Ulrich Lechte

- (A) (Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und mit dem heutigen Antrag gibt die AfD-Fraktion erneut unverblümmt zu erkennen, wes Geistes Kind sie ist. Aber auch wenn es schwerfällt, möchte ich die Gelegenheit kurz nutzen, um aufzuzeigen, mit welchen bewussten Falschbehauptungen die AfD versucht, sich als Friedensstifter nach außen zu stilisieren.

Sie fordern in dem uns vorliegenden Antrag eine Verhandlungsbereitschaft der Ukraine und Sicherheitsgarantien für Russland, obwohl wir doch Sicherheitsgarantien für die Ukraine brauchen, nicht für Russland. Schließlich hat Russland die Ukraine angegriffen, nicht umgekehrt. Es ist wirklich schamlos, wie Sie hier Fakten verdrehen. Außerdem unterschlagen Sie unverfroren, dass Putin weder an einem Kompromiss interessiert ist, noch sich seit fast zwei Jahren an irgendwelche Absprachen hält.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Johannes Schraps [SPD]: Sehr richtig! – Zuruf von der AfD: Das stimmt nicht!)

Die Ukraine hat ihre Bereitschaft, zu verhandeln, erst zurückgestellt nach den Bildern von Butscha und danach Mariupol.

- (B) Putin führt vielmehr seit mittlerweile fast zehn Jahren Krieg in der Ukraine. Dabei haben ihn weder vereinbarte Waffenruhen noch das vereinbarte Minsker Abkommen davon abgehalten, ukrainisches Territorium zu besetzen, gezielt zivile Infrastruktur anzugreifen, zu bombardieren, Hunderte Unschuldige in die Flucht zu treiben, Zivilisten und Kriegsgefangene zu misshandeln und zu töten oder ukrainische Kinder und Jugendliche zu deportieren. Die Menschen in der Ukraine, die freiwillig entscheiden konnten, wohin sie flüchten, sind alle grundsätzlich Richtung Europa in die Freiheit geflohen. Es war Putin, der diesen Krieg ohne Grund und aus freien Stücken mitten in Europa vom Zaun gebrochen hat. Er allein ist für ukrainisches Leid und die entsetzliche Zerstörung verantwortlich.

Und nun soll laut der AfD die Ukraine blauäugig Friedensgespräche führen, die russischen Kriegsverbrechen vergessen, Gebietsabtretungen akzeptieren und die Verwüstungen hinnehmen. Putin will keinen Frieden. Putin verfolgt seine ganz eigene Revanchismustheorie und -strategie, die von Hass, Eitelkeit, Komplexen gegenüber der freien Welt genährt wird. Dabei ist er bereit, jeden Preis zu zahlen. Finanzielle, wirtschaftliche und humanitäre Aspekte zählen für ihn nichts. Dies zeigt er mehr als deutlich seit fast 700 Tagen. Proteste in seinem Land werden niedergeknüppelt, Opposition wird im Keim unterdrückt und ausgemerzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Ukraine auch weiterhin umfassend und entschlossen sowohl militärisch als auch finanziell unterstützen; denn sie kämpfen für unsere europäische Friedensordnung, sie wollen Teil der Welt sein, in der Freiheit und Demokratie selbstverständlich sind.

Fluchtbewegungen, wie ich gerade eben schon sagte, (C) gehen immer in eine Richtung: in die freie Welt Europas. Entsprechend müssen wir auch unser Narrativ ändern, von „Wir helfen der Ukraine so lange wie nötig“ zu „Wir helfen der Ukraine, diesen Krieg zu gewinnen“.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Norbert Kleinwächter [AfD]: Wollen Sie nach Russland marschieren?)

Ich bin davon überzeugt, dass das die einzige Antwort ist, die Putin am Ende versteht.

Herr Kleinwächter, hören Sie mit Ihrem Gebrüll auf; das ist völlig irrelevant.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Wie wollen Sie gewinnen?)

Und an die AfD-Fraktion: Hören Sie auf mit Ihren scheinheiligen Friedesanträgen! Sie machen sich wissentlich gemein mit einem gesuchten Kriegsverbrecher – offensichtlich einer Ihrer Finanziers hier.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Nächste Rednerin ist für Bündnis 90/Die Grünen Karoline Otte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(D)

**Karoline Otte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die weitere militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine ist unerlässlich. Gerade jetzt, auch in diesem Winter, in diesen Tagen wird die ukrainische Infrastruktur wieder stark unter Beschuss genommen. Russland führt ganz offen auch einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung.

Umso wichtiger ist es, dass die demokratischen Fraktionen hier im Hause in ihrer Unterstützung einig sind. Denn die Ukraine verteidigt ihr Land auch für unsere Werte, unsere demokratischen Werte, unsere rechtsstaatlichen Werte. Es braucht immer wieder ein Bekenntnis von uns: Wir stehen an der Seite der Ukraine.

Unser Einsatz für die Ukraine endet nicht bei Munitions- und Waffenlieferungen. Wir wissen, wie wichtig eine langfristige Perspektive für die Ukraine ist und welche Bedeutung der Wiederaufbau hat. Wiederaufbau, das ist nicht erst, wenn der Krieg Russlands gegen die Ukraine vorbei ist. Wiederaufbau, das ist auch jetzt. Die Ukraine braucht jetzt Mittel, um Straßen, Wasserleitungen, Energieversorgung, Wohnungen und Schulen nachhaltig wiederaufzubauen. Denn die Infrastruktur wird auch während des Krieges gebraucht. Die Kommunen müssen handlungsfähig sein. Schutzsuchende müssen die Möglichkeit haben, auch jetzt zurückzukehren. Die Ukraine als Land muss weiter funktionieren, damit sie weiter Widerstand gegen Russland leisten kann, damit sie diesen Krieg gewinnen kann.

**Karoline Otte**

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Im Juni dieses Jahres wird Deutschland gemeinsam mit der ukrainischen Regierung die Wiederaufbaukonferenz „Ukraine Recovery Conference“ in Berlin ausrichten. Sie zeigt, wie wichtig eine internationale Koordination der Unterstützung ist. Der Fokus wird auch hier auf einer gesamtgesellschaftlichen Beteiligung beim Prozess des Wiederaufbaus liegen, und das ist auch richtig so. Die Zusammenarbeit mit Kommunen und Zivilgesellschaft ist unverzichtbar; denn sie wissen, was vor Ort benötigt wird.

Im August war ich mit meiner Kollegin Deborah Düring in der Ukraine. Wir waren zu Gast in der Stadt Tschernihiw im Nordosten der Ukraine, nicht einmal zwei Wochen bevor das Stadtzentrum von einer russischen Rakete getroffen wurde und sieben Menschen, darunter ein sechsjähriges Mädchen, getötet wurden. Mehr als 100 Menschen wurden verletzt.

Wir haben auch das Dorf Lukashivka besucht, das beim russischen Vordringen auf Kiew zu großen Teilen zerstört wurde. In diesem Dorf leben heute vor allem noch Menschen, die nirgendwo anders hinkonnten. Viele haben im letzten Winter in Schuppen und Garagen übernachtet. Im Sommer haben Freiwillige versucht, neue Häuser zu bauen, damit es in diesem Winter besser geht.

Vor Ort – in vielen Gesprächen in Kiew, in Tschernihiw, in Lukashivka – wurde immer wieder ganz eindrücklich klar: Wiederaufbau ist Widerstand! Wiederaufbau ist wichtig, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnen kann.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Roderich Kiesewetter [CDU/CSU])

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Der nächste Redner ist für die CDU/CSU-Fraktion Knut Abraham.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Knut Abraham (CDU/CSU):**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats, Russlands ehemaliger Präsident Medwedew, hat gestern auf Telegram das schiere Existenzrecht der Ukraine negiert.

(Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP]: Hört! Hört!)

Das macht er übrigens des Öfteren.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Blöder Kerl!)

Das Land sei ein künstliches Gebilde, weswegen die Ukrainer die Wahl hätten zwischen Tod oder einem Leben in einem gemeinsamen Staat. Das schreibt er auch. Damit hat der Mann die Kriegsziele Russlands auf den Punkt gebracht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Dies, meine Damen und Herren, gilt es zu beachten, (C) wenn Begriffe wie „Deutschlands Verantwortung für den Frieden“ und „Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien“ in die Debatte eingeführt werden.

(Johannes Schraps [SPD]: Ja!)

Sie, meine Damen und Herren von der AfD, missachten mit Ihrem Text eine fundamentale Grundregel der Diplomatie. Es muss erst mal überhaupt eine Verhandlungssituation existieren, eine Situation, die so gestaltet ist, dass Verhandlungen möglich sind. Sie verschweigen – obwohl Sie es besser wissen –, dass Russland durch seine fortgesetzte brutale Kriegsführung und die Negierung des schieren Existenzrechts der Ukraine eine solche Verhandlungssituation gar nicht zulässt. Daran sind auch bisher alle Versuche gescheitert, in einen Verhandlungsprozess zu kommen,

(Johannes Schraps [SPD]: Völlig richtig!)

daran und an sonst nichts anderem. Das ist die Wahrheit, die von Moskau und Ihnen vernebelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das Fiese an Ihrem Vorgehen ist, dass Sie von Frieden sprechen, aber wissen, dass Putin daran kein Interesse hat. Somit schieben Sie dem Opfer, der Ukraine, die Verantwortung zu.

Was mir bei Ihnen auffällt, Herr Moosdorf, gerade bei Ihnen: Warum hat noch nie ein Vertreter der AfD an diesem Pult gesagt: „Präsident Putin, beenden Sie Ihren Krieg, (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Marianne Schieder [SPD]: Genau!)

lassen Sie die Ukraine in Ruhe!“? Das habe ich noch nie von Ihnen gehört. „Respektieren Sie das Menschen- und Völkerrecht!“, warum, Herr Moosdorf, kommt Ihnen das nicht über die Lippen, warum?

(Johannes Schraps [SPD]: Komisch, komisch!)

Wenn der Friede kommen soll, dann muss doch der Aggressor seine Aggression stoppen. Genau das sprechen Sie nicht aus. Wenn das Opfer aufhört, sich zu wehren, der Aggressor aber weitermacht, obsiegt der Aggressor.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Dass Sie das wissen und trotzdem Äquidistanz zeigen, beweist, dass Sie letztlich doch auf der Seite des Aggressors stehen.

(Ulrich Lechte [FDP]: Natürlich!)

Ihr Fraktionsmitglied René Springer, den ich jetzt heute hier nicht sehe, wirft mir auf X sogar vor, ich betriebe – Zitat – Kriegshetze, weil ich fordere, dass sich die Ukraine wehren können muss.

Sie schreiben, dass Europas Staaten souverän und unabhängig über ihre Sicherheit entscheiden können müssen. Das gilt bei Ihnen aber nicht für die Ukraine, der sie in Ihrem Antrag genau dieses Recht absprechen, frei und

**Knut Abraham**

- (A) souverän zu entscheiden, zu wem sie gehören wollen. Das negieren Sie für die Ukraine. Was Sie fordern, ist daher nicht Diplomatie, sondern ein kurzer Weg zur Umsetzung russischer Großmachtgelüste.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie zudem ignorieren, ist Putins Wille, über die Ukraine hinaus gegen die EU und gegen die NATO zu agieren. Und Deutschland ist nicht unbeteiligt, Deutschland ist Ziel. Am 1. Januar, also vor 18 Tagen, hat uns Putin seine Einstellung gegenüber dem Westen als Ganzem buchstabiert. Zitat Putin: Der Punkt ist nicht, dass sie unserer Feind helfen. Sie sind unser Feind.

Warum sagen Sie nichts dazu, wenn Putin vor ein paar Tagen unserem NATO-Partner Finnland scharf drohte, es werde jetzt – Zitat – „Probleme bekommen“, oder als der Mann im Kreml kürzlich Lettland prognostizierte, dass – Zitat – Unglück ins Haus kommen werde?

(Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP]: Ge- nau!)

Nehmen wir den Mann ernst! Wir können nicht sagen, dass wir nicht hätten erkennen können, was Putin vorhat. Sie, meine Damen und Herren von der AfD, vernebeln diese Gefahren mit Ihrem Antrag.

Meine Damen und Herren, Europa blickt auf Berlin, manchmal hoffnungsvoll, oft enttäuscht. Als wir noch regierten, haben wir nie über eine deutsche Führungsrolle gesprochen, aber wir haben geführt.

- (B) (Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das haben wir aber anders in Erinnerung!)

Nun ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bei Ihnen ist das ein bisschen anders. Bei Herrn Klingbeil heißt das, Deutschland müsse den Anspruch einer Führungsmacht haben. Aber Führung bleibt aus. Der „Economist“ fasst in dieser Woche mit Blick auf Deutschland und seinen derzeitigen Kanzler zusammen – Zitat –: „The hole at the heart of Europe“. Sehr höflich übersetzt heißt das: „Die Lücke im Herzen Europas“. Ein Beispiel dafür ist der Taurus; aber das haben wir ja gestern buchstabiert.

Zusammengefasst: Den Antrag lehnen wir natürlich entschieden ab.

Es gibt aber eine echte Friedensinitiative, die Sie nicht angesprochen haben, Herr Moosdorf, nämlich die zehn Punkte der Friedensformel von Präsident Selenskyj, die vor wenigen Tagen in Davos von Vertretern von 83 Ländern diskutiert wurde. Das ist der Weg zum Frieden – und nicht dieser Antrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Vielen Dank. – Herr Moosdorf wünscht nach § 30 unserer Geschäftsordnung das Wort für eine Erklärung zur Aussprache. Bitte schön.

**Matthias Moosdorf (AfD):**

(C)

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abraham, danke, dass Sie mich jetzt noch mal angesprochen haben und mir damit Gelegenheit geben, auf diese Anwürfe zu reagieren.

Selbstverständlich – ich habe ja gerade versucht, das darzulegen – gab es vielfache, wechselseitige Forderungen, die erhoben worden sind. Und selbstverständlich haben wir immer gesagt, dass Russland einen Teil dazu leisten muss.

(Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für einen Teil?)

Frieden ist nur möglich, wenn von beiden Seiten Kompromisse angedacht werden und auch stattfinden. Wenn Sie sich insbesondere das Istanbuler Kommuniqué anschauen – Michael von der Schulenburg hat zusammen mit Harald Kujat minutiös aufgezeigt, was damals beschlossen worden ist –, da steht in der Präambel: Die beiden Präsidenten Selenskyj und Putin sind sich darin einig, dass die geplante NATO-Osterweiterung und die Nichtberücksichtigung der wechselseitigen Sicherheitsinteressen der Grund für den Krieg gewesen sind. – Das steht in der Präambel. Dann war man eigentlich in die Lage versetzt worden, sich zu einigen, so lange, bis Europa – leider, muss ich sagen, wiederum, nach Minsk I und II und nach unserem traurigen Schicksal der letzten zwei Jahrhunderte – es wiederum nicht vermocht hat, Frieden an unserer Ostgrenze zu stiften.

Ich habe hier zu diesem Thema nun wirklich so oft gesprochen. Wenn Sie sich Brzeziński angucken, wenn Sie sich anschauen, was wo von wem gesagt worden ist, dann erkennen Sie – fassen wir es doch mal zusammen –: Es ist einfach so, dass das Interesse darin bestand, dass man exerzieren wollte,

(Leni Breymaier [SPD]: Sie haben doch genug Redezeit gehabt!)

dass Russland dekolonialisiert werden soll; das hat die Rada vor vier Wochen gerade noch einmal gesagt.

(Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Russland ist Kolonialmacht!)

Es wurde erhoben, dass man die Wirtschaft Russlands dauerhaft schwächen möchte. Sie erinnern sich an Barack Obama, der gesagt hat: Russland ist eine Regionalmacht, und wir wollen sie so behandeln.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Jetzt aber langsam! – Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Sprechen Sie mal über den Angriffskrieg Putins!)

Diese ganzen Dinge sind natürlich, an die Augen einer Atomwaffe gerichtet, Dinge, die auch die USA nicht hinnehmen würden; Sie erinnern sich an die Monroe-Doktrin. Versuchen Sie, das einfach mal aus einer anderen Perspektive zu sehen: Wenn ein Land wie China auf die Idee käme, beispielsweise auf Kuba militärische Bündnisgebiete zu errichten.

(Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Da gibt es keine zweite Perspektive! – Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Täterperspektive!)

**Matthias Moosdorf**

(A) Also: Ich weise absolut von uns, dass wir die Sache einseitig betrachtet haben.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Negieren Sie die Wahrheit!)

Wir haben von Anfang an gesagt – und das habe ich jetzt noch mal aufgezeigt –, dass es um wechselseitige Maßnahmen geht. Aber dazu muss man erst mal miteinander reden. Nicht Putin hat Gespräche mit Selenskyj verboten, sondern Selenskyj hat Gespräche mit Putin verboten.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein Unsinn! – Weitere Zurufe von der SPD)

Nicht Putin hat in seinem Land Parteien verboten, Selenskyj hat im April elf Oppositionsparteien verboten.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Selenskyj hat im Juni verboten, russische Literatur aufzuführen und russische Musik zu hören. Das ist alles undemokratisches Gebaren; ich bitte Sie.

(Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Putin ermordet Kinder! – Dr. Joe Weingarten [SPD], an die Vizepräsidentin gewandt: Können Sie diese Peinlichkeit beenden, bitte?)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

(B)

**Matthias Moosdorf (AfD):**

Ich weiß; vielen Dank, Frau Präsidentin. – Also: Ich hoffe, wir können uns darauf verständigen, dass es selbstverständlich um wechselseitige Bemühungen geht, aber dass unser Interesse an einem Frieden, –

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter, –

**Matthias Moosdorf (AfD):**

– und zwar in deutschem Interesse, –

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

– danke.

**Matthias Moosdorf (AfD):**

– absolut zu unterstreichen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Skandalöse Äußerungen! – Peter Beyer [CDU/CSU]: Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abraham, möchten Sie antworten? – Herr Moosdorf, es wäre schön, wenn Sie stehen blieben. – Danke.

**Knut Abraham (CDU/CSU):**

Sehr gerne; vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Moosdorf, ich glaube, wir können doch ganz klar festhalten: Die Grundlage für jeden Gedanken nur an Verhandlungen muss doch sein, dass Russland das Existenzrecht seiner Nachbarn anerkennt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und dies tut dieses Land nicht. Mit 180 000 Soldaten hat es das völlig friedliche Nachbarland überfallen. Dies ist der Schlüssel: die Anerkennung des Existenzrechts der Nachbarn.

Sie haben gesagt, Europa habe es nicht geschafft, Frieden an der Ostgrenze zu schaffen. Das wabert auch so durch Ihren Antrag. Da steht nämlich drin, die EU habe es nicht geschafft – die EU! –, diesen Krieg zu verhindern. Damit schieben Sie die Verantwortung von Putin auf die EU. Allein der Gedanke ist mir völlig fremd. Wie soll die EU denn den russischen Aggressionskrieg – –

(Matthias Moosdorf [AfD]: Wir waren da beteiligt!)

– Wir waren da überhaupt nicht beteiligt.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Aber selbstverständlich!)

– Jetzt hören Sie mal auf!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn Sie sich die Geschichte Europas in den letzten Jahrzehnten anschauen, kann der Vorwurf doch nicht sein, Europa habe nicht Frieden geschaffen. Es ist doch das Wunderwerk der europäischen Einigung

(Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP]: Ganz genau!)

und übrigens das Wunderwerk der europäischen Wiedervereinigung, dass wir in Ost- und Ostmitteleuropa Frieden, Stabilität, Wohlstand haben.

(Ulrich Lechte [FDP]: Demokratie!)

All das wird von Putin angegriffen.

Und an Angeboten an Russland – da muss ich nur zur SPD gucken – hat es nun wirklich nicht gefehlt deutscherseits.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Vielen Dank. – Wir machen auch gleich weiter, bei der SPD, mit Derya Türk-Nachbaur.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (A) **Derya Türk-Nachbaur (SPD):**  
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und andere!
- (Lachen bei Abgeordneten der AfD – Dr. Harald Weyel [AfD]: Sonderbehandlung!)
- Ihre Partei und Ihre Politik, meine Herren von der AfD, hat sich wirklich als großer Glücksschlag, als großer Segen für Putin erwiesen. Sie sind verlässliche und treue Partner, wie sie sich viele Diktatoren und Antidemokraten auf dieser Welt wünschen. Sie hören diesen zu, Sie teilen deren Visionen von Autoritarismus, Sie schmieden gemeinsame Pläne und Strategien. Sie sind vorbildlich rechtsextrem; herzlichen Glückwunsch dazu!
- (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
- Vielleicht wird ja dem ein oder anderen von Ihnen durch Ihre antiukrainischen Anträge wieder mal ein Platz in einer Putin-Propaganda-Talkshow gesichert. Die letzten Auftritte sind, glaube ich, ein paar Monate her; müsste man nachholen. Vielleicht werden Sie auch in besetzte Gebiete eingeladen. Oder Sie dürfen zur Wirtschaftskonferenz nach Sankt Petersburg reisen. Nun denn, wir werden schon früh genug davon erfahren, in welcher Form sich Ihr Einsatz ausgezahlt hat. Da vertraue ich unseren unabhängigen Rechercheteams; denn unabhängiger Journalismus ist und bleibt ein Garant unserer Demokratie. Danke an alle demokratischen Medienschaffenden!
- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Uwe Schulz [AfD]: Die von Ihnen bezahlt werden!)
- Ich weiß ja, dass Ihnen die unabhängige Presse ein Dorn im Auge ist.
- (Dr. Harald Weyel [AfD]: Die von Ihnen abhängige Presse! Die von Ihnen bezahlte Presse!)
- Das ist aber nur ein Schmerz von vielen, den Sie mit Ihrem Buddy Putin teilen.
- Ihre Schmerzen rund um die Ukrainehilfen haben Sie ja hier in Form dieses Antrags zu Papier gebracht. Eines muss man Ihnen lassen: Beim ersten, oberflächlichen Lesen könnte man als unbedarfter Leser/Leserin tatsächlich auf die Idee kommen, dass Sie vielleicht legitime Forderungen stellen. Kein vernünftiger Mensch kann Krieg gutheißen wollen. Wir alle wollen Frieden in der Ukraine.
- Doch wie glaubwürdig ist Ihr Ansinnen denn, wenn Sie als Sprachrohr eines Aggressors und gesuchten Kriegsverbrechers von Frieden sprechen? Warum sprechen Sie einem souveränen Land eigentlich ab, die Frage von Friedensverhandlungen selbst zu beantworten? Sie haben in Ihren Formulierungsvorschlägen das Wort „Diktat“ vor dem „Frieden“ vergessen, den Sie hier anstreben.
- Unsere Solidarität mit dem angegriffenen Land endet nicht bei der humanitären Hilfe, die wir selbstverständlich leisten. Selbstverständlich helfen wir als Deutsche – genauso wie viele unserer internationalen Partner – den Ukrainerinnen und Ukrainern dabei, den Wiederaufbau (C) zu stemmen und zu koordinieren. Das sind keine Almosen.
- Wer der Ukraine hilft, hilft Europa.
- (Beifall bei Abgeordneten der SPD)
- Wer der Ukraine hilft, handelt auch im eigenen Interesse. Und wir haben ein großes Interesse daran, dass der Zerstörungswut eines Mannes mit Großmachtfantasien die konstruktive Zusammenarbeit Europas entgegengesetzt wird.
- (Beifall bei Abgeordneten der SPD)
- Es ist unsere Pflicht, den Menschen in der Ukraine beim Wiederaufbau der Infrastruktur zu helfen. Ginge es nach Ihnen, müssten die Menschen bei diesen Temperaturen erfrieren, sollten Kinder während dieses Krieges nicht mehr zur Schule gehen, sollten Krankenhäuser zur Versorgung von Verletzten, die Opfer russischer Angriffe geworden sind, nicht wiederaufgebaut werden.
- Die über 2 000 deutschen Privatunternehmen, die schon vor dem Krieg in die Ukraine investiert haben und nach wie vor investieren, sollten aus Ihrer Sicht von der Bundesregierung komplett alleingelassen werden. Ist das Ihr deutsches Wirtschaftsinteresse?
- Ich finde, das ist schon ein ziemlich schräges Papier, das Sie hier verfasst haben. Mit keiner Silbe gehen Sie in Ihrem Antrag auf die leidende Zivilbevölkerung ein. Mit keiner Silbe fordern Sie Ihren Verbündeten auf, die Waffen niederzulegen.
- Mit solchen Anträgen versuchen Sie, einen Keil in die solidarische Gemeinschaft zu treiben. Das gemeinsame Ziel der russischen Führung und der AfD ist die Schwächung Europas. Sie sind Antieuropäer – die aber gerne alle Vorteile Europas mitnehmen, wenn es den eigenen Interessen dient. Sie sprechen von Frieden, wollen aber die Ukraine in die Knie zwingen. Sie sprechen von humanitärer Hilfe, stellen aber inhumane Forderungen. Sie kommen im bürgerlichen Gewand daher. Das sind Sie aber nicht.
- (Johannes Schraps [SPD]: Vollkommen richtig!)
- „Im Schafspelz kam der Wolf daher,  
sich rühmend seiner Milde:  
„Bei meiner Treu“, bei meiner Ehr“,  
ich führe nichts im Schilde!“
- „Ich bin ja selber nur ein Schaf,  
am Pelz könnt ihr es sehen;  
drum, Lämmlein, schlafst nur euern Schlaf,  
es wird Euch nichts geschehen!“
- „Ei, freilich, ja, sein Pelz ist echt“,  
hieß es nun bei den Schafen,  
„er ist von unserem Geschlecht –  
wir können ruhig schlafen ...“
- Doch als die Unschuld schlief, da warf der Wolf den Pelz zur Erde und fraß nach Mordlust und Bedarf sich durch die ganze Herde.

**Derya Türk-Nachbaur**

- (A) Mit blut'gen Lefzen knurrt er:  
,Solch Los ist euch zu gönnen –  
ein Wolf kennt weder Treu' noch Ehr',  
ihr hättet's wissen können ...”

Ja, diesmal wissen wir es. Wir sind nämlich nicht die schlafenden Schafe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP] – Dr. Harald Weyel [AfD]: So heult die Wolfsherde der demokratischen Parteien!)

Wir sind wach. Wir sind hier. Wir sind mehr –

(Dr. Harald Weyel [AfD]: Mitglied der Wolfsherde sind Sie!)

nicht nur auf den Straßen da draußen, sondern auch hier im Bundestag.

Wir lehnen diesen Antrag ab.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Für die AfD erhält jetzt das Wort Markus Frohnmaier.

(Beifall bei der AfD)

**(B) Markus Frohnmaier (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe andere! Liebe Demokraten von der AfD!

(Beifall bei der AfD)

Ich will heute, weil wir jetzt immer wieder von Ihnen gehört haben, Sie stehen an der Seite der Ukraine, einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wissen Sie was? Wir von der AfD stehen nicht an der Seite Russlands,

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Doch!)

wir stehen nicht an der Seite der Ukraine – wir stehen an der Seite der deutschen Bürger,

(Beifall bei der AfD – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein Unsinn!)

und das ist der zentrale und wesentliche Unterschied zu Ihnen.

Herr Kiesewetter, wenn man Ihnen heute zuhört, könnte man meinen, man wäre in der ukrainischen Rada. Aber wir sind heute hier im Deutschen Bundestag.

(Johannes Schraps [SPD]: Eben!)

Vertreten Sie endlich wieder die Interessen der Deutschen! Wir von der AfD tun das jeden Tag.

(Beifall bei der AfD – Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Sie vertreten Interessen Moskaus!)

Zur Sache. Die SPD-Parteivorsitzende Esken forderte

(Zuruf des Abg. Knut Abraham [CDU/CSU])

die Einführung einer Vermögensteuer, um die Ukraine (C) wieder aufzubauen. Frau Baerbock sekundierte und kündigte eine Wiederaufbauoffensive an. Frau Strack-Zimmermann betonte – Zitat –: „Es ist immens wichtig, dass wir uns bereits heute mit dem Wiederaufbau der Ukraine beschäftigen.“

Vielleicht ist es Frau Esken, Frau Baerbock und Frau Strack-Zimmermann entgangen, aber unsere Bauern ächzen unter der Politik der Ampel, unsere Gastronomen leiden unter der jüngsten Mehrwertsteuererhöhung, und die Bürger dürfen dank Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgaben immer höhere Energiepreise zahlen. Frau Esken, Frau Baerbock, Frau Strack-Zimmermann, wann widmen Sie sich eigentlich der immens wichtigen Aufgabe des Wiederaufbaus unserer Heimat, Deutschlands?

(Beifall bei der AfD)

Das wertegeleitete und feministische Damentrio schert sich nicht um die Belange der deutschen Bürger. Das wertebewegte und feministische Damentrio macht lieber Erfüllungspolitik für Kiew. Das sieht man ganz klar: Nachdem wir bereits vor dem Krieg Milliarden von Euro an Entwicklungshilfe überwiesen haben, nachdem wir Waffengeschenke im Wert von rund 20 Milliarden Euro gemacht haben – jetzt übrigens auch noch das Sondervermögen der Bundeswehr geplündert wird –, sollen wir jetzt auch noch den Wiederaufbau der Ukraine bezahlen, und zwar mitten im Kriegszustand! Auf so eine Idee – den Wiederaufbau während eines laufenden Krieges zu finanzieren – muss man erst mal kommen! Auf so eine Idee kommen wahrscheinlich nur Frauen,

(Robin Wagener [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist das denn für ein widerlicher Sexismus! – Derya Türk-Nachbaur [SPD]: Sexismus!)

die auch an Hunderttausende Kilometer entfernte Länder glauben.

(Beifall bei der AfD – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Den Unsinn kann man in einem Satz unterbringen! – Zuruf der Abg. Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, diese Ampelregierung hat doch völlig den Verstand verloren. Unser Antrag stellt ein Stoppschild auf – ein Stoppschild gegen die antideutsche Ampelpolitik.

Ja, wir sind bereit, humanitäre Hilfe zu leisten.

(Robin Wagener [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind bereit, Hilfe an Moskau zu leisten!)

Aber humanitäre Hilfe, das ist nicht das Überweisen weiterer Entwicklungshilfemilliarden. Humanitäre Hilfe ist auch nicht das Absaugen des deutschen Volksvermögens

(Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ei, ei, ei!)

für den Wiederaufbau eines nicht mit uns verbündeten Landes mitten im Kriegszustand – ein Land, dessen Generalstab übrigens laut „Spiegel“ und „Washington Post“, also Ihrer Referenzmedien, vom Terroranschlag auf Nord Stream gewusst haben muss.

(D)

**Markus Frohnmaier**

(A) Statt der Ampelpolitik brauchen wir eine ernsthafte diplomatische Initiative, die zur Beendigung der Kriegshandlungen führt. Meine Damen und Herren, der Kollege Moosdorf hat heute hier einen guten Vorschlag dazu gemacht. Reißen Sie sich endlich zusammen, und beenden Sie das Sterben von Hunderttausenden jungen Männern im Donbass! Sorgen Sie dafür, dass endlich wieder Frieden in Europa herrscht!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Täter-Opfer-Umkehr! Ein Vertreter der Täter!)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Für die FDP erhält das Wort Dr. Marcus Faber.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Marcus Faber (FDP):**

Hier muss man nicht nur das Pult, sondern auch das Niveau hochfahren.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Ukraine macht Fortschritte, zum Beispiel, wenn es darum geht, Getreide zu exportieren. Ich war letzte Woche am Hafen von Odessa. Dort werden Getreidefrachter befüllt. Über 500 wurden dort inzwischen abgefertigt, seit Putin das Getreideabkommen aufgekündigt hat. Das Niveau des Getreideexports aus der Ukraine hat inzwischen das Vorkriegsniveau überschritten.

Das ist möglich geworden, weil wir ein zweites Patriot-System geliefert haben, das den Luftraum dort schützt, das dafür sorgt, dass Putins Raketen dort nicht mehr einschlagen.

(Johannes Schraps [SPD]: Sehr richtig!)

Das ist möglich geworden, weil Großbritannien Seezielflugkörper geliefert hat, die dafür sorgen, dass die russische Schwarzmeerflotte auf Abstand gehalten wird und die Getreidefrachter dort ihre Arbeit tun können. Militärische Hilfe sorgt dafür, dass humanitär geholfen werden kann. Das ist gut für die Ukraine, das ist aber auch gut für das World Food Programme; denn 80 Prozent des Getreides des World Food Programme werden aus der Ukraine bezogen. Besser kann man, glaube ich, nicht deutlich machen, dass unsere militärische Hilfe der Ukraine, aber auch anderen Ländern auf der Welt hilft. Deswegen sollten wir sie fortsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt auch andere gute Nachrichten aus der Ukraine – ich war letzte Woche dort –: Deutsche und ukrainische Unternehmen kooperieren dort inzwischen, um das militärische Gerät, das wir geliefert haben, auch vor Ort

instand zu setzen. Ukrainer werden ausgebildet daran. (C) Es werden Instandsetzungshubs geschaffen, damit man vor Ort mit Kostensparnis, mit Zeiterparnis Gerät in stand setzen und so den Abwehrkampf gegen Putins Invasionstruppen fortsetzen kann. Das ist eine gute Nachricht, wenn wir wollen, dass die Ukrainer auch zukünftig in der Ukraine leben können.

Ich war in der Ukraine auch in zwei Rehazentren, habe die Projekte „Unbroken“ und „Superhumans“ besucht. Auch dort leistet Deutschland Großartiges. Mit Unterstützung der Firma Ottobock, mit Unterstützung der Stadt Freiburg, der Stadt Würzburg wird dort Menschen geholfen, die durch Putins Minen und Raketen Arme und Beine verloren haben. Ihnen werden dort Prothesen angeboten. Die Firma Ottobock fährt dort vor Ort die Produktion hoch. Ihnen wird dort Therapie angeboten. Ihnen wird dort eine Lebensperspektive angeboten. Wenn man mit diesen Menschen spricht – das kann man vor Ort tun; vielleicht fahren Sie da auch mal hin und reden hier nicht nur aus dem Plenarsaal –, dann sagen die einem, dass sie eine Ukraine haben wollen, in der sie leben können, dass sie eine Ukraine haben wollen, aus der kein Butscha wird, dass sie wollen, dass die Kriegsverbrechen nicht ungestraft bleiben.

Dabei helfen wir ihnen. Wir haben ihnen dabei letztes Jahr geholfen – durch Waffensysteme, durch militärische Hilfe –, und wir werden ihnen auch dieses Jahr helfen – mit Ersatzteilen, mit Munition und auch mit zusätzlichen Waffensystemen wie dem Taurus; da bin ich mir sehr sicher, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Das Wort erhält Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thomas Silberhorn (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion behauptet in ihrem Antrag, die Bundesregierung hätte Deutschlands Rolle als neutraler Mittler in internationalen Konflikten nahezu aufgegeben. Richtig ist zunächst, dass Deutschland zusammen mit Frankreich tatsächlich eine Mittlerrolle im Krieg Russlands gegen die Ukraine wahrgenommen hat. Auf deutsch-französische Initiative ist im Februar 2015, also bereits vor neun Jahren, das Minsker Friedensabkommen unterzeichnet worden. Aber schon drei Tage später hatte Russland eine weitere ukrainische Stadt überfallen und damit dieses Abkommen gebrochen. In der Folge sind über 20 Waffenstillstandsvereinbarungen mit Russland getroffen worden – und von Russland gebrochen worden.

(Johannes Schraps [SPD]: So ist es!)

Weitere Gespräche zur Beilegung des Konflikts waren mit Russland nicht möglich. Putin erklärte dann am 21. Februar 2022, dass es für das Minsker Friedens-

## Thomas Silberhorn

- (A) abkommen keine Aussicht mehr gebe, und drei Tage später, am 24. Februar 2022, hat Russland seine Angriffe gegen die Ukraine auf das gesamte Land ausgedehnt. Seit zwei Jahren muss die Ukraine täglich russische Angriffe abwehren, die insbesondere gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sind und damit Kriegsverbrechen darstellen.

Deshalb liegt die AfD mit ihrer Analyse schon im Ansatz falsch. Nicht Deutschland hat seine Vermittlerrolle aufgegeben, sondern Russland hat seit 2015 alle Vermittlungsbemühungen systematisch ignoriert und führt seit 2022 einen verbrecherischen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deswegen können wir hier nicht Mittler sein. Wir sind nicht neutral, sondern wir stehen auf der Seite des Rechts und auf der Seite der Freiheit und damit klar an der Seite der Ukraine, meine Damen und Herren.

Russland verletzt nicht nur die territoriale Integrität der Ukraine. Putin will die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine als eigenständiger Staat nicht akzeptieren. Er hat sogar die absurde Behauptung aufgestellt, es gebe gar kein ukrainisches Volk. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ukraine ist mit über 600 000 Quadratkilometern und über 40 Millionen Einwohnern das größte Land Europas, dessen Grenzen vollständig in Europa liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (B) Dieses Land soll kein eigenes Volk und keine Staatsqualität haben? Diese Behauptungen sollen doch deutlich machen, dass Russland die Ukraine überhaupt nicht als Gesprächspartner ansieht.

(Johannes Schraps [SPD]: Sehr richtig!)

Deswegen geht dieser AfD-Antrag vollständig ins Leere.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir haben es hier mit russischem Imperialismus und Nationalismus zu tun, der nicht nur die Ukraine ins Unglück stürzt. Alle ehemaligen Mitgliedstaaten der Sowjetunion, von Moldawien bis Georgien, stehen explizit auf der Agenda russischer Expansionspolitik. Mit Drohungen gegen das Baltikum und kürzlich gegen Finnland will Putin den Eindruck erwecken, auch vor den Grenzen des NATO-Bündnisgebietes nicht Halt zu machen. Erst kürzlich hat er zum Jahresanfang erklärt, dass Russland alle NATO-Staaten als Feinde betrachtet. Damit muss doch für uns alle klar sein, dass diese russische Aggression gestoppt werden muss, und zwar so schnell wie möglich; denn sonst ist die Sicherheit in ganz Europa bedroht.

Putin hat mehr als deutlich gemacht, dass er nicht auf Dialog setzt, sondern auf Gewalt – weil er es kann und weil er glaubt, dass er mit der größeren Bevölkerung und der stärkeren Bewaffnung am längeren Hebel sitzt. Er wird zu neuen Vereinbarungen nur dann bereit sein,

wenn er davon ausgehen muss, dass er seine politischen Ziele mit militärischen Mitteln nicht mehr erreichen kann. (C)

(Beifall des Abg. Robin Wagener [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist es richtig und notwendig, dass wir die Ukraine finanziell wie militärisch unterstützen nicht nur so lange, wie es nötig ist, sondern auch mit allem, was nötig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bundesregierung muss hier liefern, und zwar mehr und schneller als bisher; denn wenn sich Russland in der Ukraine durchsetzen kann, dann gehen wir unruhigen Zeiten in Europa entgegen. Nur wenn die Ukraine diesen Krieg gewinnt, werden auch wir weiter in Sicherheit leben.

Ich bin im Übrigen dafür, dass wir der Ukraine auch einen Weg in die NATO und in die Europäische Union eröffnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Die Sicherheitsgarantien für die Ukraine, die im Budapester Memorandum 1994 von Russland, von den USA und anderen abgegeben worden sind, haben offenkundig nicht gereicht. Die Ukraine braucht deshalb für ihre künftige Sicherheit mehr als papiere Bekenntnisse, nämlich die Einbindung in ein System kollektiver Sicherheit. Wir sollten der Ukraine zum 75-jährigen Bestehen der NATO in diesem Jahr eine Einladung aussprechen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Gesellschaft der Ukraine hat sich auf den Weg gemacht, eine freiheitliche und demokratische Ordnung zu schaffen. In hohen Regierungssätern steht eine junge Generation von Ukrainern in Verantwortung, die auf Freiheit und Demokratie setzt. Dafür sind die Soldaten der Ukraine bereit, ihr Leben einzusetzen: damit ihre Kinder eine Chance haben, künftig in Freiheit leben zu können.

Im Antrag der AfD liest man nichts von alledem. Sie tun so, als würde es der Ukraine, die Tag für Tag von Russland angegriffen wird, am Willen zur Freiheit fehlen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Sie wollen offenbar Ängste in unserer Bevölkerung verstärken, die verständlicherweise nicht in diesen Krieg hineingezogen werden will.

(Ulrich Lechte [FDP]: Das ist ihr tägliches Treiböll!)

Das wollen wir auch nicht. Es ist gerade Russland, das solche Ängste systematisch schürt, und es ist die AfD, die solche russische Agitation und Propaganda in Deutschland allzu bereitwillig aufgreift. Sie säen Zweifel an unseren demokratischen Institutionen, Zweifel an unserer freiheitlichen Ordnung und Zweifel an unserer Bereitschaft zum Frieden.

Thomas Silberhorn

- (A) Wer Frieden will, der muss bereit sein, unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen und, wenn nötig, zu verteidigen. Wir schützen unsere Sicherheit am besten, indem wir die Ukraine in ihrer Selbstverteidigung gegen Russland weiter unterstützen. Denn nur, wenn die Ukraine ihre Unabhängigkeit bewahren kann, –

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Thomas Silberhorn (CDU/CSU):**

- kommt sie als ein Gesprächspartner für eine Friedenslösung überhaupt infrage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Das Wort erhält die fraktionslose Abgeordnete Kathrin Vogler.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Kathrin Vogler (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einem Monat geht der grausame Krieg, den Russland gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, in sein drittes Jahr. Der Krieg hat bis heute mehr als 10 000 Zivilpersonen und wahrscheinlich mehr als 200 000 Soldaten auf beiden Seiten das Leben gekostet, Zehntausende verletzt und Millionen traumatisiert und vertrieben. Diese Tragödie muss beendet werden, und deswegen muss es einen Waffenstillstand und Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden geben.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Weil diese Bundesregierung gar keinen Plan hat, wie das zu erreichen wäre, ermöglicht sie es der AfD, sich hier als scheinbare Friedenspartei zu inszenieren, wie das im Übrigen am Anfang ihres Aufstiegs auch die NSDAP getan hat.

(Widerspruch bei Abgeordneten der AfD – Enrico Komning [AfD]: Diese Vergleiche verbieten sich hier! – Gegenruf des Abg. Johannes Schraps [SPD]: Nein, die verbieten sich nicht!)

Interessiert sich die AfD dafür, wie es den Menschen in der Ukraine und in Russland geht? Eindeutig: Nein. Das gab Ihre Vorsitzende, Frau Weidel, schon im April 2022 im Deutschlandfunk zu Protokoll – ich zitiere –:

„Was es letztendlich für die Ukraine bedeutet und für Russland und für die Gebietsteilung, das ist überhaupt gar nicht unser Thema“, sagte Weidel. „Wir müssen auf unser Land schauen.““

Klartext: Der AfD ist alles egal, solange Deutschland billiges Gas aus Russland bekommt.

Ihre ganze Verlogenheit zeigt auch ein anderer Antrag, (C) den sie vorgestern eingereicht hat. Die AfD will allen Ernstes alle Unterstützung für den Wiederaufbau zerstörter Städte, Fabriken, Straßen und Energieanlagen in der Ukraine beenden! Unfassbar!

Uns Linken geht es im Gegensatz zur AfD nicht vor allem um russische Rohstoffe. Wir haben auch keine Sympathien für das oligarchische und autoritäre Gesellschaftssystem in Russland. Wir wollen das Sterben und Töten beenden, weil wir solidarisch mit den Menschen sind.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Und die brauchen selbstverständlich unsere Unterstützung.

Im Übrigen ist Die Linke die einzige Partei hier in diesem Haus,

(Andreas Bleck [AfD]: Ihr seid aber bald nicht mehr dabei!)

die allen Aufrüstungsbemühungen der Bundesregierung entgegengetreten ist und keinem Bundeswehreinsatz im Ausland zugestimmt hat. Wenn Sie also eine Friedenspartei suchen, sind Sie bei uns an der richtigen Stelle.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Der nächste Redner ist Dr. Joe Weingarten für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D)

**Dr. Joe Weingarten (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor uns liegt mit dem AfD-Antrag zur sogenannten Friedensinitiative ein Dokument der Niedertracht, der Gleichsetzung von Opfern und Tätern und der Verhöhnung einer ganzen Nation.

(Beifall bei der SPD)

Dieser AfD-Antrag beleidigt nicht nur das ganze ukrainische Volk in seinem Verteidigungskampf, sondern er ist auch ein Anschlag auf die Moral und die Glaubwürdigkeit des Deutschen Bundestags. Wer nur einen Funken Anstand im Leib hat, schämt sich zutiefst, dass dieser Antrag eine Bundestagsdrucksachennummer trägt.

Mit keiner Silbe wird auf die Ursache des Krieges eingegangen, nämlich den verbrecherischen Überfall Russlands auf das unabhängige Nachbarland Ukraine, und zwar zweimal, 2014 und 2022, genauso wenig wie auf die mörderische Kriegsführung des russischen Präsidenten Putin, die Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung, die Massentötungen und Kriegsverbrechen. Putin will die Ukraine von der Landkarte tilgen und das ukrainische Volk zu einem rechtlosen Vasallen machen. Das alles blenden Sie aus, weil es nicht in Ihr wahnhaftes Bild von der russischen Strategie passt. In einer bemerkenswerten Mischung aus Selbstmitleid, Angst vor der Zu-

**Dr. Joe Weingarten**

- (A) kunft und Rücksichtslosigkeit gegenüber den Angegrif-  
fenen machen Sie sich ausschließlich die russische Sicht  
der Dinge zu eignen.  
(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeord-  
neten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht neu. Die russischen Kolonnen in diesem Parlament vertreten diese Sichtweise schon lange: die altrechten Kolonnen rechts von mir genauso wie die neurechten Versprengten um Frau Wagenknecht, die sich hier links in den Tiefen des Saales verlieren. Auf beiden Seiten ist man weit von der Realität des Krieges entfernt; denn es ist nicht die Verantwortung der Ukraine, diesen Krieg zu beenden, es liegt an Putin. Der ist aber bis heute nicht von seinen Plänen abgerückt. Er will weiterhin die Vernichtung der Ukraine und die Unterwerfung ihrer Menschen.

Wir beobachten sehr genau, wie Russland seine gesamte Wirtschaft auf Kriegsproduktion umstellt. In einer finsternen Allianz mit dem Iran stellt sich Putin auf einen langen Krieg ein, nicht auf Verhandlungen; denn er ist überzeugt von seiner von Größenwahn getriebenen Mission, das russische Territorium zu erweitern. Deswegen ist es auch lächerlich, von der OSZE eine Friedensmission zu fordern. Ich bin Mitglied der OSZE-Parlamentarierversammlung und habe erlebt, wie sich die russische Delegation dort aufführt, wie sie die deutsche Delegation als Faschisten bezeichnet hat.

(Renata Alt [FDP]: So ist es!)

- (B) „Wir haben euch 1945 besiegt, und wir werden das wieder tun“, hat uns der russische Delegationsleiter auf der letzten Jahrestagung in Wien entgegengeschleudert. Dialogbereitschaft: Null. Friedensbereitschaft: Null.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn es die AfD nicht zur Kenntnis nehmen will: Wenn die Ukraine aufhört, zu kämpfen, hört sie auf, zu existieren; wenn Russland aufhört, dann ist dieser Krieg vorbei. Deswegen zögern wir keine Sekunde, die Ukraine weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie wollen die Kapitulation der Ukraine und nennen das „Friedensinitiative“. Ich nenne das eine „Kreml-Initiative“.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Sie wollen Europa auseinanderdividieren, damit Russland in der Lage ist, mit jedem Staat alleine fertig zu werden. Und Sie wollen Europa in Einflusssphären von Großmächten aufteilen, in denen kleineren Staaten diktiert wird, wie sie und ihre Menschen zu leben haben. Ein Europa wie zu Kaisers und Hitlers Zeiten – wohin das führt, haben wir gesehen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Du lieber Gott!)

Unser Weg ist nicht der Rückfall in alte Denkmuster und dunkle Träume davon, die Welt in Einflussräume aufzuteilen. Wir stehen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir wollen, dass die Ukraine besteht – nicht aus fremden Interessen, sondern weil der Sieg der

Ukraine auch in unserem ureigenen Interesse liegt. Es (C) ist im Interesse Deutschlands, dass die europäische Friedensarchitektur hält. Wer sie angreift, wird abgewehrt. Deshalb unterstützen wir die Ukraine. Alles andere ist schändlich und feige – und unpatriotisch ist es auch.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeord-  
neten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der spätere SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher hat 1932 von dieser Stelle im Reichstag aus festgehalten, dass die ganze rechte Politik – ich zitiere – ein einziger „Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“ ist. Wäre er heute noch hier unter uns, würde er sicher hinzufügen: Und dieser Antrag ist es auch. Wir sagen dazu nur ein Wort: Ablehnung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeord-  
neten der CDU/CSU – Zurufe der Abg.  
Dr. Bernd Baumann [AfD] und Thomas Seitz  
[AfD])

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Das Wort erhält die fraktionslose Abgeordnete Sevim Dağdelen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Sevim Dağdelen (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Halten (D) wir fest: Die Politik der Bundesregierung im Ukrainekrieg ist gescheitert.

(Ulrich Lechte [FDP]: Ach was!)

Fatal wird auf die Fortsetzung eines nicht zu gewinnbaren Krieges gegen die Atommacht Russland gesetzt. Es gibt immer mehr Waffengeschenke und immer größere milliardenschwere Finanzpakete. Die Ampel gleicht hier einem Roulettespieler, der in Reaktion auf immer größere Verluste die eigenen Einsätze erhöht.

Drei Bemerkungen dazu.

Erstens. Die deutsche Außenministerin Baerbock wollte, wie sie sagte, mit Sanktionen Russland ruinieren. Heute steckt Deutschland in einer Rezession, die Wirtschaft schrumpft, minus 0,3 Prozent.

(Zuruf von der FDP)

Russlands Wirtschaft dagegen wächst um 3,5 Prozent. Die Ampelpolitik ruiniert hier nur eines, Frau Baerbock, nämlich die eigene Industrie.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und  
des Abg. Dr. Malte Kaufmann [AfD])

Hinzu kommt eine Verdopplung der deutschen Waffengeschenke an die Ukraine von 4 Milliarden auf 8 Milliarden Euro, während man bei der Bildung, bei den Bauern kürzt und das Leben der Bürgerinnen und Bürger immer teurer macht.

(Zurufe von der SPD)

**Sevim Dağdelen**

- (A) Zweitens. Aus der Europäischen Union sollen jetzt noch einmal 50 Milliarden Euro an die Ukraine fließen, dann noch mal 186 Milliarden für den versprochenen EU-Beitritt. 24 Prozent der EU-Gelder stammen übrigens von den deutschen Steuerzahldern. Sie pumpen Milliarden Euro in die Ukraine, die sich damit brüstet, Oppositionelle im Ausland zu ermorden, Journalisten im Inland politisch zu verfolgen und in Gefängnissen umkommen zu lassen, wie den Amerikaner Gonzalo Lira. Sie belohnen hier Terror – und sonst nichts.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Es ist schwer, noch größeren Unsinn als die AfD zu erzählen, aber Sie schaffen das!)

Drittens. Während sich die USA finanziell immer weiter aus der Ukraine zurückziehen, sattelt die Bundesregierung drauf. Während in den USA laut „New York Times“ oder auch „The Washington Post“ hinter den Kulissen eine Verhandlungslösung für den Frieden ausgelotet wird, setzt die Ampel auf noch mehr Krieg. Das ist Irrsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und des Abg. Dr. Malte Kaufmann [AfD] – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein Schwachsinn!)

Wir brauchen Vernunft in der Außenpolitik und diplomatische Initiativen für die Beendigung dieses furchtbaren Krieges statt immer weiterer Kriegskredite.

(Ulrich Lechte [FDP]: Das war aber schon mal niveaumöller, Frau Kollegin!)

- (B) Ich sage noch eins zum Antrag der AfD:

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Sevim Dağdelen** (fraktionslos):

Hier konkrete Verhandlungsergebnisse vorwegzunehmen, können wir nicht unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das sind doch Ihre geistigen Brüder! Sie gehören doch zu denen!)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Als Nächste erhält das Wort Renata Alt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Renata Alt** (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Krieg in der Ukraine ist eine furchtbare Tragödie und ein schreckliches Verbrechen. In den bald zwei Jahren sind über 10 000 Zivilisten gestorben, fast 20 000 wurden verletzt, fast 1,5 Millionen Häuser wurden zerstört, 6 Millionen Menschen mussten die Ukraine verlassen, 5 Millionen Menschen sind zu Binnenflüchtlingen

geworden. Die Menschen in der Ukraine wünschen sich (C) nichts sehnlicher als ein baldiges Ende dieses menschenverachtenden Krieges, Kollegen der AfD.

Wladimir Putin könnte diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg sofort beenden. Sofort! Sie machen sich hier zu seinem Steigbügelhalter.

(Zuruf des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU])

Dabei müssten Sie ihm eigentlich ausrichten, dass er derjenige war, der hier alles in Gang gesetzt hat. Er hat die Krim annektiert. Er ist der Erste, der die Möglichkeit hätte, alles sofort zu stoppen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber wenn es nach Putin geht, soll es keine ukrainische Nation mehr geben. Wo sehen Sie, Kollegen von der AfD, da überhaupt Raum für irgendwelche Kompromisse?

Seit zwei Jahren blutet die Ukraine aus. Seit zwei Jahren beobachten wir abscheulichste Menschenrechtsverletzungen und das unsägliche Leid der Menschen: ermordete Zivilisten in Butscha und Irpin, Tausende nach Russland verschleppte ukrainische Kinder, Kriegsgefangene, zu denen Russland dem Roten Kreuz entgegen aller internationalen Vereinbarungen den Zugang verweigert, Folter und russische Filtrationslager in den besetzten ukrainischen Gebieten. Glauben Sie ernsthaft, die ukrainische Regierung würde nicht alles dafür tun, um dieses Elend zu beenden, wenn sie es nur könnte?

In Ihrem Antrag fordern Sie, dass eine Friedensdelegation unter der Leitung der OSZE eingesetzt werden soll; Joe Weingarten hat es angesprochen. Dabei legen Putin und seine Handlager die OSZE seit zwei Jahren komplett lahm. Wir als Delegierte der parlamentarischen Delegation der OSZE erleben das jedes Jahr. (D)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Frau Abgeordnete.

**Renata Alt** (FDP):

Auch die letzte Organisation, die sich für den Frieden und die Menschenrechte sowohl in Europa als auch in Russland einsetzt, will Putin zerstören. Wissen Sie das nicht, oder geht es Ihnen gar nicht um diese Fakten?

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Frohnmaier von der AfD?

**Renata Alt** (FDP):

Nein.

Meine Damen und Herren, es gibt seriöse Friedensinitiativen; einige wurden hier schon genannt. Diese müssen wir unterstützen, damit die Ukraine unabhängig wird und endlich Frieden erlebt. Das müssen wir mit vollen Kräften und in enger Absprache mit unseren ukrainischen Partnern tun. Die Vorschläge von der AfD hingegen sind reiner Populismus, fernab von jeglicher Realität.

**Renata Alt**

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen auch weiterhin an der Seite der Ukraine. Wir werden auch weiterhin die Ukraine unterstützen; denn der Frieden für Europa und die Sicherheit von Europa entscheiden sich gerade jetzt an der ukrainisch-russischen Grenze.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Jetzt erhält das Wort der fraktionslose Abgeordnete Robert Farle.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Jetzt kommt Radio Moskau!)

**Robert Farle** (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Stolz hat der Kanzler auf Twitter von seinem jüngsten Telefonat mit Biden berichtet, in dem er zugesagt hat – mal so nebenbei –, dass er jetzt weitere 7 Milliarden Euro für Waffen für die Ukraine bereitstellen wird. Da demonstrieren 30 000 Menschen – Bauern, Mietständer, Handwerker, kleine Gewerbetreibende aus den ländlichen Regionen –, und die Ampel reagiert eiskalt. Sie nimmt nichts zurück und belastet unsere ganze ländliche Bevölkerung. Schon über 200 Milliarden Dollar haben die USA, Deutschland und weitere NATO-Länder für Waffen, Finanzhilfen, Unterstützungsleistungen für die Ukraine ausgegeben und damit die Profite der amerikanischen Rüstungsindustrie auf die Spitze getrieben. Lindner rühmte sich auf dem Dreikönigstreffen, dass Deutschland die Hälfte aller europäischen Hilfszahlungen leistet. Aber für unsere Bauern ist kein Geld da.

Der Krieg in der Ukraine ist nicht der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins,

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Doch!)

sondern er ist die Folge einer langfristigen Politik der USA mit dem Ziel eines Regimewechsels in Russland und der dauerhaften Zerstörung der russischen Wirtschaft.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Falsch!)

Aber Sie können die Wahrheit gar nicht kennen; denn Sie können sie gar nicht lesen. In Deutschland ist jede russische Publikation verboten.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

So viel zum Thema Meinungsfreiheit. Versuchen Sie doch mal, RT Deutschland zu empfangen. Das ist in Deutschland verboten. Hier gibt es diesbezüglich doch gar keine Meinungsfreiheit.

(Zurufe von der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Hier gibt es nur Artikel vom „Spiegel“ und von Relo-tius. Lüge um Lüge, und die gebrauchen Sie ja ständig.

(Ulrich Lechte [FDP]: Die Redezeit ist um!)

Es gelang den USA durch den völkerrechtswidrigen Putsch auf dem Maidan, 2014 eine antirussische Regierung in Kiew einzusetzen und die ukrainische Armee zur zweitstärksten Armee Europas zu machen, um die Separatistengebiete im Donbass einzunehmen und die Krim anzugreifen.

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter, versuchen Sie bitte, zum Schluss zu kommen.

**Robert Farle** (fraktionslos):

Das Kriegsprogramm der Ukraine kennen wir aus dem März 2021. Im November des Jahres hat Selenskyj die Bombardierung des Donbass verzweiflicht lassen.

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

**Robert Farle** (fraktionslos):

Zehntausend Ukrainer hat dieser Selenskyj, ein Kriegsverbrecher, auf dem Gewissen.

(Zurufe von der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Das wollen Sie nicht hören.

Ich muss jetzt zum Schluss kommen. Das tue ich auch. Ich halte mich an die Redezeit.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Herr Abgeordneter, Sie halten sich leider nicht an die Redezeit. Sie haben jetzt eine Minute überzogen, und ich muss Ihnen jetzt leider das Wort entziehen.

(Das Mikrofon wird abgeschaltet)

Wir danken Ihnen für Ihren Beitrag. Wenn Sie sich wieder setzen würden!

(Abg. Robert Farle [fraktionslos] spricht weiter)

– Herr Farle, man hört Sie doch nicht mehr. Bitte setzen Sie sich doch wieder. – Danke.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Hau ab! Witzfigur!)

Also diese Debatte hat es echt in sich.

Wir kommen jetzt zum letzten Redner in dieser Debatte, und das ist Johannes Schraps für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

<p>(A) <b>Johannes Schraps</b> (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin erst mal froh, dass diese Debatte, so zynisch der ihr zugrundeliegende Antrag auch ist, nicht mit den Worten meines Vorredners enden muss.</p>	<p><b>Vizepräsidentin Aydan Özoguz:</b> (C) Bitte schön.</p>
<p>(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)</p>	<p><b>Annalena Baerbock</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Kollege Schraps. – Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, von der FDP, von der SPD und von den Grünen, die deutlich gemacht haben, wie wichtig die Fakten sind. Und danke, dass Sie mich gefragt haben, ob ich einige Worte zu den Behauptungen der AfD-Kollegen zu Istanbul sagen könnte.</p>
<p>„Russische Grenzen enden nirgendwo“. So steht es auf einem Großplakat, das an der russisch-estnischen Grenze am Grenzkontrollpunkt Iwangerod/Narva aufgehängt ist. Ähnliche Transparente finden sich auch in Moskau und anderswo in Russland. Mit diesem Slogan macht Wladimir Putin Wahlkampf für die Scheinpräsidentschaftswahl, die in diesem Jahr in Russland stattfindet.</p>	<p>(Andreas Bleck [AfD]: Was ist das denn für ein Theater?) Sie haben ausgeführt, dass es die Amerikaner, die Briten, der Westen und damit auch wir im Deutschen Bundestag, der das ja unterstützt habe, gewesen wären, die dafür gesorgt hätten, dass die Friedensgespräche in Istanbul, auf die Ihr AfD-Kollege hier Bezug genommen hat, nicht zum Erfolg geführt hätten.</p>
<p>„Russische Grenzen enden nirgendwo“. Estland, aber auch die beiden anderen baltischen Staaten sind als direkte Nachbarn nachvollziehbarerweise besorgt, dass Russlands militärische Aggression auch sie direkt betreffen könnte, so wie im Fall der Republik Moldau oder Georgiens, die wieder betroffen sind. Kein Wunder bei derart eindeutigen Aussagen.</p>	<p>Sie haben ausgeführt, dass es die Amerikaner, die Briten, der Westen und damit auch wir im Deutschen Bundestag, der das ja unterstützt habe, gewesen wären, die dafür gesorgt hätten, dass die Friedensgespräche in Istanbul, auf die Ihr AfD-Kollege hier Bezug genommen hat, nicht zum Erfolg geführt hätten.</p>
<p>„Russische Grenzen enden nirgendwo“. Putin macht damit klar, dass für ihn die Maxime gilt, Russland nach Belieben erweitern zu können, und zwar mit brutaler militärischer Gewalt. Gegen die Ukraine wendet er dieses Mittel nun seit fast zwei Jahren an, anderen droht er. In einem Interview vor einigen Tagen sagte der russische Diktator, dass er gar nicht verhandeln möchte bzw. wenn, dann nur über die Kapitulation der Ukraine, und dass er gar nicht daran denkt, irgendwelches erobertes Territorium wieder zurückzugeben.</p>	<p>(Zurufe von der AfD) – Das hat er gesagt. Das können Sie, da Sie so laut schreien, im Protokoll noch mal nachlesen. Das war Ihre Behauptung.</p>
<p>(B) Deshalb ist es besonders infam – insbesondere in Anwesenheit unserer Außenministerin Annalena Baerbock, die bei den Verhandlungen in Istanbul, die Sie angesprochen haben, dabei war –, wenn Sie in Ihren Wortbeiträgen hier behaupten, der Westen hätte die Verhandlungen in Istanbul abgebrochen. Das ist falsch, Kolleginnen und Kollegen.</p>	<p>(Andreas Bleck [AfD]: Unfassbar! – Matthias Moosdorf [AfD]: Das war Herr Bennett! Das war der israelische Ministerpräsident Bennett, der das gesagt hat, Frau Baerbock!) Der Westen, haben Sie hier gesagt, hätte diese Friedensgespräche nicht gewollt. (D)</p>
<p>(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)</p>	<p>Zu den Fakten. Wenn man die Hälfte an Fakten weglässt, dann wird es auch zur Lüge. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)</p>
<p>Ich weiß gar nicht, was es sonst noch alles braucht, damit auch diejenigen, die es bislang nicht verstehen konnten oder wollten, merken, was auf dem Spiel steht. Sie von der AfD haben das ganz offensichtlich immer noch nicht verstanden, da Sie hier einen solchen Antrag einbringen. Es war aber auch nicht anders zu erwarten. Leider haben Ihre Wortbeiträge in dieser Debatte genau das wieder gezeigt. Außenministerin Annalena Baerbock könnte sicherlich aufklären, was in Istanbul tatsächlich besprochen wurde.</p>	<p>Fakt ist: Herr Selenskyj, der Präsident der Ukraine, hatte eine Delegation nach Istanbul geschickt, um alles dafür zu tun, dass dieser brutale Angriff aufhört. Das war im März 2022, direkt nach den Angriffen im Februar. Er hat alles dafür getan, damit diese Kampfhandlungen aufhören. Es gab also diese Verhandlungen.</p>
<p><b>Vizepräsidentin Aydan Özoguz:</b> Erlauben Sie denn eine Zwischenfrage?</p>	<p><b>Vizepräsidentin Aydan Özoguz:</b> Frau Abgeordnete, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.</p>
<p><b>Johannes Schraps</b> (SPD): Selbstverständlich, Frau Präsidentin.</p>	<p><b>Annalena Baerbock</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben selbst gesagt, Herr Selenskyj hätte gesagt, sogar über Neutralität könne man verhandeln. Die Bedingungen dafür waren – das haben Sie hier wissentlich weggelassen und machen es damit zu einer Lüge –:</p>
<p><b>Vizepräsidentin Aydan Özoguz:</b> Frau Abgeordnete.</p>	

(A) **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– Rückzug der russischen Truppen, Einstellung der Kampfhandlungen. Dazu war der russische Präsident nicht bereit. Zu dieser Zeit fanden dann auch die Taten in Butscha und Irpin statt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen haben wir von den demokratischen Parteien hier im Bundestag gemeinsam die Waffenlieferungen unterstützt. Es ging nicht nur um den Frieden in der Ukraine, –

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, jetzt zum Schluss zu kommen.

**Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– sondern der Frieden in ganz Europa und damit auch der Frieden unseres Landes war gefährdet.

Herzlichen Dank, Herr Kollege Schraps, und herzlichen Dank allen anderen Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und bei fraktionslosen Abgeordneten)

(B) **Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Bleiben Sie bitte noch stehen.

**Johannes Schraps** (SPD):

Ich glaube, es war sehr gut, dass wir einmal von derjenigen, die dabei war, gehört haben, wie diese Verhandlungen abgelaufen sind.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb ist es, glaube ich, wirklich wichtig, noch mal ganz klar festzustellen: Für Kiew ist dieser brutale und ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands eine existenzielle Bedrohung. Für Russland, für Moskau, ist es lediglich die Ausgestaltung der eigenen imperialistischen, militaristischen Großmachtfantasien. Das ist, glaube ich, bei den Verhandlungen in Istanbul sehr deutlich geworden. Vielen Dank, dass Sie das noch einmal dargestellt haben!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Putins Ziel ist die Zerstörung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine. Er will das Land erobern – das hat er klar gesagt –, ein Land, das sich qua Verfassung zu den Grundwerten der Europäischen Union und zu unserer europäischen Familie bekannt hat. Und ein essenzielles Grundrecht unserer europäischen Staatenfamilie ist das Recht eines jeden Staates, souverän und unabhängig über seine eigene Sicherheit zu entscheiden.

Ich wusste ehrlich gesagt nicht, ob ich lachen oder weinen sollte, als ich ausgerechnet diesen Satz als ersten Satz – Kollege Knut Abraham hat das vorhin schon angesprochen – in Ihrem zynischen Antrag lesen musste,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Knut Abraham [CDU/CSU])

da der gesamte Rest dieses Antrages diesen Satz absolut negiert, mit Füßen tritt und der Ukraine dieses Recht ganz offensichtlich nicht zuerkennt. Die Überschrift hört sich scheinbar gut an – eine Friedensinitiative für die Ukraine und Russland. Aber dieser Antrag ist wieder ein Paradebeispiel dafür, wie die AfD Tatsachen verdreht. Wofür Sie eigentlich stehen, müssten wir in den letzten Tagen in den eindrücklichen Berichten von [correktiv.org](http://correktiv.org) lesen. Die Pläne aus Ihren Reihen sind entsetzlich, und sie verdienen unsere schärfste Ablehnung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU])

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Moosdorff?

**Johannes Schraps** (SPD):

Nein, die AfD hatte genug Redezeit, viel zu viel Redezeit, wenn Sie mich fragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)

Abgesehen davon, dass Putin diesen Krieg, den er begonnen hat, sofort beenden könnte – das ist gesagt worden –, liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Die sogenannte Friedensformel von Präsident Selenskyj wird hoffentlich dazu führen, dass die Schweizer Regierung auch in Zukunft weitere Friedenskonferenzen umsetzen kann, und ist ein klares Signal, dass Kiew Frieden will. Wie könnte man den auch nicht wollen, bei dem Blutzoll, den die Ukraine im Moment zahlen muss?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Johannes Schraps** (SPD):

All den Forderungen, die Präsident Selenskyj darin zugrunde legt, können wir uns voll und ganz anschließen; denn das Land muss souverän und unabhängig über seine eigene Sicherheit entscheiden können. Das kann niemand anderes tun. Genau daran sollten wir auch hier im Haus festhalten, und genau dabei sollten wir die Ukraine weiter unterstützen.

Ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Vielen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache. Selbstverständlich werde ich, wie ich das immer mache, mir angezeigte Wortbeiträge auch im Nachhinein noch einmal überprüfen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Vor allem die von Frau Baerbock!)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/5894, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/5551 abzulehnen.

Die Fraktion der AfD hat namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Abgeordneten im Saal aber, noch für weitere Abstimmungen hierzubleiben; Sie kennen das. Sie haben nach Eröffnung der Abstimmung zur Abgabe Ihrer Stimme 20 Minuten Zeit. Die Schriftführerinnen und Schriftführer sind an ihren Plätzen, wurde mir gesagt. – Wunderbar.

Dann eröffne ich jetzt die namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Die Abstimmungsrunden werden um 14.54 Uhr geschlossen. Das bevorstehende Ende der namentlichen Abstimmung wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

(B) Zusatzpunkt 7. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 20/10061 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 35 a und 35 b sowie den Zusatzpunkt 8 auf:

35 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Dr. Christina Baum, Martin Sichert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Warnung vor veganer Ernährung bei Risikogruppen**

**Drucksache 20/9798**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Gesundheit (f)  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Die Grundförderung für Kadersportler ohne Sportförderstelle muss angehoben werden**

**Drucksache 20/10066**

Überweisungsvorschlag:  
Sportausschuss (f)  
Haushaltsausschuss

ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Martin Sichert, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Ambulante ärztliche Versorgung zukunftsicher machen**

**Drucksache 20/10067**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Gesundheit (f)  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Arbeit und Soziales  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für Digitales  
Haushaltsausschuss

Es handelt sich um **Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte**.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 36 a bis 36 h sowie die Zusatzpunkte 9 a und 9 b auf. Es handelt sich um die **Beschlussfassung** zu Vorlagen, zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 36 a:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (16. Ausschuss) zu der Verordnung der Bundesregierung

(D)

**Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen und zur Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung**

**Drucksachen 20/9649, 20/9818 Nr. 2, 20/10075**

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/10075, auf eine Ablehnung oder Änderung der Verordnung auf Drucksache 20/9649 zu verzichten. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das ist die Ampelkoalition. Wer stimmt dagegen? – CDU/CSU und die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Die Fraktionslosen haben sich nicht weiter verhalten. Dann ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 36 b:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2 BvR 1523/23**

**Drucksache 20/10073**

Der Ausschuss empfiehlt, in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Stellung zu nehmen und die Präsidentin zu bitten, Prozessbevollmächtigte zu bestellen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das ist die Ampelkoalition. Wer stimmt dagegen? – Nie-

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 18701 C

## Analysegegenstand 3

### Vizepräsidentin Aydan Özoguz

(A) Wir fahren fort. – Vielleicht gehen Sie nicht alle sofort raus, damit wir etwas mehr Ruhe im Raum haben.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 c:

- a) Beratung des Antrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen

#### Drucksache 20/10375

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Matthias Moosdorf, Petr Bystron, Tino Chrupalla, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

### Den rechtsstaatlichen Finanz- und Wirtschaftsstandort Europa nicht durch rechtswidrige Verwendung russischen Staatsvermögens zerstören

#### Drucksache 20/10388

Über den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP werden wir später namentlich abstimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Tagesordnungspunkt heiße ich auf der Ehrentribüne den Botschafter der Ukraine, Seine Exzellenz Herrn Oleksij Makejew, herzlich willkommen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sehr geehrter Herr Botschafter, mit Ihnen grüßen wir in freundschaftlicher Verbundenheit das Volk der Ukraine, seinen Präsidenten Wolodymyr Selenskij und den Präsidenten der Werchowna Rada, unseren parlamentarischen Kollegen Ruslan Stefantschuk.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Bitte übermitteln Sie allen unsere Solidarität und unser ungebrochenes Bestreben für eine Perspektive der Ukraine in Frieden, Freiheit und territorialer Unversehrtheit, frei von äußerer Bedrohung.

Der Deutsche Bundestag wird am kommenden Samstag, dem zweiten Jahrestag des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, auch die ukrainische Nationalflagge hissen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich freue mich, dass auch die Wehrbeauftragte weiterhin an unserer Sitzung teilnimmt, und grüße sie auch von dieser Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 68 Minuten vereinbart.

Wenn Sie alle so weit sind, dann eröffne ich die Aussprache, und das Wort erhält für die Bundesregierung der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

### Boris Pistorius, Bundesminister der Verteidigung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Botschafter! Sehr geehrte Frau Wehrbeauftragte, liebe Eva Högl! Nach der Debatte zum letzten Tagesordnungspunkt – das gebe ich unumwunden zu – ist die Versuchung groß, auf die beiden fünften Kolonnen Moskaus links und rechts des Parlaments einzugehen.

(Marianne Schieder [SPD]: Ja, genau!)

Die Versuchung ist auch groß, einzugehen auf die Forderungen und Äußerungen der Unionsfraktion; aber gerade an Ihre Adresse sage ich: Es wäre gut, wenn wir uns darauf besinnen würden, worum es jetzt geht, und uns nicht in Schuldzuweisungen ergehen würden, was angeblich in zwei Jahren nicht gemacht worden ist, was in 15 Jahren vorher nicht geschehen ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Florian Hahn [CDU/CSU]: Das können wir Ihnen leider nicht ersparen!)

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass von allen Beteiligten viele Fehler gemacht worden sind. Aber jetzt von dieser Bundesregierung unter den aktuellen Rahmenbedingungen, (D) mit der Schuldenbremse, mit den Restriktionen, die wir haben, zu erwarten, die Fehler der Vergangenheit in zwei Jahren auszubügeln: Etwas mehr Demut und Konstruktivität würde ich mir schon wünschen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ein Satz ist mir nach meinen Besuchen in der Ukraine besonders in Erinnerung geblieben. Immer wieder sagten mir ukrainische Soldatinnen und Soldaten während unserer Gespräche: Wir kämpfen dafür, dass unsere Kinder diesen Kampf nicht noch einmal führen müssen.

Für die Ukrainerinnen und Ukrainer geht es um alles. Deswegen widerstehe ich der Versuchung, auf das andere näher einzugehen; denn es geht hier um viel, viel mehr, um viel, viel Größeres. Es geht um die Freiheit und die Sicherheit von über 40 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer. Es geht um die Integrität ihres Landes, ihre demokratischen Werte, ihre freiheitliche und selbstbestimmte Zukunft. Schon vor zehn Jahren haben russische Soldaten diese gewaltsam angegriffen, indem sie auf der Krim einmarschierten und sie schließlich völkerrechtswidrig annektierten.

Als im Winter vor etwa zehn Jahren Hunderttausende Menschen auf dem Maidan in Kiew für eine freie und selbstbestimmte Ukraine demonstrierten und viele starben, hätten die wenigsten es für möglich gehalten, dass zehn Jahre später immer noch und ein noch schlimmerer brutaler Krieg gegen ihr Land geführt wird.

**Bundesminister Boris Pistorius**

(A) Lieber Herr Gysi, wenn Sie sich allen Ernstes hierhinstellen und die Intervention der NATO und Europas in Serbien als Blaupause, als Rechtfertigung für Putin in diesem Zusammenhang darstellen, kann ich nur sagen: Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Matthias Moosdorf [AfD]: Das ist ein Bruch mit dem Völkerrecht gewesen!)

Das ist ein Krieg, meine Damen und Herren, über dessen Beginn alleine ein imperialer Herrscher in Moskau entschieden hat, ein Krieg, der inzwischen seit über 700 Tagen andauert, der Zehntausende unschuldige Menschenleben gekostet hat und der die Schicksale von ganzen Generationen prägen wird, ein Krieg, den Putin eben mal so von einem Tag auf den anderen beenden könnte, indem er seine Truppen aus den besetzten Gebieten bedingungslos zurückzieht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Putins Russland ist und wird auf absehbare Zeit die größte Sicherheitsbedrohung für Europa bleiben. Das macht auch dieser Antrag deutlich. Ich betone „Putins Russland“; ich sage ausdrücklich nicht „das russische Volk“.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Moskau wird nicht nur weiter mit allen Mitteln versuchen, die Ukraine von der Karte Europas zu tilgen, Putin und das russische Regime werden auch weiter versuchen, unsere freie Gesellschaft mit Cyberangriffen, mit gezielten Desinformationskampagnen, mit Propaganda in den sozialen Medien zu spalten und zu destabilisieren. Unsere Art, frei, selbstbestimmt und in Demokratie zu leben, ist das eigentliche Feindbild von Putin. Es geht ihm um mehr als die Ukraine. Er hat Angst vor der Bedrohung – nicht durch die NATO oder eine widerstandsfähige Ukraine, sondern davor, dass die freie, demokratische Welt ihm auf die Pelle rückt und sein Regime, seine Macht gefährdet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wie wir auf diese russische Bedrohung und den russischen Krieg in der Ukraine antworten, wird das Leben zukünftiger Generationen prägen, auch in diesem Land. Deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir heute und auch in Zukunft alles daransetzen, uns dieser Bedrohung mit aller Kraft entgegenzustellen.

Das tun wir, indem wir die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Freiheitskampf, in ihrem Überlebenskampf unterstützen – mit Panzern, mit Waffensystemen und Munition, mit Ausbildung und vielem mehr. Allein für das laufende Jahr sind Ausgaben in Höhe von 7 Milliarden Euro geplant, und wir werden nicht nachlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

(C)

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Jürgen Hardt aus der CDU/CSU-Fraktion?

**Boris Pistorius**, Bundesminister der Verteidigung:  
Gerne.

**Jürgen Hardt (CDU/CSU):**

Danke schön, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe eine konkrete Frage an Sie. In dem Antrag findet sich die Formulierung „Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition.“ Umfasst das für Sie Taurus oder nicht?

**Boris Pistorius**, Bundesminister der Verteidigung:

Das kann ich nicht beantworten. Ich habe den Antrag gelesen; die Antragsteller werden sich ihren Teil dabei gedacht haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Konstantin Kuhle [FDP]: Das kann man wohl sagen!)

Ich bin nicht Mitglied der Fraktion.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen mal eins sagen: Wenn Sie auf der Münchner Sicherheitskonferenz unterwegs sind, auf den Verteidigungsministertreffen in Brüssel, bei der NATO, bei Shangri-La oder bei anderen internationalen Begegnungen, dann hören Sie immer wieder: dass Deutschland Bewunderung erfährt für das, was es für den Kampf der Ukraine leistet; dass Deutschland bewundert wird für die Konsequenz,

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Aber nicht diese Bundesregierung! – Florian Hahn [CDU/CSU]: Des Kaisers neue Kleider!)

mit der es nach anfänglicher Zögerlichkeit Fahrt aufgenommen hat. Und es ist so typisch für uns: In aller Welt werden wir bewundert für unsere Leistungsfähigkeit, und hier redet uns die Opposition in Grund und Boden. Vielen Dank dafür, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Florian Hahn [CDU/CSU]: Das glauben nur Ihre eigenen Leute!)

Vergangene Woche haben wir mit der Ukraine eine Sicherheitsvereinbarung beschlossen, die noch einmal unsere dauerhafte militärische Unterstützung für die nächsten Jahre unterstreicht. Aber, meine Damen und Herren, die Unterstützung der Ukraine ist das eine. Das andere ist unsere eigene Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit. Unsere gemeinsame Sicherheit kostet. Und, ja, wer von uns würde nicht lieber in Zeiten leben, in denen es nicht nötig wäre, viel Geld für Waffen auszugeben? Aber der Kanzler hat es am Wochenende bei der MSC auf den Punkt gebracht: „Ohne Sicherheit ist alles andere nichts“.

Ich erinnere an die Worte von Präsident Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Er sagte: Wir in der Ukraine hatten 2014 die Zeichen der Zeit erkannt und haben uns vorbereitet auf das, was dann acht Jahre später

**Bundesminister Boris Pistorius**

- (A) tatsächlich passierte. Nur deswegen und dank der Unterstützung aus dem Westen konnten wir bis heute so erfolgreich standhalten. Und er hat gesagt: Diese Zeit hat Europa jetzt nicht.

Wir reden über eine Zeitspanne von ich weiß nicht wie vielen Jahren. Aber das spielt keine Rolle, weil wir jetzt alles tun müssen, um Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit, um Kriegstüchtigkeit – ja, meine Damen und Herren! – zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Denn genau darum geht es. In einem Krieg, der gegen uns geführt werden könnte, bestehen zu können, das ist die Herausforderung. Es nützt uns nichts, wenn wir das „sugarcoaten“, wie man so schön sagt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deswegen ist jetzt die Zeit, dafür zu sorgen, dass unsere zukünftigen Generationen in Freiheit und in Sicherheit leben können, indem wir in unsere Sicherheit und in die unserer Partner investieren: mit unserem Engagement in der NATO, in der Europäischen Union, mit unserer dauerhaften Stationierung einer Brigade in Litauen und mit unseren nationalen Verteidigungsausgaben. Und es wird kein Weg daran vorbeiführen, dass wir diese auch langfristig erhöhen müssen.

- (B) Gleichzeitig müssen wir mehr oder wieder darüber sprechen, was es für jede und jeden Einzelnen bedeutet, mehr für unsere eigene Sicherheit zu tun. Es bedeutet, dass wir mit den Menschen in unserem Land über diese Themen sprechen, ohne Alarmismus, aber mit klaren Worten, mit Ehrlichkeit. Ich bin überzeugt: Nur wenn unsere Gesellschaft versteht, was es bedeutet, unsere eigene Sicherheit zu stärken als Garant dafür, in Freiheit zu leben, wie wir es wollen, nur dann kann sie auch aktiv dazu beitragen.

Meine Damen und Herren, für ein Leben in Frieden, Freiheit und Demokratie kämpft die Ukraine einen tapferen Kampf. Aber dafür müssen auch wir als Bundesrepublik Deutschland stehen, als größter NATO-Partner in Europa. Wir tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dafür zu sorgen, dass auch zukünftige Generationen ein friedliches und freies Leben hier bei uns führen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Der nächste Redner ist Dr. Johann Wadephul für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Botschafter! Ich denke, im Zentrum dieser und auch der vorangegangenen Debatte sollte doch

insgesamt stehen, dass das Volk der Ukraine und Ihre Regierung, Herr Botschafter, sich vollständig darauf verlassen kann, dass die breite Mitte dieses Hauses und damit die breite Mitte der Bundesrepublik Deutschland hinter Ihnen steht in diesem Kampf um die Freiheit Ihres Volkes, in diesem Kampf gegen den russischen Aggressor.

Ich denke, wir sollten Ihnen hier heute versichern, dass wir uns alle – zwei Jahre nach dem Überfall, zwei Jahre nach der wichtigen Rede des Bundeskanzlers zur Zeitenwende – bewusst sind: Wir haben noch eine ganze Menge Aufgaben vor uns. Sie können sich auf Deutschland verlassen! Wir stehen an Ihrer Seite!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich glaube, wir sollten uns diese Dimension, vor der wir insgesamt stehen – auch Bundesminister Pistorius hat das gerade eben unterstrichen –, noch einmal bewusst machen. Kollege Faber hat darauf hingewiesen: Eine Tankfüllung von hier entfernt findet ein schrecklicher Krieg statt, in dem jeden Tag Hunderte, oftmals über Tausend junge Männer fallen. Das findet nach wie vor statt.

Diesen Krieg führt Russland mit der Unterstützung der schrecklichsten und barbarischsten Regime, die diese Welt kennt: Das Mullah-Regime des Iran und Nordkorea stehen an seiner Seite und liefern die jetzt notwendigen Waffensysteme, insbesondere Drohnen. Mittlerweile gibt es auch Berichte – das muss überprüft werden; das müssen wir in Peking nachfragen –, wonach sich auch chinesische Technologie in Drohnenwaffen wiederfindet.

Deswegen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Das ist ein Kampf, den die Ukraine für uns alle führt – gegen Revanchismus, gegen Regime, die Menschenrechte verachten, die jede regelbasierte Ordnung ablehnen. Und, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle sollten wir zusammenstehen und das Gemeinsame sehen. Wir sollten gemeinsam sehen, an wessen Seite wir stehen müssen, nämlich an der Seite der Ukraine. Das ist wichtig. Das ist zentral.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deswegen würde ich jetzt ungerne auf unterschiedliche kleinere und größere Abweichungen eingehen. Keiner der beiden Anträge ist perfekt, unserer wahrscheinlich auch nicht – es hat ein paar Anmerkungen zur Afrika-Politik usw. gegeben –; das hat ja nie jemand behauptet. Die Ansicht, dass wir Konflikte auf dieser Welt nur durch Waffen lösen, vertritt ja in der politischen Debatte niemand ernsthaft. Und wenn Ihnen dies eine hinreichende Rechtfertigung dafür ist, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen wollen: Geschenkt! Das ist nicht der Punkt.

Die Frage ist, ob wir insgesamt, ob diese Bundesregierung die Zeitenwende verstanden hat, sie lebt und wirklich mit aller Energie versucht durchzusetzen.

**Dr. Johann David Wadehul**

(A) (Beifall bei der CDU/CSU)

Daran haben wir erhebliche Zweifel; denn dieser Krieg wird durch Willen und durch Logistik entschieden. Da kann Deutschland mehr tun, als es jetzt tut.

Und das relative Desinteresse der Bundesregierung zeigt sich schon daran, dass der einzige Minister, der an der ganzen letzten Debatte und an dieser Debatte teilgenommen hat, Herr Bundesminister Pistorius ist, wofür ich ihm ausdrücklich danke. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, was muss hier eigentlich im Deutschen Bundestag in der Kernzeit auf die Tagesordnung, dass Bundeskanzler Scholz hinreichend Zeit und Gelegenheit findet, an den Debatten des Deutschen Bundestages teilzunehmen?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was muss eigentlich geschehen, damit er das versteht?

(Marianne Schieder [SPD]: Jetzt hören Sie auf!  
Das ist doch billiger Populismus!)

– Also, wenn Sie jetzt die Aufforderung, dass der Regierungschef an einer Parlamentsdebatte teilnimmt, als Populismus zeihen, liebe Frau Kollegin, dann muss ich einmal fragen: Wie weit ist es mit Ihrem Parlamentsverständnis eigentlich gekommen?

(Beifall bei der CDU/CSU – Peter Beyer  
[CDU/CSU]: Was ist das für ein Demokratieverständnis?)

Ich will Ihnen auch einen Sachgrund sagen – er soll ja nicht nur hier sitzen und den Stuhl besetzen –: Ich würde von Bundeskanzler Scholz in dieser Situation gern wissen, was denn nun das ganz große Problem mit der Lieferung der Taurus-Raketen ist. Niemand weiß es.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Wenn Sie das nicht verstanden haben, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen!)

Nein, wir haben dazu keine rationale Erklärung bekommen.

(Matthias Moosdorf [AfD]: Einfach mal nachdenken! – Weitere Zurufe von der AfD)

Es gibt auch Möglichkeiten, geheim zu tagen. Es gibt Möglichkeiten, das hier zu erläutern. Aber wenn es so wichtig ist, die Lieferung von Taurus aus dem Antrag herauszunehmen, dann zeigt doch gerade diese Herausnahme, dass dem Bundeskanzler die Nichtlieferung wichtig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Öffentlichkeit, die Ukraine und der Deutsche Bundestag haben doch einen Anspruch darauf, zu erfahren, warum das nicht geschieht, wo doch die ganz große Mehrheit des Hauses im Grunde der Meinung ist, es müsste geschehen. Diese Antwort vom Bundeskanzler erwarten wir.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders dramatisch ist natürlich, dass sogar der Bundesverteidigungsminister, der die Waffensysteme dann ja zur Verfügung stellt, hier gerade eingeräumt hat: Er weiß eigentlich auch nicht, warum der Bundeskanzler diese nicht genehmigt.

(Beifall des Abg. Thomas Rachel [CDU/CSU] – Marianne Schieder [SPD]: Das hat er nie gesagt!)

(C)

– Das hat er gerade eben in der Debatte gesagt; Sie sollten vielleicht zuhören.

(Marianne Schieder [SPD]: Nein! Das hat er nicht!)

Im Übrigen kommen jetzt Redner der SPD und können uns ihr Wissen kundtun. Wir wissen bis jetzt nicht, warum die Lieferung dieses Waffensystems verweigert wird. Deutschland weiß es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruflie von der SPD – Matthias Moosdorf [AfD]: Ich erkläre es gleich!)

– Es ist so. Bitte, es steht Ihnen gleich frei, das zu beantworten.

In diesem Zusammenhang muss ich sagen: Herr Minister Pistorius, natürlich können nicht alle Fehler der Vergangenheit geheilt werden. Und diejenigen der Vergangenheit sind ja unser beider Fehler, weil wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten regiert haben. Aber man muss in dieser historischen Situation schon das Richtige tun. Und da gibt es mindestens zwei Punkte, die nicht geklärt sind. Der erste Punkt betrifft die Taurus-Lieferung und der zweite die mangelhafte Ausstattung der Bundeswehr mit hinreichenden finanziellen Möglichkeiten.

Wir haben Sie zu hundert Prozent bei der Forderung unterstützt, 10 Milliarden mehr für die Bundeswehr bereitzustellen. Die hat Ihnen nicht nur der Bundeskanzler verweigert, sondern, liebe FDP, auch Finanzminister Lindner, der gerne Wehrübungen macht, der sich gerne zur Bundeswehr bekennt. Aber wenn es darauf ankommt, dann steht die Bundeswehr bei Ihnen im Regen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das gehört auch zur Zeitenwende; das muss sich in Zukunft ändern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auseinandersetzung in der Sache darf in aller Schärfe geführt werden. Aber die Beleidigungen zwischen den Reihen – ich spreche jetzt einfach mal niemanden an – habe ich jetzt zufällig mitbekommen; das Protokoll kann sie wirklich nicht aufnehmen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Wurde entschuldigt, wurde angenommen!)

– Ja, wunderbar. Wenn es auch Entschuldigungen gegeben hat, ist das noch besser. Am besten wäre, Sie machen es gar nicht erst.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hoffe, dass ich davon ausgehen kann, dass alle Mitglieder des Hauses ihre Stimme bereits abgegeben haben; denn wir liegen schon über der Zeit. – Jetzt rennen doch einige raus. Können Sie sich bitte sehr beeilen? Wir müs-

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz**

- (A) sen nämlich schließen. Ich gebe Ihnen jetzt noch eine Minute. – So, kann jemand den Daumen hochhalten, ob auch der Letzte seine Stimme abgegeben hat? – Ja, wunderbar.

Dann schließe ich jetzt die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis geben wir Ihnen später bekannt.<sup>1)</sup>

Wir können fortfahren in unserer Debatte, und das Wort erhält Agnieszka Brugger für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Botschafter! Sehr geehrte Frau Wehrbeauftragte! Vor zwei Jahren hat Russland die Ukraine brutal mit einer großangelegten Invasion überfallen. Seit zehn Jahren führt Wladimir Putin völlig unprovokiert einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Menschen dort, der auch das Ziel hat, die europäische Friedensordnung zu zerstören.

Die Menschen in der Ukraine leider unter Terror, Angst, Tod, furchtbarsten Kriegsverbrechen: Kinder werden entführt, zivile Ziele skrupellos beschossen, russische Truppen morden, foltern und vergewaltigen. Und wenn Putin und sein Regime darauf spekulieren, dass wir uns jemals an diese Verbrechen oder an diesen Krieg gewöhnen, dann ist die ganz klare Botschaft dieser Debatte: Sie täuschen sich zutiefst! Nicht nur der Mut und der Wille der Ukraine sind ungebrochen. Auch unser Atem ist lang, und unsere Solidarität ist mehr als entschieden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Sicherheitsabkommen, das jüngst unterzeichnet wurde, untermauert diese Entschiedenheit zur langfristigen Unterstützung und zur Partnerschaft. Es ist ein wichtiger Schritt und zugleich nicht das Ende des Weges; denn die Zukunft der Ukraine liegt bei uns in der EU und in der NATO.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und unser Antrag bringt glasklar zum Ausdruck: Wir wollen alles dafür tun, dass mit unserer Unterstützung die Voraussetzungen dafür so schnell wie möglich erfüllt werden.

Lieber Kollege Wadephul, der Ton Ihrer Rede war anfangs wohltuend anders als der Ton der Redner in der letzten Debatte. Aber am Ende des Tages machen Sie eines, was ich wirklich verheerend finde: Sie reden klein, was diese Bundesregierung, dieser Bundestag und die Menschen in unserem Land in den vergangenen zwei Jahren für die Ukraine getan haben.

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 19626 D

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP) (C)

Es gab so viel Unterstützung: mit der Aufnahme von Geflüchteten, mit einer radikalen Abkehr von Öl und Gas – Putin füllt seine Kriegskassen aus den Einnahmen aus deren Verkauf –, mit mehr Mitteln für humanitäre Hilfe und sehr, sehr viel diplomatischem Einsatz auf der ganzen Welt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Im Umfang von 18 Milliarden Euro gab es auch breite militärische Unterstützung, ob bei dem so wichtigen Thema wie der Luftverteidigung oder eben auch beim Thema Panzer.

Ich möchte an dieser Stelle General Freudig und seinem Team ausdrücklich für ihre exzellente Arbeit danken!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Erndl?

**Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein. – Nur wenn sich die Ukraine erfolgreich militärisch wehrt, wird Russland dazu gebracht, seinen verbrecherischen, brutalen Krieg gegen die Freiheit zu beenden. Deshalb müssen wir uns in dieser ernsten Lage jeden Tag fragen, ob wir genug tun. Dafür braucht es Ernsthaftigkeit und einen selbstkritischen Blick, und ich würde sagen: von uns allen.

So richtig und notwendig der Appell des Kanzlers an einige, nicht alle, unserer europäischen Partner ist: Es ist gerade für Deutschland nicht die Zeit für Eigenlob, sondern angesichts der Fehler der Vergangenheit Zeit für Selbstkritik und noch mehr Einsatz; auch hier spricht unser Antrag eine deutliche Sprache.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Denn wenn es insgesamt nicht reicht, wird die Ukraine sich nicht erfolgreich wehren können, und dann enden auch Gewalt und Terror nicht.

Es wird die Geschichtsbücher nicht interessieren, wer auf welchem Platz im Ranking bei der Unterstützung der Ukraine stand. Wir müssen ehrlich in den Spiegel schauen und uns jeden Tag fragen: Tun wir alles, was wir tun können? Und wir alle wissen doch, was zu tun ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

So hat die Bundesregierung beispielsweise bei der lebensnotwendigen Frage der Unterstützung der Ukraine mit Munition bereits einiges auf den Weg gebracht. Und wir haben keine Sekunde mehr zu verlieren. Auch hier macht unser Antrag Druck und unterstützt die Bundesregierung bei ihren Initiativen.

**Agnieszka Brugger**

(A) Meine Damen und Herren, Wladimir Putin will nicht verhandeln. Es geht ihm eben nicht um irgendwelche Sicherheitsinteressen, sondern um seine imperialistische und faschistische Ideologie, die der Ukraine die Existenz abspricht und die die europäische Friedensordnung zerstören will.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Wer hat denn jemals Verhandlungen angeboten?)

Und die Behauptung, die auch von den Rechtsextremen hier immer wieder direkt aus den Telegram-Kanälen von Moskau verbreitet wird, dass Verhandlungen angeblich am Westen oder sogar an der Ukraine gescheitert seien, ist mittlerweile durch Fakten widerlegt; das ist erstunken und erlogen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Wie absurd diese Behauptung ist, sieht man daran, dass auch die Bemühungen anderer Akteure – Brasilien, China, Südafrika oder des VN- Generalsekretärs António Guterres – gnadenlos gescheitert sind. Putin hat sie nur mit einem beantwortet, nämlich mit der Teilmobilmachung, mit weiterer Eskalation, mit mehr Raketen und noch mehr Kriegsverbrechen.

Deshalb, meine Damen und Herren, unterstützen wir den Widerstand der Ukraine mit dem auch im Antrag bekräftigten Ziel, dass der Kriegsverbrecher Wladimir Putin diesen Krieg verliert und scheitert, und mit dem Ziel, dass die Ukraine gewinnt und sich behaupten kann. Anders wird es weder ein Ende der Gewalt geben noch jemals Chancen auf echte Verhandlungen.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wenn wir aufhören, die Ukraine zu unterstützen, dann gefährden wir auch unsere eigene Sicherheit und Freiheit und geben die regelbasierte Sicherheitsordnung der Gewalt des Brutaleren preis.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Und daher ist heute wie morgen und übermorgen klar: Wir lassen unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde nicht im Stich!

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Und wir stehen fest an ihrer Seite.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: 20 Jahre ohne Abschluss! Sie sollten sich was schämen! – Gegenruf der Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Gott, Sie sind so hasserfüllt!)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Für eine Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Erndl.

**Thomas Erndl** (CDU/CSU):

(C) Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Brugger, ich nehme an, Sie haben an dem Antragstext mitgewirkt; der Minister hat uns ja an Sie verwiesen.

Ich frage Sie: Umfasst die Formulierung im Antrag „Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition“ nach Ihrer Ansicht auch die Lieferung von Taurus, ja oder nein?

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Sagen Sie einfach Ja!)

**Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Kollege Erndl, dieser Antrag bildet den Konsens in den Koalitionsfraktionen ab, und er ist, ehrlich gesagt, in vielen Teilen ein großer Fortschritt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD und des Abg. Dr. Marcus Faber [FDP])

Sie kennen meine Position.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Sie kennen die Position der grünen Bundestagsfraktion, nämlich dass wir eine Lieferung von Taurus befürworten würden.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Die Frage war: Ja oder nein? – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Haben Sie zugestimmt?)

Sie wissen aber auch, dass am Ende des Tages diese Entscheidungen im Bundessicherheitsrat getroffen werden. Und Sie wissen auch, dass Ihr Antrag, den Sie vorhin zur namentlichen Abstimmung gestellt haben – das haben hier viele Rednerinnen und Redner ausgeführt –, in der Sache extrem schlecht war und deshalb die Ablehnung verdient hat.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Die Frage war: Ja oder nein?)

Dass Sie hier immer wieder erzählen, Sie seien ja immer für die Vollausrüstung der Bundeswehr gewesen, Sie seien immer für das 2-Prozent-Ziel oder für das Ende von Nord Stream 2 gewesen! Warum haben eigentlich all Ihre Abgeordneten

(Peter Beyer [CDU/CSU]: „Taurus: ja oder nein?“ war die Frage!)

in der Zeit der Regierungsverantwortung nicht den Anträgen der Opposition zugestimmt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen genau wie ich, warum das der Fall war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: 20 Jahre Politikwissenschaft!)

**Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:**

Ich nutze den Moment, um Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Antrag der Frak-

Vizepräsidentin Aydan Özoguz

- (A) tion der CDU/CSU mit dem Titel „Für eine echte Zeiten-  
wende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“,  
Drucksache 20/10379, zu verlesen:

Abgegebene Stimmkarten 667. Mit Ja haben gestimmt (C)  
182, mit Nein haben gestimmt 480, es gab 5 Enthaltun-  
gen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

<b>Endgültiges Ergebnis</b>					
Abgegebene Stimmen:	666;	Michael Grosse-Brömer	Klaus Mack	Dr. Wolfgang Steffinger	
davon		Markus Grübel	Yvonne Magwas	Albert Stegemann	
ja:	181	Oliver Grundmann	Dr. Astrid Manneß	Johannes Steiniger	
nein:	480	Monika Grüters	Andreas Mattfeldt	Christian Freiherr von	
enthalten:	5	Serap Güler	Stephan Mayer (Altötting)	Stetten	
		Fritz Guntzler	Volker Mayer-Lay	Dieter Stier	
		Olav Gutting	Dr. Michael Meister	Stephan Stracke	
<b>Ja</b>		Christian Haase	Friedrich Merz	Max Straubinger	
<b>CDU/CSU</b>		Florian Hahn	Jan Metzler	Dr. Hermann-Josef	
Knut Abraham		Jürgen Hardt	Dr. Mathias Middelberg	Tebroke	
Stephan Albani		Matthias Hauer	Dietrich Monstadt	Hans-Jürgen Thies	
Norbert Maria Altenkamp		Dr. Stefan Heck	Maximilian Mörseburg	Alexander Throm	
Philipp Amthor		Thomas Heilmann	Axel Müller	Antje Tillmann	
Artur Auernhammer		Mark Helfrich	Florian Müller	Astrid Timmermann-	
Peter Aumer		Marc Henrichmann	Sepp Müller	Fechter	
Dorothee Bär		Ansgar Heveling	Carsten Müller	Markus Uhl	
Melanie Bernstein		Susanne Hierl	(Braunschweig)	Dr. Volker Ullrich	
Peter Beyer		Christian Hirte	Stefan Müller (Erlangen)	Kerstin Vierregge	
Marc Biadacz		Alexander Hoffmann	Dr. Stefan Nacke	Dr. Oliver Vogt	
Steffen Bilger		Dr. Hendrik Hoppenstedt	Petra Nicolaisen	Christoph de Vries	
(B) Michael Brand (Fulda)		Franziska Hoppermann	Wilfried Oellers	Dr. Johann David	
Dr. Reinhard Brandl		Hubert Hüppe	Florian Oßner	Wadephul	
Dr. Helge Braun		Anne Janssen	Josef Oster	Marco Wanderwitz	
Silvia Breher		Thomas Jarzombek	Henning Otte	Nina Warken	
Sebastian Brehm		Andreas Jung	Ingrid Pahlmann	Dr. Anja Weisgerber	
Heike Brehmer		Anja Karliczek	Dr. Christoph Ploß	Maria-Lena Weiss	
Michael Breilmann		Ronja Kemmer	Dr. Martin Plum	Sabine Weiss (Wesel I)	
Ralph Brinkhaus		Roderich Kiesewetter	Thomas Rachel	Kai Whittaker	
Dr. Carsten Brodesser		Michael Kießling	Kerstin Radomski	Annette Widmann-Mauz	
Dr. Marlon Bröhr		Dr. Georg Kippels	Alexander Radwan	Dr. Klaus Wiener	
Yannick Bury		Dr. Ottilie Klein	Alois Rainer	Bettina Margarethe	
Gitta Connemann		Volkmar Klein	Dr. Peter Ramsauer	Wiesmann	
Astrid Damerow		Julia Klöckner	Henning Rehbaum	Klaus-Peter Willsch	
Alexander Dobrindt		Axel Knoerig	Dr. Markus Reichel	Elisabeth Winkelmeier-	
Michael Donth		Anne König	Josef Rief	Becker	
Hansjörg Durz		Markus Koob	Lars Rohwer	Mechthilde Wittmann	
Ralph Edelhäußer		Carsten Körber	Dr. Norbert Röttgen	Mareike Wulf	
Alexander Engelhard		Gunther Krichbaum	Stefan Rouenhoff	Paul Ziemiak	
Martina Englhardt-Kopf		Dr. Günter Krings	Thomas Röwekamp	Nicolas Zippelius	
Thomas Erndl		Ulrich Lange	Erwin Rüddel		
Hermann Färber		Armin Laschet	Albert Rupprecht	<b>FDP</b>	
Uwe Feiler		Dr. Silke Launert	Catarina dos Santos-Wintz	Dr. Marie-Agnes Strack-	
Enak Ferlemann		Jens Lehmann	Dr. Christiane Schenderlein	Zimmermann	
Alexander Föhr		Paul Lehrieder	Jana Schimke		
Thorsten Frei		Dr. Katja Leikert	Patrick Schnieder	<b>AfD</b>	
Michael Frieser		Dr. Andreas Lenz	Nadine Schön	Dr. Rainer Kraft	
Ingo Gädechens		Andrea Lindholz	Felix Schreiner		
Dr. Thomas Gebhart		Dr. Carsten Linnemann	Detlef Seif	<b>Fraktionslos</b>	
Dr. Jonas Geissler		Patricia Lips	Thomas Silberhorn	Joana Cotar	
Fabian Gramling		Bernhard Loos	Tino Sorge		
Dr. Ingeborg Gräßle		Dr. Jan-Marc Luczak	Jens Spahn		
Hermann Gröhe		Daniela Ludwig	Katrin Staffler		

(A)	<b>Nein</b>	Macit Karaahmetoğlu Carlos Kasper Anna Kassautzki Gabriele Katzmarek Dr. Franziska Kersten Helmut Kleebank Lars Klingbeil Annika Klose Tim Klüssendorf Dr. Bärbel Kofler Simona Koß Martin Kröber Kevin Kühnert Sarah Lahrkamp Andreas Larem Sylvia Lehmann Kevin Leiser Luiza Licina-Bode Helge Lindh Bettina Lugk Thomas Lutze Dr. Tanja Machalet Isabel Mackensen-Geis Erik von Malottki Holger Mann Dr. Zanda Martens Dorothee Martin Parsa Marvi Franziska Mascheck Andreas Mehltretter Takis Mehmet Ali Dirk-Ulrich Mende Robin Mesarosch Kathrin Michel Dr. Matthias Miersch Matthias David Mieves Susanne Mittag Claudia Moll Siemtje Möller Bettina Müller Michael Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Rasha Nasr Brian Nickholz Dietmar Nienan Jörg Nürnberger Lennard Oehl Josephine Ortleb Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoguz Dr. Christos Pantazis Wiebke Papenbrock Mathias Papendieck Natalie Pawlik Jens Peick Christian Petry Jan Plobner Sabine Poschmann Martin Rabanus Ye-One Rhee Andreas Rimkus	Daniel Rinkert Sönke Rix Sebastian Roloff Dr. Martin Rosemann Jessica Rosenthal Dr. Thorsten Rudolph Tina Rudolph Nadine Ruf Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Ingo Schäfer Axel Schäfer (Bochum) Rebecca Schamber Johannes Schätzl Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schieffner Timo Schisanowski Christoph Schmid Dr. Nils Schmid Uwe Schmidt Dagmar Schmidt (Wetzlar) Daniel Schneider Carsten Schneider (Erfurt) Olaf Scholz Johannes Schraps Christian Schreider Michael Schrödi Svenja Schulze Frank Schwabe Stefan Schwartze Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Lina Seitzl Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Dr. Ralf Stegner Mathias Stein Nadja Stamer Ruppert Stüwe Claudia Tausend Michael Thews Markus Töns Carsten Träger Anja Troff-Schaffarzyk Derya Türk-Nachbaur Frank Ullrich Marja-Liisa Völlers Emily Vontz Dirk Vöpel Dr. Carolin Wagner Maja Wallstein Hannes Walter Carmen Wegge Melanie Wegling Lena Werner Bernd Westphal Dirk Wiese Dr. Herbert Wollmann Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Armand Zorn	Katrin Zschau <b>CDU/CSU</b> Jens Koeppen <b>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b> Luise Amtsberg Andreas Audretsch Maik Außendorf Tobias B. Bacherle Lisa Badum Felix Banaszak Karl Bär Katharina Beck Lukas Benner Dr. Franziska Brantner Agnieszka Brugger Dr. Anna Christmann Dr. Janosch Dahmen Dr. Sandra Detzer Katharina Dröge Deborah Düring Harald Ebner Leon Eckert Marcel Emmerich Emilia Fester Schahina Gambir Tessa Ganserer Matthias Gastel Kai Gehring Stefan Gelhaar Dr. Jan-Niclas Gesenhues Katrin Göring-Eckardt Dr. Armin Grau Erhard Grundl Sabine Grütmacher Dr. Robert Habeck Britta Haßelmann Linda Heitmann Bernhard Herrmann Dr. Bettina Hoffmann Dr. Anton Hofreiter Ottmar von Holtz Bruno Hönel Dieter Janecek Dr. Kirsten Kappert- Gonther Michael Kellner Katja Keul Misbah Khan Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Chantal Kopf Laura Kraft Philip Krämer Jürgen Kretz Renate Künast Markus Kurth Sven Lehmann Steffi Lemke Anja Liebert	(C)
(B)	Axel Echeverria Sonja Eichwede Heike Engelhardt Ariane Fässcher Dr. Johannes Fechner Sebastian Fiedler Dr. Edgar Franke Fabian Funke Michael Gerdes Martin Gerster Angelika Glöckner Kerstin Griese Uli Grötsch Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Sebastian Hartmann Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Frauke Heiligenstadt Gabriela Heinrich Wolfgang Hellmich Anke Hennig Nadine Heselhaus Thomas Hitschler Jasmina Hostert Verena Hubertz Markus Hümpfer Frank Junge Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Elisabeth Kaiser				

(A)	Helge Limburg Max Lucks Dr. Anna Lührmann Dr.-Ing. Zoe Mayer Susanne Menge Swantje Henrike Michaelsen Dr. Irene Mihalic Boris Mijatovic Claudia Müller Sascha Müller Beate Müller-Gemmeke Sara Nanni Dr. Ingrid Nestle Dr. Ophelia Nick Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Karoline Otte Cem Özdemir Julian Pahlke Lisa Paus Filiz Polat Dr. Anja Reinalter Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Dr. Manuela Rottmann Corinna Rüffer Michael Sacher Jamila Schäfer Dr. Sebastian Schäfer Stefan Schmidt Marlene Schönberger Christina-Johanne Schröder Kordula Schulz-Asche Nyke Slawik Dr. Anne Monika Spallek Merle Spellerberg Nina Stahr Dr. Till Steffen Hanna Steinmüller Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Kassem Taher Saleh Awet Tesfaiesus Karin Uhlig Dr. Julia Verlinden Niklas Wagener Robin Wagener Johannes Wagner Beate Walter-Rosenheimer Saskia Weishaupt Stefan Wenzel Tina Winklmann	Friedhelm Boginski Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar) Mario Brandenburg (Südpfalz) Sandra Bubendorfer-Licht Dr. Marco Buschmann Karlheinz Busen Carl-Julius Cronenberg Bijan Djir-Sarai Christian Dürr Daniel Föst Otto Fricke Maximilian Funke-Kaiser Martin Gassner-Herz Knut Gerschau Anikó Glogowski-Merten Nils Gründer Thomas Hacker Philipp Hartewig Ulrike Harzer Peter Heidt Katrin Helling-Plahr Markus Herbrand Torsten Herbst Dr. Gero Clemens Hocker Manuel Höferlin Dr. Christoph Hoffmann Reinhard Houben Olaf In der Beek Gyde Jensen Dr. Ann-Veruschka Jurisch Karsten Klein Daniela Kluckert Pascal Kober Dr. Lukas Köhler Carina Konrad Wolfgang Kubicki Konstantin Kuhle Ulrich Lechte Jürgen Lenders Dr. Thorsten Lieb Lars Lindemann Christian Lindner Michael Georg Link (Heilbronn) Oliver Luksic Kristine Lütke Till Mansmann Christoph Meyer Maximilian Mordhorst Alexander Müller Frank Müller-Rosentritt Claudia Raffelhüschen Dr. Volker Redder Bernd Reuther Christian Sauter Frank Schäffler Ria Schröder Anja Schulz Matthias Seestern-Pauly Dr. Stephan Seiter Rainer Semet Judith Skudelny	Martin Reichardt Frank Rinck Dr. Rainer Rothfuss Bernd Schattner Ulrike Schielke-Ziesing Eugen Schmidt Jan Wenzel Schmidt Uwe Schulz Thomas Seitz Martin Sichert Dr. Dirk Spaniel René Springer Klaus Stöber Beatrix von Storch Dr. Alice Weidel Dr. Harald Weyel Wolfgang Wiegle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak Kay-Uwe Ziegler	(C)	
(B)			<b>AfD</b> Carolin Bachmann Dr. Christina Baum Dr. Bernd Baumann Roger Beckamp Barbara Benkstein Marc Bernhard Andreas Bleck René Bochmann Peter Boehringer Dirk Brandes Stephan Brandner Jürgen Braun Marcus Bühl Tino Chrupalla Thomas Ehrhorn Dr. Michael Espendiller Peter Felser Dietmar Friedhoff Dr. Götz Frömming Dr. Alexander Gauland Hannes Gnauck Kay Gottschalk Mariana Iris Harder-Kühnel Jochen Haug Martin Hess Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Marc Jongen Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Norbert Kleinwächter Enrico Komning Jörn König Steffen Kotré Rüdiger Lucassen Mike Monsek Matthias Moosdorf Sebastian Münenmaier Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka	<b>Die Linke</b> Gökay Akbulut Dr. Dietmar Bartsch Matthias W. Birkwald Clara Bünger Susanne Ferschl Christian Görke Ates Gülpinar Dr. Gregor Gysi Dr. André Hahn Susanne Hennig-Wellswow Jan Korte Ina Latendorf Caren Lay Ralph Lenkert Dr. Gesine Lötzsch Pascal Meiser Sören Pellmann Heidi Reichinnek Martina Renner Bernd Rieninger Dr. Petra Sitte Kathrin Vogler Janine Wissler	(D)
			<b>BSW</b> Sevim Dağdelen Klaus Ernst Andrej Hunko Christian Leye Amira Mohamed Ali Zaklin Nastic Jessica Tatti Alexander Ulrich Dr. Sahra Wagenknecht		
			<b>Fraktionslos</b> Robert Farle Matthias Helferich		

(A) <b>Enthalten</b>	<b>AfD</b>	<b>Fraktionslos</b>	(C)
<b>CDU/CSU</b>	Albrecht Glaser	Johannes Huber	
Mario Czaja	Jörg Schneider	Stefan Seidler	

*Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.*

Wir fahren fort in unserer Debatte.

Das Wort erhält Dr. Alexander Gauland für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Alexander Gauland** (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Jeder kennt diesen Clausewitz-Satz. Im traditionellen Völkerrecht endet ein Krieg deshalb mit einem politischen Ergebnis, dem Friedensschluss. Wenn aber eine Kriegspartei die andere mit einem Unwerturteil aus der zivilisierten Welt ausschließt, wird ein Friedensschluss unmöglich.

Seit 1648, als der Friedensvertrag von Münster und Osnabrück den ideologischen Krieg zwischen Katholiken und Protestanten beendete, galt die Regel, dass alle Völkerrechtssubjekte gleich im Sinne von gleicher Sprechfähigkeit sind. Sogar zu Zeiten des Kalten Krieges gab es Gespräche zwischen beiden Seiten. Die Wendung, man dürfe den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen, gehörte bis vor Kurzem zum Standardvokabular der deutschen Außenpolitik.

(Knut Abraham [CDU/CSU]: Wer hat denn den Faden zerrissen?)

Warum, meine Damen und Herren, gilt das im Falle Russlands nicht mehr?

(Knut Abraham [CDU/CSU]: Weil die Russen den Faden zerrissen haben!)

Es war ein politischer Fehler, dass russische Vertreter zur Münchner Sicherheitskonferenz ausgeladen wurden,

(Beifall bei der AfD)

einer Konferenz, deren Motto „Frieden durch Dialog“ – nicht durch Waffenlieferungen! – lautet.

(Zuruf der Abg. Marianne Schieder [SPD])

Realpolitik, meine Damen und Herren, ist die Kunst des Möglichen. Das Mögliche ist ohne schmerzliche Kompromisse oft nicht zu haben. Wertgeleitete Außenpolitik dagegen, wie wir sie neuerdings betreiben, kennt das kleinere Übel nicht. Wenn die wertegeleitete Außenpolitik dazu führt, dass Gespräche und Verhandlungen enden oder gar nicht erst aufgenommen werden, muss sie durch Realpolitik ersetzt werden.

(Beifall bei der AfD)

Und wenn die wertegeleitete Außenpolitik dazu führt, dass der Krieg auch dann fortgesetzt wird, wenn die Kriegsziele nicht zu erreichen sind, muss sie durch Realpolitik ersetzt werden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Knut Abraham [CDU/CSU])

Meine Damen und Herren, das ist der zentrale Unterschied zwischen Realpolitik und dem, was wir inzwischen als „wertegeleitete Außenpolitik“ kennengelernt haben.

(Marianne Schieder [SPD]: Es ist eine Lüge, wenn Sie behaupten, dass es keine Gespräche gab! Sie wissen das!)

Wertegemeinschaften fühlen sich verpflichtet, gegen Unwerte zu kämpfen. Mit einem Vertreter von Unwertem führen Wertegemeinschaften keine Verhandlungen. Der Kriegsgegner wird zum absoluten Feind. Seine Interessen werden kriminell.

(Zuruf von der SPD: Sind sie ja auch! – Dr. Marcus Faber [FDP]: Das nennt sich Kriegsverbrechen!)

Der Feind muss vernichtet werden. Das führt mit einer gewissen Folgerichtigkeit leider dazu, dass der Krieg eskaliert.

(D)

(Marianne Schieder [SPD]: Das ist Ihr Wortschatz, nicht unserer!)

Meine Damen und Herren, Putin führt einen Krieg, den man für ungerecht und falsch halten kann

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: „Halten kann“!)

oder auch muss. Um ihn zu beenden, taugt es aber nichts, seine Kriterien zu übernehmen,

(Beifall bei der AfD)

sondern: sich im Gegenteil wieder an Münster und Osnabrück zu erinnern und die westliche Sprachlosigkeit zu überwinden. Doch meine Damen und Herren, dazu bedürfte es eines Metternichs auf dem Wiener Kongress oder eines Kissingers in Peking statt eines Kriegsdarstellers.

(Beifall bei der AfD)

Schade, dass in München niemand diese Rolle übernehmen wollte. Deshalb werden wir auch keinen Frieden kriegen, wenn wir so weitermachen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Beatrix von Storch [AfD]: Frau Brugger, das war mehr als 20 Jahre Politikwissenschaft für Sie! Wenn Sie zugehört haben, haben Sie mehr gelernt als in den letzten 20 Jahren in der Uni!)

(A) **Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Als Nächste erhält das Wort Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Johannes Arlt [SPD] – Henning Otte [CDU/CSU]: Jetzt mal genau hinhören! – Beatrix von Storch [AfD]: Jetzt ohne Scheiß-haufen und Fäkalien bitte! – Zurufe von der AfD: Heute kein T-Shirt? – Kriegsgetze kommt jetzt!)

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Das Böse obsiegt, wenn gute Menschen nichts tun. Deswegen darf man nicht untätig bleiben.“

Das sind Worte von Alexej Nawalny am Ende einer Dokumentation, die vor zwei Jahren von einem US-Sender über ihn gedreht wurde.

Vor wenigen Tagen ist dieser mutige russische Regimekritiker in einem Straflager im Norden Sibiriens ums Leben gekommen. Die Nachricht von seiner Ermordung erreichte die Welt, als sie bei der Münchener Sicherheitskonferenz zu Gast war. Das ist, meine Damen und Herren, kein Zufall gewesen, sondern die obszöne Methode des russischen Diktators Wladimir Putin, der freien Welt den Mittelfinger in dem Augenblick zu zeigen, in dem sie über Sicherheit gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, Putin ist ein Verbrecher, ein brutaler Mensch, der sich nicht von der Stärke des Gegenübers provozieren lässt, sondern sich herausgefordert fühlt von der Schwäche des Gegenübers. Diese Mentalität, diese Denke zu ignorieren oder gar zu leugnen, ist verstörend naiv und gefährlich fahrlässig. Heute liegt Ihnen der Antrag der Regierungsparteien vor. Es war der Wunsch meiner Fraktion, zum zweiten Jahrestag einigen solchen Antrag zu formulieren. Ich danke allen Beteiligten, die daran konstruktiv mitgewirkt haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir bekennen uns in diesem Antrag zur uneingeschränkten territorialen Integrität der Ukraine in den Grenzen von 1991. Dazu gehört, dass wir die Annexion der Krim nicht akzeptieren werden. Wir akzeptieren auch nicht, dass wir in ein imperialistisches Zeitalter zurückfallen, wo ein Land ein anderes überfällt und dessen Gebiet unter dem Deckmantel eines kruden Geschichtsverständnisses annexiert. Deswegen sind wir nicht nur der Meinung, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen muss. Wir sind der Auffassung, dass die Ukraine nach dem Krieg neben dem Wiederaufbau nicht nur Mitglied der Europäischen Union werden soll, sondern auch perspektivisch Mitglied der NATO.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE

## GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Harald Weyel [AfD])

## (C)

Meine Damen und Herren, die Ukraine braucht unsere Unterstützung, und sie bekommt sie. Wir unterstützen humanitär und wirtschaftlich. Wir unterstützen sie mit militärischem Gerät und, ja, auch mit Waffen. Unsere Bundeswehr hat allein bis heute 10 000 ukrainische Soldaten ausgebildet. Wir brauchen uns im internationalen Vergleich nicht zu verstecken, im Gegenteil. Umso trauriger ist es, dass wir seit Monaten darüber streiten, ob wir der Bitte der Ukraine nachkommen, den Marschflugkörper Taurus in Ergänzung zu allen anderen gelieferten Waffensystemen zu liefern.

(Zuruf des Abg. Thomas Ehrhorn [AfD])

Ich muss das hier nicht wiederholen. Doch für einige, die es noch nicht verstanden haben: Der Taurus ist ein System, das es der Ukraine ermöglicht, auch hinter der Front zu wirken und den Nachschub Russlands zu unterbinden.

Die Tragödie dieser unendlichen Diskussion und Geschichte ist wie seinerzeit schon bei der Diskussion um die Panzer, dass Russland nicht nur einfach zuschaut. Das monatelange Gezerre haben seinerzeit die Russen genutzt, um über hundert Kilometer Gräben auszuheben und diese mit Minen zu füllen. Das ist mit ein Grund, warum die Gegenoffensive der Ukrainer nicht so erfolgreich war, wie sich alle erhofft haben. Es geht hier nämlich um Zeit. Und die Ukraine hat keine Zeit mehr.

Meine Damen und Herren, ich bedaure sehr, dass manche Kolleginnen und Kollegen nicht davon zu überzeugen waren, den Taurus dezidiert in diesem Antrag aufzuführen, also das Kind einfach mal beim Namen zu nennen. Für einige ist unsere Ausführung – und der Antrag ist wirklich gut –, dass die Ukraine in die Lage versetzt werden soll, auch „hinter den Frontlinien“ zu wirken, unmissverständlich eine Umschreibung des Taurus, für andere, wie der Regierungssprecher gestern betont hat – ich zitiere –, ist es „zwangsläufig“, dass dieses im Antrag aufgeführte Waffensystem eben nicht der Taurus sei. Mal abgesehen davon, dass das Wort „zwangsläufig“ eine interessante Kreation ist – der Duden kennt das Wort übrigens nicht –, sollten wir solche sprachlichen Nebenkriegsschauplätze bitte einstellen. Es geht nämlich nicht um uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es geht auch nicht darum, wer hier den größten Bizeps hat. Es geht auch nicht darum, wer hier stur oder beleidigt ist. Es geht auch nicht darum, ob sich hier irgendjemand generiert fühlt. Meine Damen und Herren, es geht ausschließlich um die Ukraine, die seit zwei Jahren ums Überleben kämpft. Es geht schlichtweg um Deutschland, eingebettet in unser Europa, und darum, wie wir die Zukunft gestalten wollen. Es treibt mich um, dass das Wort „Taurus“ als solches zur Auseinandersetzung führt, weil es am eigentlichen Thema vorbeigeht. Der Angriff Russlands auf die Ukraine gilt auch uns. Es wird Zeit, dass wir diese Gefahr mehr als ernst nehmen und wirklich bereit sind, Verantwortung zu übernehmen für die Menschen in diesem Land und ganz persönlich auch für unsere Kinder und Enkelkinder. Ich möchte mir nicht eines Tages vorwerfen lassen, im richtigen Augenblick nicht das Richtige getan zu haben.

## (D)

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann**

- (A) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen wir in Zukunft die transatlantische Freundschaft, die Partnerschaft zwischen den USA und uns, gestalten? Dazu brauchen wir auch eine stabile Wirtschaft; denn unsere Sicherheit hängt auch davon ab. Meine Damen und Herren, nur darum geht es, und das ist sehr viel.

Ja, ich habe mich entschlossen, dem CDU/CSU-Antrag zuzustimmen,

(Zuruf von der Linken: Welch Überraschung!)

ausschließlich weil das System des Taurus unmissverständlich genannt worden ist. Und ich bin der Meinung, dass wir uns in Zukunft bei solchen Abstimmungen, wo es in der Tat um so etwas Eklatantes geht, befreien sollten vom Fraktionszwang.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich schließe mit den Worten von Wolodymyr Selenskyj, der bei der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt hat: „Bitte fragt nicht die Ukraine, wann der Krieg endet! Fragt euch, warum Putin den Krieg immer noch führen kann!“

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Aydan Özoguz:**

Die nächste Rednerin ist Gabriela Heinrich für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Gabriela Heinrich (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit zehn Jahren versucht Wladimir Putin, imperialistische Großmachtfantasien auf Kosten der Ukraine durchzusetzen. Viele Menschen sind gestorben, unzählige traumatisiert. Kinder wurden entführt, Familien auseinandergerissen, Frauen vergewaltigt. Umso mehr gelten unsere Bewunderung und unser Dank den Ukrainerinnen und Ukrainern, die ihr Land tapfer und erfolgreich verteidigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die europäische Friedensordnung hatte seit Jahrzehnten Geltung. Jetzt hat Russland sie über den Haufen geworfen. Unsere Freiheit wird derzeit in der Ukraine verteidigt; wir wissen das. Dort geht es auch darum, ob Europa eine friedliche Zukunft hat. Die Ukraine zu unterstützen, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse.

Deutschland ist nach den USA wichtigster Geber für die Ukraine. Der Bundestag hat die militärische Unterstützung für das Jahr 2024 – der Minister hat es bereits gesagt – von 4 Milliarden auf mehr als 7 Milliarden Euro erhöht. Es gibt keinen Grund, dieses immense Engage-

ment, das wir mit unserem heutigen Antrag bekräftigen, (C) kleinzuordnen. Dabei ist auch klar: Deutschland kann nicht alleine unterstützen. Deswegen ist es richtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz weltweit um Partner wirbt, um gemeinsam eine friedliche Weltordnung zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kanzler vermittelt den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland Sicherheit – die Sicherheit, dass Deutschland nicht zur Kriegspartei wird.

Die verkürzte Debatte – wieder einmal – über einzelne Waffensysteme verstellt den Blick auf das Wesentliche. Niemand kann doch mit Sicherheit behaupten, dass ein einzelnes System der Gamechanger ist. Wir stehen für eine umfassende Hilfe, und das wird in diesem Antrag, den wir in der Koalition übrigens alle wollten, deutlich.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Liebe Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der Unionsfraktion?

**Gabriela Heinrich (SPD):**

Bitte schön.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Jetzt kommt noch mal dasselbe!)

**Thomas Röwekamp (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Kollegin Heinrich, der Minister hat uns ja an die Antragsteller verwiesen. Und die Kollegin Strack-Zimmermann hat ausgeführt, dass die Passage – ich zitiere – „Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition“ in Ihrem Antrag unterschiedlich ausgelegt werden kann. Deswegen ist meine Frage an Sie: Umfasst diese Formulierung Ihrer Ansicht nach auch die Lieferung von Taurus-Systemen? Ja oder nein? (D)

**Gabriela Heinrich (SPD):**

Nicht zwingend.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Frage lässt sich nicht verkürzt mit Ja oder Nein beantworten. Sie haben es ja selber schon erwähnt: Das ist eine Interpretationsfrage.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie sind so feige!)

Es ist ein Kompromiss, auf den wir uns geeinigt haben und dem die SPD-Fraktion so zustimmen konnte, wie er formuliert ist.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Es geht nicht um die Ampel! Es geht um die Ukraine! – Roderich Kiesewetter [CDU/CSU]: Das ukrainische Volk kann nicht interpretieren! Es muss leiden!)

– Sie sind gleich dran. Sie können dann gerne sagen, was Sie möchten. Jetzt wurde ich gefragt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

**Gabriela Heinrich**

- (A) Fakt ist: Wir haben an der Stelle keine rote Linie gezogen, und das hat übrigens auch der Kanzler nicht getan. Sie wissen ganz genau, dass es bisher kein Nein gibt.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Der Regierungssprecher ist doch gerade zitiert worden!)

Im Moment ist es so, dass weiterhin geprüft wird. Wir halten das für richtig, weil wir wissen, wie der Ernst der Lage ist. Was eine Kollegin von der FDP sagt, mag für sie richtig sein. Für mich ist es das nicht.

(Beifall bei der SPD – Peter Beyer [CDU/CSU]: Sie haben total abgewirtschaftet! – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Es geht nicht um die Ampel! Es geht um die Ukraine!)

Ich sage es noch mal: Wir stehen für eine umfassende Hilfe, humanitär, diplomatisch und natürlich auch mit Waffen und Ausbildung, alles in Absprache mit unseren Partnern. Eben das wird – auch wenn es Ihnen nicht gefällt – von der Ukraine deutlich gewürdigt. Was der Ukraine am meisten hilft, ist die Sicherheit, dass Deutschland und Europa fest an ihrer Seite stehen, jetzt und in Zukunft. Im Antrag haben wir das auch noch mal deutlich benannt.

Aber die von Kanzler Scholz ausgerufene Zeitenwende hatte von Anfang an nicht nur eine militärische Komponente. Seit Februar 2022 hat das Entwicklungsministerium über 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

- (B) Im Juni werden wir gemeinsam mit der Ukraine die internationale Ukraine Recovery Conference in Berlin ausrichten. Das, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist doch ein sehr deutliches Signal.

Erst vergangene Woche schlossen der Bundeskanzler und der ukrainische Präsident eine historische Sicherheitsvereinbarung ab, und auch hier ist der Begriff „Sicherheit“ umfassend zu sehen. Es geht nicht nur um die langfristige militärische Zusammenarbeit und auch nicht nur um Cyberabwehr. Es geht um Wiederaufbau, Nachhaltigkeit, Resilienz, und Reformen sind ebenfalls Teil der Abmachung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schlagworte!)

Wir begrüßen ausdrücklich diese und andere bilaterale Sicherheitsvereinbarungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist mir besonders, dass die Verantwortlichen für die grausamen Verbrechen in der Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden. Deshalb befürworten wir die Einrichtung einer Gerichtsbarkeit für das Verbrechen der Aggression. Der Kreis der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs ist zu erweitern, das Römische Statut zu reformieren. Täter dürfen nicht straflos bleiben. Und es darf keine Immunität für diejenigen geben, die das Begehen solcher Verbrechen befehlt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

(C)

Für die Unionsfraktion hat das Wort Florian Hahn.  
(Beifall bei der CDU/CSU)

**Florian Hahn (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen! Guten Morgen, liebe Bundesregierung! Guten Morgen, liebe Ampelkoalition! Ich kann nur sagen: Zwei Jahre verschlafen! Und nach der Rede von Frau Heinrich droht ein Wiedereinschlafen. Es hat zwei Jahre gedauert, bis Sie endlich die Dinge in einem Antrag aufgeschrieben haben, die seit Jahren offenkundig sind.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Stimmen Sie dem Antrag also zu?)

Sie haben ganz offensichtlich zwei Jahre Zeitenwende verpennt. Und wie das so ist, wenn man in dieser Ampel schläft: Man wird von der Wirklichkeit umzingelt. Davon kann gerade diese Woche Wirtschaftsminister Habeck ein Schlaflied singen. Während Sie von der Wirklichkeit umzingelt werden, ist die Ukraine militärisch umzingelt und zahlt für die Zögerlichkeit Europas und Deutschlands einen hohen Preis. Bundeskanzler Scholz ist Sinnbild für diese Zögerlichkeit geworden; deshalb müssen wir Ihnen auch heute wieder auf den Wecker gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir fordern Sie auf: Schluss mit der Träumerei! Schluss mit den reinen Ankündigungsorgien! Das stellen Sie mit diesem Antrag wieder unter Beweis. Träumen Sie nicht nur laut, sondern wachen Sie endlich auf und liefern Sie! Die Zeit der Ankündigungen ohne darauffolgende überzeugende Umsetzungen muss vorbei sein.

Nach zwei Jahren schließen Sie eine wolkige Sicherheitsvereinbarung mit der Ukraine ohne substanzienen Gehalt, damit Sie auf der Münchner Sicherheitskonferenz nicht vor der ganzen Welt die Schlafanzughosen herunterlassen müssen. Zwei Jahre nach Kriegsausbruch und nachdem die Bundeswehrvorräte erschöpft sind, stiehlt der Kanzler dem Verteidigungsminister ad hoc den Spaten und die Show, als er für eine Munitionsfabrik in Niedersachsen eigene Initiative vorspielte. Das soll Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, täuschen; denn die Produktion startet frühestens 2025. Auch hier wurden zwei Jahre verschlafen.

Versprochen hat der Bundesverteidigungsminister Pistorius letztes Jahr großspurig, für die Bundesregierung und auch in einem europäischen Rahmenansatz, bis März 2024 der Ukraine 1 Million Artilleriegeschosse zu liefern.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Das war die EU! –  
Zuruf von der SPD: Nein, das ist falsch!)

Es sind nicht viel mehr als 300 000 Schuss daraus geworden.

(Boris Pistorius, Bundesminister: Sie sollten bei der Wahrheit bleiben!)

Aber das sind nicht die einzigen Blendgranaten in Ihrem Antrag. Sie fordern in Ihrem Antrag eine sofortige Nachbeschaffung abgegebener Rüstungsgüter der Bundeswehr. Der Bürger wird sich an dieser Stelle fragen:

**Florian Hahn**

(A) Was, das findet noch gar nicht statt? – Das hat nichts mit dem Regieren von früher zu tun, Herr Minister. Das ist allein dieser Ampelkoalition und dieser Regierung geschuldet, die seit zwei Jahren im Amt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Verteidigungsminister, das alles zeigt im Übrigen auch, dass Sie bis heute die Beschaffung nicht in den Griff bekommen haben. Um davon abzulenken, haben Sie überraschend die Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen angekündigt – eine Überraschung für Ihr Haus, eine Überraschung für die NATO, eine Überraschung für Litauen selbst. Das ist zugegebenermaßen kein schlechtes Signal, aber nur, wenn es ein überzeugendes Signal ist, und das ist es eben nicht. Die volle Einsatzbereitschaft der Brigade Litauen besteht erst ab Ende 2027, unter anderem wegen fehlender Waffensysteme. Bis heute ist keine Finanzierung der Brigade im Haushalt hinterlegt, und die Löcher, die personell und materiell in das Heer gerissen werden, schwächen in Wahrheit weiterhin die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung der Bundeswehr und Deutschlands.

Die Wahrheit nach zwei Jahren Ampel ist: Wir können NATO-Ziele nicht mehr vollständig erreichen; das ist angesichts der aktuellen Bedrohung unverantwortlich. Ihr Arbeitsmotto lautet „Groß ankündigen, dann aber keine PS auf den Boden bringen“, genauso wie in diesem Antrag. Und die Wahrheit ist: Nach zwei Jahren Tiefschlaf ist nicht mehr viel da, was die Bundeswehr noch abgeben kann, und darunter leidet die Fähigkeit zur Unterstützung der Ukraine. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Marcus Faber  
[FDP]: Das wissen Sie doch besser!)

Es passt ins Bild, dass Sie es nicht schaffen, den Marschflugkörper Taurus namentlich im Antrag zu benennen. Da reißt Sie offenbar auch nicht der Lautsprecher aus den eigenen Ampelreihen aus dem Tiefschlaf; aber der geht ja nach Europa. Sie selbst denken sich dankbar dabei: Fire and forget. – Übrigens ist es fast unnötig zu erwähnen, dass Sie bis heute ebenfalls verschlafen haben, die Bestände von Taurus in der Bundeswehr umfänglich einsatzbereit zu machen oder gar aufzustocken.

Abschließend will ich Sie noch einmal auffordern: Wachen Sie endlich auf! Setzen Sie endlich die Zeitenwende um, und geben Sie der Ukraine endlich den Marschflugkörper Taurus!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Robin Wagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der FDP)

**Robin Wagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während das russische Regime im eigenen Land Oppositionelle ermordet, während hier bei uns Putins Hand-

langer und der ganze alte modrige KGB-Apparat versucht, Demokratien zu destabilisieren, kämpfen die Ukrainerinnen und Ukrainer unter Einsatz ihres Lebens an vorderster Front für ihre Freiheit und für unsere Freiheit. Vielen Dank!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der  
SPD und der CDU/CSU)

Wie schon mit den beiden vorherigen sehr starken Beschlüssen des Deutschen Bundestags werden wir auch mit diesem Beschluss weiter substanzelle Schritte zur Unterstützung dieser Menschen gehen. Wir fordern, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte endlich nutzbar zu machen. We make Russia pay! Wir wollen, dass die Verbrecher vor Gericht gestellt werden. Wir sagen klar und deutlich: Wir wollen die Ukraine an unserer Seite in der Europäischen Union und in der NATO haben. Und für die Menschen in der Ukraine, die die ganze Zeit mit diesem Krieg leben müssen, fordern wir die Unterstützung durch psychosoziale Hilfe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war vor Kurzem selbst in der Ukraine. Ich habe erschöpfte Menschen getroffen. Ich habe den Schrecken der Luftalarme erlebt. Ich habe gesehen, wie es aussieht, wenn eine Splitterbombe über einem Theater explodiert. Ich habe die Trümmer eines Jugendzentrums gesehen, in das eine russische Rakete eingeschlagen ist. Und ich habe den Widerstandsgespräch der Ukrainer gespürt. Sie wollen sich ganz klar verteidigen; denn sie wollen nicht in einer Putin'schen Diktatur leben. Sie wollen mit allen Kräften verhindern, dass der Schrecken von Butscha in der ganzen Ukraine droht.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-  
SES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Lieber Kollege Wagen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Beyer?

**Robin Wagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ja, klar.

**Peter Beyer (CDU/CSU):**

Herr Kollege Wagen, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich darf aus Ihrem Antrag zitieren: „Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition“. Ich frage Sie: Umfasst das Ihrem Verständnis nach explizit auch die Lieferung von Flugkörpern vom Typ Taurus? Ja oder nein?

**Robin Wagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Beyer, vielen Dank, dass Sie aus dem Antrag zitieren. Ich kenne den Antrag sehr gut. Ich habe weite Teile davon mitgeschrieben und intensiv mitverhandelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und der

**Robin Wagener**

(A) FDP – Florian Hahn [CDU/CSU]: Warum haben Sie das dann nicht reingeschrieben?)

Ich freue mich, was wir mit diesem Antrag erreicht haben. Sie wissen sehr gut, dass ich hier im Haus schon sehr oft die Lieferung von Taurus gefordert habe und dass viele Grüne genau diese Position vertreten. Sie selber sind in der Außen- und Sicherheitspolitik durchaus bewandert, und Sie wissen genau, was der Bundeswehr und Deutschland zur Verfügung steht, um das zu erfüllen, was im Antrag steht. Ich frage mich ernsthaft, ob Sie diese Debatte ernst nehmen, wenn ich sehe, mit welch süffisantem Grinsen Sie diese Frage immer wieder stellen – als ob Sie hier ein innenpolitisches Spiel spielen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Ich finde, man muss in diesem Zusammenhang noch auf etwas ganz anderes hinweisen:

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sorgen Sie halt für Klarheit!)

Sie sind gut darin, auf den sozialen Medien und in Ihrem Antrag ein Waffensystem oder mehrere Waffensysteme zu fordern. Sie tun so, als ob Sie damit die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine stärken wollen. In Wahrheit gilt die Hauptkonzentration Ihrer Fraktion eigentlich dem Verteidigungskampf für die Schuldenbremse. Nichts von dem, was Sie fordern, ist vernünftig finanziell hinterlegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Peter Beyer [CDU/CSU]: Wie lautet die Antwort? – Florian Hahn [CDU/CSU]: Das müssen Sie mal dem Botschafter oben auf der Tribüne erklären, was Sie da erzählen!)

Ich halte viel vom Kollegen Joe Wadephul.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: War das jetzt die Antwort?)

Darum möchte ich ein Zitat von ihm aufgreifen: Wer die Lippen spitzt, muss auch pfeifen. – Aber das, was Sie hier machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union,

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Das tut Ihnen weh! Das ist schon klar!)

ist, dicke Backen zu machen und vielleicht ein bisschen heiße Luft rauszulassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Wir liefern ein umfassendes Konzept, das wir tatsächlich umsetzen wollen. Wenn wir das umsetzen, was in diesem Antrag steht, dann ist der Ukraine sehr gedient.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das ist doch die Frage, worum es geht! – Florian Hahn [CDU/CSU]: Nach zwei Jahren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ukraine musste vor Kurzem Frontabschnitte aufgeben, weil sie keine Munition mehr hat. Das dürfen wir nie wieder hinnehmen. Darum wollen wir mit diesem Antrag die notwendigen Schritte tun

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Da müssen sie viel Munition haben!)

(C)

mit folgendem Dreiklang: Wir müssen Munition einkaufen, wo es sie gibt. Wir müssen die Munitionsproduktion steigern und Abnahmegarantien geben. Und wir müssen die Munitionsproduktion in der Ukraine mit Investitions-schutzgarantien absichern.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Zwei Jahre Zeit gehabt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es eben schon ausgeführt: Meine Position ist seit Langem klar. Ich möchte gerne, dass die Ukraine Taurus bekommt. Ich glaube auch, dass mit dem angekündigten F-16 ein gutes Trägersystem dafür zur Verfügung stünde. Aber über die Lieferung einzelner Waffensysteme entscheidet nicht der Deutsche Bundestag, sondern darüber entscheidet die Bundesregierung. Was wir hier tun, ist, die Bundesregierung aufzufordern und unsere strategischen Vorstellungen mitzuteilen, in welche Richtung es gehen soll. Das tut dieser Antrag sehr deutlich. Er sagt: Zusätzlich zum bisher Gelieferten wollen wir die erforderlichen weitreichenden Waffen für präzise Angriffe weit hinter den russischen Stellungen in den besetzten Gebieten zur Verfügung stellen, um nicht nur Munitionslager, sondern die ganze Mordlogistik anzugreifen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Matthias Moosdorf.

(Beifall bei der AfD)

**Matthias Moosdorf (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Glaubt man den Medien und den Herolden hier im Haus, verliert Russland seit zwei Jahren jeden Tag den Krieg und ist doch so gefährlich, dass es morgen Polen überrollt und bis zum Atlantik vorstößt. Seine Wirtschaft wurde mit der von Obervolta verglichen, seine Vorräte seien am Ende, Chips aus Waschmaschinen waren nötig für einfachste Waffen. Marschflugkörper sollte es etwa 500 haben, nun hat es bereits 12 000 davon verschossen. In München wurde gesagt: Nur ein Drittel des Materials landet derzeit an der Front. Der Rest kommt in Lager und bedroht nun angeblich uns.

Wenn Sie wissen wollen, wie irre und desaströs Ihre Realitätsverweigerung war und ist, dann schauen Sie in den Bericht der Afghanistan-Enquete-Kommission.

(Zuruf der Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie findet ihre Fortsetzung heute in der Bewertung dieses Krieges. Sogar der Slogan ist der gleiche, nur dass unsere Freiheit nicht mehr am Hindukusch, sondern jetzt angeblich im Donbass verteidigt wird.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

**Matthias Moosdorf**

- (A) Die Befragung im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz ergab eindeutig: Die Bedrohung durch Russland rangiert bei den Bürgern auf Platz sieben, in Italien sogar auf Platz zwölf – weit nach Migration, Kriminalität und dem Islam.

(Ulrich Lechte [FDP]: Ah!)

Und doch fordern Hysteriker die Herstellung von Kriegsbereitschaft hierzulande – fast wie 1914, nur dass die Bundeswehr gerade für zwei Tage Munition hat.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht muss man es mal ganz deutlich sagen: Zehn Jahre Krieg in der Ukraine lehren uns: Wer sich mit Russland anlegt, endet entweder wie Napoleon 1812 oder – noch schlimmer – wie 1945.

(Jörg Nürnberger [SPD]: Deswegen unterwirft man sich einfach! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Dann unterwirft man sich? Unterwerfen ist kein Frieden!)

Ich möchte besonders im Hinblick auf Ihr Ansinnen der Lieferung von Taurus-Raketen an den Artikel 2 des Zwei-plus-vier-Vertrages erinnern. Danach hat Deutschland sich dazu verpflichtet, dass von seinem Territorium nur noch Frieden ausgeht. Das wird gerade in der Duma diskutiert. Ein schlimmes Schicksal ist eben denen beschieden, die sich zum Vollstrecker einer Globalpolitik machen, deren Anführer Zeiten, Länder und Namen verwechselt.

- (B) Meine Damen und Herren, erinnern Sie noch, was die AfD am Anfang gefordert hat und heute genauso fordert – ich zitiere –: eine „diplomatische Initiative“ zur Beendigung des Krieges in der Ukraine. In den vergangenen zwei Jahren haben jedwede politische und diplomatische Bemühungen „praktisch gefehlt“. „Niemand in der Ukraine will diesen Krieg bis zum letzten Soldaten führen. Uns geht es darum, unsere Staatlichkeit zu bewahren.“ Wissen Sie, wer das gesagt hat? Das sagt der frühere Botschafter Melnyk. Er übernimmt unsere Forderung nach einem Frieden.

(Beifall bei der AfD)

„Aber auch im Kalten Krieg“, sagt er weiter, „gab es Treffen, ... wo man dann hinter verschlossenen Türen Tacheles gesprochen hat.“ Scholz sollte Putin treffen und reden.

Meine Damen und Herren, recht hat er: Frieden können Sie nur mit Ihren Feinden schließen, nicht mit Ihren Freunden. In München war Russland aber nicht eingeladen. Mir scheint, die Leugnung des Rationalen, Ihre Weigerung, den eigenen Verstand zu gebrauchen, ist besonders im Jahr des 300. Geburtstages von Immanuel Kant, dem großen Vater Europas, tragisch.

(Ulrich Lechte [FDP]: Himmel hilf!)

Was weit schlimmer wiegt: Sie steht einem Ende des Krieges und damit dem Frieden auf unserem Kontinent entgegen, und das ist fast ein Verbrechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos] – Ulrich Lechte [FDP]:

Hat Papa Gauland Ihnen die Rede geschrieben?)

(C)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Michael Georg Link für die FDP-Fraktion ist unser nächster Redner.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP):**

Frau Präsidentin! Frau Wehrbeauftragte! Herr Botschafter! Liebe Kollegen aus dem ukrainischen Parlament! Ich komme zurück zum Ernst der Lage; denn die Lage ist extrem ernst. Das drücken wir mit unserem Antrag aus. Ich möchte mich sehr herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen dafür bedanken.

Im Antrag zeigen wir den Ernst der Lage auf. Wir werden ihm dadurch gerecht, dass wir nichts beschönigen, dass wir deutlich sagen, dass die Uhr tickt und dass die Lage höchst dramatisch ist. Vor allem wollen wir der Öffentlichkeit erklären, wieso es so wahnsinnig wichtig ist, die Ukraine noch stärker zu unterstützen. Das ist der Schauplatz – man hat es auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz gesehen –, auf dem sich der Erfolg unserer gesamten Anstrengungen zur Verteidigung der Freiheit entscheiden wird. Es ist unsere Aufgabe, der Öffentlichkeit immer wieder glaubhaft zu erklären, wieso diese Unterstützung notwendig ist. Deshalb beschönigen wir in diesem Antrag nichts, und wir sprechen die Dinge deutlich aus. Wir sagen: Deutschland muss noch mehr machen, damit die Ukraine diesen Verteidigungskampf, diesen Überlebenskampf tatsächlich gewinnt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Es ist wichtig, dass wir aussprechen und anerkennen, dass wir viel tun und gleichzeitig aber deutlich machen, dass es noch nicht reicht, damit die Ukraine diesen Kampf gewinnt. Damit sie gewinnt – das sagen wir in diesem Antrag sehr deutlich –, braucht es die Lieferung zusätzlicher weitreichender Waffensysteme, die auch präzise Schläge gegen russische Nachschublinien weit hinter der Frontlinie führen können.

Und wir sagen – das ist noch nicht erwähnt worden –, dass auch die ukrainischen Landstreitkräfte von uns mehr gepanzerte Kampfsysteme brauchen, mehr geschützte Transportsysteme, deutlich mehr Munition. Danke der Kollegin Brugger; sie ist bereits auf das so wichtige Thema Munition eingegangen. Von all dem brauchen wir noch mehr. Was wir tun, ist viel. Es reicht aber noch nicht; wir müssen mehr tun.

Zum Gewinnen dieses Überlebenskampfes, Kolleginnen und Kollegen, gehört auch – das sprechen wir in diesem Antrag deutlich aus –, dass die Ukraine jedes Recht hat, ihr komplettes Territorium zu befreien, inklusive der Krim.

Michael Georg Link (Heilbronn)

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dietmar Nietan [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lage ist ernst. Ich möchte zum Schluss den großen Respekt meiner Fraktion vor den Leistungen zum Ausdruck bringen, die die Ukrainerinnen und Ukrainer seit Kriegsbeginn erbringen. Wir wissen: Sie leisten Enormes, fast Unvorstellbares. Wir haben in unserem Leben persönlich nie erlebt, was sie zurzeit erleben müssen. Deshalb verneigen wir uns in vollem Respekt vor dem tapferen Kampf, den sie führen. Ich sage auch für meine Fraktion in voller Überzeugung kurz vor dem zweiten Jahrestag des Beginns dieses schrecklichen Angriffes: Slawa Ukrajini!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für die Gruppe Die Linke hat das Wort Sören Pellmann.

(Beifall bei der Linken)

**Sören Pellmann (Die Linke):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Welt blickt auf zehn Jahre Krieg in der Ukraine, auf zwei Jahre Generalangriff des russischen Militärs auf das gesamte Land. Die ukrainische Bevölkerung leidet. Tod, tägliche Angst, Folter, Verletzung, Vertreibung, Vergewaltigung und der tragische Verlust von Angehörigen sind bittere Realitäten, die uns alle betroffen machen. Unsere Solidarität gilt den Opfern dieses Krieges.

(Beifall bei der Linken)

Man redet von Kriegsverbrechen. Der Krieg an sich ist ein Verbrechen. Sie machen es sich mit Ihrem Antrag bezüglich der Entstehungsgeschichte des Krieges zu einfach. Die Gemengelage, die zu diesem Krieg führte, war nicht ganz so eindimensional, wie sie von der Ampel dargestellt wird. Das ändert aber nichts an der Einschätzung der Linken dieses Krieges. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt den von Putin befohlenen und fortgesetzten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

(Beifall bei der Linken – Florian Hahn [CDU/CSU]: Tun Sie es auch nicht!)

Die Frage, wie er beendet werden kann, spaltet zunehmend unsere Gesellschaft. Sie von der Ampel glauben aber noch immer, der Ukraine mittels weiterer Waffenlieferungen eine bessere Verhandlungsposition zu verschaffen. Ihre Selbsttäuschungen über die militärischen Möglichkeiten helfen niemandem. Ukrainische und US-amerikanische Generäle sagen sehr deutlich, dass militärische Siege auch mit neuen Waffen in weite Ferne gerückt sind. Ukrainische Gewinne blieben zuletzt aus, die Opferzahlen dagegen sind weiter hoch. Das gebietet doch, alle nur erdenklichen Versuche zu unternehmen, um die Spirale der Eskalation anzuhalten, zur Vermeidung weiterer Opfer.

- (Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BSW)

(C)

Uns eint sicher der Wunsch nach der Beendigung dieses Krieges. Aber Ihr Rezept für Frieden besteht offenbar aus noch mehr Waffen. Auch die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern – das war heute schon Thema – würde den Krieg nicht beenden, sondern die Gefahr eines Atomkrieges ungemein erhöhen.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Unterwerfung, Herr Pellmann!)

Wir wollen einen anderen Weg.

(Beifall bei der Linken)

Das Gebot der Stunde müssen Verhandlungen sein. Zahlreiche Staaten dieser Welt sehen das ähnlich. Es gilt, all diese Kräfte zu bündeln, um endlich zu Verhandlungen zu kommen und damit dem Frieden ein Stück näher.

(Beifall bei der Linken und dem BSW)

Waffenstillstand heißt nicht Akzeptanz des Unrechts, sondern es heißt Beenden des Sterbens.

(Beifall bei der Linken)

Wir müssen auch über die indirekten Kriegsfolgen hierzulande sprechen. Der Krieg belastet uns schon mit 200 Milliarden Euro in zwei Jahren. Allein in diesem Jahr wollen Sie unglaubliche Summen in die Rüstung stecken: 85,5 Milliarden Euro für die Bundeswehr, 8 Milliarden Euro für die militärische Unterstützung der Kämpfe in der Ukraine, zudem ein Rüstungsblankoscheck für die nächsten Jahre. Das alles ist falsch.

(Beifall bei der Linken und dem BSW)

(D)

Ihre Aufrüstung belastet die Menschen in diesem Land schwer. Zwar sprudeln die Gewinne in den Rüstungskonzernen, aber die Wirtschaft insgesamt schwächelt. Insbesondere Menschen mit geringen Löhnen spüren die Folgen der Inflation heftig. Herr Bundeskanzler, ruinieren Sie nicht für eine gefährliche und dabei erfolglose Rüstungsspirale unsere Wirtschaft und unseren Sozialstaat!

Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – Ihre Außenpolitik, Herr Bundeskanzler, braucht mehr Diplomatie statt noch mehr Waffen. Der Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für die SPD-Fraktion ist die nächste Rednerin Derya Türk-Nachbaur.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Derya Türk-Nachbaur (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Botschafter! Liebe Frau Wehrbeauftragte! Der Überfall Russlands auf die Ukraine jährt sich am 24. Februar zum zweiten Mal. Doch die

**Derya Türk-Nachbaur**

- (A) Ukraine befindet sich nicht erst seit den letzten 728 Tagen im Krieg. Die Grundfeste unserer internationalen Ordnung wurden schon vor zehn Jahren durch die Annexion der Krim massiv erschüttert. Die Dimension, die dieser Rechtsbruch mit sich bringen würde, wurde damals verkannt. Ja, das war ein Fehler.

Und heute? Putins Missachtung des Völkerrechts 2.0 in der Ukraine bleibt von der internationalen Gemeinschaft nicht unwidersprochen. Deutschland und seine Partner stehen unerschütterlich an der Seite der Ukraine, und das wird so bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dieses Versprechen erneuern wir hier mit diesem sehr umfassenden Antrag der Koalition. Im Herzen Europas und in den Straßen der Ukraine brennt trotz der Dunkelheit des russischen Angriffskriegs das Licht der Freiheit und des Mutes. Dieser Konflikt, der nun schon seit über einem Jahrzehnt währt, ist mehr als nur eine Auseinandersetzung um Territorien; es ist ein Kampf für die Seele Europas, für Demokratie und für Menschenrechte.

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir vergessen die Lehren des Euromaidan nicht. Die Stimmen der mutigen Menschen sind für uns heute, zehn Jahre später, noch eindringlicher – das ist ziemlich bitter –, als sie es vor zehn Jahren waren. Diese Stimmen mahnen uns, weiterhin solidarisch zu sein.

- (B) Bei den sich verengenden Diskursen in den allabendlichen Talkshows ist das zwar selten ein Thema; aber ich möchte es als Menschenrechts- und Entwicklungspolitikerin gerne einfach mal aussprechen in der Hoffnung, dass sich der Diskurs bei Lanz, Illner und wie sie alle heißen, vielleicht weitet. Glauben Sie mir: Der Diskurs in der Ukraine, im angegriffenen, im überfallenen Land ist weitaus differenzierter als der Diskurs hierzulande in den Fernsehdebatten.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Liebe Frau Türk-Nachbaur, lassen Sie eine Zwischenfrage von Annette Widmann-Mauz zu?

**Derya Türk-Nachbaur (SPD):**

Wenn der Zettel mit der Frage des Kollegen weitergereicht wird und es sich um die gleiche Frage handelt – –

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Das werden Sie merken, wenn Frau Widmann-Mauz die Frage gestellt hat.

**Derya Türk-Nachbaur (SPD):**

Okay, Sie haben den Zettel weitergereicht bekommen? – Danke. Gut, dann stellen Sie mir die Frage.

**Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):**

Frau Türk-Nachbaur, Sie haben in Ihrem Antrag eine bestimmte Formulierung für die Unterstützung gewählt, nämlich: „die Lieferung von zusätzlich erforderlichen

weitreichenden Waffensystemen und Munition“. Jetzt haben wir auf die Nachfrage meines Kollegen Röwekamp an Ihre Kollegin Heinrich gehört, dass diese Interpretation Taurus-Waffensysteme nicht zwangsläufig ausschließt. Das war Ihre Antwort, Frau Kollegin Heinrich. Von Kollegin Strack-Zimmermann haben wir gehört, dass für den Regierungssprecher der Ampelkoalition das Waffensystem zwangsläufig nicht beinhaltet ist. Jetzt frage ich Sie: Welche Interpretation ist denn jetzt richtig, die Ihrer Kollegin Heinrich, dass es inkludiert ist, oder die des Regierungssprechers, dass es zwangsläufig ausgeschlossen ist? Ist Taurus nach Ihrem Verständnis in diesem Antrag mitgemeint?

**Derya Türk-Nachbaur (SPD):**

Liebe Frau Widmann-Mauz, vielen Dank für die Frage, die mich wirklich sehr überrascht. Mit der hatte ich jetzt gar nicht gerechnet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Warum gehen eigentlich alle dieser Frage aus dem Weg? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Dann können Sie ja eine Antwort geben! Jetzt sind wir gespannt!)

Sie beweisen mit Ihrer Frage, dass Sie das Thema „integrierte Sicherheit“ leider überhaupt nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Beantworten Sie doch die Frage!)

Integrierte Sicherheit heißt nicht, Lösungen auf ein Waffensystem zu reduzieren.

(Dr. Johann David Wadehul [CDU/CSU]: Kann es sein, dass Sie ausweichen? – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Warum wird die Frage nicht einfach mal beantwortet?)

Über Waffenlieferungen – mein Kollege Herr Wagner hat es gesagt – entscheiden nicht wir, sondern die Bundesregierung. Sie dürfen gerne der Bundesregierung diese Frage stellen. Vielen Dank. – Wenn Sie mir gestatten, würde ich jetzt gerne weitermachen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU)

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine seit 2014 in einem sehr großen Umfang, und das geschieht partnerschaftlich auf Augenhöhe; das funktioniert sehr gut.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Drückebergerregierung!)

Dabei geht es um die Unterstützung einer starken, klimaverträglichen Wirtschaft, um eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, um Schulen, um Gesundheitsversorgung, aber auch um neue Infrastruktur und neue Bleiben für die Menschen, die aus den Kriegsgebieten vertrieben wurden. – Schade, dass die Aufmerksamkeit nachlässt, wenn es nicht um Taurus geht.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Das muss an Ihnen liegen, Frau Kollegin!)

Das ist wirklich sehr bedauerlich.

**Derya Türk-Nachbaur**

(A) (Beifall bei der SPD)

Deutschland bleibt, wie es der Kanzler schon im Jahr 2022 formuliert hat, unverändert der größte finanzielle Stabilisator der Ukraine, und das ist gut so. Wir stehen unmissverständlich an der Seite der Ukraine, und die Ukraine weiß, dass sie in Deutschland einen verlässlichen Verbündeten hat. Schade, dass unsere international geschätzte Verlässlichkeit von dieser Opposition kleingeschnitten wird. Schade, dass Sie Deutschland international kleinmachen! Das ist wirklich bedauerlich.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP] – Peter Beyer [CDU/CSU]: Das schaffen Sie schon ganz alleine!)

Morgen werden wir die Ergebnisse des Zwischenberichts der Enquete-Kommission zum Einsatz in Afghanistan hier im Plenum debattieren und darüber reden, dass die Zusammenarbeit der Ressorts damals nicht gut genug funktioniert hat. Heute stellen wir fest, dass diese Bundesregierung aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Die Ressorts arbeiten sehr gut zusammen: AA, BMVg, BMZ. Neben der Entwicklungsinisterin Svenja Schulze, der ich für ihr schnelles und stetes Handeln danke, gilt mein Dank auch dem Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Cem Özdemir; denn gemeinsam, Hand in Hand, haben es beide Ministerien geschafft, das Vorkriegsniveau bei den Exporten aus der Ukraine in den Globalen Süden wiederherzustellen.

(B) **Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**  
Kommen Sie bitte zum Schluss.**Derya Türk-Nachbaur (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Sie sehen in diesem Antrag: Unsere Unterstützung ist vielfältig. Und an Herrn Putin: You can kill the people, but you cannot kill the truth.

Vielen Dank. Ihre Solidarität ist gefragt!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für die Gruppe BSW hat das Wort Klaus Ernst.

(Beifall beim BSW)

**Klaus Ernst (BSW):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesen Taurus-Systemen, die hier wohl die bedeutendste Rolle spielen, hätte ich gerne mal eine Antwort in einer anderen Sache: Teilen Sie von der CSU eigentlich alle die Auffassung der CDU, die Auffassung von Herrn Kiesewetter, dass man jetzt hinter den Linien russische Ministerien mit deutschen Waffen angreifen soll?

(Enrico Komning [AfD]: Das ist irre!)

Das habe ich der Zeitung entnommen.

(Abg. Roderich Kiesewetter [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Nein, jetzt nicht. Sie haben hinterher Redezeit. (C)

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Also, meine Herren, er kann doch gleich reden. Er steht doch nach mir auf der Redeliste.

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich habe auch nicht ihn gefragt; ich habe Sie gefragt: Teilen Sie das, oder teilen Sie das nicht?

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Herr Ernst, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kiesewetter?

**Klaus Ernst (BSW):**

– Nein. – Sind Sie der Auffassung, dass uns dieses Waffensystem, wenn wir es liefern, einem Atomkrieg näherbringt, oder glauben Sie, dass es uns in Zukunft mehr Frieden bringt? Sind Sie der Auffassung, dass der Krieg dadurch eskaliert oder dadurch deeskaliert wird? Diese Fragen hätte ich gerne mal von Ihnen beantwortet. Ich sage Ihnen die Antwort: Dadurch eskaliert der Krieg, das macht die Lage in Europa unsicherer und führt dazu, dass wir weiter in diesen Krieg hineingezogen werden. Und das möchte ich nicht, meine Damen und Herren. Das sage ich mit aller Klarheit.

(Beifall beim BSW sowie bei Abgeordneten der AfD und der Linken und des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Da die Redezeit leider begrenzt ist, möchte ich Ihnen nur noch ein Zitat von Erich Maria Remarque mitgeben. (D) Er hat nämlich gesagt:

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

(Beifall beim BSW sowie bei Abgeordneten der Linken – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Wladimir Putin zum Beispiel! Der steht nicht an der Front!)

Das sollten sich alle, die sich so über das Weiterkämpfen der Ukraine freuen, vergegenwärtigen. Übrigens ist ein großer Teil der Männer aus der Ukraine, die in der Bundesrepublik sind, hier, weil sie nicht mehr kämpfen wollen. Die Ukraine hätte es gerne, dass wir sie wieder zurückschicken.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Herr Ernst, das ist falsch!)

All diejenigen, die das fordern, bitte ich, mal über diesen Satz nachzudenken. Sie müssen nämlich selbst nicht hingehen.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Wissen Sie, was in Butscha passiert ist, Herr Ernst?)

Das ist der Unterschied zwischen denen, die im Krieg sind, und denen, die wie wir darüber reden. Wir brauchen Friedensverhandlungen,

**Klaus Ernst**

- (A) (Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Wer ist der Aggressor? – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Die zwei Minuten sind um!)

wir brauchen einen Waffenstillstand, und wir brauchen eine Sicherheitsarchitektur, die den Frieden sichert, und nicht mehr Rüstung.

(Beifall beim BSW sowie bei Abgeordneten der Linken – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: So, jetzt ist die Zeit um!)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der nächste Redner ist für die Unionsfraktion Roderich Kiesewetter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als Union haben nur die Empfehlung des Bundesverteidigungsministers aufgegriffen, doch einfach die Antragsteller zu fragen. Das haben wir schlichtweg gemacht. Im Grunde genommen hat uns der Regierungssprecher ja zwischenzeitlich über die Medien die Antwort gegeben: Der Bundeskanzler versteht darunter ausdrücklich nicht die Lieferung von Taurus. Das ist die klare Antwort.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Na, na, na! Le-sen!)

- (B) Aber die Lage ist viel ernster, als Sie denken, und darauf möchte ich auch eingehen. Vor zehn Jahren hat Bundespräsident Gauck vor der Münchner Sicherheitskonferenz sehr klar gesagt, Deutschland müsse sich „früher, entschiedener und substanzierter“ einbringen. Darüber hinaus hat er ausgeführt, Deutschland habe über Jahrzehnte Sicherheit empfangen und dürfe sich deshalb nicht verweigern, wenn Menschenrechtsverletzungen in Kriegsverbrechen münden.

Wenige Tage später wurde diese Forderung – „früher, entschiedener, substanzierter“ – durch den Einmarsch Russlands auf die Krim und in die Ostukraine getestet: 2 Millionen Vertriebene, 14 000 Tote, der Beginn des Krieges. Putin hat, eben weil wir versucht haben, zu eskalieren, immer weiter eskaliert. Putin hat nach unserer Antwort – Minsk I, Minsk II und Nord Stream 2 – nicht eingesehen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Vielmehr hat er gesehen: Er muss unsere Schwäche ausnutzen. Und das hat er gnadenlos gemacht. Deswegen ist der Krieg am 24. Februar in diese furchtbare Eskalation mündet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegen der Werchowna Rada, sehr geehrter Herr Botschafter, das Bittere daran ist, dass der Leidtragende das ukrainische Volk ist. Für das ukrainische Volk ist die Lieferung von Taurus eineindeutig nur ein Symbol. Die guten Forderungen in Ihrem Antrag – EU-Mitgliedschaft, NATO-Mitgliedschaft, Grenzen von 1991 – werden nicht mit ausreichenden Lieferungen unterfüttert. Warum das so ist, will ich Ihnen begründen.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

(C)

Lieber Kollege Kiesewetter, wir haben jetzt drei Zwischenfragen an Sie, vom Kollegen Michael Brand aus der CDU/CSU-Fraktion, vom Kollegen Ulrich Lechte aus der FDP-Fraktion sowie vom Abgeordneten Weyel aus der AfD-Fraktion.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Ich nehme die gerne an, ja.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Dann beginnen wir mit Michael Brand.

**Michael Brand (Fulda) (CDU/CSU):**

Lieber Kollege Kiesewetter, Herr Ernst hat Ihnen gerade eine Frage gestellt und in diesem Zusammenhang eine Aussage von Ihnen, die Sie in den letzten Tagen gemacht haben, zitiert, nach der der Krieg nach Russland getragen werden müsse. Er hat eine Frage gestellt, wollte die Antwort darauf aber nicht hören. Ich möchte Ihnen die Gelegenheit geben, zu antworten, und frage, was Sie mit dieser Aussage gemeint haben.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Danke. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Brand, ich möchte deutlich machen, was ich gesagt habe, und ich danke auch für die Gelegenheit, die mir Herr Ernst nicht eingeräumt hat. Ich habe gesagt: Die Ukraine muss befähigt werden, den Krieg auch in die Tiefe Russlands zu tragen, damit die russische Bevölkerung merkt, dass ihr Land einen furchtbaren Angriffskrieg führt. Und die Ukraine muss befähigt werden, mit ihren eigenen Waffen russische Kriegseinrichtungen, Militärlager, Waffen, Munition zu zerstören.

(Klaus Ernst [BSW]: Ministerien!)

(D)

und Ministerien, die in diesen Krieg verwickelt sind, zu bekämpfen. Die Ukraine kann das inzwischen leisten; sie hat zum Beispiel den FSB, ein Ministerium, angegriffen.

Dazu gehört aber auch eine ganz perfide Logik Putins: Putin erklärt die vier besetzten Gebiete zu einem genuinen Bestandteil Russlands. Angriffe darauf sind erst recht völkerrechtlich legitim. Es ist keine Eskalation vonseiten der Ukraine und völkerrechtlich einwandfrei, ukrainisches Gebiet anzugreifen. Aber die Ukraine muss befähigt werden, dort anzugreifen. Das ist ihr eigenes Gebiet!

Und es geht auch darum, der russischen Bevölkerung klarzumachen, dass Hunderttausende Menschen aus den ethnischen Minderheiten geopfert werden, dass Zehntausende Kriegsgefangene geopfert werden.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Wir haben noch zwei weitere Nachfragen.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Insofern verstehe ich unter meinem Satz, den Krieg nach Russland zu tragen, dass die Ukraine befähigt wird, dies zu tun.

(A) **Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Lieber Herr Kiesewetter, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zum Ende der Beantwortung kämen, da es noch zwei weitere Fragen gibt.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Danke, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Wenn aus der eigenen Fraktion Fragen gestellt werden, kann man die Redezeit verlängern!)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Die nächste Frage kommt aus der FDP-Fraktion.

**Ulrich Lechte (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Roderich Kiesewetter, danke, dass du die Zwischenfrage zugelassen hast. Da du ja eine der Stimmen der Vernunft in der Fraktion der CDU/CSU-Fraktion bist, wollte ich von dir erfahren – ich habe ja hier vom Kollegen Hahn vorhin viel Nachhilfeunterricht bekommen –, auf welcher Ebene das Versprechen der 1 Million Granatgeschütze Kaliber 155 Millimeter gemacht wurde; meines Wissens auf Ebene der Europäischen Union.

(B) Deutschland ist auf europäischer Ebene definitiv der größte Unterstützer der Ukraine in allen Bereichen. Wir haben insgesamt Zusagen mit einem Volumen von 25 Milliarden Euro gemacht, bereits 17,7 Milliarden Euro an Militärhilfen geleistet. Mein lieber Kollege, du wirst auch wissen, dass die Franzosen erst mit 640 Millionen Euro dabei sind, jetzt weitere 3 Milliarden Euro zugesagt haben, dass die Italiener auch in diesem Bereich unterwegs sind und die Spanier gerade mal unter einer halben Milliarde Euro geleistet haben.

Also, wo liegt das Problem? Liegt es bei der Ampelkoalition in Deutschland und der Bundesregierung?

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Ja!)

Ist diese Taurus-Debatte nicht aufgesetzt? Ist das, was deine Fraktion hier gerade abzieht, nicht ein bisschen lächerlich? Könnte man hier nicht vielmehr konstatieren, dass Deutschland alles dafür tut, die Ukraine zu unterstützen, und dass die europäischen Partner noch sehr, sehr viel Nachholbedarf haben und dass es eigentlich Aufgabe der EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, die aus deiner Partei kommt, wäre, die europäischen Partner dazu anzutreiben, das, was sie letztes Jahr versprochen haben, auch tatsächlich umzusetzen und die europäische Verteidigungsindustrie auszuweiten und entsprechend auszustatten? Da liegt der Hund begraben und nicht in der Frage, ob wir Taurus liefern oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

So, jetzt lassen wir Herrn Kiesewetter bitte mal antworten auf diese Zwischenfrage.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

(C) Sehr geehrter Herr Kollege Lechte, Sie haben drei Punkte angesprochen: erstens die 1 Million, zweitens die deutsche Unterstützung, drittens: Was machen die anderen?

Zur 1 Million: Das war das Ergebnis einer Abstimmung, die die EU-Kommissionspräsidentin bekannt gegeben hat, nachdem sie sich mit den nationalen Verteidigungsministern beraten hat. Verteidigungsminister Pistorius – das hat Florian Hahn sehr gut angesprochen – war einer der Ratgeber. Die Europäische Union hätte kein Versprechen gemacht, wenn nicht die Mitgliedstaaten dahintergestanden wären.

Zweitens, zu unserer eigenen Unterstützungsleistung: Ich rate, auf die Homepage des Bundesverteidigungsministeriums zu gehen. Dort werden 5,6 Milliarden Euro Militärhilfe genannt. Weitere 8 Milliarden Euro sind anerkannt. Ich warne davor, in einen Wettbewerb mit anderen zu gehen. Frankreich liefert Waffen, die russische Versorgungswege auf die Krim zerstören. Ein weiterer Punkt – das ist auch ganz wichtig –: Andere Staaten machen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, deutlich mehr: Norwegen 1,7 Prozent, Estland und Lettland 1,7 bzw. 1,5 Prozent. Ich spreche das deshalb an, weil die wirtschaftsstärkste Macht Europas nicht ständig mit einer Hybris und Überheblichkeit sagen sollte, wie toll sie ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sollten mehr tun für die Ukraine, und das in Demut und mit mehr Anstrengung, und nicht bestimmte Waffensysteme als rote Linie ausklammern.

(D)

Zum letzten Punkt, zur Frage, was die anderen machen: Ja, aber wir sollten einer Scharnierfunktion nachkommen und den Mittel- und Osteuropäern klarmachen: Wir stehen an eurer Seite, wir helfen. Und wir sollten den Südeuropäern mit etwas mehr Schmackes klarmachen, dass ein Spanien, ein Italien und auch ein Frankreich mehr tun kann.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Lieber Herr Kiesewetter, es gibt noch eine Zwischenfrage.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Aber ich wünschte mir, andere Länder würden auch so stark sein wie Frankreich und Marschflugkörper liefern. Frankreich tut es, Deutschland nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Die letzte Zwischenfrage, die ich zulasse, kommt von Dr. Harald Weyel von der AfD-Fraktion.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Herr Kollege.

**Dr. Harald Weyel (AfD):**

Danke, Herr Kollege Kiesewetter, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Danke auch, Frau Präsidentin, dass

**Dr. Harald Weyel**

- (A) Sie sie zugelassen haben. – Herr Kiesewetter, ich beobachte Sie seit 2006.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]:  
Der arme Herr Kiesewetter! Stalker!)

Ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern. 2006 waren wir gemeinsam bei der Evangelischen Akademie Loccum. – Ein bisschen Aufmerksamkeit für die Mitmenschen, ja? – Dort wurde damals, nach langer Pause, das Weißbuch der Bundeswehr von Flottillenadmiral Kähler vorgestellt. Das war eine sehr launige Veranstaltung,

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]:  
Erzähl mal mehr! Die launige Veranstaltung war doch in Potsdam!)

bei der darüber gejubelt wurde, dass Kanzlerin Merkel in ihrem halbseitigen oder drittelseitigen Vorwort von deutschen Interessen sprach, erstmals in einem Weißbuch der Bundeswehr. Das wurde später aufgrund irgendwelcher Geschichten im Zusammenhang mit Afghanistan runtergemacht. Aber das ist ein anderes Thema.

Als wir nach der Pause auf dem Rückweg zum Tagungsort waren, hatte sowohl die Marine als auch die Luftwaffe gewisse Schwierigkeiten, den Weg zu finden. Also, es herrschte eine gewisse Orientierungslosigkeit, die sich leider auch hier im politischen Geschehen niederschlägt.

(Zuruf der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

- (B) Die Forderung nach Taurus ist ja ein Running Gag der CDU/CSU-Fraktion. Ich erwarte eigentlich, dass sich mal einer von Ihnen, vielleicht Sie als Oberster der Luftwaffe, wie Dr. Seltsam auf den Taurus setzt und damit nach Moskau reitet. Und wenn der Taurus nicht ausreicht, nehmen wir noch einen „Ochsus“ dazu.

Der Kern meiner Frage, Herr Kiesewetter, zielt auf das Minsker Abkommen. Sie haben gesagt, dass man mit Engelszungen auf die Russen eingeredet hat

(Dr. Johann David Wadehul [CDU/CSU]:  
Kommen Sie mal zur Frage! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Kann mir einmal jemand Kaffee einschenken?)

und Minsk I und Minsk II besonders hervorzuheben sind. Wie erklären Sie sich, dass die Bundeskanzlerin im Dezember letzten Jahres sagte, es sei gar nicht ernst gemeint gewesen?

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Ich bitte Sie, zum Ende der Frage zu kommen.

**Dr. Harald Weyel (AfD):**

Wie deuten Sie das? Wie wahrscheinlich ist es, dass die Russen oder wer auch immer uns als seriösen Verhandlungspartner akzeptieren?

Danke schön.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

(C)

Ich bitte grundsätzlich um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal, sodass der Abgeordnete Kiesewetter darauf kurz und bündig antworten kann, um dann seine Rede fortzusetzen.

**Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):**

Herr Kollege Weyel, im Jahr 2006, auf das Sie rekrutieren, hatte Putin noch nicht bei der Münchner Sicherheitskonferenz einen neuen Kalten Krieg beschworen. Im Jahr 2006 war die Entwicklung, die sich im Weißbuch widerspiegelt, eine ganz andere. Ihre Frage erschließt sich mir schlichtweg nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ob man mit Russland verhandeln will? Wir haben viele Jahre mit Russland verhandelt. Wir haben mit Russland beispielsweise über Abrüstungsabkommen gesprochen und verhandelt. Im Jahr 2006 brach Russland das Mittelstreckenraketen-Abkommen und begann damit, Nuklearwaffen in Kaliningrad zu stationieren. Weder Ihre Partei noch Ihre Gruppen sind willens und in der Lage, zu thematisieren, dass die Nuklearwaffen in Kaliningrad einen Bruch des Völkerrechts darstellen. Auf dieser Grundlage können wir uns nicht unterhalten. Das ist Täter-Opfer-Umkehr, Herr Kollege Weyel!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dietmar Nietan [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass wir eine lebendige Debatte haben. Ich habe nicht umsonst Bundespräsident Gauck zitiert; denn dieses Russland hat auf der Grundlage von Minsk I und Minsk II eben nicht deeskaliert, und dieses Russland hat auf der Grundlage von Nord Stream 2 nicht deeskaliert, sondern uns in Abhängigkeit gebracht. Es sind etliche hier im Haus, die im Jahr 2015 und 2016 schon Abgeordnete waren. Wir wissen alle, wie wir seinerzeit in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gerungen haben, diese Abhängigkeit von Russland nicht einzugehen. Die Lehre daraus muss doch sein – das war unsere Hoffnung bei der Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers –, dass mit diesem Russland so nicht zu verhandeln ist, sondern nur aus einer Position der Stärke heraus.

Und wie sieht diese Position der Stärke aus? Sie verweigern der Ukraine das Mittel, das nötig wäre, um gemeinsam mit den amerikanischen ATACMS und den britischen und französischen Storm Shadow bzw. SCALP – das sind vergleichbare, aber nicht so weit reichende Waffen – das zurückzuholen, was für Putin ein Symbol ist: die Krim. Sie verweigern der Ukraine die Möglichkeit, die Versorgungslinien zu zerstören, die auf die Krim führen, von der Zehntausende russische Soldaten jeden Tag 80 Prozent der Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung ausführen – jeden Tag! –, und dabei geht es um die Vernichtung der ukrainischen Zivilgesellschaft. Taurus und andere sind Symbole dafür, wie man das ändern kann.

Aber der Bundeskanzler selbst sagte: Die Krim hat eine symbolische Bedeutung für Putin, und das müssen wir berücksichtigen. Ich wünsche mir, dass der Bundeskanzler es umdreht und sagt: Gerade weil die Krim eine symbolische Bedeutung für Putin hat, gerade weil der

**Roderich Kiesewetter**

- (A) Iran jetzt Mittelstreckenraketen mit 700 Kilometern Reichweite liefert, gerade weil die Russen jetzt eine Nuklearwaffe im Weltraum zu stationieren beabsichtigen, gerade weil Transnistrien die Absicht hat, sich in den nächsten Wochen der Russischen Föderation anzuschließen, und gerade weil – die größte verpasste Chance – Nawalny von Russland symbolisch auf die Schwelle des Bayerischen Hofes gelegt wurde, hat der Bundeskanzler am vergangenen Sonntag die historische Chance verpasst, gemeinsam mit Selenskyj im Saal zu stehen und zu sagen: Europa, USA, Ukraine, wir Europäer stehen zusammen gegen den Völkerrechtsbruch, den Russland begeht, gegen die Gräueltaten, gegen die Menschenrechtsverletzungen, gegen Kindesentführungen. Kinder warten sehnstuchtsvoll auf ihre Väter, und ihnen wird nicht gesagt, dass sie gefallen sind. Väter sitzen in den Schützengräben, schauen die Bilder ihrer Kinder an, die nicht mehr leben.

Ich will Folgendes sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir als Bundestag glaubwürdig sein wollen, dann sollten wir nicht symbolisch über tolle Dinge reden und darüber, wie gut wir unterstützen, sondern alles tun, dass das Symbol Putins, die Krim, befreit werden kann. Aber es geht auch um die Ukraine und deren Weg in die Europäische Union und in die NATO. Wir müssen alles dafür tun, dass die ukrainische Bevölkerung eine Perspektive hat und nicht weiter Opfer von Kriegsverbrechen wird. Deshalb: Mehr „As long as it takes“ ist falsch, „whatever it takes“ ist richtig – früher, entschiedener und substanzialer.

Danke schön.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir noch vier Redner haben. Und darum bitte ich auch die Abgeordneten, die hinten stehen, noch einmal Platz zu nehmen, sodass wir eine gewisse Ruhe im Saal haben und den Rednerinnen und Rednern folgen können. Ich bitte die hinten Stehenden Platz zu nehmen, sodass nicht so viel Unruhe im Saal ist. – Vielen Dank.

Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Johannes Huber.

**Johannes Huber (fraktionslos):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitbürger! Georgien 2008, Krim 2014 und Ukraine 2022 folgten jeweils den rapide schlechter werdenden Zustimmungswerten des russischen Präsidenten. Auch das Dekret des ukrainischen Präsidenten von März 2021 zur militärischen Rückeroberung der Krim und des Donbass war weder für den Frieden in Europa noch für sein eigenes Schicksal hilfreich. Es war aber Putin, der im Dezember 2021 mit seinem Ultimatum an die NATO, aus allen 14 Ländern in Osteuropa zu verschwinden, das strategische Ziel offenbarte, sein verlorenes Imperium mindestens bis zur deutschen Ostgrenze wiederherzustellen. Das war für mich persönlich neben der Medienkampagne der entscheidende Grund, in den folgenden Tagen parteilos zu werden.

Seit Putins geplantem Angriff über Gazprom Germania im März 2022 als Reaktion auf die Waffenlieferungen ist auch Deutschland strategisches Kriegsziel. Die Sprengung von Nord Stream hat aber gezeigt, dass Deutschland aufgrund der eigenen Schwäche und auch aufgrund der eigenen Dummheit – Stichwort: „bedingungsloser Garantiestaat“ – als Spielball auch anderen Mächten ausgeliefert ist. Daher muss auch die Taurus-Lieferung weiterhin gut abgewogen werden, weil klar ist, dass deutsche Waffen dahinterstecken, wenn damit die Krim-Brücke zerstört wird. Das würde zwar den so essenziellen russischen Nachschub verlangsamen; aber solange die Ukraine militärisch nicht im Ansatz in der Lage ist, auch die Landbrücke über Melitopol einzunehmen, müssen die Waffenzulieferer für diese Operation entweder all-in gehen oder selbst eingreifen. Ein dritter Weltkrieg ist aber sicher nicht im Interesse der deutschen Bürger.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Johannes Huber (fraktionslos):**

Auf diesen Ernstfall müssen wir uns aber noch schneller vorbereiten.

Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Deborah Düring.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(D)

**Deborah Düring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Botschafter! Vor zehn Jahren demonstrierten Hunderttausende Ukrainerinnen und Ukrainer auf dem Maidan für eine Anbindung an die Europäische Union – mit bitteren Konsequenzen. Die Proteste wurden blutig niedergeschlagen. Mehr als 100 Demonstrantinnen und Demonstranten verloren ihr Leben. Um diesen Annäherungsprozess zu unterbinden, annexierte Russland kurz darauf die Krim und begann den Krieg in der Ostukraine. Kein anderes Land hat einen so hohen Preis für die Hinwendung zur EU gezahlt wie die Ukraine. Wir schulden es genau diesen Ukrainerinnen und Ukrainern, sie bei der Selbstverteidigung ihres Landes umfassend zu unterstützen und den Weg in die EU zu ebnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Für uns ist klar: Die Zukunft der Ukraine liegt innerhalb der EU. Und genau deshalb muss die EU eine langfristige Unterstützung der Ukraine aus eigener Kraft sicherstellen können.

Die Bundesregierung bekennt sich auch mit der gemeinsamen Sicherheitsvereinbarung dazu, die Ukraine konsequent zu unterstützen. Diese umfangreiche militärische wie zivile Unterstützung bekräftigen wir auch mit dem vorliegenden Antrag. Die Ukraine braucht umfas-

**Deborah Düring**

- (A) sende Militärhilfen, um sich selbst zu verteidigen und die eigene territoriale Integrität und Souveränität vollständig wiederherstellen zu können. Dafür müssen wir zusätzlich weitreichende Waffensysteme und ausreichende Munition liefern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Wiederaufbau der Ukraine ist ein Akt des Widerstandes. Wenn Schulen wieder aufgebaut werden, die Energieinfrastruktur wieder instand gesetzt wird und landwirtschaftliche Flächen von Minen befreit werden, zeigen wir der gesamten ukrainischen Bevölkerung, dass wir fest an ihrer Seite stehen. Wir müssen gemeinsam mit der ukrainischen Zivilgesellschaft, den Kommunen und der Privatwirtschaft diesen Wiederaufbau langfristig unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bereits jetzt werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Russland in der Ukraine begeht, umfassend dokumentiert. Die Täter müssen zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus darf es im 21. Jahrhundert niemanden geben, der straflos einen Angriffskrieg führen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Genau deshalb befürworten wir das Anliegen der Ukraine, ein Sondergericht für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine einzurichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich auch die Situation in der Republik Moldau nicht unerwähnt lassen.

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Deborah Düring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir stehen auch weiterhin solidarisch an ihrer Seite und werden sie unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Ich möchte diejenigen, die in den hinteren Reihen stehen, noch mal recht herzlich bitten, sich hinzusetzen, damit wir ein Stück weit mehr Ruhe im Saal haben. Es gibt noch zwei Redner. Von daher bitte ich Sie – ich schaue vor allen Dingen auf die linke Seite –, sich hinzusetzen. – Danke schön.

Robert Farle ist der nächste Redner.

**Robert Farle (fraktionslos):**

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Putin erklärte im Interview mit Tucker Carlson, das über 1 Milliarde Menschen gesehen haben, dass er zu Waffenstillstandsverhandlungen auf der Grundlage des Istanbuler Friedenskompromisses bereit ist. Dieser Friedenskompromiss hätte den Krieg in der Ukraine schon vor zwei Jahren sofort beenden können. Selenskyj wurde von Joe Biden und Boris Johnson daran gehindert, diesen Kompromiss zu unterzeichnen.

Die ukrainische Delegation hatte das Positionspapier vorgelegt – ich zitiere –: „Die Ukraine erklärt sich selbst zu einem neutralen Staat und verspricht, blockfrei zu bleiben ...“

(Zuruf des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Im Gegenzug haben schon damals die Russen zugesagt, sich hinter die Grenzen vom 24. Februar 2022 zurückzuziehen. Dies wurde vom türkischen Außenminister sowie dem israelischen Ministerpräsidenten Bennett bestätigt.

(Ulrich Lechte [FDP]: Das stimmt einfach nicht! Das ist eine Lüge!)

Der Krieg wäre damals schon beendet gewesen, und Hunderttausende junge Männer auf beiden Seiten der Front würden heute noch leben. Wenn es Ihnen um das Leben der Menschen gehen würde, würden Sie sich für einen Waffenstillstand einsetzen.

(Ulrich Lechte [FDP]: Ich hoffe, Sie sind katholisch und können beichten gehen!)

Sie, Herr Roderich Kiesewetter, und Sie, Frau Strack-Zimmermann, Sie wollen Deutschland in einen Krieg hineinziehen. (D)

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Der Krieg ist da!)

Sie fordern nämlich immer noch den Sieg der Ukraine, wo jeder weiß, dass das völlig chancenlos und unsinnig ist

(Zuruf der Abg. Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und man eine Atommacht auf diese Weise nicht besiegen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Der letzte Redner in der Debatte ist für die SPD-Fraktion Wolfgang Hellmich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Wolfgang Hellmich (SPD):**

Frau Präsidentin! Herr Botschafter! Frau Wehrbeauftragte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Krieg sollte die Perspektive auf Frieden erhalten bleiben. – Diese Worte unseres Bundespräsidenten von gestern Abend sind mir deutlich in Erinnerung geblieben und haben

**Wolfgang Hellmich**

- (A) sich eingeprägt, weil sie die Linie sind, mit der wir Politik machen, gerade bei der Unterstützung der Ukraine.

Russland hoffte, glaubte, eine demokratische, unabhängige und souveräne Ukraine zerschlagen, zerstören zu können und damit die Demokratie weltweit, den europäischen Zusammenhalt und die europäische Friedensordnung zerstören zu können. Zerstörung, Tod, unsägliches Leid, Terror gegen die Menschen in der Ukraine – Putin opfert jede Menschlichkeit, jede Zivilisation seinem imperialistischen Größenwahn. Das werden wir, das dürfen wir nicht zulassen. Ich verneige mich vor einem tapferen ukrainischen Volk, das mit unserer Unterstützung dieses und den Sieg Putins verhindert hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Lassen Sie mich eine persönliche Note hinzufügen. Ich danke an dieser Stelle dem ukrainischen Zwangsarbeiter, der 1945 verhindert hat, dass meine Familie erschossen worden ist.

Mit der militärischen, wirtschaftlichen, politischen und humanitären Unterstützung der Ukraine schützen wir unsere eigene Sicherheit, unsere demokratischen Werte und unsere Freiheit. Wir wollen die Hand zum Frieden reichen, ja. Aber wenn diese Hand ständig ausgeschlagen wird, wenn unsere Bündnispartner und wir selbst bedroht werden, dann müssen wir gewappnet sein.

(Dr. Johann David Wadeplul [CDU/CSU]: Ja!)

- (B) Dann dürfen wir nicht warten; dann dürfen wir nicht zusehen. Wir müssen gewappnet sein. Deshalb werden wir die Ukraine weiter unterstützen, so wie es auch der Koalitionsantrag beschreibt. Die Ukraine muss gewinnen.

Die Ukraine will in die NATO. Wir unterstützen sie auf diesem Weg und auf dem Weg in die EU und damit in eine demokratische und sichere Zukunft.

(Zuruf des Abg. Dr. Harald Weyel [AfD])

Das ist die Perspektive, die wir den Menschen in der Ukraine geben müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Damit das gelingt, müssen wir mehr tun, vielleicht auch mehr Munition und mehr Material aus eigenen Abständen abgeben als bisher vorstellbar. Andere europäische Staaten machen uns das vor. Wenn die Ukraine dieses Material braucht, dann dürfen wir nicht zögern, es aus den eigenen Beständen zu liefern, so wie die Dänen es uns vormachen, und dann für schnellen Ersatz sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir werden die Bundeswehr weiter stärken.

Wenn dies alles richtig und nötig ist, dann müssen wir die Prioritäten setzen und die Notwendigkeiten auch entsprechend absichern. Unser ehemaliger Kanzler Brandt

hat nämlich recht: „... ohne Frieden ist alles nichts.“ (C) Darum geht es. Deshalb bitte ich um die Unterstützung des Antrags der Koalitionsfraktionen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Yvonne Magwas:**

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen auf der Drucksache 20/10375 mit dem Titel „Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen“. Die Koalitionsfraktionen haben dazu namentliche Abstimmung verlangt.

Zu dem Antrag liegen auch mehrere **Erklärungen** nach § 31 der Geschäftsordnung vor.<sup>1)</sup>

Sie haben nach Eröffnung der Abstimmung zur Abgabe Ihrer Stimme 20 Minuten Zeit. – Die Schriftführerinnen und Schriftführer haben ihre Plätze bereits eingenommen.

Ich eröffne hiermit die namentliche Abstimmung über den Antrag auf der Drucksache 20/10375. Die Abstimmungssuren werden um 14.30 Uhr geschlossen. Das bevorstehende Ende werde ich Ihnen rechtzeitig bekannt geben.<sup>2)</sup>

Tagesordnungspunkt 8 c. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf der Drucksache 20/10388 (D) mit dem Titel „Den rechtsstaatlichen Finanz- und Wirtschaftsstandort Europa nicht durch rechtswidrige Verwendung russischen Staatsvermögens zerstören“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist der Rest des Hauses. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Ich rufe auf die Zusatzpunkte 5 und 6:

- ZP 5** Beratung des Antrags der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Deutsche Landwirtschaft wirklich entlasten – Höfesterben sofort beenden****Drucksache 20/10389**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Finanzausschuss  
Wirtschaftsausschuss  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- ZP 6** Beratung des Antrags der Abgeordneten Bernd Schattner, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

<sup>1)</sup> Anlage 4 bis 6

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 19654 C